

Jürgen Schneider

Die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR (1945–1990)

Eine ordnungstheoretische Analyse



Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 132.2

In Kommission bei Franz Steiner Verlag Stuttgart

Jürgen Schneider
Die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion
und der DDR (1945–1990)

BWSG

BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS-
UND SOZIALGESCHICHTE

BAND 132.2

Herausgegeben von
Markus A. Denzel,
Jürgen Schneider,
Andrea Leonardi,
Jürgen Nautz,
Philipp R. Rössner,
Margarete Wagner-Braun

Schriftleitung:
Prof. Dr. Markus A. Denzel
Historisches Seminar
Universität Leipzig
Postfach 100920
04009 Leipzig

Redaktion:
Mechthild Isenmann
Andrea Bonoldi
Werner Scheltjens
Sabine Todt

Jürgen Schneider

Die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR (1945–1990)

Eine ordnungstheoretische Analyse



In Kommission bei:
Franz Steiner Verlag

Umschlagabbildung:

Das Bild auf der Titelseite zeigt eine Szene vom
Volksaufstand im Juni 1953, hier 17. Juni in Leipzig.

Quelle: Bundesarchiv, B 285 Bild-14676

Fotograf: ohne Angabe

Bibliografische Information der Deutschen

Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außer-
halb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Jürgen Schneider

In Kommission bei Franz Steiner Verlag,

Stuttgart 2017

Druck: KM-Druck, Groß-Umstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem
Papier. Printed in Germany

ISBN 978-3-515-11844-6 (Print)

ISBN 978-3-515-11847-7 (E-Book)

ZWEITER TEIL

I.	Die Neustrukturierung der globalen Einflußsphären nach 1945. Gründung der beiden deutschen Teilstaaten 1949 – Integration der Bundesrepublik in die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG). Die DDR wird Teil des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)	23
1.	Staats- und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion als Führungsmächte in der bi-polaren Welt nach 1945	23
2.	Das von der Sowjetunion geführte sozialistische Lager	27
2.1.	Stalins aggressive Strategie der dritten Etappe der sowjetischen Expansion	27
2.2.	Wosnessenski, N.A.: Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges (1941-1945) und globale Standortbestimmung der Sowjetunion (1947)	30
2.3.	Auszüge aus dem Drahtbericht von George F. Kennan aus Moskau vom 22. Februar 1946 und aus „Die Vereinigten Staaten und Rußland (Winter 1946)“	40
3.	Die Staats- und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild für die Bundesrepublik und die der Sowjetunion als Vorbild für die Deutsche Demokratische Republik	63
4.	Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	69
4.1.	„Mit dem 23. Mai 1949 trat die Bundesrepublik Deutschland ein in die Geschichte“	69
4.2.	Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949	76
5.	Die Grundlagen der Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	81
5.1.	Die Bedeutung und Ausgangssituation bei der Staats- und Rechtsordnung als übergeordneter Rahmen für die Gestaltung der Wirtschaftsordnungen	81
5.2.	Die Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten	82
5.2.1.	Staatsform: Bundesstaat oder zentralistischer Einheitsstaat	83
5.2.2.	Kommunale Selbstverwaltung	83

5.2.3.	Rechtsstaat	88
5.2.4.	Gewaltenteilung	91
5.2.5.	Verwaltungsgerichtsbarkeit	92
5.3.	Merkmale der neu geschaffenen Staats- und Rechtsordnung in der SBZ / DDR	96
6.	Die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) und der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) waren in die Ost-West-Konfrontation eingebettet	110
6.1.	Wirtschaftliche Integration der „Europäischen Gemeinschaften“ (EG)	110
6.2.	Naturalhandel und keine integrierte internationale Wirtschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	128
II.	Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949: Die SBZ / DDR wird Teil der von der Sowjetunion dominierten Länder und die Westzonen / BRD Teil der von den Vereinigten Staaten geführten Welt	139
1.	Alexander Fischers zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ / DDR	139
2.	Deutschland unter alliierter Besatzung nach der Kapitulation am 7./9. Mai 1945 und Aufteilung in vier Besatzungszonen	146
3.	Der „Eiserne Vorhang“ trennt die bi-polare Welt von 1945 bis 1990: Die SBZ / DDR wird Teil der von der Sowjetunion dominierten sozialistischen Länder und die Westzonen / BRD Teil der von den Vereinigten Staaten von Amerika geführten Welt	152
4.	Die Wirtschaftssysteme: Das deutsche Wirtschafts-Chaos (1945-1948) – Diagnose und Therapie Von Walter Eucken	155
5.	Aufwendungen für die Besatzungsmächte, öffentliche Haushalte und Sozialprodukt in den einzelnen Zonen 1946/47	160
6.	Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in den Westzonen / BRD (1939 bis 1950) und in der SBZ / DDR (1939 bis 1958)	166
6.1.	Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in den Westzonen / BRD (1939-1950)	166
6.2.	Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in der SBZ / DDR (1939-1958)	169
7.	Der Schwarzmarkt in den drei Westzonen und in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands	174

7.1.	Der Schwarzmarkt in den Westzonen	174
7.2.	Der Schwarzmarkt in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands	179
8.	Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten als Modell	189
8.1.	Die Sowjetunion als Modell: „Der Traum des sozialistischen Überflusses in der Sowjetunion war in den USA Realität“	189
8.2.	Die Vereinigten Staaten als Modell: „Die Erschließung des eigenen Marktes durch planmäßige Aufzucht einer starken Kaufkraft bei den breiten Massen ist das Wirtschaftswunder der amerikanischen Wirtschaft“	202
III.	Die universale Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach 1945 und die Währungsreform vom 20. Juni 1948 in den Westzonen	205
1.	Die universale Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach 1945: Ordnungspolitische Grundlage für die Globalisierung	205
1.1.	Lernen aus der Geschichte: Die Bedeutung historischer Perzeptionen für politische Entscheidungen	207
1.2.	Analyse des Vertrages von Versailles (1919), der Reparationen, der interalliierten Verschuldung und der Weltwirtschaftskrise (1929-1933)	211
1.3.	Die universale Neuordnung der Weltwirtschaft durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach 1945: Ordnungspolitische Grundlage für die Globalisierung	216
1.3.1.	Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)	216
1.3.2.	Der Internationale Währungsfonds (IWF)	217
1.3.3.	Das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)	218
1.4.	Die Truman-Doktrin, der Marshallplan, die Gründung des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Europäischen Zahlungsunion	221
1.4.1.	Die Truman-Doktrin vom 12. März 1947: “Jedes Land, das eine kommunistische Bedrohung nachweisen kann, hat Anspruch auf amerikanische Hilfe“	221
1.4.2.	Der Marshallplan vom 5. Juni 1947 (European Recovery Program)	227

1.4.3.	Die Organisation für Europäischen Wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung (OEEC / OECD).....	231
2.	Die Währungsreform am 20. Juni 1948 in den Westzonen, die Bedeutung der Marshallplanhilfe für den Wiederaufbau und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Integration	236
2.1.	Ludwig Erhards ordnungspolitische Konzeption	236
2.2.	Radikale Änderung der Wirtschaftsordnung. Das Gutachten vom 18. April 1948: „Die Währungsreform ist nur sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftslenkung mit ihr verbunden ist“	243
2.3.	Die Bedeutung der Marshallplanhilfe für den Wiederaufbau (1948-1953)	259
2.4.	Die Entwicklung der westdeutschen Industrie nach der Währungsreform am 20. Juni 1948	262
2.5.	Löhne, Preise und Lebenshaltung: Die Reallöhne waren Mitte 1955 in West-Berlin 40 % höher als in Ost-Berlin	270
2.5.1.	Lohn- und Arbeitsverdienste in West- und Ost-Berlin	275
2.5.2.	Preise und Lebenshaltungskosten in West- und Ost-Berlin	282
2.5.3.	Reallohn und Lebenshaltung in West- und Ost-Berlin	292
IV.	Die von Stalin gesteuerte Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) transformierte die Sowjetische Besatzungszone nach sowjetischem Modell	306
1.	Die wirtschaftliche Ausgangslage in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands 1945 im Vergleich zu 1936: Beste Ausgangs- lage der vier Besatzungszonen	306
2.	Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD): Transformation von Staat, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft in der SBZ (1945-1949) Von Jan Foitzik	310
3.	Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen Von Rainer Karlsch	322
4.	Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone und die Kollektivierung in der DDR Von Arnd Bauerkämper	327
4.1.	Die Bodenreform und ihre Folgen	327
4.2.	Der Übergang zur Kollektivierung	329

4.3.	Wirtschaftliche Grenzen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, abweichendes Verhalten und der Abschluss der Kollektivierung	332
4.4.	Die Gigantomanie der agro-industriellen Komplexe	335
5.	Von den Zentralverwaltungen über die Deutsche Wirtschaftskommission zur Staatlichen Plankommission	337
6.	Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ war das Etikett für die Transformation der Wirtschaft der SBZ nach dem sowjetischen Modell	341
7.	Von den privaten Unternehmen (Personen- und Kapitalgesellschaften) zum Volkseigentum: Sequestration durch die SMAD und Konfiskation durch die SED (1945-1948). Abwanderung in den Westen	343
7.1.	Von privaten Unternehmen durch Konfiskation zum Volkseigentum	343
7.2.	Abwanderung von 36.000 Unternehmen aus der SBZ / DDR in den Westen, davon werden dort 9.000 Unternehmen fortgeführt	347
8.	Transformation zum „einheitlichen sozialistischen Finanzsystem“ nach sowjetischem Modell	352
8.1.	Die <i>Banken</i> werden nach der Schließung am 28.4.1945 und der Transformation Kassen- und Abrechnungsapparate im „einheitlichen sozialistischen Finanzsystem“ der DDR	352
8.2.	Von den Emmissions- und Girobanken in den 5 Ländern (19.2.1947) zur Deutschen Notenbank am 20. Juli 1948 und zur Staatsbank 1968	354
8.3.	Der Geldumtausch am 21. Juni und 24. Juli 1948 in der SBZ nach dem Modell des Geldumtauschs im Dezember 1947 in der Sowjetunion	356
8.3.1.	Terminologische Vorbemerkungen	356
8.3.2.	Außenhandels- und Valutamonomopol und reine Binnenwährung in der Sowjetunion nach 1918	357
8.3.3.	Der Geldumtausch in der Sowjetunion im Dezember 1947	358
8.3.4.	Der Geldumtausch am 21. Juni und 24. Juli 1948 in der SBZ	358
8.3.5.	Fazit: Minderwertiges sozialistisches Geld in der Sowjetunion, der SBZ und den Volksdemokratien	365
8.4.	Das SBZ / DDR-Geld bleibt wie die RM eine reine Binnenwährung und wird nicht konvertibel. Leere Schaufenster	366

8.5.	Bilanzkontinuität im Rechnungswesen der Volkseigenen Betriebe nach dem Geldumtausch	373
8.6.	Die Einbeziehung der Finanzwirtschaft der Volkseigenen Betriebe in die Finanzwirtschaft des Staates: „Eine Maßnahme von grundsätzlicher Bedeutung in der Entwicklung des neuen Finanzsystems“	384
8.7.	Der einheitliche Staatshaushalt als umfassender Hauptfinanzplan und sein Verhältnis zur politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	387
9.	Westliches Handelsembargo im Gefolge der Berlin-Blockade behindert Wiederaufbau in Sachsen nach 1945 stärker als sowjetische Demontagen und Reparationen Von Gerd R. Hackenberg	392
10.	Der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961 Von Gunter Holzweißig	413
11.	Die antagonistische Drei-Klassen-Struktur der DDR-Gesellschaft	416
12.	Das Kadernomenklatursystem und die Rekrutierung des Leitungspersonals in der DDR-Wirtschaft Von Axel Salheiser	427
V.	Die Übertragung von Stalins Industrialisierungsmodell der vorrangigen Produktion von Produktionsmitteln auf die SBZ / DDR führte zur Mangelversorgung und verursachte den Volksaufstand vom 17. Juni 1953	436
1.	Die Übertragung des Modells des Stalinschen „Fünfjahrplans“ (1928-1932/33) auf die SBZ / DDR (ab 1948) führte dort zu hohen Disproportionalitäten (= Ungleichgewichten) und hohen Instabilitäten	436
2.	Stalins Gesetz der vorrangigen Produktion von Produktionsmitteln beim Wiederaufbau der Wirtschaft der SBZ / DDR führte zur Mangelversorgung und zum Volksaufstand am 17. Juni 1953	440
3.	„Die Versorgung der Bevölkerung in der SBZ /DDR lag auch noch 1949 unter dem Existenzminimum“	451
4.	Die II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952. Walter Ulbricht: Beschleunigter Aufbau des Sozialismus in der DDR	455
5.	Nach dem Ausbruch des Koreakrieges am 25. Juli 1950 forciert Stalin den Ausbau der Schwerindustrie (= Rüstungsindustrie) in den Volksdemokratien und in der DDR	460
5.1.	Der forcierte Ausbau der Schwerindustrie in Polen und in der Tschechoslowakei	463

5.2.	Die überstürzte Kapazitätserweiterung der Schwerindustrie im 1. Fünfjahrplan 1951-1955 geht auf Kosten der Konsumgüterindustrien	467
5.3.	Der beschleunigte Aufbau des Sozialismus in der DDR war ein Strategiefehler von Stalin / Ulbricht und führte zum Volksaufstand am 17. Juni 1953	474
5.4.	Die Herrstadt-Dokumente: Das Politbüro der SED und der Volksaufstand am 17. Juni 1953	481
5.5.	Der neue Kurs der SED: Änderungen des 1. Fünfjahrplans (1951-1955)	492
5.6.	Das Fiasko des Neuen Kurses	496
VI.	Das Grundmodell der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ / DDR (1948-1989).....	501
1.	Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) und die Staatliche Plankommission (SPK) waren Exekutiv-Organe der sowjetischen Gosplankommission	501
2.	Das Grundmodell der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft Von Gernot Gutmann und Hansjörg F. Buck	504
2.1.	Aufgaben, Organisation und Befugnisse der Wirtschaftsverwaltung	506
2.2.	Die Methodik der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	509
3.	Der VEB-Plan und die Bilanzierung. Die Bilanzierung ist eine Methode mit dem Ziel, ein Gleichgewicht zu erreichen. Im Ergebnis entstehen betriebliche Bilanzen der VEB	513
4.	Die praktische Nichtbeherrschbarkeit des Bilanzsystems als tragendes Gerüst der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	528
5.	W. S. Nemschinow weist wissenschaftlich nach, daß von der Sozialistischen einfachen Reproduktion (= statische Theorie) kein Weg zur Sozialistischen erweiterten Reproduktion (= dynamische Theorie) führt	529
5.1.	Totale Liquidierung von Privateigentum und Marktwirtschaft mit Geldrechnung in der UdSSR	529
5.2.	Die Sozialistische erweiterte Reproduktion: Akkumulation ohne technischen Fortschritt	536

5.3.	Nemtschinow: Von der statischen Theorie der Sozialistischen einfachen Reproduktion führt kein Weg zu einer dynamischen Theorie der Sozialistischen erweiterten Reproduktion	542
VII.	Systemimmanente Dysfunktionen im Spiegel der Berichte der „Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ (SKK) und der Stellungnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)	555
1.	Die Berichte der „Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“ (SKK) 559	
1.1.	„Es gibt Fakten, daß die Regierung betrogen wird“ (2. Januar 1953)	555
1.2.	„In der DDR kommt es zu großen Vergeudungen bei der Ausgabe staatlicher Mittel. Besonders unbefriedigend steht es um die Verwendung der Lohnfonds“ (9. Januar 1953)	559
1.3.	Vermerk über die Vorschläge der Genossen Sokolowski, Semjonow und Judin im Zusammenhang mit der in der DDR entstandenen Lage nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953	569
2.	Der Bericht und die Stellungnahmen der Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit	573
2.1.	Der Bericht Nr. 170/61 über die Lage auf dem Gebiet der Versorgung vom 23. März 1961	573
2.2.	Die Stellungnahme zum Fünfjahrplan 1981-1985	582
2.3.	Die Stellungnahme zum Fünfjahrplan 1986-1990	606
VIII.	Das Scheitern der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft am technischen Fortschritt und an der Basisinnovation Informationstechnik	613
1.	Innovation und Diffusion in Joseph A. Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1912)	613
2.	Der wissenschaftliche Nachweis, dass eine Diffusion von Innovationen in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft systemimmanent nicht möglich ist	625
3.	Determinanten des Betriebstyps in verschiedenen Wirtschaftsordnungen: Autonomieprinzip (Marktwirtschaft) und Organprinzip (Zentralplanwirtschaft) als Determinanten des Betriebstyps	635
4.	Der empirische Befund: Das Scheitern des technischen Fortschritts in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	639

4.1.	Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft der Bundesrepublik und der DDR	639
4.1.1.	Die eisenschaffende Industrie in der SBZ / DDR und das Beispiel von EKO Stahl (1951-1999) in der DDR (1951-1990) und Neuaufbau 1990-1999	657
4.1.2.	Die technische Ausrüstung der Werke der eisenschaffenden Industrie in der DDR 1960: Veraltet, geringe Produktivität, störanfällig	665
4.1.3.	Systemimmanente Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft am Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989	670
4.1.4.	Netzwerke, Innovationen und Wirtschaftssysteme am Beispiel des Druckmaschinenbaus im geteilten Deutschland (1945-1990)	682
4.1.5.	Kleinwagen im Innovationsstau. Der PKW-Bau in der DDR, 1955-1990 Von Sönke Friedreich	689
4.1.6.	Die Implantation des VW Motors in den DDR Automobilbau. Ein Beitrag zur Geschichte der Innovationskultur in der DDR Von Peter Kirchberg	699
5.	Das Scheitern der sozialistischen Zentralplanwirtschaft an der Basisinnovation Informationstechnik	709
5.1.	Die Basisinnovation Informationstechnik in marktwirtschaftli- chen Ländern	709
5.2.	Zum Stand der Informationstechnik in der DDR 1986 im Vergleich zur Bundesrepublik	720
5.3.	Die Ursachen für den verhinderten Fortschritt in der Informations- technik in den Volkseigenen Betrieben (VEB)	721
5.3.1.	Betriebswirtschaftliche Planung und Produktlebenszyklen als Basis der Unternehmensplanung in der Marktwirtschaft	722
5.3.2.	Die Ursachen für den verhinderten technischen Fortschritt in den Volkseigenen Betrieben: Die VEB als Exekutiv-Organ der poli- tisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	731
IX.	Ohne ökonomische Aussagekraft: Preise, Löhne, Kosten, Gewinne und Investitionen	737
1.	Das Modell Sowjetunion in der Preispolitik der SBZ / DDR. „Der Sowjetstaat benutzt die Planung der Preise als ein Instrument der sozialistischen Industrialisierung des Landes“ Von Gerhard Thimm	737

1.1.	Das Planpreissystem sowjetischen Typs als Mittel zur Loslösung des Preises von Kosten und Bedarf	738
1.2.	Die Preispolitik in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft als Instrument zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele	745
1.3.	Die Preispolitik im Rahmen der sowjetischen Wirtschaftspolitik	751
1.4.	Das HO-Preissystem und die Preise für industrielle Verbrauchsgüter im Einzelhandel: „Die Unterstützung des Aufbaus unserer Schwerindustrie ohne das Akziseaufkommen der HO ist nicht mehr denkbar“	754
1.5.	Die bevorzugte Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln (Schwerindustrie) geschieht auf Kosten der elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung	766
1.6.	Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL). Die fehlgeschlagene „Industriepreisreform“ in den Jahren 1964-1967	770
1.7.	Vom nationalsozialistischen Preiskosmos (1936/44) zum sozialistischen Preischao in der SBZ / DDR (1945-1990)	774
2.	Willkürliche <i>Löhne</i>	776
2.1.	Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR	776
2.2.	Von den nationalsozialistischen Leistungslöhnen zur Nivellierung der Einkommen bei der Verbindung der Löhne mit der sozialistischen Zentralplanerfüllung ab 1948	779
2.3.	Leistungsorientierte Lohnpolitik: „Nirgendwo hinterließ die zentrale Kommandowirtschaft ein solches Chaos, wie bei den Lohnfragen“	782
3.	<i>Gewinn</i> : „Dann sollte es der Gewinn sein, nach dem kapitalistischen Modell! Ich habe immer gelacht. Der wird ja gar nicht gemessen, der wird nur als Zahl eingetragen. Das ist das Betrugssystem!“	787
4.	<i>Investitionen</i> : Weder vorher noch nachher konnte bei Investitionen festgestellt werden, ob sie ökonomisch sinnvoll waren	789
X.	Das sozialistische Außenhandels- und Valutamonomopol. Ein Außenhandel ohne Wirtschaftsrechnung	799
1.	Das sozialistische Außenwirtschaftsmonopol	803
2.	Naturaltausch im „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)	810

3.	Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow 1985-1991 – Die SU subventioniert Honeckers „Sozialpolitik“ allein 1988 mit 3,3 bis 4 Milliarden US \$ Von Leonid I. Zedilin	814
4.	Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel: Die DDR Ende 1989 am Rande der Zahlungsunfähigkeit Von Maria Haendcke-Hoppe-Arndt	849
5.	Export von mehr als 300.000 Uniformen 1984/85 für die ägypti- sche Armee und der Handel der DDR 1988 mit westlichen Industrie- und Entwicklungsländern	875
6.	Sozialistisches Mega-Dumping: Die 190 größten Volkseigenen Kombinate erlösten 1988 für 1 DDR-Mark 0,309 DM. Der Devisenerlös zeigt die Arbeitsproduktivität und die Wett- bewerbsfähigkeit der Kombinate	878
7.	Die Zahlungsbilanz regiert: DDR-Produkte werden im Westen gegen harte Devisen verramscht, verscherbelt. Der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) unter Schalck-Golod- kowski 1966-1989	895
XI.	Das Ende der Planbarkeit. Krise und Niedergang der Landwirtschaft in der DDR Von Arnd Bauerkämper	903
1.	Der Übergang zur „industriemäßigen Produktion“ in der Land- wirtschaft	903
2.	Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion und ihre Folgen	906
3.	Zögernde Korrektur in den achtziger Jahren	909
4.	Bilanz	911
XII.	Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplan- zeitraum (1986-1989/90) Von Klaus Krakat	912
1.	Zu den Ausgangsbedingungen	912
2.	Zur Industriepolitik in der Schlußphase der DDR	914
3.	Forschungs- und Technologiepolitik	923
4.	Zusammenfassung: Hauptziele und Fehlschläge der Investitionspolitik	938
XIII.	Die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Ver- schwendung der knappen Ressource Energie in der DDR Von Wolfgang Stinglwagner	941

1.	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen der Energieversorgung	942
2.	Schwerpunkte der Energiepolitik der achtziger Jahre	943
3.	Außenwirtschaftliche Unbeweglichkeit	948
4.	Unwirtschaftliche Energieverwendung	954
5.	Ökologische Folgen und Risiken	963
XIV.	In der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR konnte nie das produziert werden, was der Konsument sich wünschte	972
1.	Konsumentensouveränität in der Marktwirtschaft	972
2.	Konsum ohne Produktion: Die unmögliche Idylle des Sozialismus. Kritik am utopischen sozialistischen Gedankengut	975
2.1.	Konsum ohne Produktion: Die unmögliche Idylle des Sozialismus	975
2.2.	Wissenschaftliche Kritik am utopischen sozialistischen Gedankengut	980
3.	Interpersonelle Nutzenvergleiche sind wissenschaftlich nicht möglich	981
4.	Das SED-Politbüro und die administrative Dienstklasse legten autoritär und politisch willkürlich fest, was produziert und damit konsumiert werden sollte	982
5.	Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“: Das sozialistische Füllhorn von Erich Honecker und dem Politbüro	984
6.	Lebensstandard und Versorgungslage Von Gernot Schneider	994
6.1.	Ein Situationsbericht zur Versorgungslage	994
6.2.	Die Ursachen der Versorgungsprobleme	999
6.3.	Die Ausstattung der Haushalte mit technischen Konsumgütern	1009
6.4.	Lösungsvorschläge der SED-Führung: Verzicht auf die subventionierten Verbraucherpreise	1010
6.5.	Die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit PKW	1011
7.	Die Aura der westlichen Warenwelt – Intershops in der DDR Von Katrin Böske	1018
8.	Kein Strukturwandel bei den Verbrauchsausgaben der Haushalte in der DDR im Vergleich zu den 1920er und 1930er Jahren: Das Überleben der schmack- und nahrhaften Hausmannskost	1022

9.	In der sozialistischen Mangelgesellschaft existierte für die Politbüroangehörigen in Wandlitz (bei Berlin) ein Paradies für Westwaren	1034
XV.	Der Staatshaushalt der DDR: Zwei Drittel aller Ausgaben für die Staatswirtschaft in den 1980er Jahren hatten stagnativen Subventionscharakter	
	Von Hannsjörg F. Buck	1043
1.	Begriff und Aufgaben des Staatshaushalts im SED-Staat	1043
2.	Haushaltsvolumen und Haushaltsexpansion in den 1980er Jahren	1046
2.1.	Die Einnahmen des Staatshaushalts der DDR	1049
2.2.	Die Ausgaben des Staatshaushalts der DDR	1064
3.	Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR Von Maria Haendcke-Hoppe-Arndt	1085
4.	Das Referenzmodell: Zurückgestaute Inflation in den sozialistischen RGW-Staaten. Der letzte Jahresbericht 1989 der Staatsbank der DDR	1103
4.1.	Zurückgestaute Inflation in den sozialistischen RGW-Staaten	1103
4.2.	Die Haupttendenzen der Entwicklung des Geld- und Kreditvolumens im Spiegel des letzten Jahresberichts 1989 der Staatsbank der DDR	1112
XVI.	Die Hauptursachen für den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten: Extensives Wachstum und Mangelwirtschaft	1115
1.	Das Referenzmodell: Technischer Fortschritt und Automation führen zum Dienstleistungssektor und zum Strukturwandel in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland	1115
1.1.	Technischer Fortschritt beim Wiederaufbau der Wirtschaft der Bundesrepublik: Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch Kapital 1950-1960	1117
1.2.	Automation	1118
1.3.	Dienstleistungen in der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur	1130
2.	Die Ursachen des extensiven Wachstums in sozialistischen Zentralplanwirtschaften: Die Nichtplanbarkeit des technischen Fortschritts führt zu hoher Innovationsschwäche. Der zentralbilanzierte Plan war starr und besaß keine Flexibilität für Innovationen	1132

2.1.	Hat es eine Innovationskultur in der DDR überhaupt gegeben, geben können? Von Reinhard Buthmann	1136
2.2.	West-Ost-Technologietransfer und das Ringen um wissenschaftlich-technischen Höchststand im Bereich Elektronik und Computertechnik Von Frank Dittmann	1148
2.3.	Extensives Wachstum: „Noch 1989 befand sich die Volkswirtschaft der DDR bei der Ausschöpfung der Strukturpotentiale der wissenschaftlich-technischen Revolution erst am Anfang“	1174
2.4.	Die Ursachen des extensiven Wachstums: Die Nichtplanbarkeit des technischen Fortschritts führt zu hoher Innovationschwäche. Der zentralbilanzierte Plan war starr und besaß keine Flexibilität für Innovationen	1187
2.5.	Extensiver Primärenergieverbrauch, d. h. kein ressourcensparendes Wachstum in den sozialistischen Ländern	1199
3.	Die Ursachen der Mangelwirtschaft: In der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft konnte der Konsument nie seine individuelle Präferenzstruktur realisieren	1208
4.	Der Kalte Krieg und der Zusammenbruch der UdSSR Von Paul R. Gregory	1222
5.	Stalins Erben und der ökonomische Untergang des SED-Staates	1234
XVII.	Die Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus als Utopie. Das Scheitern an der wissenschaftlich-technischen Revolution und an der Basisinnovation Kommunikationstechnik führt zum Erstarren in den Strukturen der Schwerindustrie in der Vor-Computer Zeit (1865-1956)	1237
1.	Die dogmatisch erstarrte Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus im totalitären SED-Staat	1237
1.1.	Die Erstarrung der in einem Dogmensystem kodifizierten Ideologie von K. Marx, F. Engels, W. I. Lenin und J. W. Stalin (= Marxismus-Leninismus-Stalinismus) Von Klaus Hornung	1237
1.2.	Kollektivismus: Das Individuum hat gegenüber dem Gewaltmonopol der sozialistischen Nomenklatura keine Rechte, sondern nur Pflichten Von Manfred Spieker	1243

1.3.	Marxistisches Menschenbild: Die Utopie des Neuen Menschen im realen Sozialismus Von Michael Beintker	1247
1.4.	Sozialistische Moral und Ethik: Radikaler Bruch mit der christlichen und philosophischen Tradition in Deutschland Von Reinhard Turre	1252
1.5.	Der Neue Mensch, die sozialistische Persönlichkeit? Das süße Leben der ausbeuterischen und privilegierten SED-Nomenklatura im Kommunismus (Wandlitz)	1255
2.	Die Utopien beim XXII. Parteitag der KPdSU (1961)	1279
3.	Ist der ideologische Überbau des Marxismus-Leninismus-Stalinismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution kompatibel?	1305
3.1.	Der ideologische Überbau des Marxismus-Leninismus-Stalinismus	1305
3.2.	Die wissenschaftlich-technische Revolution im Wettbewerb zwischen der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft (= Sozialismus) und der Marktwirtschaft (= Kapitalismus) Von Clemens Burrichter, Eckart Förtsch, Hans-Joachim Müller	1308
3.3.	Das Parteiprogramm der Honecker-Ära war tief verankert im dogmatisch erstarrten Marxismus-Leninismus-Stalinismus und zielte vorwiegend auf die Sicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse Von Fred Oldenburg	1327
3.4.	Der Richta-Report (1968): Mit Stalins Industrialisierungsmodell ist kein evolutionärer Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution möglich. Damit war der Zusammenbruch aller sozialistischen Länder 1989/91 determiniert	1334
XVIII.	Funktionsmechanismus und Regeln in der Marktwirtschaft. Politische Willkür als Regel in der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	1367
1.	Funktionsmechanismus und Regeln in der Marktwirtschaft Von Helmut Leipold	1367
2.	Zur Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Sanktionssysteme: Auslese durch Sanierung und Insolvenzen	1371
3.	Die sozialistische Zentralplanwirtschaft im realen Sozialismus wurde politisch natural gesteuert und war eine Wirtschaft ohne Theorie und Regeln	1379

4.	Politische Willkür (Voluntarismus, Subjektivismus) als Regel in der politisch naturalen Steuerung der sozialistischen Zentralplanwirtschaft	1381
5.	Die Grenzen der Kontrolle. Das statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR Von Markus Güttler	1392
5.1.	Die Rolle der staatlichen Statistik in der DDR	1393
5.2.	Das statistische Informationssystem der DDR. Aufbau, Funktionsweise und Aufgaben	1395
5.3.	Das statistische Informationssystem und das Scheitern der Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung in der DDR	1399
XIX.	Bilanz der sozialistischen wirtschaftsordnungspolitischen Experimente. Geldwirtschaft und Naturalwirtschaft. Evolutionäre Universalien	1409
1.	Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der DDR bis 1989 Von Udo Ludwig	1409
2.	Versuch der Einordnung in größere Zusammenhänge der sozialistischen wirtschaftsordnungspolitischen Experimente Von David S. Landes und Peter Jay	1449
3.	Evolution versus Konstruktivismus	1457
4.	Markt und Geld: Nur der Gewinn gibt Orientierung beim wirtschaftlichen Handeln. Die politisch natural gesteuerte sozialistische Zentralplanwirtschaft ist orientierungslos	1462
4.1.	Eine Basisinnovation: Die Erfindung des Münzgeldes um 550 v. Chr.	1462
4.2.	Markt und Geld in der langen Evolution: Nur der Gewinn gibt Orientierung beim wirtschaftlichen Handeln	1464
4.3.	Radikaler Bruch in der langen Evolution: Im Gefolge der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917“ wurden auf der Basis von Marx und unter Führung von Lenin und Stalin Marktwirtschaft und Geld liquidiert. Damit war der Zusammenbruch der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder 1989/91 determiniert	1480
4.3.1.	Radikaler Bruch 2500 Jahre nach der Basisinnovation Münzgeld verliert Geld im Gefolge der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917“ seine Funktion als Wertmesser (Recheneinheit)	1481
4.3.2.	M. S. Gorbatschow beim XXVII. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1986: „Eine radikale Reform tut not.“	1482

4.3.3.	Wissenschaft und Technologie in der Sowjetunion	1505
4.3.4.	Nur Anpassung sichert das Überleben in der Evolution	1512
4.4.	Evolutionäre Universalien: Demokratie, Marktwirtschaft mit Privateigentum und konvertiblem Geld führen zu Wohlstand	1514
4.4.1.	Warum freiheitlich rechtsstaatliche Demokratien noch nie einen Krieg gegeneinander führten Von Spencer R. Weart	1524
4.4.2.	Das Privateigentum vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945	1528
5.	Der unaufhaltbare zunehmend rapide Verfall der Wettbewerbs- fähigkeit aller DDR-Kombinate 1980 bis 1989	1532
5.1.	Die Beschleunigung des rapiden Verfalls des Sachanlagever- mögens 1980 bis 1989	1533
5.2.	Die Verschleißquote der Ausrüstungen der DDR-Kombinate zwischen 1980/89 ist nur vergleichbar mit dem Substanzverzehr in der Weltwirtschaftskrise (1929/33) und den Kriegsschäden und Demontagen bis zur Währungsreform in den Westzonen (1944/48)	1547
5.3.	Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder des Ostblocks 1989/91 hatte auf die Weltwirtschaft nicht so große Rückwir- kungen wie die Weltwirtschaftskrise 1929/33	1555
6.	Evolutionäre Übergänge waren im demokratischen Zentralis- mus des realen Sozialismus ausgeschlossen	1563
6.1.	Marktwirtschaften: Evolutionärer Übergang von den Hierar- chien der Unternehmen zu Netzwerken der Unternehmen in den Informationsgesellschaften bei der Globalisierung	1563
6.2.	Der Organisationsgrundsatz des demokratischen Zentralismus war erstmals 1847 auf Initiative von Karl Marx und Friedrich Engels im Statut des Bundes der Kommunisten verankert worden und blieb es bis zum Zusammenbruch des realen Sozialismus 1989/91	1566
6.3.	Effizienzkriterien bei den evolutionären Übergängen am Bei- spiel des Superorganismus von Ameisen, Wespen und Termiten	1567
	Schlußbemerkungen zur Sowjetunion und zur DDR	1574
	Fazit: Demokratie mit Marktwirtschaft, Privateigentum und konvertiblem Geld als universelle Werte	1641

ZWEITER TEIL

I. Die Neustrukturierung der globalen Einflußsphären nach 1945. Gründung der beiden deutschen Teilstaaten 1949 – Integration der Bundesrepublik in die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG). Die DDR wird Teil des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)

1. Staatsordnung und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion als Führungsmächte in der bipolaren Welt nach 1945

Staatsordnung, Rechtssystem und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion sollen kurz skizziert werden, um die fundamentalen Unterschiede der beiden Führungsmächte sichtbar zu machen.

Vereinigte Staaten von Amerika:

Beeinflußt vom Gedankengut der europäischen Aufklärung erklärten die Kolonien schließlich am 04.07.1776 ihre Unabhängigkeit.

Entstehung der Verfassung: Die Idee des Verfassungsstaates, der durch geschriebenes, von der Souveränität des Volkes getragenes Grundgesetz konstituiert wird, und in dem alle Staatsgewalt nur nach Maßgabe und in den Grenzen der Verfassung ausgeübt werden darf, ist erstmals in Amerika verwirklicht worden.

Struktur der Bundesverfassung:

Föderalismus. Ziel der Amerikaner war die Entwicklung einer Bundesform, die einerseits die Gliederstaaten nicht entmachtete, andererseits eine genügend starke Zentralgewalt für alle Aufgaben sicherte, die von den einzelnen Staaten nicht effektiv wahrgenommen werden konnten.

Demokratie: In den USA hat die repräsentative Demokratie auf allen Ebenen von Beginn an als die einzig legitime Regierungsform gegolten. Ihre Kennzeichen sind die Volkssouveränität und die Ausübung der Staatsgewalt durch auf Zeit gewählte Vertreter des Volkes. Der Kongreß als Legislativ- und der Präsident als Exekutivorgan des Bundes gehen aus periodischen Volkswahlen hervor, die dem Modell des relativen Mehrheitswahlsystems folgen. Sie sind insofern dem Volk gegenüber periodisch politisch verantwortlich. Die Richter nehmen aus rechtsstaatlichen Gründen einen Sonderstatus ein.

Rechtsstaatlichkeit. Der Gedanke, daß das Recht herrschen müsse, nicht der Mensch, ist in den USA tief verwurzelt. Der Vorrang des Rechts vor politischer Macht und persönlicher Willkür wird auf vielfältige Weise zu gewährleisten, die Staatsgewalt sorgsam zu umgrenzen (*limited government*) versucht.

Institutionelle Vorkehrungen gegen Machtmißbrauch schafft neben Föderalismus v. a. ein ausgeklügeltes System der *horizontalen Gewaltenteilung* im Bund wie

in Mitgliedsstaaten: Gesetzgebung, Vollziehung und Gerichtsbarkeit werden verschiedenen Organen zugeordnet, die sich gegenseitig kontrollieren und ausbalancieren (*checks and balances*). Vollziehende Gewalt und Rechtsprechung sind an die Gesetze gebunden. Die Exekutive bedarf zu Eingriffen in Leben, Freiheit und Eigentum einer gesetzlichen Grundlage.

Die *Richter* sind unabhängige Wächter über die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der Amtsführung der anderen Organe. Auf Bundesebene und in vielen Gliedstaaten werden sie zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit auf Lebenszeit ernannt und können nur wegen schwerer Straftaten amtsenthoben werden (*impeachment*). Die Bundesrichter werden vom Präsidenten nominiert und vom Senat bestätigt. Einige Staaten kennen eine Richterwahl auf Zeit.

Judikative. Bund wie Gliedstaaten besitzen eine voll ausgebaute mehrstufige Gerichtsbarkeit, wobei die Rechtsprechungskompetenz bei den Gliedstaaten liegt. Wenn die Bundesverfassung nicht ausnahmsweise die *Bundesgerichte* für zuständig erklärt.

Die *Rechtsordnung* besteht aus dem Bundesrecht, dem Recht des District of Columbia (mit der Hst. Washington), den Rechtsordnungen der 50 Gliedstaaten sowie denen der „territories“ (z. B. Puerto Rico). Die Verteilung der Rechtssetzungskompetenzen durch die Bundesverfassung bewirkt, daß die Kernmaterien des Rechts (Zivil-, Handels-, Gesellschafts-, Straf- und Prozeßrecht) weitgehend gliedstaatlich geregelt sind. Da die Gliedstaaten in sehr enger Verbindung zueinander stehen, kommt es häufig zu grenzüberschreitenden Sachverhalten, bei denen das Kollisionsrecht festlegt, nach welcher gliedstaatlichen Rechtsordnung ein Streitfall zu entscheiden ist.¹

Wirtschaftsordnung: Der Staat, insbesondere die Bundesregierung, soll sich jedes Eingriffs in die Wirtschaft enthalten, wenn es nicht im Interesse der Wohlfahrt oder der Sicherheit des Landes dringend erforderlich ist.

Eigentum: Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf dem Leistungsprinzip beruhende Lohnarbeit.²

Sowjetunion

Verfassungsform und Verfassungswirklichkeit:

„Nach den ideologischen Vorgaben sollte in der 1922/24 gegründeten und Ende 1991 untergegangenen Sowjetunion ein sozialistisches und dann kommunistisches Gemeinwesen errichtet werden, in dem Staat und Recht absterben sollten. Die tatsächliche Entwicklung ist anders verlaufen. Das Recht starb zwar nicht ab, ihm wurde aber in Anbetracht des Vorrangs politischer Zweckmäßigkeitserwägungen nur eine sekundäre Rolle beigemessen. Seine abgeschwächte Normativität wurde im Konzept der ‚sozialistischen Gesetzlichkeit‘ auf den Begriff gebracht, das die

¹ Steinberger, Helmut / Giegerich, Thomas: Vereinigte Staaten von Amerika III. Verfassung und Recht, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 6. Bd., 1995, S. 377 ff. Fraenkel, E.: Das amerikanische Regierungssystem, Köln 1960

² Woytinsky, Wladimir S. / Woytinsky, Emma S.: Vereinigte Staaten von Amerika, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 29, 60.

antithetischen Elemente der Bindungswirkung der Rechtsnormen und der Parteilichkeit ihrer Anwendung zugleich propagiert“.³

„Die äußere Form des Sowjetstaates hat sich seit der 1. Verfassung der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) von 1918, die zum Vorbild aller späteren Sowjetverfassungen, darunter der ersten Verfassung der UdSSR von 1923 (bzw. 1924) und der geltenden Unionsverfassung von 1936 geworden ist, nur geringfügig gewandelt.

Die *formelle Rechtsverfassung* der SU wird durch das *Rätesystem* bestimmt, das massendemokratische und national-föderale Züge aufweist.

Den ideologischen Ausgangspunkt der Sowjetdemokratie bildet die soziologische Unterstellung des Arbeiter- und Bauernstaates (Art. 1 Unionsverfassung von 1936). Durch den Wandel in der sozialen Struktur der Sowjetunion ist der soziologischen Rechtfertigung der ‚Diktatur des Proletariats‘ als der unmittelbaren Herrschaft der Volksmassen der Boden entzogen worden. Infolge des sozialen Umschichtungsprozesses, der maßgeblich durch die planökonomische ‚Revolution von oben‘ bewirkt wurde, ist die als ‚Zwischenschicht‘ bezeichnete ‚neue Intelligenz‘ zur führenden sozialen Klasse aufgestiegen. Die proletarische ‚Übergangsdiktatur‘ hat sich zur stationären Diktatur der Funktionäre („Apparatschiki“) gewandelt. Die bolschewistische Partei, deren Satzung das Kernstück der *materiellen Rechtsverfassung* der Sowjetunion bildet, ist in immer stärkerem Maße zur Partei der Funktionärsklasse geworden. [...]

Partei und Staatspolizei sind als die beiden Hauptträger des diktatorischen Regimes anzusehen. Sowjetwehrmacht, Sowjetexekutive und Wirtschaftsverwaltung weisen ein geringeres politisches Gewicht auf. Erst recht gilt dies für die Sowjetlegislative, die Sowjetgewerkschaften und sonstige Massenorganisationen“.⁴

Staatsaufbau und Staatswillensbildung. „Die Partei: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU), die bis zum 19. Parteikongreß im Oktober 1952 in Klammern den Zusatz ‚Bolschewisten‘ trug, ist aus der 1898 begründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) hervorgegangen. Auf ihrem zweiten Kongreß, 1903 in Brüssel und London, spaltete sich die Partei in zwei Richtungen: die radikalen *Bolschewisten* („Mehrheitler“) und die gemäßigteren *Mensschewisten* („Minderheitler“. Auf dem 7. Parteikongreß (1918) wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewisten) in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewisten) umbenannt, aus der auf dem 14. Parteikongreß (1925) die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewisten) hervorging. Die Satzung der KPdSU(B) von 1925 ist 1934, 1939 und 1952 geändert und neu gefaßt worden. Gemäß Art. 126 der Unionsverfassung bildet die KPdSU den lenkenden *Kern* sowohl *des Staates* als auch sämtlicher gesellschaftlicher Organisationen. In der Verfassungswirklichkeit kommt der Partei trotz ihres Vorranges gegenüber den

³ Brunner, Georg: Sowjetunion. III. Verfassung, Recht, Verwaltung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 6. Bd., 1995, S. 317.

⁴ Meissner, Boris: Sowjetunion (II) Verfassung (1) Politische Verfassung, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 321 ff.

anderen Institutionen nicht das alleinige Machtmonopol zu. Träger der letzten Entscheidungsgewalt und damit der Souveränität im Staate ist nicht die Gesamtpartei, sondern die Spitze ihrer Exekutivorgane, die sich als autokratische Staatsführung institutionalisiert und ihre Schlüsselstellung, die auf der Kontrolle mehrerer gleichwertiger Machtquellen beruht, durch ein Gleichgewicht der Kräfte gesichert hat.

Bei der *Parteikontrolle* ist die 1934 aus der Zentralen Kontroll-Kommission (ZKK) hervorgegangene Kommission für Parteikontrolle in ein Komitee für Parteikontrolle (KPK) umgewandelt und mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet worden. Die Zentrale Revisions-Kommission (ZRK) hat ihre bisherige Stellung beibehalten.

Die *Sowjetlegislative*, die mit ihren umfangreichen Vertretungskörperschaften das äußere Bild des Sowjetstaates bestimmt, besitzt dekorativen Charakter. Die *Sowjetexekutive*, die den Staatsapparat im engeren Sinn bildet, erfüllt dagegen im Mechanismus der stationären Diktatur teilweise sehr wesentliche Funktionen. Wenn die Sowjets auch durch die Partei gelenkt und kontrolliert werden, so hat doch die Bedeutung der Sowjetexekutive im Verhältnis zur Parteiexekutive in der Nachkriegszeit allgemein zugenommen.

Da die Unionsverfassung auf dem Prinzip der Gewaltenvereinigung beruht, ist nicht nur die Legislative, sondern auch die Justiz, an deren Spitze der *Oberste Gerichtshof der UdSSR* steht, weitgehend der Sowjetexekutive untergeordnet. Die *Rechtssprechung* ist nicht nur von den Weisungen des Justizministeriums abhängig, sondern untersteht auch der unmittelbaren Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft. Der *Generalstaatsanwalt der UdSSR*, der auf 7 Jahre ernannt wird, übt als Hüter der ‚sozialistischen Gesetzlichkeit‘ die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen in erster Linie unter den Gesichtspunkten der politischen Zweckmäßigkeit und nicht nur der Gesetzmäßigkeit aus. Eine Verwaltungsgerechtigkeitsbarkeit ist der SU unbekannt, dafür wird die *Strafgerichtsbarkeit* in weitgehendem Maß durch die Staatspolizei *auf dem Verwaltungswege* ausgeübt. Der Polizei und nicht der Justiz untersteht seit 1934 das Gefängniswesen (einschließlich der Zwangsarbeitslager) und damit der gesamte *Strafvollzug*.

Recht und Gerichtsverfassung. Die Gesetzgebung der Sowjetregierung behandelte naturgemäß zunächst nur Einzelfragen: ihre Kodifizierung erfolgte zuerst am 17.10.1918 für das *Familienrecht* und am 28. 11. desselben Jahres für das *Arbeitsrecht*: am 12.12.1919 wurden ‚*Allgemeine Grundsätze des Strafrechts*‘ (entsprechend dem Allgemeinen Teil eines Strafgesetzbuches – über die Zweckmäßigkeit eines Besonderen Teils gab es damals noch Meinungsverschiedenheiten unter den Sowjetjuristen) veröffentlicht.

Bei Gelegenheit der Abfassung des *Bürgerlichen Gesetzbuches* betonte Lenin, daß es ‚in ökonomischen Dingen nur öffentliches, kein Privatrecht geben kann‘.

Gerichtsverfassung: Es gibt ein einheitliches Gerichtssystem, das für alle Zivil- und Strafrechtsfälle kompetent ist, obzwar nur im *Volksgesichtshof* (dem Gericht der ersten Instanz) der Richter mit seinen Beisitzern alle Fälle behandelt.

Strafrecht: Die Kodifikationen des Sowjetstrafrechts waren beherrscht von der Kombination einer sehr milden Behandlung des gewöhnlichen Rechtsbrechers (dessen Vergehen als ein Produkt der früheren Gesellschaftsordnung und dessen

Umerziehung als eine relativ leichte Aufgabe angesehen wurde) mit (durch das Bestehen einer *Sondergerichtsbarkeit* noch verschärfter) äußerster Härte gegen den Feind des Regimes oder den seine Amtsgewalt mißbrauchenden Beamten“.⁵

„Das *politische System* verwandelte sich unter *Gorbatschow* aus einer totalitären Einparteidiktatur zu einem autoritären System mit zunehmenden politischen Pluralismus und diffusen Strukturen. Der Übergang zu einer funktionsfähigen Demokratie wurde wegen der Rückständigkeit der politischen Kultur, des Widerstandes der reaktionären Kräfte, der Unentschlossenheit Gorbatschows und der unbewältigten Nationalitätenprobleme des Vielvölkerstaates nicht vollzogen“.⁶

2. Das von der Sowjetunion geführte sozialistische Lager

2.1. Stalins aggressive Strategie der dritten Etappe der sowjetischen Expansion

Die Strategie der Ausspielung der „imperialistischen Gegensätze durch die Außenpolitik erreichte ihren Höhepunkt in der Schließung des Nichtangriffspakts mit Hitler am 23. August 1939. Mit diesem Pakt glaubte Stalin, zwei für die damalige Zeit wichtige Ziele seiner Politik verwirklichen zu können: a) grünes Licht für die Aggression der deutschen Wehrmacht im Westen zu geben und so die ‚imperialistischen Mächte‘ – Frankreich, England und Deutschland – an der Westfront ausbluten zu lassen und b) als Entgelt für die sowjetische Nichteinmischung in den Krieg die Billigung der Erweiterung der sowjetischen Herrschaft auf Moldawien (Bessarabien), Ostpolen, Litauen, Lettland, Estland von Hitler zu erhalten. 1940 konnte Stalin diese Länder einverleiben. Nur die Eroberung von Finnland erlitt ein schmachvolles Fiasko. Das kleine finnische Volk wies die sowjetische Aggression heroisch zurück.

Der Hitler-Stalin-Pakt markierte den Übergang der sowjetischen Politik zu der zweiten, diesmal großangelegten sowjetischen Expansion in Osteuropa. Somit wurden Keime in den künftigen Zusammenbruch des sowjetischen Systems und des militanten Sozialismus gelegt. Die Zeitbombe begann für die Sowjetunion zu ticken.

Dieser Pakt verdeutlichte auch eine enge Verflechtung der messianischen kommunistischen Ziele der sowjetischen Außenpolitik mit den hegemonialen Großmachtambitionen der führenden Elite der Sowjetunion. Man konnte kaum unterscheiden, wo die ‚klassenmäßigen‘ Ziele Moskaus endeten und wo seine nationalen Interessen begannen. Die Parole lautete: was der Sowjetunion zugutekommt, ist auch für die kommunistische Weltbewegung vorteilhaft. Moskau verwandelte sich zum Hüter und Förderer der kommunistischen Parteien in westlichen Ländern und betrachtete sich als Basis für die Ausweitung des kommunistischen Systems.

⁵ Schlessinger, Rudolf: Ebd., S. 324-328.

⁶ Brunner, Georg: Sowjetunion III, S. 317.

Die Einverleibung der Länder Osteuropas, die gemäß dem Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt der Sowjetunion abzutreten waren, sah in den Augen des Westens als nichts anderes aus als die Erweiterung der Herrschaftssphäre Moskaus. Das barg in sich eine Herausforderung an andere Großmächte und Weltmächte und die Gefahr einer zukünftigen Konfrontation mit ihnen“.⁷

Die dritte Etappe der aggressiven sowjetischen Expansion begann 1945 nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. „Sie erstreckte sich nicht nur auf Europa, sondern auch auf andere Regionen der Welt. In den Jahren 1945-1948 erzwang die sowjetische Führung die Herrschaft in Mittel- und Osteuropa: in Polen, Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Albanien und Bulgarien.

Bezeichnend für die europäische Geschichte nach 1945 war die Sowjetisierung des östlichen Teils und die Atlantisierung (Amerikanisierung) des westlichen Teils Europas sowie die Entstehung und die Vertiefung der Unvereinbarkeit ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Im Westen herrschten die bürgerliche Demokratie und eine freie, sozial orientierte Marktwirtschaft, im Osten die kommunistischen totalitären Regime und die Staatsplanwirtschaft.

Die Konfrontation mit den weit überlegenen Kräften des Westens, die Aufrüstung, die Notwendigkeit, die sowjetische Herrschaftssphäre in Osteuropa politisch, militärisch, wirtschaftlich und propagandistisch abzusichern – all das, vermehrt durch das ineffiziente, inflexible sowjetische Wirtschaftssystem, hat der Sowjetunion eine unerträgliche politische und wirtschaftliche Last aufgebürdet und von der Lösung wichtigerer Aufgaben der Innenpolitik abgelenkt.

Die Politik der sowjetischen Führung gegenüber den Ländern Osteuropas hat sich im Laufe der Zeit modifiziert. Das Anfangsstadium der Errichtung der kommunistischen Regime in dieser Region von 1945 bis 1948 (der sogenannten Volksdemokratien) war durch gewaltsame Methoden, durch die Übertragung der stalinistischen Repressalien und Säuberungen auf dem Boden der ostmitteleuropäischen Länder, die Umstürze der bürgerlichen Regierung und die Durchdringung der Staatsapparate dieser Länder mit moskautreuen Kadern, besonders in Verteidigungs- und Innenministerien, in Massenmedien und im Finanzwesen gekennzeichnet“.⁸

Zur Frage des Zerfalls des einheitlichen Weltmarktes und der Vertiefung der Krise des kapitalistischen Weltsystems führte Stalin 1952 aus:

„Als wichtigstes ökonomisches Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen muß der Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes betrachtet werden. Dieser Umstand bedingt die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Der zweite Weltkrieg selbst ist durch diese Krise hervorgebracht worden. Jede der zwei kapitalistischen Koalitionen, die sich während des Krieges ineinander verbißen hatten, rechnete darauf, den Gegner zu schlagen und die Weltherrschaft zu

⁷ Daschitschew, Wjatscheslaw: Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, Hamburg / Berlin / Bonn 2002, S. 42 f.

⁸ Ebd., S. 42.

erlangen. Darin suchten sie den Ausweg aus der Krise. Die Vereinigten Staaten von Amerika rechneten darauf, ihre gefährlichsten Konkurrenten, Deutschland und Japan, auszuschalten, die ausländischen Märkte sowie die Weltrohstoffressourcen an sich zu reißen und die Weltherrschaft zu erlangen.

Der Krieg hat diese Hoffnung jedoch nicht erfüllt. Zwar wurden Deutschland und Japan als Konkurrenten der drei wichtigsten kapitalistischen Länder, der USA, Englands, Frankreichs, ausgeschaltet. Aber zugleich fielen China und in Europa die anderen volksdemokratischen Länder vom kapitalistischen System ab und bildeten zusammen mit der Sowjetunion das einheitliche und mächtige sozialistische Lager, das dem Lager des Kapitalismus gegenübersteht. Das ökonomische Ergebnis der Existenz der zwei gegensätzlichen Lager ist, daß der einheitliche, allumfassende Weltmarkt zerfallen ist und wir infolgedessen jetzt zwei parallele Weltmärkte haben, die ebenfalls einander gegenüberstehen“.⁹

„Bis zum Tode Stalins 1953 wurden die Beziehungen der Sowjetunion zu den ostmitteleuropäischen Ländern nach den Parteiprinzipien des ‚demokratischen Zentralismus‘ unter dem Deckmantel des ‚proletarischen Internationalismus‘ gestaltet. In Wirklichkeit bedeutete dies die vollständige Unterwerfung dieser Länder unter den Willen Moskaus (mit Ausnahme von Titos Jugoslawien und später Albaniens von Enver Hodsha).

Unter Chruschtschow (1953-1964) kam es zu vagen Versuchen einer allmählichen Liberalisierung dieser Beziehungen. Dieser Prozeß wurde nach dem Aufstand in Budapest 1956 unterbrochen. In der Breschnew-Ära (1965-1982) kam es zu einer neuen Verhärtung der sowjetischen Politik gegenüber den ostmitteleuropäischen Ländern. Der Warschauer Vertrag und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurden von Moskau bis in die Ära von Gorbatschow zentralistisch gelenkt.

Das Streben der oppositionellen politischen Kreise und der breiten Schichten der Bevölkerung ostmitteleuropäischer Länder, sich von der sowjetischen Bevormundung und von der sowjetischen Dominanz zu befreien, wurde brutal niedergeschlagen (der Aufstand der Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953, die Ungarische Revolution 1956, der Prager Frühling 1968).

Die Herrschaft der Sowjetunion und ihr Sendungsbewußtsein stießen auf wachsenden Widerstand und die Eigenwilligkeit der regierenden Kreise der sozialistischen Länder, vor allem Jugoslawien, Albanien, Polen, Rumänien, Nordkorea sowie China. Die Gegensätze zwischen der sowjetischen und der chinesischen Führung gipfelte 1961 in einem offenen militärischen Konflikt.

Die hegemonialen Ansprüche des Kremls, die in der während des Prager Frühlings verkündeten ‚Breschnew-Doktrin‘ der ‚eingeschränkten Souveränität‘ ihren Niederschlag fanden, erlaubten nicht, harmonische, partnerschaftliche Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zu gestalten. Sie versperrten den Weg zur Reformation der politischen und wirtschaftlichen Systeme der Länder Ostmitteleuropas.

⁹ Stalin, J.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin (-Ost) 1952, S. 31.

Die Breschnew-Führung konnte und wollte nicht begreifen, daß der Prager Frühling, der die Bewegung zum Sozialismus mit menschlichem Antlitz symbolisierte, eine historische Chance schuf, vom überholten Stalinismus in politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie im geistigen Leben abzurücken, das Problem der Menschenrechte und Menschenfreiheiten auf eine neue, demokratische Weise zu lösen, einer herannahenden Krise des Systems vorzubeugen und Perspektiven für den Dritten Weg der Entwicklung sowohl für die ostmitteleuropäischen Länder, als auch für die Sowjetunion zu öffnen – einen Weg, der den Osten und Westen Europas näherbringen und auf lange Sicht zur Einheit des Kontinents führen könnte“.¹⁰

2.2. Wosnessenski, N. A.: Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges (1941-1945) und globale Standortbestimmung der Sowjetunion (1947)

1947 erschien als 3. Beiheft zur Sowjetwissenschaft der Beitrag von Nikolai Alexejewitsch Wosnessenski,¹¹ „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges“.¹² Die beiden Reihenherausgeber Jürgen Kuczynski¹³ und Wolfgang Stein schreiben in der Vorbemerkung: „Diese mit dem Stalin-Preis ausgezeichnete Schrift von N. Wosnessenski gibt dem Leser einen umfassenden Einblick in die Dynamik der sowjetischen Kriegswirtschaft. In dieser Monographie ist nicht nur das grundlegende statistische Tatsachenmaterial über die Entwicklung der sowjetischen Kriegswirtschaft zusammengestellt. Wir finden in der Arbeit zugleich auch tiefgehende theoretische Darlegungen über die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Wirtschaft im Frieden wie im Kriege“.

Die leitenden Ideen werden hier wortwörtlich wiedergegeben, da sie eine Einsicht in die Bewertung der Kriegswirtschaft der Sowjetunion bieten und eine Beurteilung der globalen Lage nach Kriegsende 1945.

*Einleitung:*¹⁴ Der Große Vaterländische Krieg von 1941 bis 1945 hat die Volkswirtschaft der Sowjetunion von Grund auf verändert, die sowjetische Wirtschaft im Interesse des siegreichen Krieges umgestaltet und die für die Kriegszeit typischen Gesetzmäßigkeiten geschaffen. In der Geschichte der UdSSR stellt dieser Vorgang

¹⁰ Daschitschew, W.: Moskaus Griff, S. 43 f.

¹¹ Nikolai Alexejewitsch Wosnessenski (1903-1950), ab 1937 stellvertretender und ab 1938 Vorsitzender von GOSPLAN, ab 1939 stellvertretender, ab 1941 Erster stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare / Ministerrats der UdSSR, ab 1939 Mitglied des ZK, ab 1941 Kandidat, von Februar 1947 bis März 1949 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B), im Oktober 1949 verhaftet, 1950 zum Tode verurteilt und erschossen, 1954 rehabilitiert. Wittenburg, Gertrud: Wosnessenski, Nikolai Alexejewitsch (1903-1950), in: Krause, Werner et al. (Hrsg.): Ökonomenlexikon, Berlin (-Ost) 1989, S. 619-621.

¹² Der Beitrag erschien erstmals 1947 in Moskau. Auch als Buch 1949, Berlin (-Ost).

¹³ Kuczynski war von 1947 bis 1950 Präsident der Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion.

¹⁴ Wosnessenski, N. A.: Die Kriegswirtschaft in der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges, Berlin (-Ost) 1947, S. 5 ff.

eine besondere Periode der sozialistischen Wirtschaft dar – die Periode der Kriegswirtschaft. Ihr entspricht auch ein besonderes Kapitel in der politischen Ökonomie des Sozialismus – die politische Ökonomie des Vaterländischen Krieges.

Der Vaterländische Krieg begründete eine besondere Periode in der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft – die Periode der Kriegswirtschaft. Die sowjetische Kriegswirtschaft ist durch besondere ökonomische Gesetzmäßigkeiten auf dem Gebiet der Produktion und der Verteilung charakterisiert. Der Periode der sowjetischen Kriegswirtschaft kommt ein besonderes Kapitel in der Wissenschaft der politischen Ökonomie zu. Die Theorie der sozialistischen Kriegswirtschaft wurde durch die Werke unseres Führers – des Genossen Stalin – geschaffen.

Die Erfolge der sozialistischen Industrialisierung der Wirtschaft und die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, die den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung vollendeten, schufen vor dem Vaterländischen Krieg somit die materiellen und moralisch-politischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Verteidigung und die Unabhängigkeit unseres sozialistischen Vaterlandes. Das Bündnis der demokratischen Staaten im Kriege gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten, ein historischer Erfolg der sowjetischen Außenpolitik, beschleunigte die Niederwerfung des faschistischen Staatenblocks.

*Die Grundlagen der Kriegswirtschaft der UdSSR:*¹⁵ Der Vaterländische Krieg erforderte die unverzügliche Umstellung der sowjetischen Wirtschaft auf das Gleis der Kriegswirtschaft. In den Beschlüssen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B), der Sowjetregierung und in den Anordnungen des Genossen Stalin wurde bereits in den ersten Tagen des Vaterländischen Krieges das Programm für die Überführung der sozialistischen Friedenswirtschaft auf die sozialistische Kriegswirtschaft festgelegt.

Die Errichtung des Staatlichen Verteidigungskomitees, das die sowjetische Legislative und Exekutive sowie die Parteileitung des Landes in sich vereinigte, gab die Gewähr für die Planmäßigkeit und Einheitlichkeit aller Aktionen in bezug auf die Mobilisierung sämtlicher Ressourcen der Wirtschaft für die Bedürfnisse des Großen Vaterländischen Krieges.

Ein Vergleich der Kriegswirtschaft des zaristischen Rußland in den Jahren von 1914 bis 1917 mit der Sowjetunion in den Jahren von 1941 bis 1945 demonstriert die gewaltige Überlegenheit der sowjetischen Kriegswirtschaft, die es dem Sowjetstaat ermöglichte, trotz des zeitweiligen Verlusts einer Reihe von industriellen und landwirtschaftlichen Gebieten, die Versorgung der Front mit Kriegsausrüstung und Verpflegung sicherzustellen.

Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion stützte sich auf die Herrschaft des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Konzentration der hauptsächlichsten Produktionsmittel in den Händen des Sowjetstaates sicherte die rasche Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Krieges. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln im zaristischen Rußland stellte bei dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Abhängigkeit vom Auslandskapital das

¹⁵ Ebd., S. 16 ff.

Land während der Jahre 1914 bis 1917 vor unlösbare Schwierigkeiten in der Kriegsführung.

Die ökonomische Grundlage der sowjetischen Kriegswirtschaft ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, das die Konzentration aller materiellen Kräfte der sowjetischen Wirtschaft auf die siegreiche Beendigung des Vaterländischen Krieges gewährleistet hat. Die Umstellung der Wirtschaft auf das Geleis der Kriegswirtschaft, die Verlagerung der Produktivkräfte und ihr Wiederaufbau in den östlichen Gebieten waren die Vorbereitung für den Gesamtaufschwung der Kriegswirtschaft in der UdSSR.

Die Umstellung der Volkswirtschaft: Das Programm der durch den Krieg bedingten Umstellung der sowjetischen Volkswirtschaft ist in den Reden Stalins in erschöpfender Form enthalten, vor allem in seinem Rundfunkaufruf an das Volk vom 3. Juli 1941 und in seinem Bericht zum 24. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 6. November 1941.

Im November 1941, als in den Augen der Welt die Tage des Sowjetstaates „gezählt“ waren, machte der Leiter unserer Kriegswirtschaft, Genosse Stalin, den Vorschlag, einen großen Plan für den Aufbau neuer Kapazitäten der Eisenhüttenindustrie im Ural und in Sibirien als Basis der Kriegsproduktion auszuarbeiten und anzunehmen. Ein derartiges Einzelgeschehen in der Stalinschen Leistung genügte allein schon, um die große Ausdauer und das Vertrauen auf den Endsieg zu beleuchten, einen Sieg, zu dem ein Stalinscher Wille und ein heroischer Arbeitseinsatz der Werktätigen erforderlich waren.

Der sozialistische Charakter der sowjetischen Wirtschaft und das daraus entspringende Prinzip der Planung sicherten somit den schnellen Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft der Sowjetunion. Die Verlagerung der Produktivkräfte aus den Front- und frontnahen Gebieten in das östliche Hinterland der Sowjetunion entzog die Produktionsbetriebe dem Zugriff der deutschen Okkupanten und gab unter der Leitung der Partei Lenins und Stalins die Gewähr für die ständige Festigung und Entwicklung der sowjetischen Kriegswirtschaft.

Für die Periode der Kriegswirtschaft der UdSSR ist das schnelle Tempo der erweiterten sozialistischen Reproduktion in den östlichen Gebieten der Sowjetunion charakteristisch. Die erweiterte sozialistische Reproduktion fand ihren Ausdruck im Anwachsen der Arbeiterklasse, in der Vergrößerung der Industrieproduktion und in neuen Kapitaleinlagen, die die Entwicklung der Produktivkräfte der UdSSR gewährleisten.

Den deutschen Okkupanten gelang es nicht, in den von ihnen besetzten Gebieten der Sowjetunion die Produktion zu organisieren und auch nur einen Teil der sowjetischen Menschen in diesen Gebieten auf ihre Seite zu ziehen. Während des Vaterländischen Krieges wurde trotz des Abzugs beträchtlicher materieller und geistiger Kräfte der Völker der Sowjetunion für die Bedürfnisse des Krieges eine heldenhafte Leistung in den befreiten Gebieten zum Wiederaufbau der von den Okkupanten zerstörten Wirtschaft vollbracht. Die Bevölkerung der befreiten Gebiete hat durch heroische Arbeit ihren Beitrag zur Bilanz der sowjetischen Kriegswirtschaft geleistet.

Eine charakteristische Besonderheit der volkswirtschaftlichen Bilanz der UdSSR in der Periode der Kriegswirtschaft ist die planmäßige Neuverteilung des Volkseinkommens, des gesellschaftlichen Produktes, der materiellen Fonds und der Arbeitskräfte zugunsten des Vaterländischen Krieges. Infolge der siegreichen sozialistischen Industrialisierung war die Unabhängigkeit der sowjetischen Kriegswirtschaft auch in den Tagen schwerster Belastung sichergestellt.

*Die Industrie und die Kriegsproduktion:*¹⁶ Unter Einsatz des gesamten Potentials ihrer Produktivkräfte rüstete die sozialistische Industrie der UdSSR die Sowjetarmee mit erstklassigem Kriegsmaterial aus. Trotz der Evakuierung einer beträchtlichen Anzahl von Rüstungsbetrieben, trotz des zeitweiligen Ausfalls einer Reihe von hochentwickelten Industriegebieten aus der Bilanz der sowjetischen Kriegswirtschaft vermehrte sich die Rüstungsproduktion allein in den östlichen und den zentralen Gebieten der Sowjetunion im Verlaufe des Vaterländischen Krieges um das 2 ½-fache gegenüber dem Produktionsniveau auf dem Gesamtgebiet der UdSSR im Jahre 1940.

Die sozialistische Industrie ist der Stolz des Sowjetvolkes. Sie wurde von der Arbeiterklasse und der Intelligenz der UdSSR nach dem Plan Lenins und Stalins geschaffen. An dieser Stelle ist es notwendig, die Hauptergebnisse in der Entwicklung der sozialistischen Industrie zu erwähnen, die die Unabhängigkeit und das kriegswirtschaftliche Potential der Sowjetunion gewährleistet haben.

Das hohe Wachstumstempo der Industrie. Im Jahre 1940 war die Produktion von Produktionsmitteln in der Großindustrie der UdSSR im Vergleich zum Jahre 1913 um das 17-fache und die Produktion von Konsumtionsmitteln um das 7,6-fache angewachsen. Im Vergleich zum Jahre 1920 war die Produktion von Produktionsmitteln im Jahre 1940 um das 91-fache und die Produktion von Konsumtionsmitteln um das 59-fache angestiegen.

Die Errichtung einer hochentwickelten inländischen Produktionsmittelindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie. Im Jahre 1913 belief sich die Produktion von Produktionsmitteln in Rußland auf nur 33,6 % der gesamten Industrieproduktion, der Maschinenbau und die metallverarbeitende Industrie betragen insgesamt nur 8,9 %. Die russische Industrie war vor der Revolution von den in industrieller Hinsicht stärkeren kapitalistischen Ländern abhängig, wobei der Bedarf an Industrieausrüstungen vorwiegend durch Import gedeckt wurde. Rußland war im ersten Weltkrieg nicht in der Lage, den Rüstungsbedarf seiner Armee aus der Inlandsproduktion zu decken.

Seit dieser Zeit setzte sich die Entwicklung der Kriegsindustrie unentwegt fort. Äußerst lehrreich ist ein Vergleich des Tempos und des Niveaus der sowjetischen Kriegsproduktion während des Vaterländischen Krieges mit den entsprechenden Daten Rußlands aus der Zeit des ersten Weltkriegs, die in der Arbeit von A. A. Manikowskij „Die Versorgung der russischen Armee im Weltkrieg“ angeführt werden.

¹⁶ Ebd., S. 49 ff.

Zum Vergleich der Rüstungsproduktion in Rußland während des imperialistischen Krieges von 1914 bis 1917 mit der Sowjetunion in der Zeit des Vaterländischen Krieges während der Jahre 1941 bis 1945 genügt die Feststellung, daß die Sowjetunion in der Kriegszeit das 29-fache an Artilleriegerät hergestellt hat, als im zaristischen Rußland während des ersten Weltkrieges in sämtlichen regierungseigenen und privaten Unternehmen produziert worden war. Die Produktion von Granatwerfern in der UdSSR hatte sich während der gleichen Zeit im Vergleich zur Produktion des zaristischen Rußland um das 89-fache vermehrt.

In der Sowjetunion wurden während des Vaterländischen Krieges an Maschinengewehren aller Art um 78-mal mehr hergestellt als im zaristischen Rußland während des ersten Weltkrieges und an Gewehren das 6,4-fache.

Die Produktion von Granaten aller Kaliber lag in der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges um das 8,2-fache und die von Patronen aller Art um das 6,9-fache höher als die, die während des ersten Weltkrieges der Armee geliefert wurde.

Zu diesem quantitativen Anwachsen der Waffen- und Munitionsproduktion müssen die in keiner Weise vergleichbaren qualitativen Veränderungen in dem Kriegsmaterial der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges gegenüber dem Kriegsmaterial des zaristischen Rußland während des ersten Weltkrieges hinzugefügt werden. Es muß die Produktion von Raketengeschossen und -wurfgeräten, die Produktion einer erstklassigen schweren und Flakartillerie, moderner, leistungsfähiger Panzer, schneller Flugzeuge, von Schlachtflugzeugen, schweren Granatwerfern, Schnellfeuer-MGs, Maschinenpistolen und die Herstellung von automatischen Gewehren angeführt werden, auf die die Sowjetarmee mit Recht stolz ist. Diese technischen Errungenschaften waren der russischen Armee im ersten Weltkrieg völlig unbekannt.

A. A. Manikowskij, der Leiter der Hauptverwaltung für Artilleriewaffen der russischen Armee im Kriege 1914 bis 1917, machte in seinem Buche eine überaus instruktive Feststellung über die Erfahrungen aus der Organisation der Kriegsproduktion in Rußland während des ersten Weltkrieges. Er schrieb: „Aus einer ganzen Reihe der oben angeführten Dokumente wird zweifellos klar, daß man erst nach der Kriegserklärung an die Notwendigkeit dachte, Munition auch während des Krieges selbst herzustellen. Unsere größte Unterlassungssünde und unser größtes Unglück bestand darin, daß wir der Annahme waren, einen modernen Krieg einzig und allein mit den in Friedenszeiten hergestellten Reserven führen zu können. Darum hatten wir uns auch nicht in genügendem Maße um die Entwicklung unserer regierungseigenen und privaten Unternehmungen gekümmert und keinerlei Pläne für die technische (betriebsmäßige) Mobilisierung aufgestellt. Der Erfolg war, daß wir in der Kriegszeit zu einer Reihe von übereilten und wenig zweckmäßigen Improvisationen Zuflucht nehmen mußten“.

Es muß anerkannt werden, daß der Sowjetstaat diesen gewaltigen, durch die Herrschaft des Privateigentums und die industrielle Rückständigkeit des zaristischen Rußlands bedingten Fehler im Vaterländischen Krieg vermieden hat. Bereits in der Vorkriegszeit (vor 1941) war in der Sowjetunion eine Rüstungsindustrie ge-

schaffen worden, die über spezialisierte Werke der Flugzeug-, Panzer- und Schiffsbauindustrie sowie der Waffen- und Munitionsindustrie verfügte. Auf dieser Basis wurde während des Vaterländischen Krieges die Kapazität der sowjetischen Rüstungsindustrie erweitert. Gerade dieser Umstand erlaubte es dem Oberkommando der Sowjetarmee, trotz des Verlustes eines großen Teiles der am Vorabend des Vaterländischen Krieges geschaffenen kriegstechnischen Reserven die Front mit Kriegsmaterial zu versorgen.

Während des ersten Weltkrieges hatten Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei gegen Rußland 127 Divisionen ins Feld geworfen. Während des zweiten Weltkrieges stellten Deutschland, Rumänien, Italien und Ungarn an der Ostfront 257 Divisionen gegen die Sowjetunion auf, davon Deutschland allein 207 Divisionen, d. h. 2,4-mal mehr als während des ersten Weltkrieges. Nichtsdestoweniger wurden die deutschen Divisionen und deren Söldlinge von der Sowjetarmee geschlagen.

Während des ganzen ersten Weltkrieges wurden der Armee des zaristischen Rußland 55,6 Mill. Artillerie- und Wurfgranaten aller Kaliber geliefert. Während des zweiten Weltkrieges erhielt die Sowjetarmee von der sozialistischen Industrie 775,6 Mill. Artillerie- und Wurfgranaten, d. h. 14-mal mehr als der russischen Armee im ersten Weltkrieg geliefert wurden. In dieser Lawine von Eisen und Feuer lebten der Zorn des Sowjetvolkes und seine unüberwindliche Kraft im Kampf um den Sieg über die räuberischen Hitlerimperialisten.

Infolge der heldenhaften Anstrengungen der Arbeiterklasse und der sozialistischen Industrie in der UdSSR erhielt die Sowjetarmee eine technisch erstklassige Kriegsausrüstung. Gegen Ende des Vaterländischen Krieges mit Hitlerdeutschland lagen die Bestände der Sowjetarmee höher als in der Friedenszeit und zwar an Divisionen um das 4-fache, an Artillerie um das 5-fache, an Panzern um das 15-fache und an Flugzeugen um das 5-fache.

Die Schlagkraft der Sowjetarmee zeigte sich in ihrer ganzen Macht im Endkampf um Berlin im April 1945. In dieser letzten Schlacht wurden von der Sowjetarmee eingesetzt: 41.000 Geschütze und Granatwerfer, 8.400 Flugzeuge, die den Schlag der Artillerie aus der Luft unterstützten, und über 6.300 moderne Panzer und Sturmgeschütze.

Alle diese Siegeswaffen wurden von den Händen, dem Geist und der Arbeit des Sowjetvolkes geschaffen. Der Sieg der Sowjetarmee über Hitlerdeutschland wurde mit eigenen Waffen, mit eigenem Kriegsgerät errungen.

Die Sowjetarmee war in der Periode des Vaterländischen Krieges mit erstklassigem, in den eigenen Betrieben des Landes geschaffenen Kriegsgerät ausgerüstet worden. Das Anwachsen der Rüstungsproduktion und die Versorgung der Armee mit Kriegsmaterial wurden durch die mächtige Entwicklung der Rüstungsindustrie in der Periode der Kriegswirtschaft und durch die feste, vor dem Vaterländischen Krieg in der Sowjetunion geschaffene industrielle Basis gewährleistet.

Die sozialistische Landwirtschaft hat trotz der zeitweiligen Abtrennung reichster Landwirtschaftsgebiete der UdSSR die Sowjetarmee und die Bevölkerung in der Periode der Kriegswirtschaft mit Nahrungsmitteln versorgt. Die im Vergleich zum

ersten imperialistischen Krieg beträchtliche Erhöhung der Marktreserven an landwirtschaftlichen Produkten der UdSSR wurde durch den Sieg der Kolchosordnung auf dem Land ermöglicht.

*Das Transportwesen und die Organisation des Güterverkehrs:*¹⁷ Trotz der größten Schwierigkeiten in der Kriegszeit gelang es dem sowjetischen Transportwesen, den Erfordernissen der Sowjetarmee und der Kriegswirtschaft der UdSSR gerecht zu werden. Um das gesamte Eisenbahnnetz mit rollendem Material zu versorgen, müssen die sowjetischen Eisenbahner durch Beschleunigung der Wagenumlaufgeschwindigkeit Zehntausende von Waggons freimachen und für die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse in der sowjetischen Wirtschaft bereitstellen.

*Die Organisation der Arbeit und der Arbeitslohn:*¹⁸ Unter den schwierigen Bedingungen der Kriegszeit hat der Sowjetstaat eine hochproduktive Arbeitsorganisation und das Anwachsen des Lohnes für die Arbeiter und Angestellten, unter Beibehaltung des höchsten Lohnniveaus in der Schwerindustrie gewährleistet. Dank dem organisierten System der Ausbildung und Verteilung der Arbeitskräfte sind in der Kriegswirtschaft der UdSSR keinerlei ernste Schwierigkeiten durch Mangel an Arbeitskräften aufgetreten.

*Der Warenlauf und die Preise:*¹⁹ In der Periode der Kriegswirtschaft haben sich die Formen des Warenumsatzes und die Versorgungsorganisation der Bevölkerung wesentlich verändert. Das fand seinen Ausdruck:

- im rationierten Verkauf von Lebensmitteln und Massenbedarfsgütern (Kartensystem);
- in der Differenzierung der Lebensmittelnormen und der Verkaufsbedingungen für die Werktätigen in den verschiedenen Zweigen der Kriegswirtschaft;
- in der Organisation von speziellen Arbeiter-Versorgungsabteilungen in den Betrieben.

Die Anzahl der Bevölkerung die vom Staat mit Brot und anderen Lebensmitteln versorgt wurde, stieg in der Periode der Kriegswirtschaft auf 76,8 Mill. Menschen. Die Rationierung in der Nahrungsmittelversorgung unterstellte die Konsumtion den Interessen der Produktion und sicherte den Arbeitern in den kriegsentscheidenden Industriezweigen, in der Kriegsindustrie, in der Brennstoff-, Metall- und Energieerzeugung sowie im Eisenbahntransport, ein höheres Verbrauchsniveau.

Im Zusammenhang mit der Praxis der genormten Nahrungsmittelversorgung erlangte während der Periode der Kriegswirtschaft die Gemeinschaftsverpflegung große Bedeutung (Betriebsküchen, Kantinen). Diese öffentliche Speisung wurde für viele Arbeiter und Angestellte zur Hauptverpflegung. Der Anteil dieser Gemeinschaftsverpflegung am gesamten Einzelhandelsumsatz erhöhte sich von 13 % im Jahre 1940 auf 25 % im Jahre 1943.

17 Ebd., S. 63 ff.

18 Ebd., S. 68 ff.

19 Ebd., S. 76 ff.

In den kapitalistischen USA gelang es der Regierungskontrolle nicht, die Preise auf dem Vorkriegsniveau zu halten. Während des zweiten Weltkrieges stieg der Großhandelsindex für landwirtschaftliche Produkte im Vergleich zum Vorkriegsniveau auf 196 %, für Nahrungsmittel auf 151 % und für Textilerzeugnisse auf 144 %. Dieses Ansteigen der Großhandelspreise mußte sich unausweichlich auf das Niveau der Einzelhandelspreise und des Arbeitslohnes auswirken.

Der Sowjetstaat legte staatliche Einzel- und Großhandelspreise fest und lenkte damit die Sicherung einer normalen Lebenshaltung für die Werktätigen in Stadt und Land. Die Herrschaft des sozialistischen Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln, die Konzentration des größeren Teiles der im Inland zirkulierenden Waren in den Händen des Staates, die planmäßige Verteilung der Warenfonds, das Außenhandelsmonopol – all das sicherte in der Periode der sowjetischen Kriegswirtschaft die Stabilität der durch die sowjetische Regierung schon vor dem Kriege festgelegten staatlichen Einzelhandelspreise.

Andere Gesetzmäßigkeiten herrschten auf dem freien Kolchosmarkt. Hier wirkte das Wertgesetz in seiner marktmäßigen Form als Gesetz von Angebot und Nachfrage. Demzufolge erhöhte sich in den Städten der Preisindex auf dem Kolchosmarkt im Jahre 1943 im Vergleich zum Vorkriegsniveau des Jahres 1940 für pflanzliche Produkte um das 12,6-fache und für tierische Erzeugnisse um das 13,2-fache. Das Ansteigen der Einzelhandelsumsätze auf dem Kolchosmarkt in den Jahren 1942 und 1943 im Vergleich zum Vorkriegsjahr 1940 ist mit der Erhöhung der Einzelhandelspreise unter dem Einfluß einer das Angebot übersteigenden Nachfrage verbunden. Mit dem Wiederaufbau der Landwirtschaft und dem erweiterten Verkauf von Nahrungsmitteln auf den Kolchosmärkten setzte vom Jahre 1944 eine fühlbare Preissenkung ein; im Jahre 1945 fielen die Preise im Kolchoshandel im Vergleich zu 1943 um das 2,3-fache.

Das Absinken der Preise im Kolchoshandel in den Jahren 1944 und 1945 ist auch mit dem im Jahre 1944 organisierten staatlichen kommerziellen Handel zu erhöhten Preisen verbunden. Die Einführung des staatlichen kommerziellen Handels gab die Gewähr für den Rückgang der Einzelhandelspreise auf dem freien Markt. Außerdem gab der kommerzielle Handel der sowjetischen Intelligenz wie auch den qualifizierten Arbeitern die Möglichkeit, für ihre steigenden Arbeitslöhne und Prämien über die festgelegten Rationen hinaus eine zusätzliche Menge an Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln zu erwerben.

Das Vorhandensein von zweierlei staatlichen Einzelhandelspreisen für rationierte und für im kommerziellen Handel erhältliche Waren hatte jedoch – besonders unter Beibehaltung eines freien Marktes, in dem sich die Preisbildung auf der Basis von Angebot und Nachfrage vollzog – auch seine negativen Seiten und war lediglich eine vorübergehende Maßnahme. Das Nebeneinanderbestehen von zwei verschiedenen Einzelhandelspreisen für ein und dieselbe Ware leistet der Spekulation Vorschub. Die außerordentlich große Spanne zwischen den staatlichen und den freien Marktpreisen auf Bedarfsartikel erlaubt spekulativen Elementen, die sich bis zu einem gewissen Grade auch heute noch in der Sowjetgesellschaft erhalten haben, auf Kosten der Bevölkerung und des Staates zu verdienen und somit in großem Ausmaße arbeitslose Geldeinkommen zu erzeugen.

Die staatliche Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgegenständen für viele Millionen Werktätige wurde durch den Sowjetstaat in der Periode der Kriegswirtschaft auf der Basis der festen staatlichen Einzelhandelspreise für rationierte Waren organisiert. Unabhängig vom wirklichen Wert oder den Produktionskosten der Waren hielt der Sowjetstaat in der Periode der Kriegswirtschaft die für die rationierten Waren festgesetzten Einzelhandelspreise für die hauptsächlichsten Bedarfsartikel auf dem Vorkriegsniveau.

Die Beibehaltung eines stabilen Niveaus für die staatlichen Einzelhandelspreise auf Konsumgüter sowie auch der Tarife für soziale Dienstleistungen, die der Bevölkerung zugutekamen, sicherten in der Periode der sowjetischen Kriegswirtschaft den unbedingt notwendigen Lebensstandard der Werktätigen in Stadt und Land. Das materielle Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten der UdSSR wurde in der Zeit der Kriegswirtschaft auch durch die steigenden Arbeitslöhne und die Einbeziehung der nichtberufstätigen Bevölkerung in den Produktionsprozeß sichergestellt, was zur Erhöhung des Gesamtlohneinkommens der Familien sowie des Haushalts der Arbeiter und Angestellten beitrug.

Wir fassen zusammen. Der genormte Handel mit Nahrungsmitteln und anderen vordringlichen Bedarfsartikeln gab in der Periode der Kriegswirtschaft der UdSSR die Gewähr für die relativ besten Versorgungsbedingungen für die Arbeiter, die Angestellten und die Intelligenz in den führenden Zweigen der Kriegswirtschaft. Die von der Sowjetregierung für die wesentlichen Versorgungs- und Massenbedarfsartikel durchgeführte Politik der festen Preise sicherte in den Jahren des Vaterländischen Krieges ein stabiles Niveau der Reallöhne.

Wenn man die sozialistische Produktion der UdSSR in die I. Abteilung, die Produktionsmittel produziert, und in die II. Abteilung, die Konsumtionsmittel produziert, aufteilt, so wird es offensichtlich, daß der Wert der Produktionsmittel, die der Staat den Betrieben der II. Abteilung zuteilt, in einem bestimmten im Plan festgelegten Verhältnis zu dem Wert der Konsumtionsmittel stehen muß, die den Betrieben der I. Abteilung zugeteilt werden. In der Tat, wenn die Betriebe der I. Abteilung auf Konsumtionsmittel und die der II. Abteilung auf Produktionsmittel verzichten müßten, wäre die erweiterte sozialistische Reproduktion unmöglich. Die Arbeiter der Produktionsmittel produzierenden Betriebe hätten keine Konsumtionsmittel und umgekehrt die Konsumtionsmittel produzierenden Betriebe keine Produktionsmittel, d. h. keine Brennstoffe, Rohstoffe und Ausrüstungen.

Das Wertgesetz ist somit das in der sozialistischen Wirtschaft umgewandelte und elementarste in den Dienst der staatlichen Planung gestellte Gesetz der Produktionskosten, der Verteilung und des Austausches der Produkte.

Die sozialistische Produktionsplanung setzt die Kenntnis der ökonomischen Gesetze der Produktion und Verteilung sowie die kluge Ausnutzung dieser Gesetze im Interesse des Sozialismus voraus. Die Erfahrungen in der Planung der Volkswirtschaft der UdSSR erfordern die Errichtung von normalen Materialreserven und -vorräten als unerläßliche Bedingung für die Beseitigung des saisonbedingten Abfalls im Produktionszuwachs und für die Beschleunigung des Tempos der erweiterten Reproduktion.

*Die sozialistische Wirtschaft in der Nachkriegszeit:*²⁰ Der große Vaterländische Krieg von 1941 bis 1945 wurde mit der völligen Vernichtung Hitlerdeutschlands siegreich beendet. Unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen in Europa wurde auch der Krieg im Fernen Osten mit der Niederlage des japanischen Imperialismus zum Abschluß gebracht. Damit fand der zweite Weltkrieg sein Ende. Es begann der Übergang vom Krieg zum Frieden. In den kapitalistischen Ländern vollzieht sich dieser Übergang gewöhnlich durch eine Krise und Massenarbeitslosigkeit. Die Sowjetwirtschaft ist in der glücklichen Lage, diese Umstellung der Wirtschaft frei von Krisen und jedweder Arbeitslosigkeit durchführen zu können.

Der Übergang von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft in der UdSSR vollzieht sich ohne Krisen und Depressionen auf Grund der planmäßigen Lösung folgender Umstellungsaufgaben der Nachkriegswirtschaft durch den Staat:

durch Festsetzung neuer Proportionen in der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft im Vergleich zu denen der kriegswirtschaftlichen Periode.

Es ist vollkommen klar, daß die Proportionen in der Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR, die sich in der Friedensperiode der Vorkriegszeit ergeben haben, nicht genau so in der Nachkriegszeit wiederholt werden können; aber die Grundgesetze der erweiterten sozialistischen Reproduktion sind auch für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Sowjetwirtschaft in der Nachkriegszeit bindend. Das bedeutet die notwendige, vordringliche und schnelle Wiederherstellung der Hütten- und Brennstoffindustrie, der Energiewirtschaft, des sowjetischen Eisenbahntransports sowie auch des inländischen Maschinenbaues, der die technisch-wirtschaftliche Unabhängigkeit unserer Heimat gewährleistet; wird der Übergang zur Friedenswirtschaft durch die Neuverteilung der Arbeitskräfte sowie auch der Grund- und Umlaufsfonds auf die Zweige der Wirtschaft durchgeführt.

Dies bedeutet, daß es notwendig ist, den Anteil der Schwerindustrie und des Bahntransports im Vergleich zur Kriegswirtschaftsperiode in der volkswirtschaftlichen Bilanz zu erhöhen. Es bedeutet ferner aber auch die Schaffung von materiellen Reserven und Vorräten in der dem Arbeiter bei der Umschulung und zahlt ihm während der Zeit der Produktionsumstellung einen mittleren Arbeitslohn aus.

Die Aufgabe besteht auch darin, die mit dem Umbau der Volkswirtschaft verbundenen Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken und die Umstellungszeit soweit wie möglich zu verkürzen, um ein hohes Reproduktionstempo zu sichern. Das hohe Wachstumstempo der sozialistischen Reproduktion ist in vieler Hinsicht von den richtigen Größenverhältnissen (Proportionen) zwischen den verschiedenen Zweigen der materiellen Produktion, zwischen Produktion und Verkehr abhängig. Disproportionen in der Wirtschaftsentwicklung führen zu einer Verminderung des Tempos in der Produktion und der Reproduktion. Ein Mißverhältnis z. B. zwischen dem Produktionsniveau und dem Transportvolumen könnte die Volkswirtschaft in eine Sackgasse führen. Zur Verhütung derartiger Mißverhältnisse in der Volkswirtschaft muß für die Entwicklung des Transportwesens, für die Schaffung und Vergrößerung des rollenden Materials und für die Vervollkommnung der Verkehrstechnik unablässig Sorge getragen werden.

²⁰ Ebd., S. 110 ff.

Das antiimperialistische demokratische Lager mit der UdSSR an der Spitze führt einen Kampf gegen die imperialistische Expansion und eine neue Kriegsbedrohung. Von der Kraft und der Einigkeit des demokratischen, antiimperialistischen Lagers hängt das Scheitern der aggressiven, provokatorischen Kriegspläne ab. Infolge des ersten Weltkrieges und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat der Kapitalismus seine Macht in Rußland verloren, in Gestalt der UdSSR entstand und erstarkte das System des Sozialismus; es begann die allgemeine Krise des Kapitalismus. Im Gefolge des zweiten Weltkrieges und der demokratischen Umgestaltung der Länder Zentral- und Osteuropas entstanden neue Volksrepubliken, die Länder der Volksdemokratie. Der Weltkapitalismus hat auch in einer Reihe demokratischer Länder an Macht verloren. Die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus sind gewachsen, die allgemeine Krise des Kapitalismus hat sich weiter verschärft.

Die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft der UdSSR muß die Nachkriegsveränderungen in der internationalen Lage berücksichtigen. Die Besonderheiten der sozialistischen Reproduktion in der UdSSR, die sich in der Nachbarschaft mit kapitalistischen Ländern entwickelt, verpflichten den Sowjetstaat, das notwendige Rüstungspotential und seine militärische und wirtschaftliche Macht aufrecht zu erhalten. Solange eine kapitalistische Einkreisung besteht, muß das Pulver trocken gehalten werden. Solange der Imperialismus existiert, besteht auch die Gefahr eines Überfalls auf die Sowjetunion, die Gefahr eines neuen dritten Weltkrieges. Diesen aber kann nur ein gerüstetes Volk verhüten, das über gewaltige Produktivkräfte verfügt.

Die Aufgabe der Nachkriegsentwicklung der Sowjetwirtschaft besteht demnach darin, in den nächsten Jahren die in den befreiten Gebieten der UdSSR von den deutschen Okkupanten zerstörte Wirtschaft wiederherzustellen und auf dem gesamten Gebiet der Sowjetunion das Produktionsniveau der Vorkriegszeit wesentlich zu übertreffen. Wenn wir die Aufgabe des Wiederaufbaues und der weiteren mächtigen Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft meistern, dann machen wir einen beträchtlichen Schritt vorwärts im Aufbau der kommunistischen Gesellschaft und in der Verwirklichung unserer wirtschaftlichen Hauptaufgabe, nämlich die großen kapitalistischen Länder in ökonomischer Hinsicht einzuholen und zu überholen.

2.3. Auszüge aus dem Drahtbericht von George F. Kennan aus Moskau vom 22. Februar 1946 und aus „Die Vereinigten Staaten und Rußland“ (Winter 1946)

Bereits vor der Gesamtkapitulation der Wehrmacht am 7./9. Mai 1945 hatten sich die „Siegermächte über die Aufteilung Deutschlands in drei und dann – nachdem Frankreich in den Kreis der Sieger aufgenommen worden war – in vier Besatzungszonen verständigt, deren Grenzen von der EAC²¹ festgelegt und in Jalta von

²¹ Weiß, Hermann: European Advisory Commission (EAC), in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999, S. 256-259.

Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin – den ‚Großen Drei‘ bestätigt wurden“.

Die Militärgouverneure waren „Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, standen an der Spitze der Militärregierung als jeweils oberster zentraler Instanz und waren verantwortlich für die amerikanische,²² britische,²³ französische,²⁴ sowjetische Besatzungspolitik²⁵ in Deutschland; die vier Militärgouverneure als Vertreter der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs bildeten gemeinsam den Alliierten Kontrollrat. Mit Gründung der BRD bzw. DDR wurden die Militärgouverneure durch Hohe Kommissare ersetzt“.²⁶

Die vier Militärgouverneure Dwight D. Eisenhower (USA), Georgij Konstantinowitsch Schukow (UdSSR), Bernard Law Montgomery (Großbritannien) und Jean de Lattre de Tassigny (Frankreich) übernahmen die oberste Gewalt in Deutschland und in den jeweiligen vier Zonen: die Vier-Mächte-Erklärung von Berlin. Sie waren grundsätzlich an die Weisungen ihrer jeweiligen Regierung in Washington, Moskau, London und Paris gebunden.

Die bipolare Welt war für George F. Kennan schon früh erkennbar. In seinen Erinnerungen schreibt er unter dem Kapitel „Von der deutschen Kapitulation (7./9. Mai 1945) bis Potsdam (17.7.-2.8.1945)“: „In einem Bericht der Moskauer Botschaft der USA vom 19. Mai 1945 über die Haltung der sowjetischen Presse in den letzten Wochen vor der deutschen Kapitulation finden sich folgende Beobachtungen:

„Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als der Führer der Sowjetunion. Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktion folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gesicht der Zukunft bestimmen werden. Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden, als alles im Fluß war“.

Ich selber, der ich an der Abfassung des Berichtes nicht ganz unbeteiligt war, hegte verständlicherweise den Wunsch, unsere Regierung möge schon jetzt die Probleme analysieren, die das Nachkriegsrußland uns bescheren würde, und eine Politik entwerfen, die den Schaden möglichst klein hielte, der der erhofften Stabilität Europas aus der letzten militärisch-politischen Entwicklung im Gebiet der russischen Front erwachsen war. Aus diesem Grund füllte ich nicht nur meine privaten

22 Rupieper, Hermann-J.: Amerikanische Besatzungspolitik, in: ebd., S. 33-47.

23 Jürgensen, Kurt: Britische Besatzungspolitik, in: ebd., S. 48-59.

24 Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik, in: ebd., S. 60-72.

25 Scherstjanoi, Elke: Sowjetische Besatzungspolitik, in: ebd., S. 73-89.

26 Ebd., S. 273, 283.

Notizbücher mit meinen Sorgen und Nöten, sondern plagte auch alle, von denen ich Verständnis erhoffte, in erster Linie den Botschafter mit Protesten und Appellen und ständigem Drängen. Und meiner Feder entfloßen, wie ich errötend gestehe, derart viele Aufzeichnungen, daß ihre Wiedergabe diesen Band sprengen würde. Andererseits haben die darin ausgeführten Gedanken in einigen meiner späteren, von der Öffentlichkeit vielbeachteten Publikationen eine große Rolle gespielt, und deshalb möchte ich sie hier zusammenfassen. Ich werde mich dabei im wesentlichen auf Fragen der amerikanischen Politik beschränken. Meine Analyse der russischen Situation ist in den beiden langen Abhandlungen enthalten, auf die ich schon verwiesen habe.

Während der ganzen ersten Nachkriegszeit befürwortete ich – wohl als einziger in den oberen Rängen der Regierungsbeamten – die sofortige und klare Anerkennung der Aufteilung Europas in Einflußsphären und eine darauf aufbauende Politik.

Dafür hatte ich zwei Gründe. Erstens war ich noch genauso davon überzeugt wie schon vor der deutschen Kapitulation, daß es müßig wäre, uns in der Hoffnung zu wiegen, wir könnten den Gang der Dinge in dem bereits der russischen Herrschaft anheimgefallenen Gebiete noch irgendwie beeinflussen. Ich fand, daß wir nur uns selbst und die Öffentlichkeit im Westen täuschen würden, wenn wir uns weiter einredeten, der Großteil dieser Länder habe in absehbarer Zukunft etwas anderes zu erwarten als vollständige Isolierung vom Westen nach sowjetischem Muster. Unter diesen Umständen sah ich nicht ein, weshalb wir uns besonders anstrengen sollten, um es den Russen bequemer zu machen, sei es durch Hilfsaktionen der einen oder anderen Art, sei es durch Mitübernahme der Verantwortung für ihr Vorgehen. Es schien mir besser, wenn wir an dem, was sich jetzt nur allzu offensichtlich ereignen würde, nicht beteiligt wären“.²⁷

Der russischen Herrschaft anheimgefallen waren Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Sowjetisch besetzte Zone Deutschlands.

Der Wirtschaftspublizist Gustav Stolper (1888-1947), der nach der Machtergreifung Hitlers 1933 in die USA emigriert war, diente dem früheren Präsidenten Hoover auf dessen Europareise 1947 als Wirtschaftsberater.²⁸ Er sah sehr klar die Stellung des sowjetischen Militärgouverneurs G. K. Schukow in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Schukow erhielt seine Weisungen aus Moskau und war gegenüber dem Generalsekretär der KPdSU J. W. Stalin Rechenschaft schuldig.

Stolper führte zur Sowjetzone aus: „Wenn die Sowjetunion je die Absicht hatte, im Sinne des Potsdamer Abkommens (17. Juli bis 2. August 1945) ein geeintes Deutschland aufzurichten, so hat sie das nie mit einem Zeichen verraten. Vom ersten Augenblick der Okkupation an begann Moskau die Ostzone zu sozialisieren. In diesem Werk hat sie so umfassenden Erfolg erzielt, daß es äußerst zweifelhaft ist, ob es selbst durch völlige Umkehrung der politischen Voraussetzungen rückgängig zu machen wäre. Wie konnte es unter den gegebenen Umständen auch anders sein?

²⁷ Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten. *Memoirs 1925-1950*, 4. Aufl., Stuttgart 1968, S. 257 f.

²⁸ Collier, Irwin L.: Gustav Stolper (1888-1947), DBE, Bd. 9, 2001, S. 553.

Wir müssen einsehen, daß die Sowjetmethoden des täglichen Lebens, der politischen Verwaltung, der sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Organisation, die einzigen Methoden sind, für die die Sowjetorgane je geschult wurden, die sie je kennenlernten. In der fiktiven Atmosphäre der aufrichtigen, kameradschaftlichen Freundesgespräche der Ära Roosevelt tauchte die Frage wahrscheinlich gar nicht auf, wie eine russische Verwaltung in irgendeinem Teil der Welt es vermeiden könnte, die bestehende soziale und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen.²⁹ Ob aus freiem Willen oder aus militärischer Notwendigkeit; jedenfalls überließen die Westmächte die Besetzung Berlins und des industriellen Sachsens und Thüringens den russischen Armeen. Da Berlin zum gemeinsamen Mittelpunkt der vier Besatzungsmächte ausersehen war, wäre es von äußerster Bedeutung gewesen, daß alle vier Berlin gleichzeitig besetzten.³⁰ Aber nachdem die Russen Berlin einmal erobert hatten, hielten sie die anderen lange genug fern, um mit ihren Plänen einen guten Vorsprung zu erzielen. Als es dann schließlich den amerikanischen und britischen Armeen gestattet wurde, in Berlin einzumarschieren und die ihnen zugesprochenen Sektoren zu besetzen, blieb ihnen nichts übrig, als alle vollendeten Tatsachen zu akzeptieren“.³¹

Ähnlich argumentiert auch John H. Backer:³² „Was die Entscheidung über die deutsche Teilung betrifft, so gibt es keinen Hinweis, daß *irgendeine* langfristige Wirtschaftspolitik – von einem nebulösen ‚Multilateralismus‘ einmal abgesehen – eine entscheidende Rolle vor der Marshall-Plan-Gesetzgebung gespielt hatte. Es versteht sich von selbst, daß es den verständlichen Wunsch in den USA wie auch in der UdSSR gab, die Welt so weit wie möglich in Übereinstimmung mit der jeweils eigenen Gesellschaft neu zu ordnen. [...] Auf der einen Seite wird man sich an George Kennans Kommentar erinnern, daß die Gedanken an eine amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit bloße ‚Hirngespinnste‘ seien,³³ eine Ansicht, die offensichtlich von Charles Bohlen geteilt wurde.³⁴ Es wäre anmaßend, die Ansichten dieser hervorragenden Experten für die UdSSR beiseite zu wischen“.³⁵

29 Der Demokrat Franklin Delano Roosevelt (1882-1945) wurde erstmals 1933 und danach 1936, 1940 und 1944 zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Am 12. April 1945 starb Roosevelt plötzlich. Am gleichen Tag folgte Harry S. Truman als Präsident der USA.

30 Die erste Sitzung der amerikanischen, britischen und sowjetischen Stadtkommandanten erfolgte am 11. Juli 1945.

31 Stolper, Gustav: Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, Hamburg 1949, S. 132.

32 Backer, John H., nach 1945 vier Jahre lang Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, war von 1955 bis 1970 als Diplomat in der Bundesrepublik und der Sowjetunion tätig. Später war er Berater eines US-Senators in Washington, D. C.

33 Kennan, George F.: Memoirs, 1925-1950, Boston 1967, S. 178.

34 Clay, Lucius D.: Decision in Germany, New York 1950, S. 131.

35 Backer, John H.: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1943-1981, München 1981, S. 167 f.

George F. Kennan gibt tiefe Einblicke in die amerikanische Deutschlandpolitik und in die Unmöglichkeit dabei zu einer Übereinkunft mit Stalins Deutschlandpolitik zu kommen:

„Nach der Rückkehr nach Washington im Jahre 1943 nahm mein inzwischen verstorbener Kollege Henry P. Leverich, mit dem ich Anfang des Krieges an der Berliner Botschaft zusammen gewesen war und der sich jetzt im State Department mit der Nachkriegsplanung für Deutschland befaßte, mich einmal als Gast mit zu einer Sitzung des sogenannten Deutschland-Komitees, in dem diese Fragen untersucht wurden. Dabei zeigte er mir eine damals zur Beratung anstehende grundsätzliche Weisung über die Verwendung deutschen Personals bei einer zukünftigen Militärregierung. Das veranlaßte mich zu einem schriftlichen Memorandum über die solcher Planung zugrundeliegenden Prinzipien, die in meiner Sicht über die Personalpolitik der künftigen Militärregierung im engeren Sinne hinausgingen und das Problem der Entnazifizierung und ganz allgemein unseres politischen Verhaltens gegenüber dem Nachkriegsdeutschland einschlossen. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß mein Memorandum jemals diejenigen erreichte, die in der Zeit unmittelbar nach dem Ende der Feindseligkeiten für unsere Deutschlandpolitik verantwortlich waren. Zwar hatten die damals von mir vertretenen Ansichten sich, wie mir scheint, nach 1947 in der amerikanischen Politik allgemein durchgesetzt – während der ersten zwei oder drei Jahre nach der deutschen Kapitulation jedoch wurde größtenteils genau die Taktik verfolgt, gegen die meine Aufzeichnung gerichtet war.

Da eine vernünftige Deutschlandpolitik in meinen Augen die erste Voraussetzung für eine solide Nachkriegspolitik gegenüber der Sowjetunion bildete, beobachtete ich unser Verhalten in Deutschland unmittelbar nach dem Kriege (zum Beispiel den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß) mit einem an Verzweiflung grenzenden Entsetzen. Es erweckte in mir ein noch stärkeres Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Vergeblichkeit als selbst die Meinungsverschiedenheiten mit der Regierungsspitze wegen unserer bilateralen Beziehungen zu Moskau. Unter diesem Aspekt sind die folgenden Auszüge aus meinem Memorandum für Leverich – dem einzigen Beitrag zur Meinungsbildung über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege, zu dem ich Gelegenheit hatte – in diesem Bericht vielleicht nicht fehl am Platze.

Ich begann mit einer kurzen Zusammenfassung des Grundgedankens, von dem die mir gezeigte Konferenzvorlage ausgegangen war.

Danach ‚hielten wir es für unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß in der Verwaltung beschäftigte Deutsche keine Feinde des demokratischen Wiederaufbaus seien, und müßten folglich danach trachten, aus dem Verwaltungsapparat des deutschen Staates alle Angehörigen bestimmter großer Kategorien der Bevölkerung auszuschalten, zu denen insgesamt mindestens drei Millionen Menschen gehören‘.

Ich erläuterte sodann meine Einwände gegen diese Zielsetzung.

‚Erstens läßt sich das nicht durchführen. Es bedingt ein Maß an Wissen und an Koordinierung in Personalsachen, das auf einer Drei-Mächte-Basis niemals zu erreichen ist. In der Außenpolitik gibt es keine dornigere oder undankbarere Aufgabe

als den Versuch, die politische Vergangenheit oder die politischen Motive unzähliger Einzelpersonen in einem fremden Land zu durchleuchten. Ungerechtigkeiten, Irrtümer und Ressentiments lassen sich unmöglich vermeiden. Ein riesiger und notwendigerweise unpopulärer Untersuchungsapparat wird benötigt. Unsere eigenen Nachrichtendienste wären von einem solchen Deutschlandprogramm ganz klar überfordert. Der Versuch, es auf Drei-Mächte-Basis anzupacken, würde lediglich Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten auslösen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Alliierten sich auch nur nach außen hin darauf einigen können, welche Gruppen ausgeschaltet werden müßten. Weder Engländer noch Russen halten beim Umgang mit fremden Völkern ideologische Unterschiede für besonders wichtig; beiden dürfte die unmittelbare Brauchbarkeit jedes einzelnen für ihre Zwecke wichtiger sein als irgendwelche Ansichten, zu denen er sich früher einmal bekannt haben mag.

Bei dem Versuch, dieses Programm durchzuführen, werden wir scheitern. Die Leute werden entweder unserer Aufmerksamkeit völlig entgehen; oder sie werden ihre Unentbehrlichkeit aus technischen Gründen beweisen; oder sie werden verschwinden und anderswo unter falschem Namen auftauchen; oder sie werden sich bei einem der Alliierten einschmeicheln und ihn gegen die beiden anderen ausspielen. Schließlich werden wir uns in einem Gestrüpp von Denunziationen, Verwirrung und Uneinigkeit verfangen, das keinem außer den Deutschen selbst nützen kann.

Zweitens würde das Projekt, auch wenn es durchführbar wäre, nicht den Zweck erfüllen, für den es bestimmt ist. Wir würden keine andere Schicht von Menschen finden, die imstande wäre, die Verantwortlichkeiten der von uns ausgeschalteten zu übernehmen. Ob es uns nun paßt oder nicht: Neunzig Prozent alles dessen, was in Deutschland kraftvoll, fähig und geachtet ist, gehört in die einschlägige Kategorie. Die Entfernung all dieser Leute aus ihren Ämtern wäre für jede spätere Regierung – vermutlich eine aus Besatzungsoffizieren und den Alliierten genehmen liberalen Deutschen zusammengesetzte – eine Aufgabe, die ihre Kräfte weit übersteigen und sie gleichzeitig einer erbitterten, verantwortungslosen Opposition von noch nicht dagewesenem Format und Ansehen aussetzen müßte. Das könnte nur das eine Ergebnis haben, in Deutschland alles, wofür die Westmächte eintreten, endgültig in Mißkredit zu bringen, die nationalistischen Elemente mit einer Märtyrerkrone zu schmücken und damit schließlich ihrer triumphalen Rückkehr als Befreier Deutschlands von einer stümperhaften, scheindemokratischen Marionettenregierung Vorschub zu leisten. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß die Verfechter des Liberalismus in Deutschland jammervoll dünn gesät und schwach sind. Ihnen eine derartige Verantwortung aufzubürden, bevor ihre Schultern stark genug sind, sie zu tragen, könnte leicht zu ihrer völligen Vernichtung führen.

Schließlich möchte ich behaupten, daß die Ausschaltung nationalistischer Elemente durch Aktionen von unserer Seite nicht nur undurchführbar und unwirksam, sondern darüber hinaus unnötig ist. Der Hauptzweck unserer postmilitärischen Operationen in Deutschland ist doch wohl, dafür zu sorgen, daß das Land nicht noch einmal zum Ausgangspunkt eines Systems militärischer Aggressionen wird,

die unsere Sicherheit gefährden könnten. Aus diesem Grunde muß – darüber sind sich alle einig – den Deutschen vor Augen geführt werden, daß Aggression kein gewinnbringendes Geschäft ist. Aber ich sehe nicht, inwiefern das gleichbedeutend sein sollte mit der künstlichen Entfernung irgendeiner gegebenen Bevölkerungsschicht aus ihren öffentlichen Ämtern. Unterstellen wir doch lieber (wozu wir völlig berechtigt sind); das nationalistische Deutschland *sei* Deutschland; und gehen dann daran, dem nationalistischen Deutschland nicht etwa ausgerechnet die Verantwortlichkeiten abzunehmen, die es mit Fug und Recht selber tragen sollte, sondern es strikt zur Arbeit anzuhalten und ihm die Lektionen zu erteilen, die es verdient hat. Die beste Medizin für die derzeit in Deutschland herrschende Schicht ist nicht die zuvorkommende Entfernung aus ihren Ämtern gerade zu dem Zeitpunkt, an dem die Amtsausübung eine widerwärtige Bürde geworden ist, sondern der unerbittliche Anschauungsunterricht darüber, daß Deutschland nicht stark genug ist, die Interessen anderer Großmächte ungestraft zu bedrohen, und daß jeder Versuch in dieser Richtung unausweichlich zur Katastrophe führt. Gerade die starke nationalistische Führungskaste muß sich davon überzeugen. Wenn sie erst einmal begriffen hat, wird die Erkenntnis ihrem Nationalismus den Garaus machen. Vermutlich wird das früher oder später auch für sie selbst den politischen Tod bedeuten, denn eigentlich hat sie kein Programm außer Deutschlands Größe und Deutschlands Macht. Aber wenn sie dann abtritt, wird es wegen der Logik der Geschichte und wegen der organischen Entwicklung des deutschen politischen Lebens sein, nicht wegen voreiliger und notgedrungen stümperhafter Einmischung von außen. Die politische Entwicklung großer Völker wird von ihren eigenen nationalen Erfahrungen gelenkt und bestimmt, niemals von den Manipulationen fremder Mächte in internen Angelegenheiten.

Lassen wir also den Schock der Niederlage so überwältigend wie nur möglich sein. Gestalten wir den unmittelbaren Eindruck des Fehlschlags so eindringlich und unvergeßlich, daß er für alle Zeiten Bestandteil des nationalen Bewußtseins des deutschen Volkes wird. Wenn das aber getan ist, dann sollte die Idee der Bestrafung aus unserem Behandlungskonzept für Deutschland gestrichen werden. Denn anhaltende Bestrafung eines ganzen Volkes kann doch nie etwas ausrichten. Und verwischen wir nicht gegenüber jedermann die klaren Linien der Verantwortlichkeit, indem wir versuchen, die natürlichen Folgen zu verändern, die eine totale Niederlage unausweichlich haben muß. An uns ist es, den unvergeßlichen Eindruck hervorzurufen. An den Deutschen aber ist es, darauf zu reagieren‘.

Aus diesen Zitaten geht eine der Ursachen meines Mangels an Vertrauen in die Pläne für die Behandlung Nachkriegsdeutschlands klar hervor, nämlich ihre starke Abhängigkeit von der guten Zusammenarbeit mit den Russen. Nicht nur war meiner Ansicht nach jeder Versuch einer solchen Zusammenarbeit zum Scheitern verurteilt; noch gefährlicher war, daß wir aus Rücksicht auf dieses Gaukelbild unterlassen würden, eigene konstruktive Ideen für die Behandlung der Westzonen zu entwickeln und so den psychologisch richtigen Moment verpassen könnten, das Leben in Deutschland in neue und hoffnungsvollere Bahnen zu lenken. Ich betonte nachdrücklich die Notwendigkeit konstruktiver Sofortmaßnahmen mit dem Ziel der

Wiederbelebung der Wirtschaft und der öffentlichen Moral und hielt es für wichtiger, mit den eigenen Plänen weiterzukommen, als den Luftschlössern einer Zusammenarbeit mit den Russen nachzuhängen. Allerdings hatte ich bei meinen Überlegungen wohl die negativen Wirkungen der Zustände unmittelbar nach dem Zusammenbruch, soweit sie damals vorhersehbar waren, einigermaßen überbewertet: den ungeheuren Flüchtlingsstrom, die wirtschaftliche Zerrüttung, den Zusammenbruch der bestehenden Verwaltung und das politische Klima, in dem die alliierte Militärregierung zu operieren haben würde, hatte ich eindeutig zu negativ eingeschätzt.

Andererseits darf man nicht übersehen, daß die unentschlossenen und konfuse Methoden, derer wir uns in der ersten Zeit nach dem Kriege in Deutschland bedienten, sich binnen ein oder zwei Jahren als unzulänglich und ungeeignet erwiesen; und hätte man sie nicht aufgegeben und 1947 (Truman-Doktrin vom 12. März 1947) durch andere ersetzt, so hätten die von mir befürchteten Konsequenzen sehr leicht Wirklichkeit werden können³⁶

Die drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich waren freiheitlich rechtsstaatliche Demokratien mit marktwirtschaftlicher Ordnung. Die Sowjetunion war eine totalitäre Diktatur der KPdSU-Nomenklatura mit Stalin an der Spitze und einer politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Die Staats- und Wirtschaftsordnung der Westmächte war fundamental anders als die der Sowjetunion und dies war auch die Ursache für die bipolare Welt und den Kalten Krieg.

Bei einer Synopse, d. h. einer Gegenüberstellung der Staatsordnung und der Wirtschaftsordnung, werden die fundamentalen Gegensätze deutlich.

„Die Vereinigten Staaten und Rußland“ (Winter 1946)³⁷

Angesichts der jüngsten Ereignisse werden die folgenden Anmerkungen für das Ministerium von Interesse sein:

Grundzüge sowjetischen Verhaltens seit Kriegsende (wie aus der offiziellen Propaganda zu entnehmen)

Die UdSSR lebt immer noch inmitten feindseliger „Kapitalistischer Einkreisung“, mit der es auf die Dauer keine friedliche Koexistenz geben kann. Wie Stalin 1927 vor einer Delegation amerikanischer Arbeiter erklärte:

„Im weiteren Verlauf der internationalen Revolution werden zwei Zentren von weltweiter Bedeutung entstehen: ein sozialistisches Zentrum, das die zum Sozialismus neigenden Länder an sich zieht, und ein kapitalistisches Zentrum, das die zum Kapitalismus neigenden Länder an sich zieht. Im Kampf dieser beiden Zentren um die Beherrschung der Weltwirtschaft wird das Schicksal des Kapitalismus und des Kommunismus in der ganzen Welt entschieden“.

³⁶ Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950, 4. Aufl., Stuttgart 1968, S. 178-183.

³⁷ Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten. Memoirs 1925-1950, 4. Aufl., Stuttgart 1968, S. 553-577.

Die kapitalistische Welt ist voll innerer Konflikte, die im Wesen des Kapitalismus liegen. Diese Konflikte sind durch friedlichen Ausgleich nicht lösbar. Der größte von ihnen ist der zwischen England und den US.

Die inneren Konflikte des Kapitalismus führen unvermeidlich zu Kriegen. Solche Kriege können von zweierlei Art sein: innerkapitalistische Kriege zwischen zwei kapitalistischen Staaten und Interventionskrieg gegen die sozialistische Welt. Schlaue Kapitalisten neigen bei ihrem vergeblichen Bemühen um einen Ausweg aus den inneren Konflikten des Kapitalismus zu letzteren.

Intervention gegen die UdSSR würde zwar für ihre Urheber verhängnisvoll sein, würde aber Fortschritte des sowjetischen Sozialismus erneut verzögern und muß deshalb um jeden Preis verhindert werden.

Konflikte zwischen kapitalistischen Staaten bergen zwar ebenfalls Gefahren für die UdSSR, bieten jedoch der Sache des Sozialismus auch große Chancen, besonders wenn die UdSSR militärisch mächtig, ideologisch ungespalten und ihrer jetzigen genialen Führung ergeben bleibt.

Es darf nicht übersehen werden, daß die kapitalistische Welt nicht durch und durch schlecht ist. Abgesehen von den hoffnungslos reaktionären und bourgeoisen Elementen enthält sie 1. bestimmte wirklich aufgeklärte und positive Elemente, die in annehmbaren kommunistischen Parteien vereinigt sind, und 2. gewisse andere Elemente (zur Zeit aus taktischen Gründen fortschrittlich oder demokratisch genannt), deren Reaktionen, Hoffnungen und Betätigungen die Interessen der UdSSR „objektiv“ unterstützen. Letztere müssen ermutigt und für sowjetische Zwecke benutzt werden.

Unter den negativen Elementen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sind die gefährlichsten die, die Lenin die falschen Freunde des Volkes nannte, nämlich gemäßigt-sozialistische oder sozialdemokratische Führer (in anderen Worten, die nichtkommunistische Linke). Sie sind gefährlicher als die Erzreaktionäre, denn diese segeln wenigstens unter der eigenen Flagge, während gemäßigte Führer der Linken das Volk verwirren, indem sie sich der Instrumente des Sozialismus zur Förderung der Interessen des reaktionären Kapitals bedienen.

Soweit die Voraussetzungen. Welche Folgerungen ergeben sich daraus für die sowjetische Politik? Die folgenden:

Es muß alles getan werden, um die relative Stärke der UdSSR in der internationalen Gesellschaft zu vergrößern. Umgekehrt darf keine Gelegenheit versäumt werden, die Stärke und den Einfluß der kapitalistischen Mächte einzeln oder in ihrer Gesamtheit zu verringern.

Die Bemühungen der Sowjetunion und ihrer Freunde im Ausland müssen sich darauf ausrichten, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen kapitalistischen Mächten zu verschärfen und auszubeuten. Wenn sie sich irgendwann zu einem „imperialistischen“ Krieg ausweiten, muß dieser Krieg in den verschiedenen kapitalistischen Ländern in revolutionäre Erhebungen umgewandelt werden.

„Demokratisch-fortschrittliche“ Elemente im Ausland sind zu benutzen, um auf kapitalistische Regierungen in Richtung der sowjetischen Interessen Druck auszuüben.

Sozialistische und sozialdemokratische Führer im Ausland müssen rücksichtslos bekämpft werden.

Voraussetzungen für dieses Verhalten:

Bevor ich der Linie der Partei in ihre vielen Verästelungen folge, seien einige Teilaspekte der Aufmerksamkeit empfohlen:

Erstens stimmt die Linie der Partei mit der natürlichen Haltung des russischen Volkes nicht überein. Russen sind im allgemeinen der Außenwelt freundlich gesonnen; begierig, sie zu erleben; begierig, die eigenen Talente, deren sie sich bewußt sind, an ihr zu messen. Vor allem aber wünschen sie in Frieden zu leben und die Früchte der eigenen Arbeit zu genießen. Die Parteilinie vertritt Thesen, und die offiziellen Propagandawerkzeuge setzen sie mit großem Geschick und Beharrlichkeit einem Publikum vor, das sich im innersten Kern oft als bemerkenswert widerstandsfähig erweist. Aber die Parteilinie ist für Zielsetzungen und Verhalten von Volk und Regierung bindend – und nur damit haben wir es zu tun.

Zweitens muß festgehalten werden, daß die Voraussetzungen, von denen die Linie der Partei ausgeht, in den meisten Fällen einfach nicht wahr sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß friedliche und für beide Seiten vorteilhafte Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Strukturen durchaus möglich ist. Die elementaren inneren Konflikte in hochentwickelten Ländern entstehen heute nicht in erster Linie aus kapitalistischen Besitzerrechten an den Produktionsmitteln, sondern aus der fortgeschrittenen Verstädterung und Industrialisierung, und Rußland ist bisher nicht wegen seines Sozialismus, sondern nur wegen seiner Rückständigkeit davon verschont geblieben. Heute, nach der Ausschaltung Deutschlands und Japans und dem abschreckenden Beispiel des letzten Krieges, von der Gefahr einer Intervention gegen die UdSSR zu sprechen, ist offenbarer Unsinn. Wenn man sie nicht durch Unduldsamkeit und Wühlarbeit reizt, ist die „kapitalistische“ Welt von heute durchaus in der Lage, mit sich und mit Rußland in Frieden zu leben. Und schließlich gibt es für normale Menschen keinen Anlaß, an der Aufrichtigkeit der gemäßigten Sozialisten in den westlichen Ländern zu zweifeln. Ebensovienig wäre es anständig, den Erfolg zu leugnen, den ihre Bemühungen um die Besserstellung der Arbeiter überall dort hatten, wo man ihnen wie etwa in Skandinavien Gelegenheit gab, ihr Können zu zeigen.

Die Irrigkeit dieser Voraussetzungen, die samt und sonders aus der Vorkriegszeit stammen, wurde durch den Krieg selbst sattsam demonstriert. Die anglo-amerikanischen Differenzen erweisen sich nicht als die wesentlichen Differenzen der westlichen Welt. Die kapitalistischen Länder, mit Ausnahme der Achsenmächte, zeigten keine Neigung, ihre inneren Differenzen durch Teilnahme an einem Kreuzzug gegen die UdSSR zu bereinigen. Und statt daß der imperialistische Krieg sich in Bürgerkriege und Revolutionen auflöste, sah die UdSSR sich genötigt, Seite an Seite mit den kapitalistischen Mächten für ein zugegebenermaßen gemeinsames Ziel zu kämpfen. Trotzdem werden alle diese Thesen, wie grundlos und widerlegt sie auch seien, heute erneut munter vorgetragen. Worauf deutet das? Es deutet darauf, daß die sowjetische Parteilinie sich nicht auf irgendeine objektive Analyse der

Lage jenseits der russischen Grenzen stützt; daß sie tatsächlich mit den Verhältnissen außerhalb Rußlands wenig zu tun hat; daß sie sich vielmehr im großen und ganzen aus elementaren innerrussischen Notwendigkeiten ergibt, die vor dem letzten Krieg bestanden und auch heute bestehen.

Die neurotische Betrachtungsweise der Welthandel durch den Kreml geht zurück auf das traditionelle und instinktive russische Gefühl der Unsicherheit. Ursprünglich war es die Unsicherheit eines friedlichen Agrarvolkes, das versuchte, auf einer weiten ungeschützten Ebene in der Nachbarschaft wilder Nomadenvölker zu leben. Als Rußland mit dem wirtschaftlich fortgeschrittenen Westen in Berührung kam, trat die Furcht vor den tüchtigeren, mächtigeren, besser organisierten Gemeinschaften jener Gebiete hinzu. Aber das war eine Art von Unsicherheit, die die russischen Herrscher stärker befiel als das russische Volk; denn die russischen Herrscher wußten im Grunde alle, daß ihre Herrschaft der Form nach veraltet und künstlich war, so daß sie den Vergleich mit den politischen Systemen westlicher Länder nicht aushalten konnte. Aus diesem Grunde haben sie immer vor fremder Durchdringung Furcht gehabt; Furcht gehabt vor direktem Kontakt der westlichen Welt mit ihrer eigenen; Furcht gehabt, was passieren würde, wenn die Russen die Wahrheit über die Welt draußen oder die Ausländer über die Welt drinnen erführen. Und sie sind darauf verfallen, ihre Sicherheit nur im geduldigen, aber tödlichen Ringen um die totale Zerstörung des Nebenbuhlers zu suchen, niemals in Pakten oder Kompromissen.

Es war kein Zufall, daß der Marxismus, der in Westeuropa ein halbes Jahrhundert wirkungslos geschwelt hat, zuerst in Rußland aufloderte. Nur in diesem Land, das niemals einen freundlichen Nachbarn gekannt hatte oder überhaupt irgendein Gleichgewicht verschiedener einander tolerierender nationaler oder internationaler Kräfte, konnte eine Doktrin gedeihen, die ökonomische Probleme der Gesellschaft als auf friedliche Weise unlösbar bezeichnet.

Nach Errichtung der bolschewistischen Herrschaft wurde das in der Leninschen Interpretation noch grausamer und unduldsamer gewordene marxistische Dogma ein perfektes Gegenmittel gegen das Gefühl der Unsicherheit, von dem die Bolschewisten noch stärker befallen waren als ihre Vorgänger. Dieses Dogma mit seiner ursprünglich altruistischen Zielsetzung lieferte ihnen die Rechtfertigung ihrer instinktiven Furcht vor der Außenwelt; der Diktatur, ohne die sie nicht zu reagieren verstanden; der Grausamkeiten, die sie nicht wagten, nicht zu begehen; der Opfer, die zu verlangen sie sich verpflichtet fühlten. Im Namen des Marxismus opferten sie ihren Methoden und ihren Taktiken alle ethischen Werte. Heute können sie ohne ihn nicht auskommen. Er ist für sie das Feigenblatt moralischer und geistiger Wohlständigkeit. Ohne ihn würden sie vor der Geschichte bestenfalls die jüngsten in der langen Kette grausamer und verschwenderischer russischer Machthaber sein, die ihr Land erbarmungslos zu immer neuen militärischen Anstrengungen trieben, um ihrem innerlich schwachen Regime äußere Sicherheit zu garantieren. Das ist der Grund, weshalb die Absichten der Sowjets immer feierlich marxistisch verbrämt werden, und deshalb sollte keiner die Wichtigkeit des Dogmas in sowjetischen Angelegenheiten unterschätzen.

Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Krämpfen zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadestoß erhält und einer neueren und besseren Welt weicht. Diese These liefert den Vorwand für das Anwachsen von Militär und Polizei im russischen Staat, für die Isolierung der russischen Bevölkerung von der Außenwelt und für die ständigen Versuche, die russische Polizeigewalt noch mehr auszuweiten, alles Dinge, die seit je den natürlichen Instinkten russischer Herrscher entsprechen. Im Grunde zeigten sie nichts weiter als das stetige Fortschreiten des ruhelosen russischen Nationalismus, einer jahrhundertealten Bewegung, in der offensive und defensive Vorstellungen unentwerrbar verflochten sind. Aber in dem neuen Gewand des internationalen Marxismus mit seinen glattzüngigen Versprechungen an eine verzweifelte und von Kriegen zerrüttete Außenwelt ist er gefährlicher denn je.

Das Gesagte bedeutet nicht notwendigerweise, daß jeder linientreue Anhänger der sowjetischen Kommunistischen Partei unredlich oder unaufrichtig ist. Es sind viele darunter, die zu unwissend und geistig zu abhängig sind, um der Selbsthypnose zu entgehen, und es ist für sie nicht schwierig, sich glauben zu machen, was zu glauben so beruhigend und bequem ist. Auch gibt es immer noch das ungelöste Rätsel, wer – wenn überhaupt jemand – in diesem großen Lande wirklich genaue und unvoreingenommene Informationen über die Außenwelt erhält. Bei der orientalischen Atmosphäre von Verschwörung und Geheimnistuerei in der diese Regierung atmet, gibt es unendliche Möglichkeiten, Informationen zu verfälschen oder zu vergiften. Gerade die Verachtung der objektiven Wahrheit, die Weigerung zu glauben, daß es so etwas gibt, verführt die Russen, alle Tatsachenbehauptungen als Instrumente zur Durchsetzung dieses oder jenes Hintergedankens zu werten. Es gibt gute Gründe für die Vermutung, daß diese Regierung tatsächlich eine Verschwörung innerhalb einer Verschwörung ist, und es fällt schwer zu glauben, daß selbst Stalin ein annähernd objektives Bild der Außenwelt erhält. Da gibt es reichlich Spielraum für die Art von subtilen Intrigen, in denen die Russen unerreicht sind. Die Unmöglichkeit für fremde Regierungen, ihre Sache direkt vor den maßgeblichen russischen Staatsmännern zu vertreten – das Maß, in dem sie bei ihren Verhandlungen mit Rußland auf das Wohlwollen obskurer und unbekannter Ratgeber angewiesen sind, die sie niemals sehen und nicht beeinflussen können –, das sind höchst beunruhigende Eigenheiten des diplomatischen Geschäfts in Moskau, und es wäre gut, wenn der Westen sich dessen bewußt bliebe, damit er verstehen lernt, warum man hierzulande solchen Schwierigkeiten begegnet.

Auswirkungen der sowjetischen Betrachtungsweise auf die amtliche Politik:

Auf die Untersuchung von Inhalt und Hintergründen des sowjetischen Programms folgt die Frage: Was ist von seiner Durchführung in der Praxis zu erwarten?

Die sowjetische Politik wird auf zwei Ebenen gemacht: 1. auf der amtlichen Ebene, die sich in offiziell namens der sowjetischen Regierung vorgenommenen

Handlungen niederschlägt; und 2. der unterirdischen Ebene, wo sich Agenten betätigen, für die die sowjetische Regierung die Verantwortung von sich weist.

Die Politik beider Ebenen ist dazu bestimmt, den unter I. A-D skizzierten Zielen zu dienen. Auf verschiedenen Ebenen durchgeführte Aktionen werden sich erheblich voneinander unterscheiden, aber in Zielrichtung, Zeitplanung und Wirkung einander ergänzen.

Auf amtlicher Ebene müssen wir erwarten:

Eine Innenpolitik, bestimmt, auf jede Weise die Stärke und das Prestige der Sowjetunion zu vermehren; intensive Industrialisierung unter militärischen Aspekten; maximale Entwicklung der Streitkräfte; große Schaustellungen mit dem Zweck, Außenstehende zu beeindrucken; fortgesetzte Geheimniskrämerei in inneren Angelegenheiten, um Schwächen zu verbergen und Gegner im unklaren zu lassen.

Wo es angezeigt und erfolgversprechend scheint, wird man versuchen, die äußeren Grenzen der Sowjetmacht zu erweitern. Im Augenblick beschränken diese Bemühungen sich auf gewisse Punkte in der Nachbarschaft, die man hier für strategisch notwendig hält, z.B. Nordpersien, die Türkei, möglicherweise Bornholm. Indessen können jederzeit andere Gegenden aktuell werden, wenn und sobald die sowjetische politische Einflußnahme sich im verborgenen Neuland erschlossen hat. So könnte eine „befreundete“ persische Regierung gebeten werden, Rußland einen Hafen am Persischen Golf zu gewähren. Sollte Spanien unter kommunistische Kontrolle geraten, könnte sich die Frage nach einem sowjetischen Stützpunkt an der Enge von Gibraltar erheben. Aber solche Ansprüche werden auf amtlicher Ebene nur gestellt werden, wenn die inoffizielle Vorbereitung abgeschlossen ist.

Die Russen werden sich offiziell an solchen internationalen Organisationen beteiligen, die ihnen Gelegenheit geben, sowjetische Macht auszuweiten und die Macht der anderen auszuschalten oder zu verwässern. Moskau sieht die UNO nicht als einen Mechanismus für eine stabile Weltgemeinschaft, die auf gemeinsamen Zielen und Interessen aller Nationen aufgebaut ist, sondern als eine Arena, in der man die eigenen Ziele mit der Aussicht auf Gewinn verfolgen kann. Solange man die UNO hier für diese Zwecke brauchbar findet, werden die Sowjets Mitglied bleiben. Aber wenn sie zu irgendeiner Zeit feststellen sollten, sie erschwere oder verleihe die Verwirklichung ihrer machtpolitischen Expansion, und wenn sie anderswo bessere Aussichten zur Verfolgung dieser Ziele entdecken, dann werden sie nicht zögern, die UNO aufzugeben. Das würde jedoch voraussetzen, daß sie sich stark genug fühlen, die Einheit der anderen Nationen durch ihren Austritt zu spalten, die durch die UNO verkörperte Bedrohung ihrer Ziele oder ihrer Sicherheit auszuschalten und eine andere von ihrem Standpunkt aus wirksamere internationale Waffe an deren Stelle zu setzen. Die sowjetische Haltung gegenüber der UNO wird also weitgehend davon abhängen, wie loyal andere Nationen zu ihr stehen und wie entschieden und geschlossen diese Nationen die friedliche und hoffnungsvolle Konzeption internationalen Zusammenlebens verteidigen, die in dieser Organisation unserer Ansicht nach zum Ausdruck kommt. Moskau kennt, ich wiederhole, keine abstrakte

Treue zu UNO-Idealen. Seine Haltung gegenüber dieser Organisation wird im wesentlichen pragmatisch und taktisch bleiben.

Gegenüber Kolonialgebieten und rückständigen oder abhängigen Völkern wird die sowjetische Politik sogar auf amtlicher Ebene das Ziel verfolgen, Macht, Einfluß und Kontakte der hochentwickelten westlichen Nationen zu schwächen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß bei einem Erfolg dieser Politik ein Vakuum entstünde, das sowjetisch-kommunistisches Eindringen erleichtern müßte. Das sowjetische Drängen auf Beteiligung an Treuhänderschaften bedeutet somit eher, daß man nach einer Position sucht, von der aus die Ausübung westlichen Einflusses sich komplizieren oder verhindern läßt, als daß man größeren Spielraum für die eigene Machtentfaltung braucht. Das letzte Motiv fehlt zwar nicht, aber die Sowjets treiben solche Dinge lieber auf anderen Wegen als über offizielle Treuhänderschaften. Wir dürfen also erwarten, daß die Sowjets überall Zugang zu Treuhänderschaften und ähnlichen Einrichtungen verlangen und die so erworbenen Hebel ansetzen werden, um den westlichen Einfluß bei den betreffenden Völkern zu schwächen.

Die Russen werden sich energisch um den Ausbau der sowjetischen Vertretungen und die Intensivierung der offiziellen Kontakte in allen Ländern kümmern, in denen größere Möglichkeiten der Opposition gegen die westlichen Machtzentren bestehen. Das gilt für so weit voneinander entfernte Gegenden wie Deutschland, Argentinien, die Länder des Mittleren Ostens usw.

In Fragen der Weltwirtschaft wird die sowjetische Politik im Grunde durch das Ziel bestimmt, die Sowjetunion und die angrenzenden sowjetisch beherrschten Gebiete zu einer autarken Einheit zu machen. Das wird jedoch nur die zugrunde liegende Tendenz sein. Hinsichtlich der offiziellen Politik ist die Lage noch nicht geklärt. Seit dem Ende der Kampfhandlungen hat die sowjetische Regierung beim Thema Außenhandel merkwürdige Zurückhaltung gezeigt. Würden ihr große langfristige Kredite gewährt, dann würde die Sowjetunion wohl wie schon in den dreißiger Jahren Erklärungen des Inhalts abgeben, daß der Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen generell wünschenswert sei. Andernfalls ist es möglich, daß der sowjetische Außenhandel weitgehend auf den sowjetischen Sicherheitsbereich einschließlich der in Deutschland besetzten Gebiete beschränkt und dem Prinzip allgemeiner wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Nationen offiziell abgeschworen wird.

In bezug auf kulturelle Zusammenarbeit wird man ebenfalls beteuern, daß man die Vertiefung kultureller Kontakte zwischen den Völkern für erstrebenswert halte; aber in der Praxis wird das nie so interpretiert werden, daß daraus eine Schwächung der Sicherheitsvorkehrungen entstehen könnte. Tatsächlich wird die sowjetische Politik in diesen Dingen nicht aus den ausgefahrenen Gleisen scharf überwachter offizieller Besuche und Pflichtübungen springen, bei denen ein Überfluß an Wodka und Reden mit einem Mangel an nachhaltiger Wirkung Hand in Hand gehen.

Im Übrigen werden die amtlichen sowjetischen Beziehungen zu den verschiedenen fremden Regierungen sozusagen „korrekt“ verlaufen, mit starker Betonung der Sowjetunion und ihrer Vertreter und mit pedantischer Beachtung des Protokolls, wenn auch nicht der guten Manieren.

Zu dem, was wir von der praktischen Anwendung sowjetischer politischer Grundsätze auf inoffizieller oder unterirdischer Ebene zu erwarten haben – also auf einer Ebene, für die die sowjetische Regierung keine Verantwortung übernimmt – läßt sich etwa Folgendes sagen:

Für die Förderung der politischen Ziele auf dieser Ebene werden eingesetzt:

Der innere Kern der kommunistischen Parteien anderer Länder. Wenn viele Mitglieder dieser Gruppe in der Öffentlichkeit auch voneinander unabhängig auftreten und handeln, so arbeiten sie in Wahrheit doch eng als ein Untergrundgeneralstab des Weltkommunismus zusammen, als eine heimliche von Moskau straff koordinierte und dirigierte Komintern. Es ist wichtig, im Gedächtnis zu behalten, daß dieser innere Kern trotz der Legalität der mit ihm verbundenen Parteien tatsächlich nach Untergrundgesichtspunkten arbeitet.

Die gewöhnlichen Mitglieder der kommunistischen Parteien. Die Unterscheidung zwischen ihnen und den in Abschnitt A genannten Personen ist wichtig. In den letzten Jahren ist diese Unterscheidung viel schärfer geworden. Während die ausländischen kommunistischen Parteien früher ein merkwürdiges (und vom Moskauer Standpunkt oft unbequemes) Gemisch von Verschwörung und legaler Betätigung waren, hat man das verschwörerische Element jetzt säuberlich in einem inneren Kreis zusammengefaßt und in den Untergrund beordert; die gewöhnlichen Mitglieder hingegen – die man in die wirklichen Ziele der Bewegung nicht einmal mehr einweiht – werden als *bona-fide*-Anhänger gewisser politischer Ideen in ihren Ländern vorgeschickt und sind an den verschwörerischen Beziehungen zu auswärtigen Staaten wirklich unbeteiligt. Nur in Ländern, in denen die Kommunisten zahlenmäßig stark sind, treten sie neuerdings geschlossen auf. In der Regel werden sie in andere Organisationen eingeschleust, die nicht so stark in Verdacht stehen, Werkzeuge der sowjetischen Regierung zu sein, um sie je nachdem zu beeinflussen oder zu beherrschen; da man es nämlich vorteilhafter findet, seine Ziele durch Tarnorganisationen zu erreichen als durch direkte Aktionen als eigenständige politische Partei.

Eine Vielzahl nationaler Vereinigungen oder Institutionen, die sich von solchen Eindringlingen beeinflussen oder beherrschen lassen könnten. Dazu gehören: Gewerkschaften, religiöse Gemeinschaften, soziale Organisationen, kulturelle Gruppen, liberale Zeitschriften, Verlage u. dergl.

Internationale Organisationen, die auf dem Weg über verschiedene nationale Komponenten auf ganz ähnliche Weise durchsetzt werden können, namentlich Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenorganisationen. Auf die internationale Gewerkschaftsbewegung wird dabei besonderer, fast entscheidender Wert gelegt. Moskau sieht in ihr ein Instrument, mit dem man die Westmächte bei internationalen Auseinandersetzungen ablenken und eine internationale Lobby aufbauen kann, die stark genug ist, um die Regierungen zu einem den sowjetischen Interessen entsprechenden Verhalten zu zwingen und der UdSSR unangenehme Aktionen zu lähmen.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche mit ihren ausländischen Zweigen und durch sie ganz allgemein die östliche Orthodoxe Kirche.

Die Panslawistische Bewegung und andere Bewegungen (die aserbeidjanische, armenische, turkmenische usw.), die auf Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion aufbauen.

Regierungen oder regierende Kreise, die bereit sind, sich mehr oder weniger vollständig für sowjetische Zwecke herzugeben, wie die derzeitige bulgarische oder jugoslawische Regierung, das nordpersische Regime, die chinesischen Kommunisten usw. Nicht nur die Propagandamaschinerie dieser Regierungen, sondern auch ihre praktische Politik kann weitgehend in den Dienst der UdSSR gestellt werden.

Es ist zu erwarten, daß die einzelnen Teile dieses weit gespannten Systems nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit wie folgt eingesetzt werden:

Um die allgemeine politische und strategische Potenz der stärkeren Westmächte auszuhöhlen. In diesen Ländern wird man sich bemühen, das nationale Selbstvertrauen zu zerstören, nationale Verteidigungsmaßnahmen zu blockieren, soziale Unruhen zu vermehren und Uneinigkeit in jeder Form zu schüren. Alle Leute mit Ressentiments, wirtschaftlichen wie rassischen, wird man aufhetzen, Abhilfe nicht in Vermittlung und Kompromissen zu suchen, sondern in der trotzig und gewalttätigen Zerstörung der anderen Elemente der Gesellschaft. Man wird arm gegen reich hetzen, schwarz gegen weiß, jung gegen alt, Neuankömmlinge gegen eingessene Bewohner und so fort.

Auf der inoffiziellen Ebene wird man sich ganz besonders anstrengen, die Macht und den Einfluß der Westmächte gegenüber kolonialen, rückständigen oder abhängigen Völkern abzubauen. Auf dieser Ebene ist alles erlaubt. Fehler und Schwächen westlicher Kolonialverwaltungen wird man erbarmungslos bloßstellen und ausschlachten. Man wird den Groll der abhängigen Völker anfachen. Und während man sie ermuntert, nach Unabhängigkeit von den Westmächten zu streben, werden sowjetisch gelenkte Marionettenpolitiker sich darauf vorbereiten, die Staatsgewalt in den betreffenden Kolonialgebieten zu übernehmen, sowie diese Unabhängigkeit erreicht ist.

Wo einzelne Regierungen den sowjetischen Bestrebungen im Wege sind, wird man Druck ausüben, um sie aus dem Amt zu entfernen. Der Anlaß kann entweder sein, daß die Regierungen sich direkt gegen Ziele der sowjetischen Außenpolitik wenden (Türkei, Iran), daß sie ihr Gebiet gegen kommunistische Durchdringung abschirmen (Schweiz, Portugal) oder daß sie wie die Labour-Regierung in England zu starke Konkurrenten im Wettbewerb um die Bevölkerungsschichten sind, die zu beherrschen den Kommunisten wichtig scheint. (Manchmal treffen in demselben Fall mehrere solcher Anlässe zusammen. Die kommunistische Opposition wird dann besonders schrill und wütend.)

Im Ausland werden die Kommunisten in der Regel auf die Zerstörung aller Formen der persönlichen Unabhängigkeit, der wirtschaftlichen, politischen und moralischen, hinarbeiten. Ihr System kann nur mit Leuten fertig werden, die in die Abhängigkeit von übergeordneten Gewalten geraten sind. Finanziell unabhängige Personen wie private Geschäftsleute, Gutsbesitzer, erfolgreiche Landwirte und Handwerker, desgleichen örtliche Honoratioren wie z. B. populäre Geistliche oder Politiker verfallen deshalb dem Bannfluch. Es ist kein Zufall, daß in der UdSSR die örtlichen Funktionäre ständig von einem Posten zum anderen versetzt werden.

Man wird alles Erdenkliche unternehmen, um die maßgeblichen Westmächte gegeneinander aufzuhetzen. Unter den Amerikanern wird man antibritische Parolen austreuen, antiamerikanische unter den Briten. Den Bewohnern des Kontinents einschließlich der Deutschen wird man beibringen, beide angelsächsischen Mächte zu verabscheuen. Wo schon Mißtrauen besteht, wird man es schüren, wo nicht, entzünden. Man wird keine Mühe scheuen, um Pläne zu sabotieren, die zu einem Zusammenschluß Dritter unter Übergehung Rußlands führen könnten. Alle Arten von internationaler Organisation, die kommunistischer Infiltration und Kontrolle nicht zugänglich sind, etwa die katholische Kirche, internationale Wirtschaftskonzerne oder die internationale Gilde der Fürstenhäuser und des Hochadels müssen daher gewärtig sein, unter Beschuß genommen zu werden.

Die internationale sowjetische Politik auf inoffizieller Ebene wird ganz generell negativ und destruktiv und darauf angelegt sein, alle Kraftquellen außerhalb ihrer Reichweite zu beseitigen. Das entspricht völlig dem sowjetischen Urinstinkt, mit rivalisierenden Mächten keine Kompromisse zu schließen und mit der konstruktiven Arbeit erst dann zu beginnen, wenn der Kommunismus am Ruder ist. Aber gleichzeitig wird beharrlich und unaufhörlich versucht werden, Schlüsselpositionen der Verwaltung und vor allem des Polizeiapparates fremder Länder zu erobern. Das sowjetische Regime ist ein Polizeiregime *par excellence*, gezeugt in der trüben Halbwelt zaristischer Polizeiintrigen und von Anfang an gewohnt, in Begriffen polizeilicher Macht zu denken. Das sollte man bei der Bewertung sowjetischer Motive niemals außer Acht lassen.

Praktische Folgerungen für die amerikanische Politik:

Alles in allem haben wir es mit einer politischen Kraft zu tun, die sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, daß es mit Amerika keinen dauerhaften *Modus vivendi* geben kann, daß es wünschenswert und notwendig ist, die innere Harmonie unserer Gesellschaft, unserer traditionellen Lebensgewohnheiten und das internationale Ansehen unseres Staates zu zerstören, um der Sowjetmacht Sicherheit zu verschaffen. Diese politische Kraft kann uneingeschränkt über die Arbeitskraft eines der größten Völker der Erde verfügen, und sie wird getragen von dem tiefen und machtvollen Strom des russischen Nationalismus. Außerdem steht ihr ein durchkonstruierter und weitverzweigter Apparat für die Ausübung ihres Einflusses in anderen Ländern zu Gebote, ein Apparat von erstaunlicher Flexibilität und Vielseitigkeit, der von Leuten mit einer in der Geschichte wahrscheinlich einmaligen Erfahrung in Untergrundmethoden bedient wird. Ferner ist sie im Kern realistischen Erwägungen offenbar unzugänglich. Für sie ist der reiche Schatz objektiver Erkenntnisse über die menschliche Gesellschaft nicht wie bei uns ein Maßstab, um daran die eigenen Anschauungen ständig zu überprüfen, sondern eine Wundertüte, aus der man nach Belieben das eine oder andere herausfischen kann, um damit eine bereits gefaßte Meinung zu belegen. Zugegebenermaßen sind das für uns keine erfreulichen Aussichten. Die Aufgabe, sich mit dieser Kraft auseinanderzusetzen, ist zweifellos die größte, die unserer Diplomatie je gestellt worden ist und vermutlich je gestellt werden wird. Unsere politische Generalstabsarbeit sollte sie zum Ausgangspunkt machen. Sie sollte mit derselben Gründlichkeit und Sorgfalt und nötigenfalls

mit demselben Aufwand an Planung behandelt werden wie im Kriege ein großes strategisches Problem. Ich kann hier nicht einmal versuchen, die Antworten anzudeuten. Aber ich möchte meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß es in unserer Macht steht, das Problem zu lösen, und zwar ohne uns in einen großen militärischen Konflikt zu flüchten. Und um diese Überzeugung zu untermauern, möchte ich noch einige ermutigendere Bemerkungen machen:

Erstens: Im Gegensatz zu Hitlerdeutschland ist die Sowjetmacht weder schematisiert noch auf Abenteuer aus. Sie arbeitet nicht nach festgelegten Plänen. Sie geht keine unnötigen Risiken ein. Der Logik der Vernunft unzugänglich, ist sie der Logik der Macht in hohem Maße zugänglich. Daher kann sie sich ohne weiteres zurückziehen – und tut das im allgemeinen –, wenn sie irgendwo auf starken Widerstand stößt. Wenn also dem Gegner genügend Hilfsmittel zur Verfügung stehen und er die Bereitschaft zu erkennen gibt, sie auch einzusetzen, wird er das selten tun müssen. Wenn die Situation richtig gehandhabt wird, braucht es zu keiner das Prestige verletzenden Kraftprobe zu kommen.

Zweitens: Gemessen an der westlichen Welt insgesamt sind die Sowjets noch bei weitem schwächer. Ob sie Erfolg haben, hängt also wirklich von dem Maß an Zusammenhalt, Festigkeit und Kraft ab, das die westliche Welt aufbringen kann. Und das ist ein Faktor, den zu beeinflussen in unserer Macht steht.

Drittens: Der Erfolg des sowjetischen Systems als Form der Machtausübung nach innen ist noch nicht endgültig erwiesen. Es muß noch zeigen, daß es die schwerste Prüfung des wiederholten Machtübergangs von einer Person oder Gruppe auf die andere übersteht. Lenins Tod war der erste solche Übergang, und seine Folgen erschütterten den Sowjetstaat fünfzehn Jahre lang. Stalins Tod oder Rücktritt wird der zweite sein. Aber selbst das ist noch nicht der endgültige Test. Infolge seiner kürzlichen Territorialgewinne wird das sowjetische innere Gefüge sich einer Reihe zusätzlicher Belastungen ausgesetzt sehen, die einst für den Zarismus eine schwere Bürde waren. Wir sind hier überzeugt, daß seit dem Ende des Bürgerkrieges die Masse des russischen Volkes den Doktrinen der Kommunistischen Partei noch nie stärker entfremdet war als heute. In Rußland ist die Partei jetzt zu einem riesigen und im Augenblick höchst erfolgreichen Apparat diktatorischer Verwaltung geworden, aber sie hat aufgehört, Begeisterung zu inspirieren. Die innere Stabilität und die Dauerhaftigkeit der Bewegung brauchen daher noch nicht als gesichert angesehen zu werden.

Viertens: Alle sowjetische Propaganda außerhalb des sowjetischen Sicherheitsbereichs ist grundsätzlich negativ und destruktiv. Es sollte daher verhältnismäßig leicht sein, sie durch ein intelligentes und wirklich konstruktives Programm zu bekämpfen.

Aus diesen Gründen meine ich, daß wir an das Problem des Umgangs mit Rußland gelassen und guten Mutes herangehen können. Darüber, wie das zu geschehen habe, möchte ich zum Schluß lediglich folgende Bemerkungen machen:

Als erstes müssen wir uns bemühen, das Wesen des Phänomens, mit dem wir es zu tun haben, zu erfassen und es objektiv zu beurteilen. Wir müssen es mit dem-

selben Mut und derselben Distanz studieren und dürfen uns von ihm so wenig provozieren oder aus der Fassung bringen lassen wie ein Arzt von aufsässigen und unvernünftigen Individuen.

Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Öffentlichkeit darüber aufgeklärt wird, wie die Dinge in Rußland wirklich stehen. Ich kann nicht genug betonen, wie wichtig das ist. Die Presse allein kann es nicht. Es muß in der Hauptsache durch die Regierung geschehen, die notwendigerweise mehr Erfahrung hat und über die praktischen Probleme besser Bescheid weiß. Das Abschreckende des Bildes braucht uns nicht davon abzuhalten. Ich bin überzeugt, daß es in unserem Lande heute viel weniger antisowjetische Hysterie gäbe, wenn unser Volk mit der Situation besser vertraut wäre. Nichts ist so gefährlich oder so schrecklich wie das Unbekannte. Man könnte zwar behaupten, daß es die russisch-amerikanischen Beziehungen nachteilig beeinflussen würde, wenn wir offener über unsere Schwierigkeiten mit Rußland sprächen. Ich glaube aber, daß wir dieses Risiko, falls es eins ist, auf uns nehmen sollten, und zwar möglichst bald. Aber ich sehe nicht, was wir eigentlich riskieren. Denn selbst jetzt, nachdem wir unsere Freundschaft für das russische Volk so überwältigend demonstriert haben, verbinden uns mit dem Land bemerkenswert wenig Interessen. Wir haben keine Investitionen zu überwachen, keinen wirklichen Handel zu verlieren, praktisch keine Staatsangehörigen zu schützen, nur wenig kulturelle Kontakte zu erhalten. Unser Interesse liegt viel mehr in dem, was wir erhofften, als in dem, was wir haben; und ich bin überzeugt, daß unsere Aussicht auf Verwirklichung dieser Hoffnung steigt, wenn wir unser Volk aufklären und unsere Beziehungen zu den Russen auf eine realistische und rein sachliche Basis stellen.

Viel hängt von der Gesundheit und Kraft unserer eigenen Gesellschaft ab. Der Weltkommunismus ist wie ein bösertiger Parasit, der sich nur von erkranktem Gewebe nährt. Das ist der Punkt, in dem Innen- und Außenpolitik einander begegnen. Jede mutige und einschneidende Maßnahme zur Lösung der inneren Probleme unserer eigenen Gesellschaft, zur Hebung von Selbstvertrauen, Disziplin, Moral und Gemeinsinn in unserem Volk ist ein diplomatischer Sieg über Moskau, der tausend diplomatische Noten und gemeinschaftliche Kommuniqués aufwiegt. Wenn wir nicht den Fatalismus und die Indifferenz gegenüber Unvollkommenheiten unserer eigenen Gesellschaft abschütteln, wird Moskau profitieren – muß Moskau zwangsläufig davon in seiner Außenpolitik profitieren.

Wir müssen den anderen Nationen viel mehr als bisher die Welt, die uns vorschwebt, in positivem Licht zeigen. Es genügt nicht, die Leute aufzufordern, eine ähnliche Regierungsform zu entwickeln wie wir. Viele fremde Völker, zum mindesten in Europa, sind durch die erlittenen Erfahrungen ermüdet und verschreckt und interessieren sich weniger für abstrakte Freiheit als für Sicherheit. Sie suchen Führung eher als Verantwortung. Wir sollten besser befähigt sein als die Russen, sie ihnen zu geben. Und wenn wir es nicht tun, werden die Russen es bestimmt.

Endlich aber brauchen wir den Mut und das Selbstvertrauen, an unseren eigenen Methoden und unseren Vorstellungen von der menschlichen Gesellschaft festzuhalten. Alles in allem liegt bei der Auseinandersetzung mit dem Problem des sowjetischen Kommunismus die größte Gefahr für uns in der Versuchung, es denen gleichzutun, mit denen wir uns messen müssen.

Auszüge aus „Die Vereinigten Staaten und Rußland“ (Winter 1946):

Die auswärtigen Beziehungen Rußlands haben sich völlig anders entwickelt als die der Vereinigten Staaten. Historisch gesehen sind unsere wichtigsten auswärtigen Verbindungen aus friedlichem Überseehandel entstanden. Das hat unsere Vorstellungswelt geprägt. Die Russen haben es in ihrer eigenen Geschichte hauptsächlich mit grimmigen feindseligen Nachbarn zu tun gehabt. Da ihnen natürliche geographische Grenzen fehlen, haben sie, um sich dieser Nachbarn zu erwehren, eine eigentümliche (inzwischen traditionell und fast automatisch gewordene) Technik der elastischen Vorstöße und Rückzüge, der Verteidigung in der Tiefe, der Geheimhaltung, des Auf-der-Hut-Seins und der Täuschung entwickeln müssen. Ihre Geschichte hat viele Waffenstillstände zwischen feindlichen Mächten gekannt; aber sie hat kein einziges Beispiel für dauerhafte friedliche Koexistenz zweier Nachbarstaaten aufzuweisen, deren einmal festgelegte Grenzen von beiden Völkern selbstverständlich hingenommen wurden. Die Russen können sich deshalb ungestörte freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten nicht vorstellen. Für sie sind alle Fremden potentielle Feinde. Die russische Diplomatie konzentriert sich auf die im Orient allgemein übliche Taktik, den Gegner mit der furchterregenden russischen Macht zu beeindrucken, ihn aber gleichzeitig über Art und Umfang ihrer Anwendung im Ungewissen zu lassen und ihn so dazu zu bringen, alle russischen Wünsche und Ansichten mit besonderem Respekt und besonderer Rücksicht zu behandeln. Das hat mit der Pflege freundschaftlicher Beziehungen in unserem Sinne nichts zu tun.

Wir könnten uns den Umgang mit Rußland sehr erleichtern, wenn wir uns offen eingestehen würden, daß seine Führer sich aus eigener freier Entscheidung als Feinde aller Teile der Welt fühlen, die sie nicht beherrschen, und daß dies ein anerkanntes Prinzip für das Denken und Handeln des gesamten sowjetischen Apparats ist. Wir sollten ferner bedenken, daß Entscheidungen in der Sowjetunion nur selten von Einzelnen getroffen werden. Sie werden von Kollektiven gefällt. Von diesen Kollektiven verlangt man, daß sie nach der Theorie verfahren, die ganze Welt sei Rußland feindlich gesinnt und unfähig zu einer großzügigen oder selbstlosen Handlung gegen den russischen Staat oder das Volk. Daraus wiederum folgt, daß keine Handlung einer fremden Regierung offiziell als ein Akt guten Willens anerkannt werden darf. Ein sowjetischer Funktionär, der das bestritte und einem sowjetischen Gremium nachzuweisen versuchte, ein fremder Staat sei zur Sowjetunion ganz besonders liebenswürdig gewesen und verdiene dafür Anerkennung, würde zum mindesten seine Stellung riskieren. Jedermann in der sowjetischen Regierung hat zu unterstellen, daß fremde Regierungen nur im Eigeninteresse handeln und daß Dankbarkeit und Anerkennung auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten unbekannte Begriffe sind.

Auf diese Weise vermag der Apparat, der die auswärtigen Angelegenheiten der Sowjets betreibt, nur greifbare sowjetische Interessen zu erkennen und nach ihnen zu handeln. Im Rat der Sowjetregierung kann niemand einen Vorschlag einbringen, ohne konkret darzulegen, in welcher Weise seine Verwirklichung den Interessen der Sowjetunion nütze oder seine Ablehnung ihnen schaden würde. Dieses Prinzip

wird mit gelassener Objektivität angewendet. Wird die Haltung eines fremden Staates überprüft, so versuchen die Russen nicht einmal, sie aus Sicht des betreffenden Staates selbst oder auf Grund irgendeiner möglichen Gemeinsamkeit der Ziele zwischen ihnen und diesem Staat zu beurteilen. Sie unterstellen, daß die Haltung Zwecken dient, die nicht die ihren sind, und prüfen sie nur unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf sich selbst. Ist die Wirkung günstig, so übernehmen sie den fremden Standpunkt ohne Dankbarkeit; ist sie ungünstig, so lehnen sie ihn ohne Groll ab. Wir könnten es ihnen und uns viel leichter machen, wenn wir uns mit diesen Tatsachen abfinden würden.

Im Lichte des soeben Gesagten möchte ich folgende Regeln für unseren Umgang mit den Russen vorschlagen:

Tut nicht so, als ob ihr dicke Freunde wäret.

Das bringt sie als Einzelpersonen nur in Verlegenheit und verstärkt ihren Argwohn. Russische Funktionäre hassen den Gedanken, vor ihren eigenen Leuten als jemand dazustehen, der mit Ausländern vertraulich umgeht. Das entspricht nicht ihren Vorstellungen von einem guten Verhältnis.

Setzt nicht Gemeinsamkeiten voraus, die es in Wahrheit nicht gibt.

Es hat keinen Zweck, Russen zur Vernunft bringen zu wollen, indem man sich auf gemeinsame Ziele beruft, denen wir beide irgendwann einmal Lippendienste geleistet haben mögen, etwa die Stärkung des Weltfriedens, oder die Demokratie oder etwas Ähnliches. Als die Russen sich zu diesen Zielen bekannten, verfolgten sie damit ihre eigenen Absichten. Sie glauben, daß auch wir die unseren verfolgten. Für sie gehört das zu den Spielregeln. Und wenn wir versuchen, ihnen mit Argumenten zu kommen, die sich auf solche Bekenntnisse stützen, werden sie doppelt vorsichtig.

Hütet euch vor einfältigen Gesten des „guten Willens“.

Kaum einer von uns kann sich vorstellen, wieviel Bestürzung und Mißtrauen wohlmeinende Amerikaner in sowjetischen Hirnen durch Gesten und Zugeständnisse hervorgerufen haben, die die Russen von ihren freundschaftlichen Gefühlen überzeugen sollten. Solche Handlungen werfen ihre Berechnungen über den Haufen und bringen sie aus dem Gleichgewicht. Sie fangen sofort an zu glauben, daß sie unsere Stärke überschätzt hätten, daß sie in ihren Pflichten gegen den Sowjetstaat nachlässig gewesen seien, daß sie von uns die ganze Zeit hätten mehr verlangen sollen. Häufig bewirkt derlei genau das Gegenteil von dem, was wir erstreben.

Kommt den Russen nur dann mit Anliegen, wenn ihr darauf vorbereitet seid, ihnen euren Unwillen für den Fall einer Ablehnung praktisch zu demonstrieren.

Wir sollten grundsätzlich bereit sein, jedes Vorbringen eines Wunsches mit irgendeiner Aktion zu begleiten, die beweist, daß die russischen Interessen leiden, wenn man unsere Wünsche nicht beachtet. Das verlangt Einfallsreichtum, Festigkeit und Koordinierung der Ziele. Wenn diese Eigenschaften sich in unserer auswärtigen Politik nicht finden lassen, dann sollten wir uns auf Unheil gefaßt machen.

Verhandelt auf einer der Sache angemessenen Ebene und besteht darauf, daß die Russen auf dieser Ebene die volle Verantwortung für ihr Verhalten tragen.

In der Regel sollte man Forderungen nicht nur deshalb auf einer höheren Ebene vorgetragen, weil man weiter unten keinen Erfolg gehabt hat. Das ermutigt die russische Bürokratie lediglich zu unkooperativem Verhalten und belastet unsere Beziehungen zu hohen sowjetischen Stellen mit zweitrangigen Angelegenheiten. Stattdessen sollten wir, wenn wir auf unterer Ebene keine Genugtuung erlangen, sofort und ohne Zögern die entsprechenden Vergeltungs- oder Korrektivmaßnahmen durchführen. Nur so können wir den Russen beibringen, sämtliche Ränge der Beamten zu respektieren, die mit ihnen umgehen müssen. Wenn wir unsere nachgeordneten Beamten bei ihren Verhandlungen mit den Russen nicht decken, machen wir es uns selbst schwer, in den Pausen zwischen den Gipfeltreffen irgend etwas zu erreichen. Das wirkt sich zugunsten der Russen und zu unseren Ungunsten aus. Es ist ein sehr wichtiger Punkt und trifft den Kern vieler unserer Mißerfolge der letzten zwei oder drei Jahre. Den höchsten Stellen ist es physisch unmöglich, den ganzen Bereich unserer Beziehungen mit der Sowjetregierung zu erfassen und die von uns gesuchte Zusammenarbeit zu leisten. Die dort erzielten Übereinkünfte lassen sich – und das geschieht häufig – auf unterer Ebene erfolgreich und ungestraft sabotieren. Wir müssen die Russen darauf eichen, daß ihr ganzer Apparat und nicht bloß Stalin auf unsere Demarchen vernünftig reagiert.

Setzt euch nur dann für einen Meinungs austausch auf höchster Ebene ein, wenn die Anregung dazu mindestens zur Hälfte von den Russen kommt.

Mit Russen kann man nur dann befriedigend verhandeln, wenn sie selber etwas wollen und das Gefühl haben, in abhängiger Lage zu sein. Es wäre eine taktische Aufgabe, dafür zu sorgen, daß man mit ihnen auf höchster Ebene nur umgeht, wenn diese Bedingungen erfüllt sind.

Schreckt nicht davor zurück, mit großen Kanonen auf scheinbar kleine Spatzen zu schießen.

Das ist ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt, einer, der bei vielen Amerikanern auf Skepsis stoßen wird. Im allgemeinen mag das Schießen mit Kanonen auf Spatzen eine schlechte Praxis sein. Bei den Russen ist es manchmal nötig. Russen verfolgen eine flexible Politik schrittweiser Einmischung und Übergriffe auf fremde Interessen in der Hoffnung, jeder einzelne Schritt werde zu unwichtig erscheinen, um bei den Gegenspielern eine heftige Reaktion auszulösen, und sie könnten so ganz allmählich ihre Position schon erheblich verbessern, bevor die andere Seite überhaupt merke, daß etwas im Busch sei. Sie treiben mit großer Hartnäckigkeit jede Frage bis dicht vor den Punkt, wo ihrer Ansicht nach die Geduld ihrer Verhandlungspartner am Ende wäre. Wenn sie erkennen, daß ihre Opponenten es ernst meinen, daß die Grenzen ihrer Geduld fest umrissen sind und daß sie mit Gegenmaßnahmen nicht zögern würden, wenn man diese Grenzen verlegte, sei es auch nur geringfügig und an vereinzelten Stellen, dann werden die Russen vorsichtig und rücksichtsvoll sein. Sie schätzen keine Kraftproben, außer wenn sie weit überlegen sind. Aber Unentschlossenheit und gutmütige Toleranz spüren sie schnell und nutzen sie aus. Wer mit ihnen umgeht, muß deshalb darauf achten, bei der Verteidigung seiner Interessen stets eine entschiedene und wachsame Haltung einzunehmen.

Habt keine Angst vor Szenen und vor der Austragung von Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit.

Die Russen haben nichts gegen Szenen und Skandale. Wenn sie entdecken, daß andere etwas dagegen haben und sie unter allen Umständen vermeiden möchten, werden sie das als ein Mittel der Erpressung benutzen, weil sie glauben, von der Zimperlichkeit der anderen profitieren zu können. Wenn wir unser Prestige bei der Sowjetregierung wiederherstellen und in Rußland Ansehen gewinnen wollen, müssen wir wie zu einer „Zähmung der Widerspenstigen“ bereit sein, wobei sich ein Haufen Ärger nicht vermeiden läßt. Andererseits brauchen wir nicht zu fürchten, daß gelegentliche harte unsere Beziehung langfristig stören müßten. Der Russe ist niemals zugänglicher als wenn man ihm kräftig auf die Finger geklopft hat. Er rauft sich gerne und trägt deswegen nicht nach. Denken wir nur an Stalins erste Worte an Ribbentrop. Es waren gemütliche und zynische Witzeleien über den erbitterten Propagandakrieg, der so viele Jahre lang zwischen den beiden Ländern geführt worden war. Die russische regierende Klasse respektiert nur die Starken. Zaghafte beim Streiten empfindet sie als eine Form der Schwäche.

Bemüht euch, in unseren Beziehungen zu Rußland sämtliche Vorhaben, sowohl von Regierungsstellen wie auch von privater Seite, soweit sie durch die Regierung beeinflußbar sind, in Übereinstimmung mit unserer politischen Generallinie zu bringen.

Die Russen sind schnell damit bei der Hand, Streitigkeiten, Widersprüche und die Verfolgung abweichender Ziele unter unseren Landsleuten oder unseren Regierungsstellen auszunutzen. Ihr eigenes System ist darauf ausgelegt, die größtmögliche Zusammenfassung der nationalen Energien zu erreichen. Wir können ihnen nicht wirksam gegenüber treten, wenn wir nicht alles in unseren Kräften Stehende tun, um auch unsere eigenen Bemühungen zu koordinieren.

Verstärkt und unterstützt unsere Vertretung in Rußland.

Die Amerikanische Botschaft in Moskau ist für die Russen das Symbol unseres Landes. Viele Leute beobachten sie gespannt. Sie sollte nicht bloß ein Spiegelbild unserer Gesellschaftsform sein, sondern auch ein impulsgebendes Hirnzentrum unserer Rußlandpolitik. Obwohl häufig vernachlässigt und entmutigt, stets den Angriffen mißgünstiger Ehrgeizlinge und unzufriedener Liberaler ausgesetzt, niemals voll unterstützt oder verstanden von den Leuten in Washington, niemals ausreichend besetzt oder ausreichend untergebracht, ist unsere Botschaft dennoch zu einer Mustereinrichtung des amerikanischen Auswärtigen Dienstes und zu der am meisten geachteten diplomatischen Vertretung in Moskau geworden. Sie könnte weit mehr tun und in der Sowjetunion eine weit größere Rolle spielen, wenn sie die richtigen Hilfen erhielte. So müßte das Versagen der sowjetischen Regierung bei der Beschaffung von Wohnraum und anderen Erleichterungen der diplomatischen Arbeit in Moskau früher oder später offen zur Sprache kommen und Druck ausgeübt werden, um diese Zustände zu bessern. Ferner müßte die Vertretung angemessen mit amerikanischem Personal ausgestattet werden. Und schließlich müßte die Vertretung immer nur von einem Mann geleitet werden, der zu harter und mühsamer Arbeit über lange Zeiträume fähig und bereit ist; der über ein hohes Maß an Bescheidenheit und Geduld verfügt; der sich nur von den Interessen unseres Landes

leiten läßt und der ganz allgemein seiner Person und seiner Herkunft nach geeignet ist, die Achtung einer in der psychologischen Analyse des menschlichen Charakters unübertroffenen Nation zu erwerben. Im Falle von Botschafter Harriman kann ich aufrichtig sagen, daß mir diese Voraussetzungen erfüllt scheinen. Mit meinen Bemerkungen ziele ich auf die Zukunft. Der Posten des Botschafters in Moskau ist keine Sinekure, die man leichthin vergeben kann; und das Ministerium muß bereit sein, seinen ganzen Einfluß für eine wirkungsvolle Besetzung aufzubieten. Die Moskauer Vertretung arbeitet unter Belastung und hat vielfältige Hindernisse zu überwinden. Das hat sie immer gewußt. Ein eitler, kleinlicher und unwissender Botschafter kann ihr das Rückgrat brechen und dem Gefüge der russisch-amerikanischen Beziehungen bleibenden, wenn auch vielleicht nicht sofort sichtbaren Schaden zufügen.

3. Die Staats- und Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild für die Bundesrepublik und die der Sowjetunion als Vorbild für die Deutsche Demokratische Republik

Die Interdependenz von Staatsordnung und Wirtschaftsordnung³⁸

Staatsordnung

Kriterien	Vereinigte Staaten von Amerika	Sowjetunion
„ <i>Rechtsstaat</i> : Absolutes und oberstes Entscheidungskriterium aufgrund der Rechtsstaatsidee ist der ‚Primat des Rechts‘. Die oberste Staatshandlungskategorie verpflichtet den Staat zu dauernder Selbstbindung an das von ihm gesetzte Recht, auf die Maßstäbe Sachlichkeit und Unparteilichkeit und auf die Anerkennung des Rechts als Eigenwert in allen Lebensbereichen. Ausgeschlossen ist dadurch selektiver Rechtsgehorsam unter Berufung auf eine übergeordnete Legitimität (Legalität, Legitimität)“. ³⁹	„Das politische System der USA ist durch eine weitreichende Dezentralisierung der Gewalten bestimmt. Die Gliedstaaten nehmen viele Funktionen wahr, die in den europäischen Staaten heute als Aufgaben des Zentralstaates angesehen werden. <i>Entstehung des Verfassungsstaates</i> . Die Idee des Verfassungsstaates, der durch ein geschriebenes, von der Souveränität des Volkes getragenes Grundgesetz konstituiert wird und in dem alle Staatsgewalt nur nach Maßgabe und in den Grenzen der Verfassung ausgeübt werden darf, ist erstmals in Amerika verwirklicht worden.	„Da die Unionsverfassung auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruht, ist nicht nur die Legislative, sondern auch die Justiz, an deren Spitze der <i>Oberste Gerichtshof der UdSSR</i> steht, weitgehend der Sowjetexekutive untergeordnet. Die <i>Rechtsprechung</i> ist nicht nur von den Weisungen des Justizministeriums abhängig, sondern untersteht auch der unmittelbaren Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft. Der <i>Generalstaatsanwalt der UdSSR</i> , der auf 7 Jahre ernannt wird, übt als Hüter der ‚sozialistischen Gesetzlichkeit‘ die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen in erster Linie

³⁸ Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., Tübingen 1990, S. 332 ff.

³⁹ Albrecht, Alfred: Rechtsstaat, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, Bd. 4, 7. Aufl., 1995, Sp. 741.

	<p>In den USA hat die repräsentative Demokratie auf allen Ebenen von Beginn an als die einzig legitime Regierungsform gegolten. Ihre Kennzeichen sind die Volkssouveränität und die Ausübung der Staatsgewalt durch auf Zeit gewählte Vertreter des Volkes. Der Kongreß als Legislativ- und der Präsident als Exekutivorgan des Bundes gehen aus periodischen Wahlen hervor“.⁴⁰</p>	<p>unter den Gesichtspunkten der politischen Zweckmäßigkeit und nicht nur der Gesetzmäßigkeit aus. Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit ist der SU unbekannt, dafür wird die <i>Strafgerichtsbarkeit</i> in weitgehendem Maß durch die Staatspolizei <i>auf dem Verwaltungswege</i> ausgeübt. Der Polizei und nicht der Justiz untersteht seit 1934 das Gefängniswesen (einschließlich der Zwangsarbeitslager) und damit der gesamte <i>Strafvollzug</i>“.⁴¹</p>
<p><i>Gewaltenteilung</i>:⁴² Trennung von (1) Gesetzgebung, (2) ausführender Gewalt und (3) unabhängiger richterlicher Gewalt.</p>	<p>„Dagegen ist die <i>Gewaltenteilung</i> im Sinne des Montesquieuschen Dreiteilung in der <i>Präsidentdemokratie</i> des amerikanischen Typs konsequent durchgeführt. Eine strenge Trennung von Exekutive und Legislative wird dadurch erreicht, daß der Präsident als Chef der Bundesverwaltung eine von den Häusern des Parlaments (Kongreß) vollständig getrennte eigenständige demokratische Legitimation besitzt und ein hohes Maß an Unabhängigkeit von der Parlamentsmehrheit hat“.⁴³</p>	<p>„In den <i>sozialistischen Ländern</i> [war die] dominierende Stellung der kommunistischen oder sozialistischen Partei regelmäßig in der Verfassung garantiert (z. B. Art. 1 Abs. 1 DDR-Verf.; Art. 6 UdSSR-Verf.; Art. 3 Abs. 1 poln. Verf.). Die sozialistische Staatstheorie lehnt die klassische <i>Gewaltenteilung</i> ab, da der Schutz vor Machtmißbrauch gegenüber einer historisch im Recht befindlichen Partei nicht mehr notwendig sei“.⁴⁴</p>

40 Woytinsky, Wladimir S. / Woytinsky, Emma S.: Vereinigte Staaten von Amerika, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 27.

41 Meissner, Boris: Sowjetunion II Verfassung (1) Politische Verfassung, in: HdSW, Bd. 9, 1956, S. 321-324. Totalitäre Diktatur: gemäß Art. 12 der Unionsverfassung bildet die KPdSU den lenkenden Kern sowohl des Staates als auch sämtlicher gesellschaftlicher Organisation Verfassungen von 1918, 1923/24, 1936. Die Stalinsche Verfassung, Berlin (-Ost) 1950: Der Wortlaut der Verfassung der UdSSR von 1936 unter Berücksichtigung der Veränderungen bis einschließlich 1947.

42 Tettinger, Peter J.: Gewaltenteilung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 1995, Sp. 1023-1030.

43 Ebd., Sp. 1025.

44 Ebd.

„ <i>Verwaltungsgerichtsbarkeit</i> : In einem <i>materiellen Sinn</i> bezeichnet Verwaltungsgerichtsbarkeit die Tätigkeit staatlicher Rechtsprechungsorgane zur Gewährung von Rechtsschutz gegenüber öffentlich-rechtlicher Verwaltungstätigkeit“. ⁴⁵	„Anders als in der Bundesrepublik wird die <i>Verwaltungsgerichtsbarkeit</i> im materiellen Sinn vielfach durch die ordentlichen Gerichte ausgeübt, so vor allem in den <i>angelsächsischen Ländern</i> . In den USA geht dem Gerichtsverfahren ein streng formalisiertes Verwaltungsverfahren voraus“. ⁴⁶	In allen sozialistischen totalitären Diktaturen existierte kein Verwaltungsgericht.
<i>Fazit</i>	Freiheitlich rechtsstaatliche Demokratien	Totalitärer KPdSU-Staat
<i>Staaten mit ähnlicher Staatsform</i>	Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Japan	Volksdemokratien: Polen, DDR, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien

Die Interdependenz von Staatsordnung und Wirtschaftsordnung Wirtschaftsordnung

Kriterien	Vereinigte Staaten von Amerika	Sowjetunion
(1) Marktwirtschaft mit Privateigentum und konvertibler Währung oder (2) Politisch natural gesteuerte sozialistische Zentralplanwirtschaft mit Volkseigentum und minderwertigem sozialistischem Geld	Wirtschaftsordnung. „Vorherrschende politische Anschauung, die wenn auch nicht im gleichen Maße, so doch im Prinzip von den beiden großen Parteien, der Republikanischen und der Demokratischen Partei vertreten wird, ist, daß sich der Staat insbesondere die Bundesregierung, jedes Eingriffs in die Wirtschaft enthalten soll, wenn es nicht im Interesse der Wohlfahrt oder der Sicherheit des Landes dringend erforderlich ist. Der Ruf nach solchen Eingriffen und der Einfluß der Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen sind jedoch seit der Weltwirtschaftskrise beträchtlich gestiegen“. ⁴⁷	Politisch natural gesteuerte sozialistische Zentralplanwirtschaft mit Volkseigentum und minderwertigem sozialistischem Geld. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 und insbesondere seit dem ersten Fünfjahrplan (1928-1932/33) von Stalin stand immer die vorrangige Produktion von Produktionsmitteln im Vordergrund. Erst 70 Jahre danach dachte man in der Sowjetunion im Gefolge der Perestroika an den Konsumenten. „Die Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft verbinden sich organisch mit einem beschleunigten Zuwachs beim Angebot an

⁴⁵ Lorenz, Dieter: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, Bd. 5, 7. Aufl., 1995, Sp. 744.

⁴⁶ Ebd., Sp. 747.

⁴⁷ Woytinsky, Wladimir S. / Woytinsky, Emma S.: Vereinigte Staaten von Amerika, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 29.

	<p>Die Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sind in den USA die der klassischen Nationalökonomie: „Privateigentum an den Produktionsmitteln und auf dem Leistungsprinzip beruhende Lohnarbeit. Jedoch haben diese Voraussetzungen eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht. Eigentum an den Produktionsmitteln bedeutet im 20. Jh. nicht mehr dasselbe, was es im 18. und 19. Jh. bedeutete. Die Rolle des Eigentümers im Produktionsprozeß ist eine andere geworden, und seine Machtbefugnisse sind durch Arbeits- und Sozialrecht, behördliche Kontrollen, die Sozialversicherung, das moderne Steuersystem und die Gewerkschaften eingeschränkt worden. Die Lohnstruktur und die Methoden der Lohnfestsetzung haben eine ähnliche Änderung durchgemacht und ein neues System sozialer Beziehungen hat sich entwickelt. Dabei geht die Tendenz in den USA in der gleichen Richtung wie in Westeuropa, hat jedoch eine etwas andere Form angenommen: Geringere Beteiligung des Staates am Wirtschaftsleben, keine Nationalisierung, keine direkte Lohn- und Preisfestsetzung, dafür aber wachsame Monopolkontrolle, mehr indirekte Kontrollen, breitere Streuung des Eigentums und größere soziale Gleichheit. Die <i>Sozialstruktur</i> der USA zeichnet sich durch das Fehlen einer Klassenschichtung, in</p>	<p>industriell gefertigten Konsumgütern und an Dienstleistungen. Wir planen, die Konsumgüterindustrie gegenüber der Schwerindustrie langfristig bevorzugt zu fördern. Dazu sollen eine allgemeine technische Erneuerung und andere Maßnahmen zur vermehrten Herstellung von Konsumgütern durchgeführt werden. Hierzu werden Konstruktionsbüros und Produktionskapazitäten einzelner Branchen der Verteidigungsindustrie herangezogen, die durch den in Gang gekommenen Abrüstungsprozeß freierwerden. Um die technische Umrüstung dieser Branchen zu beschleunigen, wird in der Bundesrepublik und Italien ein zweckgebundener Kredit zum Ankauf von Ausrüstung für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie aufgenommen“.⁴⁹</p> <p>Der sowjetische Alltag blieb von einem außerordentlich niedrigen Lebensstandard und von stalinistischer Repression bestimmt. [...] 1963 konnte eine Hungerkatastrophe nur durch Weizenkäufe im ‚kapitalistischen‘ Ausland (Kanada, USA) verhindert werden“.⁵⁰</p>
--	--	--

⁴⁹ Aganbegjan, Abel: Ökonomie und Perestroika. Gorbatschows Wirtschaftsstrategien, Hamburg 1989, S. 22.

⁵⁰ Fischer, Alexander: Sowjetunion, II. Historische und politische Entwicklung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 1995, S. 315.

	<p>Lebensstil und Konsumverhalten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und durch die grundsätzliche Hochachtung vor jeder Art von Arbeit aus. [...] Es wurde eine dem tätigen Alltag zugewandte, in ihren Grundzügen egalitäre Zivilisation geboren. Ihre hervorstechendsten Kennzeichen sind bis heute ihre Ungezwungenheit und Dynamik, ihre Toleranz und die übersteigerte Achtung vor persönlichem Erfolg und der geringe Respekt vor ererbtem Reichtum, vor eigener oder importierter Aristokratie und prahlerischem Luxus“.⁴⁸</p> <p>In der Marktwirtschaft der USA stand immer der Konsum im Mittelpunkt.</p>	
<p><i>Außenhandel:</i> Grundsätzlich Freihandel mit konvertiblen Währungen. Oder: Staatliches Außenhandels- und Valutamonopol.</p>	<p><i>Freihandel:</i> Vorteile der internationalen Arbeitsteilung. Konvertible Währungen, die an den Devisenmärkten weltweit notiert werden.</p>	<p>Politisch gesteuerter <i>Naturalhandel</i> zwischen den sozialistischen Ländern, der mit westlichen Währungen alle 5 Jahre verrechnet wird. Bei Exporten der sozialistischen Länder gilt die Heckscher-Ohlin-Aussage: „Ein Land exportiert dasjenige Gut, dessen Produktion faktorintensiv ist in Bezug auf den relativ reichlich vorhandenen Produktionsfaktor“.⁵¹</p> <p>Sozialdumping oder Lohndumping, (rückständige Arbeitsbedingungen bzw. niedrige Löhne) liegt vor, „wenn durch Verkauf zu ‚Schleuderpreisen‘ kurzfristig notwendige Devisen beschafft werden sollen. Dies trifft für alle RGW-Länder zu“.⁵²</p>
<p><i>Geldordnung:</i> „Terminologisch versteht man unter Geld alles, was Geldfunktionen</p>	<p>Politisch unabhängige Zentralbanken sind für die Stabili-</p>	<p>Bei der Lenkung der politisch natural gesteuerten sozialistischen Zentralplanwirtschaft</p>

⁴⁸ Ebd., S. 60.

⁵¹ Siebert, Horst: Außenwirtschaft, 7. Aufl., Stuttgart 2000, S. 61.

⁵² Fehl, Ulrich: Preisdifferenzierung (Preisdiskriminierung), in: HdWW, 6. Bd., 1988, S. 170.

<p>ausübt. Geld ist von seinen folgenden drei Funktionen her definiert: (1) Als <i>Tausch- und Zahlungsmittel</i> ermöglicht Geld überhaupt erst die moderne, arbeitsteilige Wirtschaft. An die Stelle des sonst nötigen Tauschs Ware gegen Ware tritt der Verkauf von Gütern gegen Geld und der Kauf von Gütern mit Hilfe des Geldes. Kredit wird in Geld gegeben und in Geld (samt Zinsen) zurückerstattet. (2) Als <i>Wertaufbewahrungsmittel</i> überbrückt das Geld die zeitliche Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben und erlaubt den Transfer von Werten im Zeitablauf. (3) Schließlich ermöglicht die abstrakte Eigenschaft der <i>Recheneinheit</i> die Angabe des Wertes der verschiedenen Dinge in einer Summe. Dies gilt z. B. für den Umsatz oder das Vermögen eines Betriebes, den Export, Import, das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft etc.“⁵³</p>	<p>tät der Währung verantwortlich. Konvertible Währungen, die an den Devisenmärkten weltweit notiert werden. US Dollar als Leitwährung und Bindung an Gold.</p>	<p>besaß das sowjetische Geld (Rubel) und das Geld der anderen sozialistischen Staaten keine Funktion. Als Zahlungsmittel hatte der Rubel eine sehr eingeschränkte Funktion, da dies nur für Konsumwaren (= Persönliches Eigentum im Sozialismus) galt.⁵⁴ Er war auch kein Wertaufbewahrungsmittel und keine Recheneinheit (Preischaos),⁵⁵ so daß man den Rubel als minderwertiges sozialistisches Geld bezeichnen muß. In Publikationen der Politischen Ökonomie des Sozialismus wurde beim transferablen Rubel ein Goldgehalt von 0,987412 g Feingold angegeben. Ebenso wurde ein multilaterales Clearing im RGW behauptet.⁵⁶ Real war kein minderwertiges sozialistisches Geld konvertibel.</p>
---	---	---

⁵³ Issing, Ottmar: Geld, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Auf., 1995, S. 799.

⁵⁴ Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Institut für Ökonomie. Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin (-Ost) 1955, S. 453-455.

⁵⁵ Clark, Colin: A Critique of Russian Statistics, London 1939.

⁵⁶ Ökonomisches Lexikon Q-Z, 3. Aufl., Berlin (-Ost) 1980, S. 105.

4. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

4.1. „Mit dem 23. Mai 1949 trat die Bundesrepublik Deutschland ein in die Geschichte“

„Die *Kapitulation* der Wehrmacht am 8. Mai 1945 gegenüber Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA besiegelte die Niederlage des Reiches. Wie wurde als *Epochenwende* empfunden. Deren Erscheinungsformen nahmen in der Vorstellung der besiegten Deutschen apokalyptische Züge an. Aber unbeschadet des Zusammenbruchs und der Zerstörungen in weiten Teilen des Reiches gab es keine ‚*Stunde Null*‘. Eine solche Chiffre ist erst später entdeckt und mit dem Vorwurf verknüpft worden, daß sie nicht für gesellschaftspolitische Veränderungen im Sinne sozialistischer Vorstellungen genutzt worden sei.

Nach dem 8. Mai 1945 besetzten Truppen der Alliierten auch die letzten Teile Deutschlands, das die Hauptsiegermächte bereits vor Kriegsende in vier Besatzungszonen aufgeteilt hatten, bei gemeinsamer Verwaltung von Berlin. Am 5. Juni 1945 übernahmen die vier Mächte ‚in Anbetracht der Niederlage Deutschlands‘ dessen oberste Regierungsgewalt. Die Berliner Deklaration wurde zum ‚Grundgesetz der Besatzungsära‘. Danach sollte die oberste Gewalt von den Zonenbefehlshabern gemeinsam durch einen *Kontrollrat* in den ‚Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten‘ ausgeübt werden.

Das besetzte und vom Nationalsozialismus befreite Deutschland stand zur Disposition der Siegermächte. Die Staats- bzw. Regierungschefs von Großbritannien (Winston Churchill [*1874, †1965], Clement Richard Attlee [*1883, †1967], der Sowjetunion (Josef Stalin [*1879, †1953]) und der USA (Harry S. Truman [*1884, †1972]) gingen auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 vom Fortbestand des Reiches aus. Es sollte während der Dauer der Besetzung als ‚wirtschaftliche Einheit‘ behandelt werden und ‚bis auf weiteres‘ keine zentrale Regierung besitzen, wohl aber zentrale Verwaltungsabteilungen unter Aufsicht des Kontrollrats. Dem deutschen Volk wurde der Wiederaufbau ‚auf demokratischer und friedlicher Grundlage‘ in Aussicht gestellt.

Die in Potsdam erzielte Einigung auf die ‚Vier-D‘: Demilitarisierung, Demontage, Dezentralisierung (der Wirtschaft) und Demokratisierung – eingeschlossen die Entnazifizierung – erwiesen sich als Formelkompromiß. Die Westmächte lehnten auch künftig die von Stalin geforderte Höhe der Reparationen ebenso ab wie eine Mitkontrolle des Ruhrgebiets. Hingegen wollten sie bei der ‚bevorstehenden Friedenskonferenz‘ die Forderung der Sowjetunion auf das bereits von ihr annektierte nördliche Ostpreußen unterstützen, ebenso diejenige Polens auf die ‚ehemaligen‘ deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße. Diese sollten bis zur ‚endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens‘ der Verwaltung der neuen polnischen Regierung ‚unterstellt werden‘. Die Westmächte stimmten auch der ‚Überführung‘ derjenigen Deutschen in ordnungsgemäßer und humaner Weise zu, die nach der Massenflucht seit Anfang 1945 noch in Polen, der Tschechoslowakei

und Ungarn ‚zurückgeblieben‘ waren. Mit ihrer Zustimmung zur *Vertreibung von Millionen Deutscher* sanktionierten sie die Abtrennung Ostdeutschlands.

Die *Potsdamer Beschlüsse*, denen Frankreich nur unter Vorbehalt, so gegen die Errichtung von Zentralverwaltungen, zustimmte, bildeten die letzte grundlegende Vereinbarung der Hauptsiegermächte über Deutschland als Ganzes; der vorgesehene Friedensvertrag kam nicht zustande. So konnte die Sowjetunion ihre Machtposition in Ost-Mitteleuropa ungeschmälert behaupten, gleichzeitig aber auch in die Westzonen hineinwirken. Da sich der Alliierte Kontrollrat nur selten auf grundlegende Beschlüsse einigen konnte, entstanden in raschem Tempo voneinander *abgegrenzte Verwaltungs- und Wirtschaftsräume*. Deren Sonderentwicklung wurde durch einen unterschiedlich harten Besatzungsalltag ebenso gefördert wie durch ein unterschiedliches Vorgehen beim Wiederaufbau des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Verwaltung, bei der Zuteilung von Nahrungsmitteln, Wohnraum und Rohstoffen wie bei der Entnazifizierung.

Zu den wenigen gemeinsamen Unternehmungen der Alliierten über die Schnittlinie des ‚Eisernen Vorhangs‘ hinaus gehörte die Abwicklung des *Prozesses gegen die ‚Hauptkriegsverbrecher‘* in Nürnberg (18. Okt. 1945 – 1. Okt. 1946). Die Art dieser ‚Siegerjustiz‘ verleitete allerdings dazu, durch Personalisierung der ‚Hauptverantwortung‘ viele Mittäter und Mitläufer der verbrecherischen Hitler-Herrschaft zu entlasten. Die anfängliche Härte der Besatzungspolitik und die Greuel, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung aus ihrer Heimat in Ostdeutschland und Ost-Mitteleuropa auch weiterhin verübt wurden, trugen dazu bei, die moralische Grundlage der Vergeltungspraxis in Frage zu stellen. In der SBZ diente die Entnazifizierung vor allem dazu, die soziale Basis des mit dem ‚Kapitalismus‘ gleichgesetzten ‚Faschismus‘ zu zerstören und den kommunistischen Umbau des Staates durch Austausch der Führungseliten zu erleichtern.

Ab 1946 blieb die Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte von wachsenden *Spannungen zwischen den Blockmächten* bestimmt. Mit der im April erfolgten Gründung der SED durchbrach die Sowjetunion das in allen Zonen eingeführte Vierparteienschema und schuf damit die Voraussetzungen für den angestrebten Umwälzungsprozeß. Die bereits im Juli 1945 in (Ost-) Berlin errichteten elf Deutschen Zentralverwaltungen sollten die Keimzelle einer Zentralregierung bilden.

Gründung der Länder

Nach der ergebnislos verlaufenen Pariser Außenministerkonferenz von April-Juli 1946 entschlossen sich die Regierungen der USA und Großbritanniens, ihre Zonen gemeinsam zu verwalten. Frankreich und die Sowjetunion lehnten das Angebot eines Anschlusses ihrer Zonen ab. Im Winter 1946/47 erlebte die neue Bizone eine wirtschaftliche Lähmungskrise, die Bevölkerung eine Hungersnot. Während in der amerikanischen Zone bereits 1945 neue Länder gebildet worden waren – Bayern, (Groß-) Hessen und Württemberg-Baden, Bremen kam 1947 hinzu –, wurden in der britischen Zone 1946 Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gegründet, Hamburg blieb selbständig. In der französischen Zone entstand neben den schon 1946 errichteten Ländern Baden und Württemberg-Hohenzollern

das Land Rheinland-Pfalz. Das Saargebiet wurde Ende 1946 in das Wirtschaftsgebiet Frankreichs einbezogen. In der SBZ bestanden seit 1945 die Länder Mecklenburg, Thüringen und Sachsen sowie die Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt (die 1947 ebenfalls in Länder umgewandelt wurden).

Der im Zuge der amerikanischen ‚Eindämmungspolitik‘ gegenüber dem sowjetischen Expansionismus verkündete *Marshallplan* (Juni 1947) setzte zu seinem Gelingen die Einbeziehung Westdeutschlands voraus. Dies erforderte das Einverständnis der französischen Regierung, die damit lange zögerte; denn die ERP-Lösung bedeutete auch eine Vorentscheidung für die politische Stabilisierung eines künftigen Weststaates im Rahmen des Westblocks. Eine Lösung des Deutschlandproblems zusammen mit der Sowjetunion, die ihre Zone immer stärker in das eigene Machtsystem einbezog und die Marshallplan-Hilfe abgelehnt hatte, erschien nicht mehr möglich.

Anfang Juni 1947 scheiterte der Versuch des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU; *1887, †1980), mit einer Konferenz der Ministerpräsidenten aller vier Zonen in München zur ‚Steuerung der unmittelbaren Not des deutschen Volkes‘ und zum ‚Neuaufbau unseres staatlichen Lebens‘ beizutragen. Die Regierungschefs der SBZ blieben von anderslautenden Weisungen der SED-Führung abhängig. Im Dezember verschärfte das Scheitern der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in London den Ost-West-Konflikt. Jede Seite machte die jeweils andere für eine Verfestigung des Status quo in Deutschland verantwortlich und suchte für ihre Position nunmehr die Deutschen mit in die Verantwortung zu nehmen.

In der ‚Zusammenbruchgesellschaft‘ (C. Kleßmann) dieser Jahre führte die Bevölkerung weiterhin einen Kampf ums Überleben. Während des zentralstaatlichen Interregnums blieben die Ministerpräsidenten als ‚Treuhänder des deutschen Volkes‘ *die Ansprechpartner der Machthaber*, auch bei der Verteilung von Not und Mangel. Gleichwohl schritt der äußere Wiederaufbau langsam voran. Die ‚Substanz des industriellen Anlagevermögens‘ (W. Abelshauer) war, ungeachtet der Trümmerwüste, nicht entscheidend zerstört worden. Der wirtschaftliche Wiederaufbau in den Westzonen erhielt jedoch seine Schwungkraft erst durch die *Währungsreform* vom 21. Juni 1948 und die mit ihr verbundene, durch Aufhebung bzw. Lockerung der Zwangswirtschaft von Ludwig Erhard eingeleitete ordnungspolitische Wende (‚soziale Marktwirtschaft‘). Sie begünstigte die Wiederherstellung der überkommenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Sowjetunion antwortete auf diese Währungsreform am 23. Juni 1948 mit einer eigenen Geldumwandlung in ihrer Zone sowie in Berlin. Daraufhin bezogen die Westmächte die Westsektoren ebenfalls in die Währungsreform ein, so daß in Berlin bis zum März 1949 zwei Währungen – mit höchst unterschiedlichem Kurswert – galten. Die zweite Antwort Stalins bestand in einer *Blockade der Westsektoren*. Währenddessen gelang es den USA und Großbritannien, mit einer Luftbrücke die Versorgung der alliierten Truppen sowie der 2,2 Millionen Einwohner in West-Berlin bis zum Mai 1949 sicherzustellen. Dieser Erfolg beschleunigte die innere Zustimmung der Deutschen zur Westorientierung. Inzwischen hatten in den Westzonen die *Parteien*, die auf Zonenebene – bzw. in der französischen Zone nur in-

nerhalb der Länder – organisiert waren, an Bedeutung gewonnen. Von den elf Ländern besaßen seit 1946/47 bereits acht eine demokratische Verfassung, auch Groß-Berlin. Die Verfassungen der Länder bzw. Provinzen in der SBZ standen weitgehend nur auf dem Papier.

Gegenüber der im Westen Deutschlands durch freie Wahlen legitimierten Entwicklung erfolgte der Wiederaufbau in der SBZ unter dem Vorzeichen eines ‚antifaschistisch-demokratischen‘ Neubeginns durch eine Umwälzung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Seit den ersten Wahlen von 1946, die für die Kommunisten ungünstig ausgefallen waren, ließen die Machthaber keine freien Abstimmungen mehr zu. Als ‚Antwort‘ auf die Bildung der Bizone wurden die in (Ost-) Berlin bereits 1945 errichteten Zentralverwaltungen einer ‚Deutschen Wirtschaftskommission‘ unterstellt, die bereits regierungsähnlich organisiert war. Die von der SED kontrollierte ‚Blockpolitik‘ erleichterte ihr den forcierten Transformationsprozeß im Übergang zur ‚Volksdemokratie‘.

Staatsgründungen

Am 1. Juli 1948 erhielten die elf Ministerpräsidenten in den Westzonen von den Militärgouverneuren Großbritanniens, Frankreichs und der USA in Frankfurt a. M. das Angebot, eine *Verfassungsgebende Versammlung* einzuberufen, die eine demokratische Verfassung für einen Weststaat, mit einer ‚Regierungsform des föderalistischen Typs‘ ausarbeiten sollte. Ergänzt war diese Ermächtigung um die Grundzüge eines künftigen Besatzungsstatuts. Die ‚Frankfurter Dokumente‘ wurden die ‚Geburtsurkunden‘ für die Bundesrepublik Deutschland. Am 26. Juli 1948 gelang den Regierungschefs eine Verständigung mit den Militärgouverneuren über die ‚Organisation der drei Zonen‘. Ein von den Landtagen gewählter ‚Parlamentarischer Rat‘ sollte das ‚Grundgesetz‘ eines westdeutschen Föderativstaats ausarbeiten und dann durch die Landtage bestätigen lassen. Berlin blieb wegen seines Viermächtestatus ausgeschlossen. Die Ministerpräsidenten sahen die Möglichkeit, für 48 Millionen Deutsche einen ‚Kernstaat‘ (mit Provisoriumsvorbehalt) zu errichten. Ihm sollten sich die 17 Millionen in der SBZ anschließen (‚Magnetwirkung‘), sobald sie die Möglichkeit erhielten, ihr politisches Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Der von den Regierungschefs eingesetzte ‚Verfassungskonvent‘ erarbeitete vom 10. Bis 23. August 1948 auf Herrenchiemsee einen Entwurf, der das anschließend vom Parlamentarischen Rat, der seit dem 1. September 1948 in Bonn tagte – im Zeichen des ‚Bedrohungstraumas‘ der Berliner Blockade –, geschaffene Grundgesetz vorstrukturierte. Der aus 65 Delegierten und 5 Berlinern (ohne Stimmrecht) bestehende Rat verabschiedete es am 8. Mai 1949 mit 53 zu 12 Stimmen. Das *Grundgesetz* trat, nachdem es die Militärgouverneure genehmigt und ihm auch, mit Ausnahme des Bayerischen Landtags, die Länderparlamente zugestimmt hatten, am 23. Mai 1949 in Kraft. Es entfaltete auf der Grundlage eines Provisoriumsvorbehalts – für das Bundesgebiet, nicht aber für den Verfassungskern – die Ordnung einer wertbestimmten, gewaltenteilenden und wehrhaften liberalen Demokratie.

Nach der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 konstituierten sich am 7. September in Bonn Bundesrat und Bundestag. Am 12. September wählte

die Bundesversammlung den FDP-Politiker Theodor Heuss (*1884, †1963) zum Bundespräsidenten, drei Tage später der Bundestag Konrad Adenauer zum *Bundeskanzler*. Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone bildete eine Koalition aus CDU, CSU, FDP und DP. Am Tage der Regierungserklärung (20. September 1949) trat das *Besatzungsstatut* in Kraft. Es sicherte den Westmächten Vorbehaltsrechte zu, überließ ihnen aber auch den Schutz der Bundesrepublik Deutschland.

Die von Moskau abhängige SED-Führung hatte sich seit Jahresfrist jeweils dem Vorgehen in Westdeutschland angepaßt und der von einem – nicht gewählten – (2.) ‚Deutschen Volkskongreß‘ im März 1948 in Ost-Berlin eingesetzte ‚Deutsche Volksrat‘ einen Verfassungsentwurf für eine ‚deutsche demokratische Republik‘ ausgearbeitet. Er wurde allerdings ‚auf Eis gelegt‘, um die als ‚Separatismus‘ angeprangerte Entwicklung in den Westzonen abzuwarten. Bereits im März 1949 vom ‚Deutschen Volksrat‘ verabschiedet, bestätigte ihn erst am 29. Mai 1949 ein (3.) ‚Deutscher Volkskongreß‘ – wiederum im Nachvollzug, nach dem Abbruch der gescheiterten Berlin-Blockade (12. Mai) und nach der Verkündung des Grundgesetzes. Ein neuer (2.) ‚Deutscher Volksrat‘ proklamierte dann, nachdem sich in Bonn die Bundesorgane konstituiert hatten, am 7. Oktober 1949 in einem erneuten Nachvollzug die *Gründung der DDR*. Die Verfassung dieses ‚Gegenstaats‘ (A. Hillgruber) kannte keine Gewaltenteilung und kein Verfassungsgericht. Damit existierte in der bisherigen SBZ, ohne Legitimation durch Wahlen, eine – wie die Westmächte am 12. Oktober 1949 in einem Protest in Moskau formulierten – ‚sowjetische Staatsschöpfung auf deutschem Boden‘. Sie blieb in das Moskauer Hegemonialsystem einbezogen⁵⁷.

Konrad Adenauer (*1876, †1967), der als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verkündete, notierte sich in der Rückschau seiner ‚Erinnerungen‘ über diesen Tag: ‚Damit begann ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes: mit dem 23. Mai 1949 trat die Bundesrepublik Deutschland ein in die Geschichte‘.⁵⁸

⁵⁷ Morsey, Rudolf: Niederlage, Befreiung, Neubeginn. In: Schäfer, Hermann (Hrsg.): 50 Jahre Deutschland Ploetz. Ereignisse und Entwicklungen. Deutsch-deutsche Bilanz in Daten und Analysen. Einleitung von Helmut Kohl, Freiburg 1999, S. 15-21.

⁵⁸ Kohl, Helmut: Freiheit in Verantwortung, ebd., S. 9.

Schaumbergturm zu Tholey



Foto: Helmut Stock

Der Schaumberg zu Tholey mit einer Höhe von 571 m gehört zu den höchsten Erhebungen des Saarlandes. Ab 1912 wurde ein Kaiser-Wilhelm-Turm auf dem Schaumberg geplant und am 28. Juni 1914 erfolgte die Grundsteinlegung. Der Turm konnte jedoch aus politischen Gründen nie zu Ende gebaut werden. Ab 1925 wurde eine Krieger-Gedächtniskapelle geplant, die 1930 feierlich eingeweiht wurde. Nach dem Scheitern der EWG-Pläne, eine „Europäische politische Union“ (EPU) zu gründen, unterzeichnen Adenauer und de Gaulle in Paris am 22. Januar 1963 den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Er besiegelt die Aussöhnung zwischen beiden Staaten und verpflichtet sie zur engen Zusammenarbeit in der Außen-, Verteidigungs-, Bildungs- und Jugendpolitik, vor allem zur Förderung des Jugendaustausches als Gemeinschaftsaufgabe. Die praktische Durchführung des Vertrags gewährleisten regelmäßige Konsultationen auf Regierungsebene: der Regierungschefs zweimal, der zuständigen Minister viermal im Jahre. Im Zuge der Restaurierungsarbeiten seit etwa 1965 entstand ein neuer Turm, der 1976 eingeweiht wurde und den Namen „Deutsch-französische Begegnungsstätte“ erhielt.

Mahnmal des Friedens

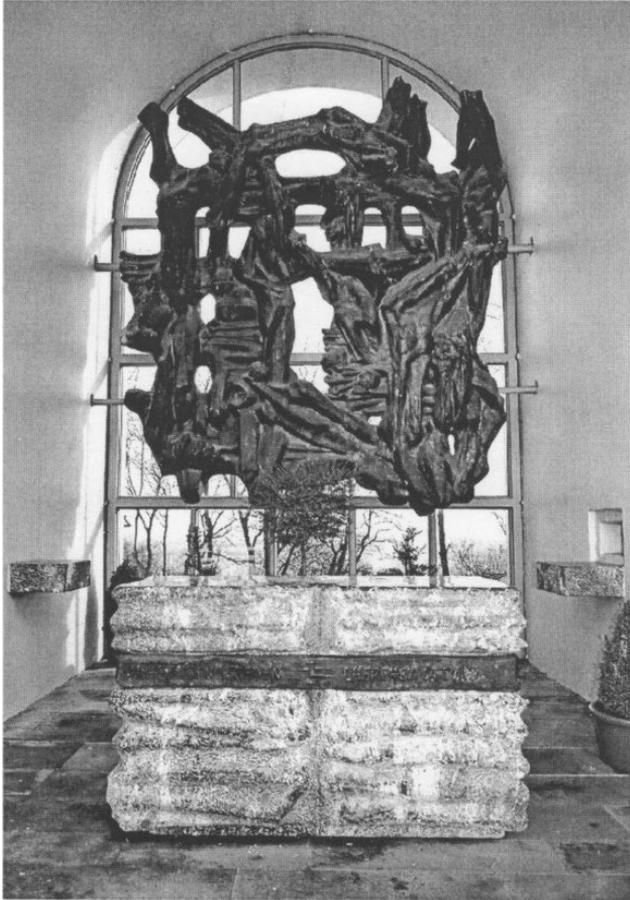


Foto: Helmut Stock

Die Plastik im Bogenfeld ist Ausdruck der Unmenschlichkeit eines jeden Krieges. Das Geflecht menschlicher Körper zeigt die schicksalhafte Verstrickung und Ausweglosigkeit verfeindeter Völker von den ekstatischen Bewegungen der Körper gehen Not, Tod und Verzweiflung aus. Indirekt sieht man das Symbol des Kreuzes Christi.

Material: Bronze, Größe – 4 x 4 Meter.

Der Altar sichtlich zweigeteilt weist auf die beiden Nationen Deutschland und Frankreich hin. Das Bronzeband, das die beiden Blöcke fest umschließt, fordert: Suchet den Frieden – cherchez la paix – Dazu die Jahreszahlen der drei letzten Kriege 1870/71 – 1914/18 – 1939/45. Material: Marmor.

Die Schranken zeigen eine Vielfalt von Händen und Köpfen. Sie eilen aufeinander zu und mahnen eindringlich zu Eintracht und Friede unter allen Völkern. Material: Bronze, Künstl. Gestaltung: R. Hoffmann.

4.2. Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949

„Im Zuge der Deutschlandpolitik der Sowjetunion (*Sowjetunion und SBZ / DDR*;⁵⁹ *SED und deutsche Frage*)⁶⁰ erklärte im September 1947 der II. Parteitag der SED den ‚Kampf um die Einheit Deutschlands‘ zur Hauptaufgabe. Im Vorfeld der alliierten Außenministerkonferenz vom November/Dezember 1947, auf der die alliierten Mächte noch einmal über die Lösung der Deutschlandfrage verhandelten, rief die SED zu einem ‚deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden‘ auf.

Ziel der Volkskongreßbewegung sollte die Mobilisierung des ‚ganzen Volkes‘ sein; ein Anspruch, der von der tatsächlichen Zusammensetzung des am 6. und 7. Dezember in Berlin zusammengetretenen 1. Volkskongresses keineswegs eingelöst wurde. Die 2.215 ‚Delegierten‘, von denen trotz des teilweisen Verbots der Volkskongreßbewegung durch die Westmächte 664 aus den Westzonen kamen, waren nach einem undurchsichtigen Verfahren von Landtagen, Parteien, *Massenorganisationen*⁶¹ oder Betriebsversammlungen entsandt worden. Der wenig später in den Westen geflohene Erich Gniffke, Mitglied des Zentralsekretariats der SED und früherer Sozialdemokrat, berichtete von 62 % SED- und 10 % (West-) KPD-Mitgliedern unter den Teilnehmern.⁶² Die deutliche Dominanz der SED kam vor allem durch die Einbeziehung der Massenorganisationen zustande. Der Volkskongreß verabschiedete eine EntschlieÙung, in der u. a. der Abschluß eines Friedensvertrags und eine gesamtdeutsche Regierung gefordert wurde, und er wählte neben einem Ständigen Ausschuß eine 17-köpfige Delegation unter Leitung der SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl, die der Londoner Konferenz diese Forderungen vorlegen sollte. Die Delegierten erhielten allerdings kein britisches Visum.

⁵⁹ Wettig, Gerhard: *Sowjetunion und SBZ / DDR*, in: Eppelmann, Rainer / Möller, Horst / Nooke, Günter / Wilms, Dorothee (Hrsg.): *Lexikon des DDR-Sozialismus*, 2. Aufl., Bd. 2: N-Z, S. 711-720.

⁶⁰ Wilke, Manfred / Schroeder, Klaus / Alisch, Steffen: *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)*, in: Ebd., S. 740-755.

⁶¹ Eckert, Rainer: *Massenorganisationen*, in: Ebd., S. 546-549.

⁶² Gniffke, Erich Walter (1895-1964): *Der SED-Funktionär, Berlin (-Ost) 1947*. Ders.: *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966 und 1990.



DU WELT IM LICHT

J. W. Stalin
im Werk deutscher Schriftsteller

Zum 21. Dezember 1954,
dem fünfundsiebzigsten Geburtstag von
JOSEF WISSARIONOWITSCH
STALIN

Herausgegeben und eingeleitet von
Günter Caspar, Berlin [Ost] 1954

Günter Caspar: Zum Geleit

DER STÄHLERNE

Stephan Hermlin: Stalin
Bodo Uhse: Notizen über Stalin
Kuba: Kantate auf Stalin

DIE ZÜGE DES BERUFENEN

Johannes R. Becher: Auf einen Namen,
Einen Namen bisher nicht genannt,
Hymne auf einen Namen
Heinrich Mann: Die Züge des Berufenen,
Das ist eine unverkennbare Neuheit
Louis FURNBERG: Stalins Geburt,
Der junge Stalin, Lenin-Stalin
Hugo Huppert: Die Eisenbahnwerk-
stätten, Tiflis. Die Nacht von Batum,
Stalin in Wien
Arnold Zweig: Stalins Größe
Stephan Hermlin: Der November ist
die Heimat
Frida Rubiner: Erinnerungen an Stalin
Johannes R. Becher: Die Verfassung
Franz Leschnitzer: Antäus
Heinrich Greif: Stalin
Friedrich Wolf: Stalins Wort
Franz Leschnitzer: Feuer und Stahl
F. C. Weiskopf: Die Pfeife
Erich Arendt: Die Zeiten Wende

DAS DEUTSCHE VOLK BLEIBT

Erich Weinert: Für ewige Freundschaft
Alfred Kukrella: Napoleons Erdenbesuch
Willi Bredel: Thälmanns Antwort
Johannes R. Becher: Er und alle sind eins
Erich Weinert: Stalin spricht
Bernhard Kellermann: ... das deutsche Volk bleibt
Max Zimmering: Vor Stalingrad
Rudolf Leonhard: Stalin
Alexander Abusch: „Wenn diese beiden Völker ...“
Franz Fühmann: Chor der Komsomolzen
Kuba: Stalinallee
Uwe Berger: Vier Seiten aus einem Tagebuch
Johannes R. Becher: Danksagung

SEIN NAME IST IN UNSERE HERZEN EINGEGANGEN

Johannes T. Becher: Als Stalin sprach
Lion Feuchtwanger: „Wir lieben Stalin“
Erich Weinert: Im Kreml ist noch Licht
Boris Djacenko: Haussuchung
Erich Weinert: Dem Genius der Freiheit
Peter Nell: Gruß im Vorübergehen
Max Zimmering: An Stalin
Karl Grünberg: In Sotschi und Moskau
Erich Weinert: Ist er noch so weit, er ist doch hier
Erich Arendt: Sein Name ist in unsere Herzen
eingegangen
Anna Seghers: Die Kastanien
Erich Weinert: Die bange Nacht

Jan Petersen: Erlebnis in Kapstadt
Paul Wiens: Gruß an Stalin
F. C. Weiskopf: Die kleinen Schrauben
Johannes R. Becher: Hirtenjunge bei Suchum,
Versunkenes U-Boot. Kinderheime in Bykowo

DAS ABBILD DER HOFFNUNG

Stephan Hermlin: Das Abbild der Hoffnung
Johannes R. Becher: Dem Ewig-Lebenden
Anna Seghers: Zum 5. März 1953
Kuba: 5. März 1953, 21.50 Uhr
Bertolt Brecht: Verkörperung unserer Hoffnung
Bodo Uhse: Die März-Tage
Lori Ludwig: Sein Ruhm wird nie verklingen
Arnold Zweig: Totenrede auf J. W. Stalin
Paul Wiens: 5. März 1953
Berta Lask: Tage großer Trauer
Hedda Zinner: Und täglich neu
Taul Rilla: Lehrer der Schriftsteller
Manfred H. Kieseler: Dank an Stalin
Max Zimmering: Als schritte er unter uns
Maximilian Scheer: Das unermeßliche Licht
Hugo Huppert: Am ersten Tag ohne ihn
Erwin Strittmatter: Die Kirchbluse
Johannes R. Becher: Stalin, du Welt im Licht

Caspar, Günter: Du Welt im Licht.
J. W. Stalin im Werk deutscher Schriftsteller,
Berlin[-Ost] 1954.



Wilhelm Sprick – Bilder gegen das Vergessen. Am 25. September 1945 wurde Wilhelm Sprick, damals 17 Jahre alt, zusammen mit anderen in dem kleinen mecklenburgischen Dorf Fincken auf Grund von Denunziationen von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD verhaftet. „Das Dorf wurde in den Abendstunden umstellt, und viele junge Menschen wurden einfach zusammengetrieben. Aus diesen wurde eine sechsköpfige Gruppe konstruiert. In den dann folgenden Verhören wurden uns von den NKWD-Offizieren die Lügen oktroyiert, die dann später in den Anklagen nach dem Art. 58,8, 58,9 und 58,11 kulminierten“.

Es folgten nach der Verhaftung sieben Monate schwerster Untersuchungshaft in den NKWD-Kellern in Röbel, Waren / Müritz und Schwerin mit dem Ziel, die Häftlinge psychisch zu brechen und Geständnisse zu erpressen. Im April 1946 wurden sie vor einem sowjetischen Militärtribunal – einem Terrorgericht – nach dem Strafgesetzbuch der Russischen Föderativen Sozialistischen Republik vom 22.11.1926 „konterrevolutionärer Verbrechen“ angeklagt. Im einzelnen bedeutete das Begehen terroristischer Handlungen (Art. 58,8), Zerstörung oder Beschädigung öffentlichen Eigentums (Art. 58,9), Organisation und Teilnahme an Organisationen zur Begehung solcher Straftaten (Art. 58,11). Als „schwerste Maßnahme des sozialen Schutzes“ sah das Gesetz Erschießung oder Erklärung zum „Feind des Volkes“ vor, als Mindeststrafe Freiheitsentzug von drei Jahren. Das Tribunal konnte in dem von den NKWD-Organen vorgelegten Material keine strafbaren Handlungen erkennen und verwies die Fälle zurück an die Voruntersuchung. Nach vielen weiteren Verhören, darunter acht Tage Strafzelle im Keller des Schweriner Justizgebäudes, wurde Wilhelm Sprick am 7. August 1946 mit den anderen fünf Häftlingskameraden zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt. Von den ursprünglichen Anklagen war nichts übriggeblieben. Das Delikt lautete jetzt, auf Sprick persönlich bezogen, antisowjetische Propaganda (Art. 58,10), konkret „Beleidigung und Verleumdung des großen Stalin“.

„War uns im April 1946 ‚Erschießung und Lebenslänglich‘ angedroht worden, so wurden wir Monate später – am 7. August 1946 – zu jeweils 3 mal 8 Jahren und 3 mal 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ich persönlich wurde mit meinem jüngeren Bruder und dem Bruder meiner Frau zu acht Jahren verurteilt. An diesem Beispiel ist die ganze Perversion und stalinistische Willkür zu erkennen. Nach fast einem Jahr der Verhöre wollte man uns nicht aus der Haft entlassen. Von diesen sechs jungen Menschen kamen drei in den Zuchthäusern Torgau und Bautzen um“.

Nach zwei Jahren im Zuchthaus Torgau kam Sprick in das zum sowjetischen Straflager umfunktionierte KZ Sachsenhausen, nach dessen Auflösung ins Zuchthaus Luckau und schließlich ins Zuchthaus Bautzen. Als todkranker Häftling wurde er am 6. Oktober 1950 entlassen.⁶³

⁶³ Deutschland Archiv, 25. Jg., Dezember 1992, S. 1242.

Extra-Ausgabe
NEUES DEUTSCHLAND
 ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Kontinental

Berlin, Freitag, 14. Oktober 1949

Kontinental

Telegramm

des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR

J. W. Stalin

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
 Herrn Wilhelm Pieck

An den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
 Herrn Otto Grotewohl

Gestatten Sie mir, Sie beide und in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und anlässlich der Wahl des Ersteren von Ihnen zum Präsidenten und des Letzteren zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, die Blutvergießen in Europa beendet und die Versklavung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, in dem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, große Sympathien und die aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf Ihrem neuen, glorreichen Wege.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

13. Oktober 1949.

J. Stalin

Der am 17./18. März 1948 stattfindende 2. Volkskongreß wählte gemäß den Forderungen des SED-Parteivorstands, denen sich auch der LDPD-Vorsitzende Külz weitgehend angeschlossen hatte, einen 400-köpfigen ‚Deutschen Volksrat‘ ($\frac{3}{4}$ der Mitglieder stammten aus der SBZ), der mit quasiparlamentarischen Funktionen und Gremien ausgestattet wurde (Präsidium, Sekretariat, Ausschüsse). In allen Gremien verfügte die SED über die absolute Mehrheit, die sie entgegen dem Konsensprinzip der *Blockpolitik* auch ausnutzte, um CDU und LDPD zu überstimmen. Mit dem Volksrat war erstmals ein zentrales repräsentatives Gremium für die SBZ geschaffen worden, das die Bedeutung der Landtage als Legislative einschränkte. Der Volksrat zog sehr schnell Länderkompetenzen an sich und verstärkte dadurch Zentralisierungseffekte, die auf der Verwaltungsebene bereits mit der Gründung der ‚Deutschen Wirtschaftskommission‘ im Jahre 1947 gegeben waren.

Der 3. Volkskongreß vom 15./16. Mai 1949 wurde dann erstmals mit Einheitsliste ‚gewählt‘ und mit einem Plebiszit über folgende Sätze verbunden: ‚Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehende Kandidatenliste zum Dritten Deutschen Volkskongreß‘. Trotz auf Weisung der Innenminister der Länder durchgeführter Manipulationen (ca. 2-7 % vorher als ungültig eingestufte Stimmen wurden nach einer ersten Zählung nachträglich als Ja-Stimmen gewertet), kam es noch zu 34,2 % Nein- und 6,7 % ungültigen Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 95,3 %), was angesichts der gigantischen Propagandakampagne im Vorfeld und der suggestiven Formulierung allgemein als Niederlage der SED angesehen wurde.

Im 3. Volkskongreß saßen 1.441 Delegierte aus der SBZ und 647 aus den Westzonen. Der Ende Mai gewählte 2. Volksrat hatte 330 ostdeutsche und wiederum 100 kooptierte westdeutsche Mitglieder. Auf seiner konstituierenden Sitzung nahm der 2. Volksrat den im März von seinem Vorgänger verabschiedeten Entwurf einer ‚Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik‘⁶⁴ an. Diese basierte auf dem Entwurf zu einer ‚Reichsverfassung‘, den die SED schon 1946 vorgelegt hatte. Nachdem der Volksrat dann im Juli die ‚Weiterentwicklung der Volkskongreß-Bewegung‘ zur *Nationalen Front*⁶⁵ debattiert hatte, erklärte er sich am 7. Oktober 1949 offiziell zur ‚Provisorischen Volkskammer der DDR‘.

Auf die beteiligten Westdeutschen gründete die SED den Anspruch, daß die aus der Volkskongreßbewegung hervorgegangene DDR ihrem Charakter nach eigentlich ein gesamtdeutscher Staat sei (*SED und deutsche Frage*). Für die SED hatte die Volkskongreßbewegung somit eine doppelte Funktion: Während die Wahlen zum 3. Volkskongreß als Plebiszit für die deutsche Einheit propagiert wurden und damit auch für die *Westarbeit der SED*⁶⁶ von Bedeutung waren, arbeitete die

64 Brunner, Georg: Verfassung, in: Ebd., S. 883-889.

65 Suckut, Siegfried: Nationale Front, in: Ebd., S. 583-587.

66 Stadt, Jochen: Westarbeit der SED, in: Ebd., S. 931-935.

Partei längst an der Vertiefung der Spaltung des Landes und installierte den mittelbar aus diesen Wahlen hervorgegangenen und von ihr dominierten Volksrat als angeblich legitime Vertretung eines ostdeutschen Separatstaates“.⁶⁷

Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der SBZ / DDR war – wenn gleich in abnehmendem Umfang – bestimmt „von der Tatsache, daß die am 7. Oktober 1949 proklamierte DDR eine koloniale Gründung der UdSSR war. Die innen- und außenpolitischen Selbstbestimmungsrechte, die dem ostdeutschen Staat bei seiner Konstituierung, in der Souveränitätszuerkennung vom 25. März 1954 und schließlich in dem Vertrag mit der UdSSR vom 20. September 1955 zugestanden wurden, unterlagen weitreichenden Einschränkungen nicht allein aufgrund der rechtlich fortbestehenden sowjetischen Deutschland- und Berlin-Kompetenzen (*Außenpolitik*).⁶⁸ Noch tiefer reichen die Selbständigkeitsmängel, die sich aus der Entstehungsgeschichte der DDR ergaben. Regime, System und Separatstaatlichkeit wurden von kommunistischen Funktionären geschaffen, die zwar Deutsche waren, aber nicht allein von sowjetischer Sozialisation geprägt wurden, sondern auch bis in Einzelheiten hinein dem Willen Moskaus folgten. Ihre Tätigkeit entfaltete sich gegen den Willen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit aufgrund der Macht, die ihnen die Besatzungsbehörden liehen. Auch nachdem der ‚Aufbau des Sozialismus‘ abgeschlossen war, erhielten die Machthaber nie – sei es nun durch demokratische Wahlen oder auf andere Weise – das Einverständnis und den Rückhalt der Bevölkerung. Sie benötigten daher auch bezüglich des Aspekts ihrer innerstaatlichen Herrschaftssicherung neben den eigenen Machtapparaten, wie insbesondere Polizei, Armee und *Staatssicherheit*,⁶⁹ die im Lande stationierten sowjetischen Streitkräfte. Da nicht die DDR als der kleinere und weniger attraktive Teil Deutschlands im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit die Nation repräsentierte, erschienen nicht allein Regime und System, sondern auch der Staat selbst als Resultat sowjetischen Oktrois“.⁷⁰

5. Die Grundlagen der Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

5.1. Die Bedeutung und Ausgangssituation bei der Staats- und Rechtsordnung als übergeordneter Rahmen für die Gestaltung der Wirtschaftsordnungen

Die modernen Volkswirtschaften mit einer hochentwickelten Arbeitsteilung und wachsenden gegenseitigen Abhängigkeiten setzen als gesellschaftliche Wirtschaft eine Ordnung voraus. Diese ist im weitesten Sinne Rechtsordnung als Summe der in einem Staatsgebiet geltenden und auf das Wirtschaften direkt und

⁶⁷ Schroeder, Klaus / Wilke, Manfred, in: Ebd., S. 905-908.

⁶⁸ Weilemann, Peter R., in: Ebd., S. 101-110.

⁶⁹ Fricke, Karl Wilhelm: Staatssicherheit, Ministerium für (MfS), in: Ebd., S. 806-816.

⁷⁰ Schroeder, Klaus / Wilke, Manfred: Volkskammer, in: Ebd., S. 905-908.

indirekt einwirkenden kodifizierten Norm.⁷¹ Diese „gesetzten“ Normen sind in der Verfassung, Gesetzen, Verordnungen usw. fixiert. „Das Wirtschaftssystem wird durch die politische Willensbildung bestimmt und auch verändert“.⁷² Von dem Gesetzgeber nicht oder nur teilweise kodifizierte Bereiche werden nach Franz Böhm durch „selbst geschaffenes Recht der Wirtschaft“ ausgefüllt.⁷³

Als Folge der Kapitulation am 7./9. Mai 1945 erlosch faktisch die staatliche Existenz Deutschlands und die bestehende Staats- und Rechtsordnung. Die politische Gewalt übernahmen bis zur Errichtung der beiden deutschen Teilstaaten die vier Besatzungsmächte.⁷⁴ Auf dieser Grundlage und den noch vorhandenen und auch notwendigen Überresten der NS-Rechtsordnung mußte die Staats- und Rechtsordnung für die beiden späteren deutschen Teilstaaten neu gestaltet werden.

5.2. Die Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten

Für die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik soll anhand von elementaren Charakteristika untersucht werden, ob es Kontinuitäten oder einen Bruch mit der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus (1933-1945) gab. Für die beiden deutschen Staaten werden die gleichen Charakteristika zur Analyse herangezogen:⁷⁵

- a) Staatsform b) Kommunale Selbstverwaltung c) Rechtsstaat
- d) Gewaltenteilung e) Verwaltungsgerichtsbarkeit.

⁷¹ Ritschl, Hans: „Wirtschaftsordnung“, in: HdSW, 12. Bd. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 189.

⁷² Tuchtfeldt, Egon: „Wirtschaftssysteme“, in: HdWW, 9. Bd., Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982, S. 327.

⁷³ Ebd., S. 329.

⁷⁴ Graml, Hermann: Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945-1949, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Hrsg. Weidenfeld, Werner / Zimmermann, Hartmut, München, Wien 1989, S. 35-47 (36).

⁷⁵ Draht, Martin: Staat, in: Herzog, Roman et al. (Hrsg.): Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., Bd. II, Sp. 3304-3353. Mantl, Wolfgang: Staatsorganisation, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 5. Bd., 1995, Sp. 208-212.

5.2.1. Staatsform Bundesstaat oder zentralistischer Einheitsstaat

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
Nationalsozialistischer zentralistischer Einheitsstaat mit Gauen als Mittelbehörde. Auflösung der Länder. Einheitsstaat, Zusammenfassung des Volkes zu einem Staat zum Unterschied vom zusammengesetzten Staat (Bundesstaat, Föderativstaat). Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs v. 20. Jan. 1934 beseitigte den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und begründete den deutschen Einheitsstaat. ⁷⁶
<u>Fazit:</u> <i>Nationalsozialistischer zentralistischer Einheitsstaat.</i>

Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
„Der demokratische Staat weist nur sachlich unterscheidbare Funktionen auf. Sie nach Art der Gewaltenteilung zu gliedern, also zu sondern, bleibt sinnvoll, da der moderne Staat angesichts seiner umfassenden Einwirkungsmöglichkeiten auf das Leben des einzelnen der Mäßigung bedarf. Diesem Zweck dient nicht mehr nur die Gewaltenteilung, sondern auch die bundesstaatliche Verteilung der Staatsfunktionen auf Bund und Länder (Bundesstaat) und nicht zuletzt die kommunale Selbstverwaltung“. ⁷⁷	Sozialistischer zentralistischer Einheitsstaat. Auflösung der Länder. Bezirke als Mittelbehörde. „In dem auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus organisierten sozialistischen Einheitsstaat üben die Werktätigen die politische Macht durch ihre demokratisch gebildeten Vertretungsorgane aus“. ⁷⁸
<u>Fazit:</u> <i>Keine Kontinuität. Bundesstaat.</i>	<u>Fazit:</u> <i>Sozialistischer zentralistischer Einheitsstaat.</i>

5.2.2. Kommunale Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung „bedeutet, daß bestimmte öffentliche Aufgaben nicht durch den Staat, sondern in weitgehender rechtlicher *Unabhängigkeit* („Autonomie“) durch eigenständige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Staatsorganisation) erfüllt werden, im Falle der kommunalen Selbstverwaltung eben durch kommunale Körperschaften, unter denen die *Gemeinden* den ersten Rang einnehmen (Kommunalrecht). Daß sich mit dieser Selbstverwaltung *im Rechtssinne* heute ebenso wie im 19. Jahrhundert zugleich die Vorstellung *bürger-schaftlicher Selbstverwaltung*, also weitgehender Beteiligung der Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen, verbindet, muß hier ebenso angemerkt werden wie die bare Selbstverständlichkeit, daß mit ‚Selbstverwaltung‘ entgegen dem Wortsinn

⁷⁶ Der Neue Brockhaus, 1. Bd., Leipzig 1937, S. 654.

⁷⁷ Forsthoff, Ernst: Gewaltenteilung, in: Herzog, Roman u. a. (Hrsg.): Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., Bd. 1, 1987, Sp. 1132.

⁷⁸ Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 4, S. 136; Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945-1952. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945-1952, Stuttgart 1995.

nicht etwa der Vollzug anderweitig getroffener Entscheidungen, sondern *die Entscheidung selbst* gemeint ist; man spräche also besser von Selbstentscheidung, Selbstgestaltung o. ä.“.⁷⁹

Die „tragende Idee der deutschen kommunalen Selbstverwaltung stellte keine Neuschöpfung des 19. Jahrhunderts dar, sondern wuchs ebenso kernhaft und eigenartig wie ihre Organisationsformen aus der Tiefe der deutschen Geschichte heraus. [...] Die deutsche Gemeinde, durch *Dezentralisation* politischer Gewalt und Verwaltung ins Leben getreten, ist immer eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft gewesen. Ihre Entwicklungskurve zeigt nach einem übersteigerten Aufstieg im ausgehenden Mittelalter einen tiefen Absturz in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit, aber der grundsätzliche, wesentliche geschichtliche Zusammenhang ist in der Idee und in den Organisationsformen niemals abgerissen.

Die Idee der deutschen kommunalen Selbstverwaltung hat ihre beherrschende Mitte in der *Selbstverantwortung* der Gemeinden. Ihre Lebenskraft und ihre großen Leistungen in der Geschichte sind darauf in erster Linie begründet. In unüberbrückbarem Gegensatz zur herrschenden monistischen Staatslehre, die alle politische Gewaltbildung nur über eine zentrale Spitze sich vorstellen kann, aber in Übereinstimmung mit germanisch-dualistischer Staatsauffassung aller Zeiten und in bewußtem Einklang mit der älteren Rechtsgeschichte der Gemeinden hat daher der Freiherr vom Stein der Entwicklung des 19. Jahrhunderts die viel beachtete aber nicht immer in ihrer vollen Bedeutung verstandene Unterscheidung nicht nur zwischen Selbstverwaltungsangelegenheiten und Auftragsangelegenheiten, sondern darüber hinaus zwischen eigenen und übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten auf den Weg gegeben.

So schwer es der zentralistischen Denkweise unserer Zeit fällt, diese Unterscheidung theoretische zu begreifen, der praktische Sinn und Nutzen ist leicht zu erfassen: *Erhaltung und Stärkung des Bewußtseins eigener unabwählbarer Verantwortung der Gemeinde*“.⁸⁰

Der Freiherr vom Stein benutzte in der von ihm 1808 geschaffenen Städteverordnung das Wort „Selbstverwaltung“ nicht. „Stein legte aber das heutige Verständnis zugrunde, wenn er schrieb, daß *die Gemeindeangelegenheiten durch selbstgewählte Vorsteher möglichst frei und selbständig verwaltet werden müssen*“.⁸¹

79 Herzog, Roman: II. Kommunale Selbstverwaltung, in: Roman Herzog u. a. (Hrsg.): Evangelisches Staatslexikon, Bd. II, N-Z, 1997.

80 Steinbach, Franz unter Mitwirkung von Erich Becker, Geschichtliche Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, Bonn 1932, S. 12, 202 f.

81 Wunder, Bernd: Verwaltung, Amt, Beamter, in: Otto Brunner et al. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Verw.-Z, Stuttgart 2004, S. 81. Stier-Somlo, Fritz: Selbstverwaltung und Staatsaufsicht, in: Fritz Stier-Somlo et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, 5. Bd., 1928, S. 434-442.

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
<p>„Der organische Begriff der Selbstverwaltung, der alle in diesem Werke näher erörterten Selbstverwaltungsgebilde, ob Gemeinde, ob Stand, durchzieht, lautet demnach:</p> <p><i>Selbstverwaltung ist das mit der Volksgemeinschaft organisch verbundene, ihr verantwortliche Eigenleben einer Teilgemeinschaft bei Erfüllung einer Aufgabe der konkreten völkischen Ganzheit durch die Gemeinschaft, welche selbst in ihren Gliedern und durch sie als verantwortungsbewusste, gemeinschaftsverantwortliche Persönlichkeiten tätig wird.</i></p> <p>Daraus ergeben sich einige wesentliche Folgerungen:</p> <p>a) Selbstverwaltung ist in erster Reihe <i>Pflicht</i> zu Initiative, <i>kraftvoller</i> Ausgestaltung des Teilbereichs der völkischen Ganzheit.</p> <p>b) Selbstverwaltung ist aber auch Recht in dem Sinne, daß der Teil, die engere Gemeinschaft, im eigenen Bereiche Macht hat, zur Verkörperung der in ihr lebenden Energien der Ganzheit, der Volksgemeinschaft.</p> <p>c) Selbstverwaltung ist stets Teilgestaltung der organischen Ganzheit des Volkes. Dessen Führung muß also darüber wachen, daß die engere Gemeinschaft sich wirklich <i>gliedhaft verhält</i>, insbesondere nicht den Belangen der Volksgemeinschaft und damit sich selbst zuwiderhandelt. [...] Die Reichsaufsicht gegenüber Selbstverwaltungsgemeinschaften ist also eine <i>gegliederte Führungsordnung</i> im gegliederten Aufbau organisch ineinander und in die Ganzheit der Volksgemeinschaft gefügter Gemeinschaften. [...]</p> <p>Daß der Führer des Gesamtvolkes (Adolf Hitler), selbst oder durch seine Unterführer, bei der Bestellung der Führer von Selbstverwaltungskörperschaften mitwirkt, verstößt nicht gegen den Grundsatz der Selbstverwaltung“.⁸²</p>

⁸² Küchenhoff, Günther: Selbstverwaltung, in: Volkmar, Erich et al. (Hrsg.), Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36. Handwörterbuch der Rechtswissenschaft. Bd. VIII, Berlin und Leipzig 1937, S. 657 f. Der Neue Brockhaus, 4. Bd., Leipzig 1938, S. 190: Der nationalsozialistische Staat hat die Selbstverwaltung der Gemeinden mit neuem Ideengehalt erfüllt: alleinige Verantwortung des Gemeindeleiters, der an keinerlei Beschlüsse von gemeindlichen Körperschaften gebunden ist, sondern nur von Gemeinderäten beraten wird; verstärkte Staatsaufsicht; Mitwirkungsrecht der NSDAP bei bestimmten Angelegenheiten, das durch den Beauftragten der Partei ausgeübt wird. (Gemeinde, Verwaltungsreform).

Bundesrepublik Deutschland (ab 1945)	Deutsche Demokratische Republik (DDR 1949- 1990)
<p>„Art. 28 Abs. 2 GG gewährleistet die kommunale Selbstverwaltung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze.</p> <p>Kommunale Selbstverwaltung ist heute eine Form dezentraler staatlicher Verwaltung zur eigenverantwortlichen Erledigung öffentlicher Angelegenheiten durch Organe, die von dem Volk in den Gemeinden und Kreisen gemäß Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG konstituiert werden (Gemeinde, politische, Kreis).</p> <p>Selbstverwaltung im Rechtssinne ist die hauptsächliche Dezentralisation des Staatshandelns (Staatsorganisation). Sie ermöglicht Mitwirkung und sogar Mitbestimmung der jeweils besonders berührten Bürger im Hinblick auf die Art und Weise, wie die sie betreffenden Verwaltungsangelegenheiten durchgeführt werden sollen. Der Grundgedanke der Selbstverwaltung wurzelt in dem Verfassungsgrundsatz des demokratischen Rechtsstaates (Demokratie, Gewaltenteilung). Der Staat zieht die in den gesellschaftlichen Gruppen lebendigen Kräfte zur Ordnung der sie besonders berührenden (Verwaltungs-) Angelegenheiten in eigener Verantwortung heran (BVerfGE 33, 125, 159) und nutzt ihren Sachverstand für das Zustandekommen richtiger Verwaltungsentscheidungen, insbes. für die Setzung sachgerechter Verwaltungsrechtsnormen in Form von Satzungen und Verordnungen.</p> <p>Für die Einrichtung und normative Gestaltung der Selbstverwaltung gilt ein demokratisch-rechtsstaatlicher Gesetzesvorbehalt.⁸³</p>	<p>„Die Zielsetzung der Arbeiterklasse blieb stets [...] die Beseitigung des bürgerlichen Staates und die Errichtung einer neuen Staatsordnung. [...] Dies erreichen die Werktätigen nicht durch die Selbstverwaltung in Städten und Gemeinden, sondern durch die Übernahme der Staatsgewalt. Deshalb ist [...] die Ersetzung des Klassenkampfes durch die Lösung von einem Kampfe der Arbeiterklasse für die kommunale Selbstverwaltung [...] unmarxistischer Sozialdemokratismus. [...]Man] unterliegt einem [...] Irrtum, wenn [...]man] die Gemeinden und Kreise als Fundamente des Staates bezeichnet. [...] Träger unserer staatlichen Ordnung ist das gesamte Volk und nicht das „Volk der Gemeinde“ oder das „Volk des Kreises“. Kreise und Gemeinden sind deshalb keine eigenen Herrschaftsgebiete innerhalb des Staatsgebietes. Infolge der grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ostzone und der dadurch bedingten Veränderung der Staatsfunktionen ist kein Raum für selbstherrliche, die Staatsmacht dezentralisierende „Selbstverwaltung“.⁸⁴</p> <p>Walter Ulbricht 1948: „Wir haben im Land keine Selbstverwaltung, sondern eine demokratische Staatsverwaltung, die kommunale Selbstverwaltung ist ein Teil unserer demokratischen Verwaltungsorganisation. Man soll keine Theorien aufstellen, daß die kommunale Selbstverwaltung aus unserer Gesamtverwaltung herausgelöst und der Staatsverwaltung nebengeordnet sei“.⁸⁵</p>

⁸³ Weides, Peter: Selbstverwaltung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1995, Sp. 1164.

⁸⁴ Zuckermann, Leo: Demokratische Ordnung und Selbstverwaltung. In: Demokratischer Aufbau 3 (1948), Heft 8, S. 170. Barth, Bernd Rainer: Zuckermann, Leo (1908-1983) in: Müller-Enbergs, Helmut et al. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR?, 2001, S. 956. Der SED-Funktionär war Leiter der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks. 27.11.1950 demissioniert wegen angeblicher Fehler (1947 der jüdischen Gemeinde Berlin beigetreten), die seine Funktion nicht mehr gestatte; ab Februar 1952 Prorektor für Fernstudium der DVA; Mitglied des Verfassungsaussch. der Volkskammer; Okt. 1952 Direktor des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaften (Nachf. von Johannes Gerats); 20.12.1952 ZK der SED wegen zion. Abweichungen während der Emigration als Helfershelfer von Paul Merker beschuldigt; Dez. 1952 Flucht in die Bun-

	<p>„Ebenso wie die Länder büßten die Kreise und Gemeinden die letzten Reste ihrer Selbstverwaltungsrechte mit der Haushaltsreform von Anfang 1951 ein“.⁸⁶</p> <p>Die kommunale Selbstverwaltung war im sozialistischen Jargon „unter staatsmonopolistischen Herrschaftsbedingungen und dem Wirken des bürokratischen Zentralismus eine scheindemokratische Einrichtung, die auf einige parlamentarisch-demokratische Äußerlichkeiten und Entscheidungen reduziert ist und damit das staatsmonopolistische Herrschaftssystem nicht antastet“. Damit war die kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland gemeint. Ganz anders sah es in der Utopie des kommunistischen Zukunftsstaates aus: „Als kommunistische Selbstverwaltung die Form der gesellschaftlichen Selbstverwaltung, die im Kommunismus an die Stelle des absterbenden Staates tritt. Voraussetzung dafür ist die politisch-ideologische und tatsächliche Vorbereitung des werktätigen Volkes auf diese kommunistische Selbstverwaltung. Da der Kommunismus nur bei Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft errichtet werden kann, muß die sozialistische Demokratie weiterentwickelt und vervollkommen werden. Der Hauptweg dazu ist die volle Entfaltung der sozialistischen Staatlichkeit, die Vervollkommnung der Struktur und Arbeitsmethoden der Staatsorgane, die Festigung ihrer Verbundenheit mit dem Volk, die weitgehende Heranziehung aller Werktätigen an die unmittelbare Leitung des Staates. Auf diese Weise müssen sich Bewußtsein, Disziplin und Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder so gestalten, daß sie freiwillig und sachkundig die Leitungs- und Verwaltungsaufgaben der</p>
--	--

desrepublik Deutschland; Übersiedlung nach Mexiko; dort Rechtsanwalt; Anfang der 80er Jahre traf er mit Erich Honecker zusammen, der zu einem Staatsbesuch in Mexiko weilte; gestorben in Mexiko.

- 85 Ulbricht, Walter: Die gegenwärtigen Aufgaben unserer demokratischen Verwaltung. Aus dem Referat auf der ersten staatspolitischen Konferenz der SED in Werder an der Havel. 23. und 24. Juli 1948. In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Walter Ulbricht (Hrsg.). Aus Reden und Aufsätzen. Bd. III, 1946-1950, Berlin (Ost) 1953, S. 275.
- 86 Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischen Modell 1945-1952, Stuttgart 1995, S. 64.

<p><i>Fazit: Mit der kommunalen Selbstverwaltung knüpft die Bundesrepublik Deutschland an die Entwicklung an, die mit der Städteverordnung des Freiherrn vom Stein 1808 initiiert wurde und sich dann bis 1933 ausgebreitet hatte. Totaler Bruch mit dem nationalsozialistischen Einheitsstaat.</i></p>	<p>kommunistischen Gesellschaft durchführen“.⁸⁷</p> <p><i>Fazit: Fortführung des totalitären zentralistischen nationalsozialistischen Einheitsstaates. Im Nationalsozialismus (1933-45) wurden die Länder beseitigt und die NSDAP gebietlich und verwaltungsmäßig in Gaue gegliedert mit Gauleitern an der Spitze. In der DDR wurden gemäß dem Gesetz vom 23.7.1952 an Stelle der früheren Länder 15 Bezirke geschaffen. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus war mit der kommunalen Selbstverwaltung unvereinbar. Fortführung des zentralistischen nationalsozialistischen Einheitsstaates.</i></p>
---	--

Nach der Ermordung des Präsidenten der Treuhandanstalt Karsten Rohwedder am 1. April 1991 wurde Birgit Breuel am 15. April 1991 seine Nachfolgerin. In ihrem Buch „Treuhand intern. Tagebuch“ findet sich unter dem 4. November 1992 ein Kapitel „Auf dem Weg zur kommunalen Selbstverwaltung“:

„Der kritische Zustand in der kommunalen Infrastruktur der DDR veranlaßt zu Beginn des Jahres 1990 eine Verfassungsdiskussion. Zahlreiche Ideen und Konzepte werden entwickelt, um an die Stelle einer bevormundenden obrigkeitstaatlichen Verwaltung das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung treten zu lassen.

Mit dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassungsgesetz) vom 17. Mai 1990 wird die Autonomie der Gemeinden noch vor der Wiedervereinigung eingeführt. Ein altes Verwaltungsprinzip besagt: Der Aufgabe muß die Ausstattung folgen. Das Kommunalvermögensgesetz vom 6. Juli 1990 trägt dem Rechnung. Das Gesetz sieht vor, volkseigenes Vermögen, das kommunale Dienstleistungen unterstützt, den Gemeinden, Städten und Landkreisen kostenlos zu übertragen“.⁸⁸

5.2.3. Rechtsstaat

Rechtsstaatsmaßstäbe: „Absolutes und oberstes Entscheidungskriterium aufgrund der Rechtsstaatsidee ist der ‚Primat des Rechts‘. Die oberste Staatshandlungskategorie verpflichtet den Staat zu dauernder Selbstbindung an das von ihm

⁸⁷ Selbstverwaltung, in: Meyers Neues Lexikon. 2. Aufl., Bd. 12, Leipzig 1975, S. 435.

⁸⁸ Breuel, Birgit: Treuhand intern. Tagebuch, 2. Aufl., Frankfurt/Main, S. 378 f. Schneider, Dirk Marc: Renaissance und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), S. 457-497.

gesetzte Recht, auf die Maßstäbe Sachlichkeit und Unparteilichkeit und auf die Anerkennung des Rechts als Eigenwert in allen Lebensbereichen“.⁸⁹

„*Rechtsstaat im formellen Sinne* ist ein Staat ‚in dem Maße, in dem seine Rechtsordnung die Bahnen und Grenzen der öffentlichen Gewalt normalisiert und durch unabhängige Gerichte kontrolliert, deren Autorität respektiert wird‘ (Richard Thoma). Der Rechtsstaat im formellen Sinne läßt sich demgemäß als ‚*Gesetzesstaat*‘ umschreiben, d. h. als ein Staat, in welchem jeder Staatsakt entweder auf die Verfassung oder auf einfaches Gesetz zurückführbar sein muß (Theodor Maunz/Günter Dürig)“.⁹⁰

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
<p>Nationalsozialismus (NSDAP) steht <i>über dem Recht</i>. Rechtsstaat: „Der Nationalsozialismus ordnet alle Rechte des Einzelnen dem Recht der Volksgemeinschaft unter; er erstrebt die Freiheit des Volksganzen aus der Erkenntnis heraus, daß dadurch die wohlverstandene Freiheit der einzelnen überhaupt erst ermöglicht wird“.⁹¹ Die Bindung der Staatsführung und Verwaltung an Gesetze, die Kontrolle der Staatsmacht durch unabhängige, nur dadurch verbürgte Schutz des Einzelnen gegen den Staat die zu diesem Zweck durchgeführte Trennung der Gewalten – das sind die Kriterien des „Rechtsstaates“. „Der nationalsozialistische Staat Adolf Hitlers, das Deutsche Reich, ist also kein Rechtsstaat in diesem Sinne. Diese vertiefte, organisch, biologische Auffassung vom Staat ist es, die der Führer stets selbst als Zielbild gesehen hat“.⁹²</p> <p><u>Fazit:</u> <i>Nationalsozialistischer Unrechtsstaat.</i></p>

Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
<p>Die Rechtsstaatsidee ist durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) und die Landesverfassungen als staatsprägendes Prinzip in der Konkretisierung als sozialer Rechtsstaat durch eine breite öffentliche Meinung anerkannt und verfassungsgesetzlich gesichert.</p>	<p>Sozialismus (SED) steht über dem Recht. Rechtsstaat: „Heute wird der Begriff Rechtsstaat auch ‚sozialer Rechtsstaat‘, von der bürgerlichen Staatslehre vielmehr mit der imperialistisch-militarisierten Staatsordnung gleichgesetzt, dient damit der Verschleierung der Rechtsbeschränkung demokratischer Kräfte wie der Werktätigen überhaupt sowie der antikommunistischen Hetze und Verleumdung der sozialistischen Staaten. In Wirklichkeit sind die Rechte der Werktätigen</p>

⁸⁹ Albrecht, Alfred: Rechtsstaat, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1995, Sp. 742; Menger, Christian-Friedrich: Rechtsstaat, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 768-772. Jahrreiß, Hermann: Demokratischer Rechtsstaat und Rechtsprechung. Der Rechtswegstaat des Bonner Grundgesetzes, in: H. Wandersleb (Hrsg.), Recht, Staat, Wirtschaft, II., Stuttgart, Köln 1950.

⁹⁰ Menger, Christian-Friedrich: Rechtsstaat, in: HdWW, Bd. 9, 1988, S. 855.

⁹¹ Der Neue Brockhaus, 3. Bd., Leipzig 1937, S. 673.

⁹² Freisler, Roland: Rechtsstaat, in: Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36. Hrsg. von Erich Volkmar. Zugleich Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. VIII. Der Umbruch 1933/1936, Leipzig 1937, S. 568, 572, 574.

<p><i>Fazit: Recht steht über dem Staat. Keine Kontinuität zum NS-Staat.</i></p>	<p>allein nach der Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung gesichert, und erst durch die Arbeiter-und-Bauern-Macht haben die Werktätigen die sozialen und materiellen Garantien und den notwendigen juristischen Schutz ihrer Interessen und Rechte und eine Vielzahl von wirksamen Handhaben und Institutionen zur Durchsetzung ihrer Rechte“.⁹³</p> <p><i>Fazit: Sozialistischer Unrechtsstaat.</i></p>
--	--

Die Wurzeln des Gegensatzes zwischen Ost und West liegen in der Auffassung vom Staat. „Uns ist er als Rechtsstaat Diener und Schützer des vor ihm bestehenden und ihm Schranken setzenden Rechtes. Für die amtliche sowjetzonale Doktrin ist der Staat vor dem Recht, und das Recht ist nur für den Staat da, als sein Produkt und Ausdruck seines Machtwillens. Die alte Basis-Überbau-Konstruktion wird allerdings immer wieder einmal hervorgeholt. Offenbar nicht nur aus konventionellen Gründen. Sie bildet vielmehr, ebenso wie die längst gegenstandslos gewordene Klassenkampftheorie, die Kulisse, hinter der sich die oligarchische Machtzusammenballung am unverfänglichsten vollziehen läßt“.⁹⁴

Die Willkür im Recht hielt bis zum Ende der DDR 1989/90 an, wie der von Peter Przybylski (Staatsanwalt, Publizist) geschilderte Fall von Vera Wollenberger⁹⁵ zeigt. „Am 17. Januar 1988, auf der alljährlichen Demonstration zu den Gedenkfeiern für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, waren eine Reihe Mitglieder von Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen mit eigenen Forderungen aufgetreten. Einige hatten Rosa Luxemburgs Ausspruch auf ihrem Transparent: ‚Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden‘, ein Satz, der von der Honecker-Gilde als lästiger Spiegel empfunden wurde. Vera Wollenberger wiederum wollte mit einem Plakat zur Demo, auf dem nichts weiter als nur ein Satz aus Art. 27 der DDR-Verfassung stand: ‚Jeder Bürger der DDR hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern‘. Frau Wollenberger wurde schon auf dem Wege zum Treffpunkt verhaftet. Sie war jahrelang – hautnah durch den eigenen IM-Ehemann Knud – im Visier der Stasi gewesen, so wie die meisten ihrer Gesinnungsfreunde auch.“

⁹³ In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 11, Leipzig 1975, S. 400; Brunner, Andreas: Rechtsstaat gegen Totalstaat, 2 Bde., Diss. Zürich 1949.

⁹⁴ Draht, Martin: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der DDR, 2. Aufl., Bonn 1954, S. 89; Weber, Werner: Gewaltenteilung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 4. Bd., 1965, S. 502 ff.

⁹⁵ Wollenberger, Vera, geb. Lengsfeld 4.5.1952. Bürgerrechtlerin. In: Müller-Enbergs, Helmut et al. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001, S. 938.

Mielkes Apparat hatte seinen großen Tag, verhaftete etwa 120 der Gegendemonstranten von der Straße weg und zettelte Strafverfahren gegen die Prominentesten unter ihnen an“.⁹⁶

5.2.4. Gewaltenteilung

Gewaltenteilung ist ein Grundsatz für die Organisation der Staatsgewalt, der Machtmißbrauch bei deren Ausübung verhindern und die Freiheit der Bürger sichern soll.⁹⁷

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
Gewaltenteilung: Vor allem die Entwicklung in Deutschland zeigte, daß die Gewaltenteilung besonders in Verbindung mit dem Parlamentarismus, der einheitlichen Staatsführung und der geschlossenen Machtentfaltung des Staates entgegensteht. Darum verwirft der Nationalsozialismus die Gewaltenteilung grundsätzlich, als mit seiner Staatsauffassung unvereinbar. Er schuf den nationalsozialistischen Führerstaat, in dem alle Macht ungeteilt und uneingeschränkt in der Hand des Führers und Reichskanzlers vereint ist. ⁹⁸
<i>Fazit: Keine Gewaltenteilung.</i>

Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
„In den rechtsstaatlichen Demokratien ist die Rechtsprechung unabhängig von den beiden anderen Gewalten. Neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafrecht; Gerichtsbarkeit, Gerichtsverfassung), gibt es Verwaltungsgerichtsbarkeit, die gegen Akte oder Unterlassungen der Verwaltung angerufen werden kann. Die Institution der gerichtlichen Normenkontrolle ist als besondere Ausprägung der Gewaltenteilung zu bewerten, da sie ermöglicht, die Mehrheitsentscheidungen des Parlaments zu kontrollieren und auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und im Falle der Verfassungswidrigkeit unangewendet zu lassen. Die Normenkontrolle kann einem besonderen Verfassungsgericht zugewiesen sein, das die Befugnis hat, verfassungswidrige Gesetze für nichtig zu erklären. [...] Bundesstaatlichkeit – eine Grundidee der Organisation der staatlichen Gewalt – bewirkt eine vertikale Teilung der staatlichen Funktionen“. ⁹⁹	„In den sozialistischen Ländern ist diese dominierende Stellung der kommunistischen oder sozialistischen Partei regelmäßig in der Verfassung garantiert (z. B. Art. 1 Abs. 1 DDR-Verf.: Art. 6 UdSSR-Verf.: Art. 3 Abs. 1 poln. Verf.). Die sozialistische Staatstheorie lehnt die klassische Gewaltenteilung ab, da der Schutz vor Machtmißbrauch gegenüber einer sich historisch im Recht befindlichen Partei nicht mehr notwendig sei“. ¹⁰⁰ Der sozialistische Staat kennt keine Gewaltenteilung, die Souveränität des werktätigen Volkes findet ihren Ausdruck in der Einheit der Staatsgewalt, die sich im System der Volksvertretungen verkörpert.

⁹⁶ Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 90.

⁹⁷ Starck, Christian: Gewaltenteilung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 2. Bd., 1995, Sp. 1023.

⁹⁸ In: Der Neue Brockhaus, 2. Bd., Leipzig 1937, S. 222.

⁹⁹ Starck, Christian: Gewaltenteilung, Sp. 1025.

<i>Fazit: Gewaltenteilung</i>

<i>Fazit: Keine Gewaltenteilung im Sozialismus</i>
--

5.2.5. Verwaltungsgerichtsbarkeit¹⁰¹

Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine insbesondere dem Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt dienende Einrichtung; sie wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt.¹⁰² Sie ist in der Bundesrepublik Deutschland „ein Teil der rechtssprechenden Gewalt (Art. 20 Abs. 3, 92, 95 Abs. 1 Grundgesetz (GG)). Durch sie wird von unabhängigen, allein Gesetz und Recht unterworfenen Richtern (Art. 20 Abs. 2, 97 GG) Rechtsschutz gegen Akte der Verwaltung gewährt und werden sonstige Rechtsstreitigkeiten auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts entschieden.

Die Existenz einer Gerichtsbarkeit, die auch Maßnahmen der Exekutive überprüft, ist Bestandteil des rechtsstaatlichen Prinzips des GG. Zusätzlich gewährt Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG ein subjektives Recht, ein Grundrecht, auf Anrufung der Gerichte im Falle der Verletzung von Rechtspositionen des Bürgers durch die öffentliche Gewalt“.¹⁰³

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
--

Die Tätigkeit der Verwaltungsgerichte wurde nach 1933 laufend eingeschränkt und kam schließlich zum Erliegen. Nationalsozialistische Definition der Verwaltungsgerichtsbarkeit : „die Gerichtsbarkeit in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten; die von Verwaltungsgerichten im Verwaltungsstreitverfahren ausgeübt wird. Nach nationalsozialistischer Auffassung hat die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht den einzelnen gegen den Staat zu schützen, sondern die allgemeine Volksordnung aufrechtzuerhalten, wenn und soweit diese infolge der Beeinträchtigung der Belange einzelner durch einen Verwaltungsakt gestört ist“. ¹⁰⁴
--

<i>Fazit: Im Nationalsozialismus keine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit.</i>
--

¹⁰⁰ In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 5, Leipzig 1973, S. 433 und Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, München 1979, S. 19, 56 f.

¹⁰¹ Stern, Klaus: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: HdWW, Bd. 8, 1988, S. 345-351.

¹⁰² Sandler, Horst: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Roman Herzog u. a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., 2. Bd., 1997, Sp. 384. Lorenz, Dieter: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 5. Bd., 1995, Sp. 744-748.

¹⁰³ Stern, Klaus: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW) Bd. 8, 1988, S. 345.

¹⁰⁴ Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas, 4. Bd., Leipzig 1938, S. 587.

Westzonen / Bundesrepublik Deutschland ¹⁰⁵	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
<p>Nach 1945 wurden in den Ländern auf landes- oder besatzungsrechtlicher Grundlage wieder Verwaltungsgerichte eingerichtet. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine insbesondere dem Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt dienende Einrichtung; sie wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt, und zwar durch die (allg.) Verwaltungsgerichte und durch die Finanz- und Sozialgerichte als besondere Verwaltungsgerichte. Als Verwaltungsgerichtsbarkeit wird üblicherweise nur die allgemeine Verwaltung bezeichnet.</p> <p><i>Fazit: Sofortige Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Westzonen / Bundesrepublik Deutschland.</i></p>	<p>„In der DDR wurde die Verwaltungsgerichtsbarkeit beseitigt“.¹⁰⁶ Sozialistische Definition der Verwaltungsgerichtsbarkeit: „Besondere Form der Entscheidung von Streitigkeiten auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts entweder durch ordentliche Gerichte (angelsächsisches System) oder durch spezielle Verwaltungsgerichte (kontinentales System). Sie besteht in den meisten bürgerlichen Staaten; in Frankreich seit 1790, in Preußen und Österreich seit 1875. Als Ausdruck der sog. Gewaltenteilung liegt ihr formal der Gedanke zugrunde, die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsakten richterlich überprüfbar zu machen. In der DDR und den meisten sozialistischen Staaten gibt es keine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Im Sinne der einheitlichen sozialistischen Staatsgewalt kann die Gesetzmäßigkeit von Verwaltungsmaßnahmen nicht nur im Beschwerdewege von der übergeordneten Stelle überprüft werden, sondern unterliegt auch der Kontrolle durch die staatlichen Machtorgane, bes. der Volksvertretungen und der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion“.¹⁰⁷</p> <p><i>Fazit: Im Sozialismus keine Verwaltungsgerichtsbarkeit.</i></p>

Das Kontrollratsgesetz Nr. 36 vom 10. Oktober 1946¹⁰⁸ hatte die Errichtung von Verwaltungsgerichten in ganz Deutschland zwingend vorgeschrieben. Nur in Thüringen war am 26. November 1945 ein Gesetz zur Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit verabschiedet worden, das am 4. Juni 1946 in Kraft trat. In den Ländern der SBZ wurden Verwaltungsgerichtsgesetze verabschiedet. Es gelang den Innenministerien der Länder der SBZ schließlich doch, „anstelle der Justizministerien die Aufsicht über die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu erhalten.

¹⁰⁵ Sendler, Horst: Verwaltungsgerichtsbarkeit, 2. Bd., 1997, Sp. 3840.

¹⁰⁶ Ebd., Sp. 3841.

¹⁰⁷ In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 14, Leipzig 1976, S. 516 und Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, S. 21.

¹⁰⁸ Amtsblatt des Kontrollrats vom 31.10.1946.

Ihre Rolle als Parteiministerien war damit gewahrt; der wichtigste Angriff auf das Prinzip der parteilichen Gewaltenballung war abgewehrt. Die Qualität der Rechtsgarantie durch diese Gerichtsbarkeit wird daran erkennbar, daß nur vier Jahre später diese Gerichte im Zuge der Verwaltungsreform von 1952 durch interne Anweisung des DDR-Innenministers einfach aufgelöst wurden¹⁰⁹. Durch Gesetz vom 23.7.1952 waren in der DDR an Stelle der früheren Länder die Bezirke geschaffen worden. „Die Diktion des sowjetischen Staats- und Verwaltungsdenkens der fünfziger Jahre, die in der DDR tradiert wurde, unterschied zwischen ‚Kontrolle‘ und ‚Kontrolle der Durchführung‘. Beide seien unerlässliche Bestandteile der sozialistischen staatlichen Verwaltung. Die ‚Kontrolle der Durchführung‘ meinte die konkrete Überprüfung staatlicher Entscheidungen, Gesetze und Verordnungen durch die Staatliche Kontrolle einerseits und weitere spezielle Kontrollinstitutionen andererseits. Die Staatliche Kontrolle war damit das einzige Organ, das einen faktisch allumfassenden Kontrollauftrag hatte“¹¹⁰.

Den Bewohnern der Sowjetzone blieb ein wirksamer Rechtsschutz gegenüber den Maßnahmen der Verwaltungsbehörden versagt.¹¹¹

Durch Einführung der Kassation¹¹² konnten in der DDR rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen aufgehoben oder abgeändert werden. Dieser Rechtsbe-

¹⁰⁹ Müller, Hans-Peter: Unterhöhnung der Gewaltenteilung: Das Schicksal der Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Manfred Wilke (Hrsg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 403.

¹¹⁰ Horstmann Thomas: Logik der Willkür. Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958, 2002, S. 4 f.: Studenikin, Sowjetisches Verwaltungsrecht, (Allgemeiner Teil. Berlin (O) 1954, Übersetzung des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaft; russisches Orig. 1950), § 2, Abs. 1 und 2, 242-246 (2). Die Spitzenfunktionäre der ZKK besuchten am 21.10.1954 eine Gastvorlesung Studenikins an der Verwaltungsschule Weimar über „Der Sowjetdeputierte – ein wahrer Diener seines Volkes“. Studenikin war zu diesem Zeitpunkt Inhaber des Lehrstuhls für Staatsrecht und internationales Recht an der Juristischen Akademie in Moskau. Mitschrift des Vortrages durch Organisations-Instrukteur-Abteilung der ZKK in: BAP, DC-1 2389. Das einzige zeitgenössische Lehrbuch des Verwaltungsrechtes der DDR von 1957 (Bönninger, Verwaltungsrecht) folgte konzeptionell und inhaltlich dem sowjetrussischen Verwaltungsrechtslehrbuch von 1950 (Studenikin, Verwaltungsrecht). Das DDR-Buch wurde in der juristischen Ausbildung offiziell wenig genutzt, denn bald nach Erscheinen wurde auf der ‚Babelsberger Konferenz‘ von 1958 die Existenz eines Rechtszweiges Verwaltungsrecht zu einer bürgerlichen Abweichung erklärt. Dennoch wurde das Buch vermutlich informell weiterbenutzt. Mollnau, Karl A.: Normdurchsetzung in der SBZ/DDR (1945-1958). Beschlußchronik der KPD/SED-Führungszentrale nebst kommentierter Auswahlbibliographie. In: Mohnhaupt, Heinz / Schönfeldt, Hans-Andreas (Hrsg.): Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944-1989). Einführung in die Rechtsentwicklung mit Quellendokumentation. Bd. 1: Sowjetische Besatzungszone in Deutschland – Deutsche Demokratische Republik (1945-1960). Frankfurt 1997, S. 291-468. Stolleis, Michael: Sozialistische Gesetzlichkeit. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in der DDR, München 2009, S. 49 ff. Die Babelsberger Konferenz 1958.

¹¹¹ Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammenestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Bonn 1955, S. 69.

helf sollte einer einheitlichen und richtigen Gesetzesanwendung dienen sowie die Rechte und Interessen der Bürger und der sozialistischen Gesellschaft schützen. Zur Stellung des Antrags waren der Direktor des Bezirksgerichts, Präsident des Obersten Gerichts bzw. die jeweiligen Staatsanwälte berechtigt. Zuständig für die Kassation sind das Bezirksgericht für die Entscheidung über rechtskräftige Entscheidungen der Kreisgerichte und das Oberste Gericht für die Entscheidung über rechtskräftige Entscheidungen der Senate des Obersten Gerichts, der Bezirks- und Kreisgerichte.¹¹³

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie wurde in der DDR ebenso wie durch die nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945) eine *totalitäre Diktatur* errichtet, wie eine vergleichende Gegenüberstellung der vorstehenden Charakteristika zeigt.

	Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)	Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)
Staatsform	Nationalsozialistischer zentralistischer Einheitsstaat	Sozialistischer Einheitsstaat	Bundesstaat
Kommunale Selbstverwaltung	Teil des totalitären zentralistischen nationalsozialistischen Einheitsstaates	Teil des totalitären zentralistischen sozialistischen Einheitsstaates	Kommunale Selbstverwaltung im Grundgesetz verankert.
Rechtsstaat	NSDAP steht über dem Recht: Unrechtsstaat	SED steht über dem Recht: Unrechtsstaat	Rechtsstaat
Gewaltenteilung	Keine Gewaltenteilung im Nationalsozialismus	Keine Gewaltenteilung im Sozialismus	Gewaltenteilung
Verwaltungsgerichtsbarkeit	Keine Verwaltungsgerichtsbarkeit im Nationalsozialismus	Keine Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialismus	Verwaltungsgerichtsbarkeit
Fazit	Nationalsozialistische totalitäre Diktatur	Sozialistische totalitäre Diktatur	Freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie

Die Synopse zeigt mit sehr großer Deutlichkeit, daß die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) ebenso wie die Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945) eine totalitäre Diktatur war. „Indem die totalitäre SED ihre Prinzipien auf Gesellschaft und Staat übertrug, war die 1949 gegründete DDR ein totalitärer SED-Staat, der weder Gewaltenteilung noch kulturellen, sozialen oder politischen Pluralismus kannte“.¹¹⁴

Der „demokratische Zentralismus“ war das grundlegende Organisationsprinzip aller kommunistischen/sozialistischen Parteien. „Es regelt in erster Linie den

¹¹² Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Redaktionskollektiv, Bley, H. et al., Berlin (-Ost) 1969, S. 371.

¹¹³ Ebd., S. 371.

¹¹⁴ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München, Wien 1998, S. 645.

innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß, bestimmt aber in allen Ländern, in denen kommunistische Parteien die Macht errungen haben, auch die Organisation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. (Art. 9,3 und 47,2 der Verfassung der DDR von 1968/1974). Das Prinzip des d. n Z. besagt vor allem, daß den Entscheidungen der Parteiführung absolute Verbindlichkeit für die jeweils untergeordneten Parteiorgane, für die Staatsgewalt, die anderen Parteien, sofern es solche gibt, die Massenorganisationen und die Wirtschaft zukommt. [...] Die Parteimitglieder werden mittels des „demokratischen Zentralismus“ durch die Parteiführung indoktriniert, mobilisiert und kontrolliert. [...] Da die Interessen der Parteiführung und der Gesellschaft als identisch gelten, kann es keinen Konflikt zwischen Partei bzw. Parteiführung und Gesellschaft geben. Jeder Widerspruch gegen die Parteiführung aus der Gesellschaft gilt per definitionem als Widerspruch gegen das Volk, als Unterhöhlung der Demokratie. Das Prinzip des D. n Z. ist in Verbindung mit der Dialektik und der behaupteten Interessenidentität somit der Schlüssel zur totalitären Herrschaft kommunistischer Parteien“.¹¹⁵

5.3. Merkmale der neu geschaffenen Staats- und Rechtsordnung in der SBZ / DDR

Carl Joachim Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski entwickelten eine „allgemeine, beschreibende Theorie“ der totalitären Diktatur.¹¹⁶ Die totalitäre Diktatur wird durch sechs Wesenszüge charakterisiert:¹¹⁷

„*Erstens*: Was die offizielle Ideologie, die offizielle Lehre angeht, so erstreckt sie sich auf alle wichtigen Gebiete des menschlichen Lebens, und jeder, der in einer solchen Gesellschaft lebt, hat ihr eine gewisse Loyalität zu bezeigen. Hierbei ist zu beachten, daß eine solche Ideologie charakteristischerweise einen Endzu-

¹¹⁵ Spieker, Manfred: Demokratischer Zentralismus, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. 1, 1995, Sp. 1201-1203.

¹¹⁶ Lietzmann, Hans-J.: Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur, Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie, in: Söllner, Alfons / Walkenhaus, Ralf / Wieland, Karin (Hrsg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997, S. 175: „Die klassische Totalitarismustheorie beschreibt ein idealtypisches Modell „totalitärer Diktatur“, dem sie (a.) eine offizielle Ideologie, deren Repräsentanz durch (b.) eine Massenpartei, beider Unterstützung durch (c.) eine terroristische Geheimpolizei, (d.) ein Nachrichten- und (e.) ein Waffenmonopol sowie (f.) ein System zentraler Wirtschaftslenkung zuschreibt. Dieser Merkmalskatalog ist idealtypisch ganz im Sinne Max Webers; er ist es trotz Friedrichs vehementer Kritik an Max Weber. Das, was Friedrich mit seiner Theorie beabsichtigt, nämlich eine „generalisierende Beschreibung“, die sich über gegenläufige realistische Details hinwegsetzt, entspricht der Grundform des von Max Weber geprägten idealtypischen Modells, von dem her die Realität letztlich „wertend beurteilt“ wird. So geht auch Friedrich vor“; Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

¹¹⁷ Friedrich, Carl Joachim / Brzezinski, Zbigniew K.: Totalitäre Diktatur, Stuttgart, 1957, S. 7.

stand der Menschheit, ein Paradies auf Erden, proklamiert,¹¹⁸ der eine radikale Verwerfung der bestehenden Gesellschaft mitbeinhaltet.

Zweitens: Die für die totalitäre Diktatur typische Massenpartei, die im alleinigen Besitz der formellen Herrschaft ist, wird in der Regel von einem Mann, dem Diktator, geführt. Sie besteht aus einem verhältnismäßig kleinen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung (bis zu 10 %). Zum mindesten eine aktive Minderheit dieser Parteimitglieder ist leidenschaftlich und kompromißlos der Ideologie ergeben und deshalb bereit, in jeder Weise ihre Ausbreitung zu fördern. Eine solche totalitäre Partei ist hierarchisch und oligarchisch aufgebaut. Sie ist typischerweise entweder der staatlichen Bürokratie übergeordnet oder vollkommen mit ihr verflochten.

Drittens: Die terroristische Geheimpolizei unterstützt einerseits die Partei, aber andererseits überwacht sie sie auch für ihre Führer. Charakteristischerweise bekämpft sie nicht nur die nachweisbaren Feinde des Regimes, sondern auch eigenmächtig ausgewählte Gruppen der Bevölkerung, die sogenannten „potentiellen Feinde“. Es ist hierbei wichtig, daß der Terror der totalitären Geheimpolizei systematisch die wissenschaftlichen Ergebnisse der modernen Psychologie verwertet.

Viertens: Das nahezu vollkommene Monopol aller Nachrichtenmittel in der Hand der Partei und ihrer Kader ist technisch bedingt durch die moderne Entwicklung von Presse, Radio, Film usw. Es stellt eine noch nie dagewesene Vergewaltigung des Menschen dar, in deren Verlauf eine Entwurzelung des Einzelnen und seine Verschmelzung mit der Masse befördert wird.

Fünftens: Ebenso ist das fast vollkommene Waffenmonopol technisch bedingt, was das Verschwinden jeder Möglichkeit bewaffneten Widerstandes bedeutet.

Sechstens: Die zentrale Lenkung und Beherrschung der gesamten Wirtschaft wird verwirklicht durch eine bürokratische Gleichschaltung aller vorher unabhängigen Wirtschaftskörper, Vereinigungen usw., die dann typischerweise auch auf alle sonstigen Vereinigungen und Gruppen übergreift.

Die Betonung dieser *sechs Wesenszüge* soll nicht bedeuten, daß es nicht auch noch andere geben mag, die gegenwärtig nicht hinreichend erkannt sind. Aber diese Eigenschaften sind heute *ganz allgemein als Wesenszüge der totalitären Diktatur anerkannt*, und zwar nicht nur von Schriftstellern des Westens, sondern ebenso sehr von den Totalitären selber¹¹⁹

Nach Schroeder sind diese sechs Grundmerkmale „konstitutiv miteinander verflochten und erlauben in dieser Kombination die Charakterisierung von Systemen als totalitär“.¹²⁰

Mit den sechs Wesenszügen werden die nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945) und das kommunistisch-sozialistische Regime (1945-1990) in der

¹¹⁸ Artikel „Kommunismus“, in: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 7, 1973, S. 658 f.

¹¹⁹ Friedrich / Brzezinski: Totalitäre Diktatur, S. 19 f.

¹²⁰ Schroeder, Klaus: Die DDR: eine (spät-)totalitäre Gesellschaft, in: Manfred Wilke (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 548.

SBZ / DDR charakterisiert: „Der von der stalinistischen Sowjetunion mit Hilfe deutscher Kommunisten implantierte Sozialismus hatte anfangs zweifellos eine totalitäre Gestalt. Spätestens ab Anfang der fünfziger Jahre erfüllte die SBZ/DDR alle von der klassischen Totalitarismustheorie aufgestellten Kriterien: eine allgemeinverbindliche Ideologie mit chiliastischem Anspruch; eine hierarchisch und oligarchisch organisierte Monopolpartei als ausschließlicher Träger der Macht; ein von der Partei und ihrer Geheimpolizei organisiertes und kontrolliertes physisches und psychisches Terrorsystem; ein nahezu vollkommenes Monopol der Massenkommunikationsmittel; ein Waffen- bzw. Gewaltenmonopol sowie eine zentrale Kontrolle und Lenkung der gesamten Wirtschaft“.¹²¹

Ein Vergleich der Diktatur der SED mit der NS-Diktatur bedeutet aber nicht eine Gleichsetzung.¹²² Wo liegen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und SED-Regime?

1. „Die SED hat keinen Weltkrieg ausgelöst [...] und auch trotz aller menschenfeindlichen Brutalität ihrer Repressionsmethoden keinen Massenmord, wie etwa den staatlich organisierten millionenfachen Judengenozid des NS-Regimes“,¹²³ verübt.

2. „Der Nationalsozialismus entstand zwar alles andere als unabhängig von der internationalen Konstellation des Ersten Weltkrieges, der Niederlage, des Versailler Vertrages, der Reparationen, der Weltwirtschaftskrise seit 1929, war aber doch im Kern ein ‚hausgemachtes‘ Produkt der deutschen Gesellschaft. [...] Die DDR dagegen ging nicht aus genuin deutschen Antriebskräften hervor, sondern blieb von Anfang bis zum Ende ein Geschöpf der Sowjetpolitik – ein Satellit der russischen Hegemonialmacht“.¹²⁴

3. Während im Nationalsozialismus der Rassenkampf eine zentrale Rolle spielte, stand für die SED – wie für alle marxistisch-leninistischen Regime – der Klassenkampf im Zentrum ihrer politischen Strategie.

4. „Die sozialökonomische Struktur beider Systeme blieb erheblich unterschieden. Die NS-Diktatur respektierte weiterhin das Privateigentum in der Wirtschaft, auch ihre Investitions- und Gewinnentscheidungen, steigerte das Leistungsprinzip im Sinne ihrer arischen ‚egalitären Leistungs-Volksgemeinschaft‘“.¹²⁵ Die DDR dagegen zerstörte das private Eigentum an Produktionsmit-

¹²¹ Ebd., S. 557.

¹²² Kosiek, Rolf: Historikerstreit und Geschichtsrevision, Tübingen 1987. Jesse, Eckhard: Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 9-39. Vollhals, Clemens: Der Totalitarismusbegriff im Wandel in Politik und Zeitgeschichte 39/2006, S. 21-27. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990, Bonn 2009, insbes. S. 414-419.

¹²³ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990, S. 415 f.

¹²⁴ Ebd., S. 416.

¹²⁵ Ebd.

teln und den Mittelstand und baute eine politisch güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft auf. Die Nomenklatura in der DDR verfügte neben der politischen auch über die wirtschaftliche Macht.

Auf der anderen Seite zeigen sich strukturelle Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten.

1. „Die SED errichtete, wie auch die NSDAP, ein Einparteiensystem, in dem die Blockparteien als machtloses Feigenblatt fungierten“.¹²⁶ Beide Systeme verachteten und blockierten den Parlamentarismus. Die Volkskammer der DDR trat jährlich nur wenige Male zusammen, verabschiedete vor allem die Gesetze über den Volkswirtschaftsplan mit einstimmigen Voten per Akklamation und diente ansonsten hauptsächlich als Zustimmungskulisse für außenpolitische Erklärungen der SED-Führer.

2. „Eine institutionelle Begrenzung der Staatsmacht (Gewaltenteilung) sah die Realverfassung der DDR nicht vor“.¹²⁷ Die DDR blieb von Anfang bis Ende ein Unrechtsstaat, auch darin stand sie mit der „Führerdiktatur“ auf einer Stufe. In beiden Diktaturen wurde die Justiz politisch gesteuert und die Grund- und Menschenrechte kontinuierlich verletzt.¹²⁸

3. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte mit der Gestapo eine vergleichbare Funktion eines Repressions- und Terrorinstruments.

4. Wie die NS-Diktatur wirkte auch das SED-Regime auf eine Militarisierung der Gesellschaft hin.¹²⁹ Äußere Kennzeichen dafür waren Orden, Aufmärsche vor der politischen Führung, Militärparaden mit Stechschritt, vormilitärische Wehertüchtigung etc.

5. Letztlich ging es in beiden totalitären Systemen um die Herausbildung eines neuen Menschentyps – der arischen Rasse oder der „sozialistischen Persönlichkeit in einer klassenlosen Gesellschaft“. Terror und Umerziehung waren Instrumente gesellschaftlicher Strukturbrüche. Der Zweck heiligte in beiden Systemen die Mittel.

Nach allem ist ein Vergleich möglich, aber eine „schlichte Gleichsetzung der beiden deutschen Diktaturen nicht zulässig, da einige Unterschiede zu auffällig sind“.¹³⁰ Für ein Urteil bleibt aber unbestreitbar, daß der SED-Staat zum Regime-typus der totalitären Diktaturen gehört.¹³¹

126 Ebd., S. 417.

127 Ebd.

128 Ebd., S. 417.

129 Ebd., S. 417 f.

130 Ebd., S. 419.

131 Ebd., S. 419.

Unrecht als System in der DDR ¹³²

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gab in Verbindung mit dem Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen für die Jahre 1952 bis 1961 eine vierteilige Dokumenten-Sammlung „Unrecht als System“¹³³ heraus, in dem nur *Tatsachenmaterial* vorgelegt wurde. Die Dokumente zeigen, wie die SED mit dem Recht umging. „Neue unerhörte Verstöße gegen die fundamentalen Rechtsprinzipien sind in der DDR inzwischen begangen worden. Sie verpflichten uns, wiederum an die Weltöffentlichkeit zu appellieren. Wir haben nicht die Absicht, eine politische Idee oder eine Wirtschaftskonzeption anzugreifen. Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet sind Aufgaben der Politiker. Die Mißachtung der Menschenrechte in Mitteldeutschland aber können wir nicht schweigend hinnehmen, denn die Rechtsnot hält unverändert an.

Mochten in Kenntnis der ersten Dokumenten-Sammlung manche noch glauben, es handele sich um eine Übergangerscheinung, wie sie bei Umwälzungen in Staat und Gesellschaft in den ersten Phasen der Entwicklung regelmäßig auftreten, so zeigen die neuen Fälle, daß auch in den letzten zwei Jahren die Herrscher der Zone auf dem Wege des Unrechts immer weiter fortschreiten.

Daher muß von einem ‚Unrecht als System‘ gesprochen werden. Die politischen Ziele werden erstrebt ohne Rücksicht auf die Grenzen, die in einem Rechtsstaat das Recht auch dem Herrschenden setzt. In der Zone herrscht nicht etwa ein anderes Rechtssystem; es fehlt vielmehr am Rechtsstaat, weil das Regime die Grundrechte der Menschen mißachtet und sich damit außerhalb dessen stellt, was im Völkerrecht als Grundprinzip einer Rechtsordnung anerkannt wird.

Die Machthaber der Zone mißachteten die einfachsten menschlichen Rechtsgüter der persönlichen Freiheit, der Gewissensfreiheit, der Glaubensfreiheit und des Eigentums. Gesetztes Unrecht tritt an die Stelle des Rechts, auch wenn es äußerlich zum Teil noch Formen zeigt, die rechtsstaatlich wirken sollen. Selbst die eigene Verfassung wird planmäßig verletzt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung steht nur auf dem Papier. Erschreckend ist der Einbruch des Unrechts-Systems in die Justiz. Die Unabhängigkeit der Richter ist praktisch beseitigt. Allein beim Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen sind bei einem Planbestand von 1050 Richtern und 250 Staatsanwälten 946 Juristen registriert, die auf Grund politischer Gefährdung in der Sowjetzone als Flüchtlinge verlassen mußten. Es gibt kein Gericht in der Sowjetzone, das seit 1945 die gleiche Richterbesetzung aufweist, dagegen aber zahlreiche, in denen heute schon die fünfte oder sechste Garnitur tätig ist. Die Anwälte werden unter Druck gesetzt, um ihre Mandanten nicht ordnungsgemäß zu vertreten. Im Jahre 1946 gab es nach Ausschaltung aller nationalsozia-

¹³² Grundsätzlich Stolleis, Michael: Sozialistische Gesetzlichkeit. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in der DDR, München 2009, S. 39 ff. Der Unrechtsstaat DDR.

¹³³ Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Bonn. Teil I: 1952, Teil II: 1952-1954 (1955), Teil III: 1954-1958 (1958), Teil IV: 1958-1961 (1962).

listisch belasteten Juristen noch 1200 Anwälte in der Zone. Heute sind für 18 Millionen Einwohner nur noch 500 freie Anwälte tätig – im Vergleich zu 13.500 für 48 Millionen Einwohner der Bundesrepublik.

Politische Zweckmäßigkeit und nicht Recht beherrscht das öffentliche Leben. In den letzten 2 Jahren hat das Regime vielerlei Anstrengungen unternommen, um die Bevölkerung ‚umzustimmen‘. Die Proklamation des sogenannten Neuen Kurses sollte dazu dienen, durch Steigerung der Verbrauchsgüterproduktion und durch andere wirtschaftliche Zugeständnisse an die Bevölkerung ihr Vertrauen zu gewinnen. Für die Beseitigung des Grundübels, die Rechtlosigkeit, wurden keine Anstalten gemacht. Sie aber ist gerade die tiefe Ursache der Abneigung und des Widerstandes der Bevölkerung gegen das herrschende Regime“.¹³⁴

Die Sicht des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen zu Beginn der 1950er Jahre wurde nach Öffnung der Archive im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 eindrucksvoll bestätigt. Hans-Andreas Schönfeldt hebt die politische Instrumentalisierung des Rechts durch die SED hervor: „Im Spannungsfeld zwischen dem jeweils geltenden Recht und dem ‚revolutionären‘ Gestaltungsanspruch der SED bot zunächst die Rezeption der dynamisch-instrumentalen Rechtslehre sowjetischer Prägung, wie sie durch A. J. Wyschinski entwickelt und in der DDR vor allem durch Karl Polak verbreitet worden war, den theoretischen Schlüssel für die schrittweise Ausgestaltung einer Rechtsordnung, deren Strukturen grundsätzlich das Primat der politischen Entscheidung gegenüber dem juristischen Geltungsanspruch und die rechtliche Nichtbindung der politischen Entscheidungsträger in den jeweils obersten Etagen der ‚demokratisch-zentralistischen‘ Machtpyramiden.“

Die Organisation der Gerichte unterlag starken strukturellen Veränderungen. Der ordentlichen Gerichtsbarkeit wurde in mehreren Schritten die Zuständigkeit für ganze Rechtszweige, einzelne Rechtsinstitute oder Adressatenkreise entzogen. Rechtsanwendung wurde auf ‚quasijustitielle‘ Einrichtungen im Bestand der ‚vollziehend-verfügenden‘ Staatsorgane oder auch auf Entscheidungsgremien im Verantwortungsbereich der SED bzw. der von ihr gelenkten kommunistischen Massenorganisationen übertragen. Eine Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit widersprach der Doktrin von der Gewalteneinheit. [...] Die Konstanten der Rechtsprechung des Obersten Gerichts sind sowohl extra- als auch intrakonstitutionell, die Interpretationsmethoden ihrem Wesen nach politisch und unjuristisch, bzw. nur insofern juristisch, als sich juristische Konstruktionen aus dem Blickwinkel des Gerichts zur Legitimierung jener rechtspolitischen Zielstellung eigneten, die zu einer Kassationsentscheidung führten“.¹³⁵

¹³⁴ Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System, Teil II 1952-1954, S. 5 f.

¹³⁵ Schönfeldt, Hans-Andreas: Grundzüge der Entwicklung von Gesetzgebung und Rechtsprechung im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation der SBZ/DDR von 1945 bis 1960, in: Mohnhaupt, Heinz / Schönfeldt, Hans-Andreas (Hrsg.): Sowjetische Besatzungszone, S. 182. Zur Lenkung der Justiz durch das Politbüro der SED Schroeder, Klaus: Der SED-Staat,

Die Sowjetisierung *des Strafrechts* auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und des Strafvollzugs war vollständig durchgeführt mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR“ am 1. Juni 1952. Richter und Staatsanwälte waren Funktionäre der SED.

„Obwohl nach der Verfassung der Sowjetzone alle Bürger das Recht haben, ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln, waren über 26.000 Männer, Frauen und Jugendliche deshalb unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, weil sie von diesem Recht Gebrauch machen, weil sie wegen ihrer abweichenden politischen Einstellung zu ‚Saboteuren‘, ‚Agenten‘ und ‚Volksfeinden‘ erklärt wurden.

Obgleich nach Artikel 20 der Verfassung die Privatwirtschaft in der Entfaltung ihrer privaten Initiative unterstützt werden soll, wurden viele Tausende Bürger der Sowjetzone wegen angeblichen Wirtschaftsverbrechens zu meist hohen Strafen und Vermögenseinziehung verurteilt, um auf diese Weise eine entschädigungslose Enteignung von Privatbetrieben zu erreichen“.¹³⁶

„Artikel 23 der Verfassung der DDR bestimmte z. B., daß Enteignungen nur auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden dürfen. Wie es mit Einhaltung dieser Verfassungsbestimmung in Wirklichkeit aussieht, zeigt ein Beispiel aus dem Berliner Ostsektor. Hier wurden im September/Oktober 1950 in einer geschlossenen Aktion durch das ostsektorale Amt für Wirtschaft gleichzeitig 900 Firmen, Läden, Gewerbebetriebe usw. beschlagnahmt. Die *Beschlagnahmeverfügung* bestand aus hektographierten, gleichlautenden Zetteln, die meist nur mit einem Amtsstempel versehen waren und keine Unterschrift (!) trugen. Anfang des Jahres 1951 wurde diese Beschlagnahmeaktion bis auf 2.000 Fälle gesteigert. Die Betroffenen wurden aus ihren Betrieben zum Teil zwangsweise herausgesetzt, bekamen keinerlei Nachricht, geschweige denn eine Abrechnung oder Geld. Sie sind auf dem Verwaltungswege enteignet und mittellos gemacht worden. Eine Klage gegen den Magistrat von Ostberlin war undurchführbar, denn in Ostberlin gab es niemals ein Verwaltungsgericht. Die in der Sowjetzone bis zur Verwaltungsreform im Jahre 1952 noch vorhandenen – wenn auch nicht tätigen – Verwaltungsgerichte sind mit Durchführung der Verwaltungsreform stillschweigend aufgelöst worden, so daß es jetzt eine Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR überhaupt nicht mehr gibt“.¹³⁷

In der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 hieß es in Art. 24: „Äußerlich wies sie manche wörtlichen Anklänge an die Weimarer Reichsverfassung von

S. 108. Rottleuthner, H. (Hrsg.): Steuerung der Justiz in der DDR. Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, Köln 1994.

¹³⁶ Unrecht als System, Bonn 1952, S. VII. Im Strafrecht kam es zu folgenden Tatbeständen: (1) Freie Meinungsäußerung – „gefährdet den Frieden. (2) Unterdrückung der Gedankens- und Religionsfreiheit. (3) Willkürliche Festnahmen und Verhaftungen. (4) Folter, unmenschliche, demütigende Bestrafung. (6) Aburteilung ohne Verteidigung und Schuldnachweis. (7) Beseitigung der Unabhängigkeit der Gerichte.

¹³⁷ Rosenthal, Walther / Lange, Richard, Blomeyer, Arwed: Die Justiz in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1954, S. 39 f.

1919 auf, schien also auf den ersten Blick einem bürgerlich-republikanischen Leitbild verpflichtet. Im Rückblick ist allerdings nicht zu übersehen, daß die Verfassung zugleich ein Einfallstor für kommunistische Staats- und Wirtschaftsauffassungen darstellte. Als Beispiel sei Art. 24 zitiert:

- (1) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen.
- (2) Der Missbrauch des Eigentums durch Begründung wirtschaftlicher Machtstellung zum Schaden des Gemeinwohls hat die entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge.
- (3) Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind enteignet und gehen in Volkseigentum über. Das gleiche gilt für private Unternehmungen, die sich in den Dienst einer Kriegspolitik stellen.
- (4) Alle privaten Monopolorganisationen, wie Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts und ähnliche auf Gewinnsteigerung durch Produktions-, Preis- und Absatzregelung gerichtete private Organisationen sind aufgehoben und verboten.
- (5) Der private Großgrundbesitz, der mehr als 100 ha umfaßt, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt.
- (6) Nach Durchführung dieser Bodenreform wird den Bauern das Privateigentum an ihrem Boden gewährleistet“.¹³⁸

Die Art der inhaltlichen Bestimmung des Gemeinwohls ergibt sich aus dem Charakter des jeweiligen politischen Systems. In einem demokratischen Staatswesen ist das „Gemeinwohl – nach E. Fraenkels bereits klassisch gewordener Formulierung – erst die ‚Resultante‘, die ‚sich jeweils aus dem Parallelogramm der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Kräfte einer Nation dann ergibt, wenn ein Ausgleich angestrebt und erreicht wird, der objektiv den Mindestanforderungen einer gerechten Sozialordnung entspricht und subjektiv von keiner maßgeblichen Gruppe als Vergewaltigung empfunden wird‘. Es ist demnach das jeweilige, nie fest zu umreißende, dem ständigen Wandel ausgelieferte Ergebnis des dynamischen demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses selbst, an dem die Bürger, Gruppen, gesellschaftlichen Organisationen, politischen Parteien und staatlichen Organe in verschiedenen Rollen teilhaben. Insofern ist seine konkrete inhaltliche Bestimmung aposteriorischen Charakters“.¹³⁹

Im totalitären nationalsozialistischen Staat (1933-1945) und im totalitären realsozialistischen Staat der DDR (1949-1990) wurde die Gemeinwohlidee missbraucht. Der nationalsozialistische Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ (Punkt 24 des Programms der NSDAP) ordnet die Interessen des Einzelnen der

¹³⁸ Kroeschell, Karl: Rechtsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1992, S. 152.

¹³⁹ Schwan, Alexander: Gemeinwohl aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon. Bd. 2. Freiburg / Basel / Wien ⁷1995, Sp. 859. Stolleis, Michael: Gemeinwohl. In: Evangelisches Staatslexikon. Bd. I. Stuttgart ³1987, Sp. 1062.

Volksgemeinschaft unter. „Für die Nazis bedeutete der Vorrang des Gemeinwohls eben die unbedingte Unterwerfung des Individuums unter die Forderungen des Staates. Und in diesem Sinn war der Nationalsozialismus zweifellos ein sozialistisches System. Nach nationalsozialistischer Anschauung standen das Parteiprogramm der NSDAP und der Führerwille über dem Recht“.¹⁴⁰

„Gemeinwohl im realsozialistischen Staat der DDR: Im Gegensatz zur individualistischen Auffassung (Adam Smith) geht die idealistische Auffassung vom Gemeinwohl von a priori gültigen Normen für das wirtschaftspolitische Handeln aus. ‚In einer *geschlossenen Gesellschaft* mit einheitlicher weltanschaulicher Grundlage und autokratischer Spitze ist das Gemeinwohl ein vorgegebener, von den aktuellen, empirisch feststellbaren Wünschen und Bedürfnissen der Menschen unabhängiger Wert‘. Die Realisierung der jeweiligen Gemeinwohlkonzepte führte im Nationalsozialismus und im realen Sozialismus der DDR zur Diktatur.

Der Begriff *Gemeinwohl* wurde aus sozialistischer DDR-Sicht in der *vor- und nichtmarxistischen Sozialphilosophie* gebraucht. Nur in einer klassenlosen Gesellschaft ist ein *echtes Gemeinwohl möglich*. Die Bundesrepublik wurde von DDR-Ideologen als Klassengesellschaft angesehen: ‚In einer antagonistischen Klassengesellschaft kann es Gemeinwohl in diesem Sinne nicht geben, da z. B. die Stärkung des von der herrschenden Klasse gesteuerten Gemeinwesens nicht den Unterdrückten zugute kommt. Der Terminus Gemeinwohl trägt zur Verschleierung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft bei‘.

Bei der willkürlichen Festsetzung aller Ziele des Gemeinwohls und der individuellen Bedürfnisse besaß die nicht abwählbare Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein Monopol.

Das Gemeinwohl kann nur in einer rechtsstaatlichen Demokratie im politischen Kommunikationsprozeß realisiert werden. Wie breit das Spektrum des Gemeinwohls ist, zeigt der vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) herausgegebene *Sammelband*“.¹⁴¹

In Art. 24 der DDR-Verfassung von 1949 wurden die Konfiskationen der privaten Unternehmungen und der bäuerlichen Betriebe über 100 ha festgeschrieben. „Die normative Kraft dieser Verfassung war von Anfang an äußerst gering. Nicht nur Gesetze, sondern auch einzelne Anordnungen setzten sich immer wieder über den klaren Wortlaut der Verfassung hinweg. Das bekannteste Beispiel einer sol-

¹⁴⁰ Stolper, Gustav: *Deutsche Wirtschaft 1870-1940*, Stuttgart 1950, S. 146.

¹⁴¹ Schneider, Jürgen: *Aspekte der ethischen Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Blessing, Werner K. / Kestler, Stefan / Wirz, Ulrich (Hrsg.): *Region – Nation – Vision. Festschrift für Karl Möckl zum 65. Geburtstag*, Bamberg 2005, S. 349. Gemeinwohl. In: *Ökonomisches Lexikon. A – K*. Berlin (Ost) 1967, S. 753. *Kleines Politisches Wörterbuch*. Berlin (Ost) 1967, S. 221. Solga, Heike: *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*. Berlin 1995. Klaus, Georg / Buhr, Manfred (Hrsg.): *Philosophisches Wörterbuch. Bd. 1*. Berlin (-Ost)¹²1974, S. 451. Mollmann, Karl A.: *Der Mythos vom Gemeinwohl. Zur Kritik der politisch-klerikalen Sozial- und Staatsideologie*. Berlin (Ost) 1962, S. 58, 69. Schuppert, Gunmar / Folke / Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Gemeinwohl – auf der Suche nach Substanz*. Berlin 2002.

chen Verfassungsdurchbrechung bildet die Beseitigung der Länder im Jahre 1952“.¹⁴²

Auf der Basis einer breiten Quellenlage analysierte Falco Werkentin die politischen Strafurteile in der DDR. Er resümiert: „Ungeachtet offener theoretischer Fragen läßt sich bewerten, von welcher Qualität *Recht* im realen Sozialismus war. Vom ersten bis zum letzten Tage blieb die Verfügung der SED-Spitze über die Gesetzgebung, über das konkrete Strafverfahren, über die Rechtsauslegung und schließlich über Entscheidungskorrekturen im Rahmen und außerhalb des Gnadenrechts gewahrt. Im Lauf der Jahre wurde zwar die Entscheidungsüberlastung des Politbüros abgebaut, wurden mehr und mehr Einzelentscheidungen an das MfS delegiert. Am strukturellen Grundverhältnis änderte sich nichts. Die SED und ihre Führung standen, wie es Roggemann ausdrückte, außerhalb des Regelungsanspruchs der Staatsverfassung, *die erst zusammen mit der Parteiverfassung in Gestalt des SED-Status [...] die materielle Gesamtverfassung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus bildet*.¹⁴³ Der Verfassungsbruch war kein gelegentliches Einzelereignis, das – wie im bürgerlichen Verfassungsstaat – öffentlicher Kritik und nachträglicher Korrektur unterlag. Vielmehr war der Verfassungsverrat das politische Grundprinzip dieses Herrschaftssystems. Nicht im Sinne einer analytischen Qualifizierung, wohl aber im Sinne einer politischen Bewertung, die ihre eigene Bedeutung hat, läßt sich begründet von der DDR als *Unrechtsstaat* reden“.¹⁴⁴

Die von der sowjetischen Rechtswissenschaft (Stalin, Wyschinski) auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gewonnenen Erkenntnisse über das Wesen des Rechts wurden von Hermann Klenner in der DDR propagiert.¹⁴⁵ Die Prinzipien der SED waren die „Grundlage für die Rechtsentwicklung, [...] Aus der Erkenntnis des Klassencharakters des Rechts ergab sich die Parteilichkeit des Rechts und des Richters“.¹⁴⁶ Lenin hatte es so formuliert: „Das Gericht ist ein Organ der Macht. Das vergessen die Liberalen mitunter. Für einen Marxisten aber ist es eine Sünde, das zu vergessen“.¹⁴⁷

In der DDR entstand für das Gebiet der Justiz „ein System der Lenkung und Steuerung, das in der Geschichte seinesgleichen sucht. Die Parteibeschlüsse wa-

¹⁴² Kroeschell, Karl, a. a. O., S. 153.

¹⁴³ Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 404.

¹⁴⁴ Roggemann, Herwig: Die DDR-Verfassungen, Berlin 1989, S. 194.

¹⁴⁵ Klenner, Hermann: Der Marxismus-Leninismus. Über das Wesen des Rechts, Berlin(-Ost), 1955, S. 9. Ders.: Formen und Bedeutung der Gesetzlichkeit, Berlin (-Ost) 1953. Ders.: Gesetz und Richter, Staat und Recht, Berlin (-Ost), S. 800-809.

¹⁴⁶ Klenner, Hermann: Marxismus-Leninismus, S. 29, 39, 43.

¹⁴⁷ Stalin: Werke, Band 3, Berlin 1951, S. 157 f. Lenin-Stalin: Das Jahr 1917, Berlin 1949, S. 238. Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, Berlin 1951, Kapitel VII, 4. Abschnitt, S. 247 f.

ren geltendes Recht und mußten nur noch umgesetzt werden. Diese Aufgabe hatte Hilde Benjamin (1902-1989) übernommen“.¹⁴⁸

Anton Plenikowski (1899-1971), der von 1946-54 Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung des ZK der SED war, beschrieb 1952 das Verhältnis von SED, Staat und Justiz in einem Referat so: „Die Organe der Justiz sind Teile des Staatsapparates, und deshalb gelten alle die Anweisungen, Maßnahmen, Beschlüsse der Partei, die sich auf den Staatsapparat beziehen, unmittelbar auch für die Genossen im Justizapparat“.¹⁴⁹

Die Gründung der DDR 1949 war das „Ergebnis kommunistischer Gewaltakte in Deutschland“.¹⁵⁰ Der KPD/SED war jedes Mittel recht, um die Macht zu erobern und nach der Eroberung darf man sie unter keinen Umständen wieder abgeben. Die Machtergreifung geschah mit Hilfe der Sowjettruppen und die Existenz der DDR beruhte auf der Anwesenheit sowjetischer Truppen.

„Die formelle Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland erfolgte auf dem Wege einer manipulierten Einheitswahl zu einem sogenannten Deutschen Volkskongreß, bei der die Wähler vor die Suggestivfrage gestellt wurden, ob sie für die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag seien. Damit verbunden war eine Einheitsliste eines sogenannten ‚Blocks der antifaschistischen und demokratischen Parteien und Massenorganisationen‘. Die Wähler konnten nur mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ stimmen. Trotzdem gaben über 6 Prozent der Wähler ungültige Stimmen ab, 4 Millionen stimmten überhaupt mit ‚Nein‘. Der erste Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, erklärte damals, der einzige Zweck der Gründung der DDR sei die deutsche Wiedervereinigung. Die Verfassung wurde ebenso wie die aus dem Volkskongreß umgebildete Volkskammer für provisorisch erklärt und sollte 1950 in Wahlen bestätigt werden. Doch seit 1950 lehnt die Führung der SED eben gerade Wahlen, bei denen sich die Bevölkerung wenigstens zwischen Kandidaten der SED und den Kandidaten der DDR-Blockparteien entscheiden könnte, ab und präsentierte statt dessen eine sogenannte Einheitsliste, die im Politbüro der SED beschlossen wird“.¹⁵¹

148 Wagner, Heike: Hilde Benjamin und die Stalinisierung der DDR-Justiz, Diss. Berlin 1999, S. 265.

149 Plenikowski, Anton: Die Aufgaben der Parteiorganisationen in der Justiz, (Ost-) Berlin 1952, S. 21. „Für das Verständnis des Verhältnisses zwischen SED, besonders ihres Parteiapparates, und der Justiz in den 50er Jahren kommt dem Referat eine Schlüsselfunktion zu“, in: Heinz Mohnhaupt, Heinz / Schönfeldt, Hans-Andreas (Hrsg.): Sowjetische Besatzungszone in Deutschland – Deutsche Demokratische Republik (1945-1960), Frankfurt am Main 1997, S. 393.

150 Seiffert, Wolfgang: Die DDR – Herrschaftsinstrument der SED und Produkt sowjetischer Deutschlandpolitik, in: von Berg, Hermann / Loeser, Franz / Seiffert, Wolfgang: Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000, Köln 1987, S. 29 f.

151 Ebd., S. 30.

Der unumstritten führende Mann der SPD nach Kriegsende im Mai 1945 war Kurt Schumacher,¹⁵² der vom ersten Parteitag der SPD (Mai 1946) bis zu seinem Tod im August 1952 Parteivorsitzender war. Im März 1930 gab Schumacher auf einer Gaukonferenz des Reichsbanners Württemberg in seiner offenen Auseinandersetzung mit den Kommunisten folgende Bewertung ab: *„Der Weg der leider ziemlich zahlreichen proletarischen Hakenkreuzler geht über die Kommunisten, die in Wirklichkeit nur rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten sind. Beiden ist gemeinsam der Hass gegen die Demokratie und die Vorliebe für Gewalt“*.

Nach 1945 verwendete Kurt Schumacher diesen Begriff immer wieder in der offensiven Auseinandersetzung mit der kommunistischen Politik, vor allem in der SBZ und DDR. Helmut Bärwald, Leiter des Ost-Büros der SPD in den 60er und 70er Jahren, bestätigt als Zeitzeuge, daß Schumacher diese Bezeichnung sehr oft in Gesprächen, bei Besprechungen in Parteigremien und bei anderen Gelegenheiten zur prägnanten Charakterisierung der Kommunisten (nicht nur der deutschen Kommunisten), ihrer Politik und ihrer Zwangsherrschaft benutzte. In zahlreichen Reden, Referaten und Diskussionsbeiträgen setzte sich Schumacher – so sein Biograf Peter Merseburger – zumeist sehr detailliert mit den Kommunisten und ihrer Politik auseinander und hob insbesondere die geistige, politisch-ideologische Verwandtschaft von Nationalsozialisten und Kommunisten bzw. von nazistischer

¹⁵² Kurt Schumacher (1895-1952) hatte sich im Januar 1918 der SPD angeschlossen. Nach kurzer Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium war er 1920-30 politischer Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Als Abgeordneter des Reichstages (seit 1930) rechnete er in einer Reichstagsrede im Februar 1932 mit den Nationalsozialisten ab. Nach dem Machtantritt Adolf Hitlers beteiligte sich Schumacher sofort am Widerstand gegen das NS-Regime, er wurde verhaftet und in Gefängnissen und Konzentrationslagern in Haft gehalten. Auf einer von Schumacher einberufenen Parteikonferenz der wiedererstehenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Westzonen im Oktober 1945 in Wennigsen wurde er als Sprecher bestätigt und der Führungsanspruch des Berliner „Zentralausschusses der SPD“ unter Otto Grotewohl abgewiesen. Schumacher verstand sich als der berufene Sprecher und Repräsentant des „anderen Deutschland“, das sich dem NS-Regime nicht gebeugt hatte und darum von den Siegermächten Gleichberechtigung einfordern könne. Mit seiner erfolgreichen Abwehr kommunistischer Ansprüche verfestigten sich die Westorientierung der SPD und ihre Begrenzung auf den westlichen Teil Deutschlands. Schumachers politisches Ziel war die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Er akzeptierte zwar – wegen der Sowjetisierung der SBZ – die Gründung eines „Weststaates“ als unumgänglich, lehnte aber „kleineuropäische“ Lösungen – Europarat, Montanunion, Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – ebenso wie die Wiederbewaffnung ab, weil sie die Spaltung Deutschlands und Europas zementieren würden. Die internationalen Mächtekonstellationen und die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland verhinderten eine Durchsetzung von Schumachers ausen-, national- und innenpolitischen Vorstellungen. Neben Adenauer blieb Schumacher die beherrschende Gestalt der Anfangsphase der Bundesrepublik in: Pothoff, Heinrich: Schumacher, Kurt (1895-1952), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1995, Sp.1095 f. und Scholz, Günther: Kurt Schumacher, Düsseldorf, Wien und New York 1988, insb. S. 152 ff. und S. 211 ff.

und kommunistischer Politik hervor.¹⁵³ Diese teilweise sehr ausführlichen analytischen Feststellungen lassen sich durchweg auf die sehr prägnante Formel „rotlackierte Nazis“ reduzieren.

Nach einer Sitzung der COMISCO (Comité Consultatif International Socialiste) im Juni 1947 in Zürich, auf der Schumacher den Antrag auf Aufnahme der SPD in diese Institution stellte und in seinem Referat den Kommunismus hart attackierte, führte er unter anderem mit einem Redakteur der norwegischen Zeitung „Arbeiderbladet“ (Oslo, 12. Juni 1947) ein langes Gespräch. In dem danach in diesem Blatt veröffentlichten Bericht heißt es: *„Schumacher ist Demokrat und ein starker Fürsprecher des Individuums, und er hebt besonders hervor, daß die Kommunisten die Tyrannei nur von braun auf rot umfärben wollen. Er nennt sie rotlackierte Nazis“*.

Der sozialdemokratische Politiker Prof. Carlo Schmid erinnerte in einer Kurt Schumacher gewidmeten Gedenkrede 1962 daran: „Schumachers Wort, daß der Totalitarismus eine Scheußlichkeit bleibe, auch wenn er rot gestrichen ist statt braun, und daß Konzentrationslager mit Hammer und Sichel über dem Torbogen eine größere Schande sind als solche mit dem Hakenkreuz, hat die Masse der deutschen Arbeiterschaft in Ost und West gegen Drohungen und Lockungen aus Moskau und Pankow immun gemacht“.

Horst Möller geht beim Vergleich der nationalsozialistischen totalitären Diktatur mit der sozialistischen totalitären Diktatur ähnlich wie hier im V. Kapitel vor:

„Ein historischer Vergleich der Diktaturen des 20. Jh. Geht von folgenden Prämissen aus:

1. vom grundsätzlichen und unaufhebbaren Gegensatz von Demokratie und Diktatur. Daraus folgt eine Verwandtschaft aller diktatorischen aber auch aller demokratischen Systeme.
2. Ein historischer Vergleich erstrebt nicht Gleichsetzung.
3. Ein historischer Vergleich ist weder Apologie noch Entschuldigung. So entschuldigt beispielsweise die Feststellung, Stalins Verbrechen seien denen Hitlers vergleichbar, weder die einen noch die anderen.
4. Vergleiche erstrecken sich nicht zwangsläufig auf das gesamte System, das auch in seinen jeweiligen epochalen Bezügen interpretiert werden muß, sondern in der Regel auf Strukturmerkmale, die eine spezifische Herrschaftsform, in diesem Fall eine moderne, ideologiegeleitete Diktatur konstituieren.

So gelten beispielsweise die Mehrzahl der aus dem Totalitarismusmodell Carl Joachim Friedrichs, Zbigniew Brzezinskis u. a. stammenden Merkmale mit spezifischen Modifikationen für die meisten Diktaturen des 20. Jh. Dies sind vor allem:

¹⁵³ Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995. Schober, Volker: Der junge Kurt Schumacher 1895-1933. Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichten des Historischen Forschungsseminars der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 53, Bonn 2000.

- das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und der ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
- das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d. h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
- die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaats mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
- Einsatz vergleichbarer terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel- und Unterdrückungsapparats;
- Eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschaftsideologie.

Zu diesen Strukturmerkmalen kommen weitere hinzu, die z. T. logisch aus der ersten Gruppe hervorgehen:

- Monopolistische Machtkonzentration auf einen Führer oder eine Führungselite innerhalb der Partei;
- Persönlichkeitskult um den Führer;
- Ausgrenzung und z. T. bis zum Mord gehende Terrorisierung größerer Bevölkerungsgruppen, seien sie nun rassistisch-national, religiös, politisch oder sozial definiert;
- Unterdrückung von Minderheiten bzw. Zwang zur Emigration;
- ein ideologisches Feindbild;
- prinzipiell unbegrenzte Reichweite politischer bzw. rechtspolitischer Entscheidungen und Sanktionsmöglichkeiten, z. B. politische Justiz;
- Verbindung von Unterdrückung, Terror und Verführung, beispielsweise durch (materielle) Privilegien, ideelle Auszeichnung für Angehörige einer vermeintlichen oder tatsächlichen Funktionselite;
- Moderne bzw. modernste Technik zur Inszenierung von Herrschaftskulturen bzw. Durchsetzung der Herrschaft.

Mögen sich Diktaturen auch plebiszitär, besser gesagt, pseudoplebiszitär legitimieren, so basieren sie doch tatsächlich immer auf Gewalt. Diktatur ist Gewalt Herrschaft auch dann, wenn es verschiedene Grade des Terrors gibt und dieser sich im Laufe jahrzehntelanger Herrschaft auch vermindern kann“.¹⁵⁴

Möllers Fazit stimmt mit den hier gemachten Schlußfolgerungen in hohem Maße überein.

¹⁵⁴ Möller, Horst: Der SED-Staat – die zweite Diktatur in Deutschland, in: Eppelmann, Rainer / Möller, Horst / Nooke, Günter / Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1: A-M, 2. Aufl., 1997, 3. Kommunistische und nationalsozialistische Diktaturen im Vergleich, S. 11-13.

6. Die „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) und der
„Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)
waren in die Ost-West-Konfrontation eingebettet

„Die beiden internationalen Wirtschaftsorganisationen in Europa – RGW und EG – waren in die Ost-West-Konfrontation eingebettet“, so W. Daschitschew.¹⁵⁵ Die Integration der „Europäischen Gemeinschaften“ (EG) unterschied sich grundlegend von der politisch naturalen Abstimmung über den Außenhandel der RGW-Staaten.

Eine sozialistische ökonomische Integration (Abk. SÖD)¹⁵⁶, die mit der westeuropäischen Integration vergleichbar wäre, hat es nie gegeben, konnte es auch gar nicht geben. Dies wird im Folgenden nachgewiesen.

6.1. Wirtschaftliche Integration der „Europäischen Gemeinschaften“ (EG)

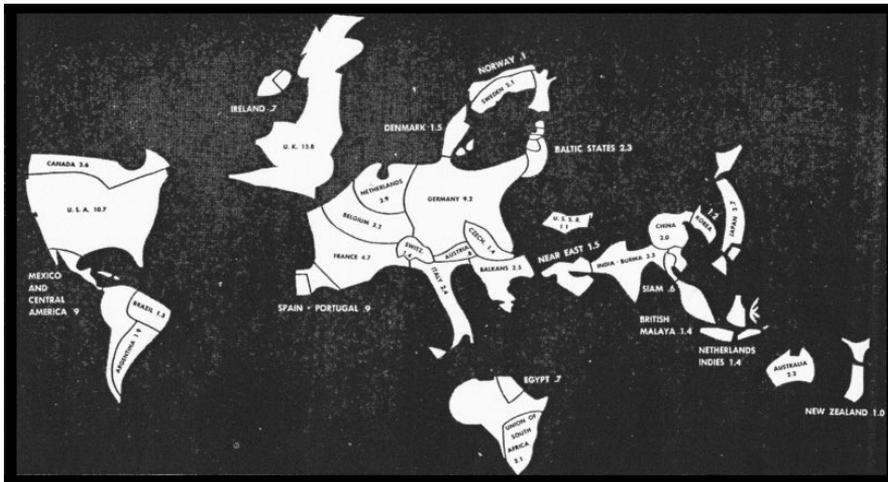
„The second World War (1939/45) and its aftermath threw into sharp relief significant shifts of power in the Western world. The extraordinary productivity and political prestige of the United States, the rise to world power of the U.S.S.R., and the impoverishment of western Europe were facts of tremendous importance. They marked the end of the era during which western Europe had dominated world politics and world economics. That the western European states would recover some of their former strength was more than probable. But it was highly improbable that they could ever regain the pre-eminence that had made them during the nineteenth century the organizing center of the world production and trade and the focus of political world order. The basic economic trend were running against them“.¹⁵⁷

¹⁵⁵ Daschitschew, Wjatscheslaw: Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, 2002, S. 241.

¹⁵⁶ Sozialistische ökonomische Integration, in: Ökonomisches Lexikon H-P, 3. Auflage, Berlin (-Ost) 1979, S. 103-105.

¹⁵⁷ Condliffe, J. B.: The Commerce of Nations, London 1951, S. 656.

Welthandel 1938
Die Größe eines jeden Landes ist im Verhältnis zu seinem Anteil am
Welthandel 1938 aufgezeigt.¹⁵⁸



Source: Calculated from data in League of Nations, Review of World Trade, 1938, Geneva, 1939, p. 21.

Die Truman-Doktrin vom 12.03.1947 zum Schutz Griechenlands und der Türkei führte zum European Recovery Program (ERP, Europäisches Wiederaufbauprogramm = Marshallplanhilfe) und zur OEEC (Europäischer Wirtschaftsrat). Die OEEC war die Keimzelle für die westeuropäische Integration. *Aufgabe* der OEEC war zunächst die Aufstellung der im Zusammenhang mit dem Marshallplan von den USA gewünschten koordinierten europäischen Wiederaufbaupläne und darüber hinaus eine allgemeine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsländer.

Ziele: Aufbau einer gesunden europäischen Wirtschaft durch wirtschaftliche Zusammenarbeit; Förderung der Produktion, Rationalisierung, Vollbeschäftigung, Ausweitung und Erleichterung des europäischen Handels- und Zahlungsverkehrs, Verminderung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Förderung von Zollunionen und Freihandelszonen, Aufrechterhaltung der Währungsstabilität.

Aufbau. Mitglieder: Ursprüngliche: Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Türkei, BR Deutschland (seit 31.10.1949).

Durchführung. Befugnisse: Die OEEC hat keine supranationalen Befugnisse, ihre Beschlüsse müssen in aller Regel einstimmig gefasst werden, die Durchführung obliegt den Mitgliedsstaaten. *Tätigkeit:* a) Aufstellung koordinierter Wiederaufbaupläne der Mitglieder als Grundlage für die Verteilung der ERP-Hilfe; b) Abbau von Handelshemmnissen (Kontingente, Liberalisierung) zwischen den Mitgliedern und

¹⁵⁸ Ebd., S. 558.

gegenüber dem Dollarraum: Liberalisierung der unsichtbaren Einfuhren; c) Multilateralisierung des innereuropäischen Zahlungsverkehrs (EZU) und schließlich Übergang zur Konvertierbarkeit (EWA); d) Förderung der Produktivität (EPA); e) Erstellung statistischer Berichte über die wirtschaftliche Lage, Empfehlungen und Beschlüsse bezüglich der Wirtschaftspolitik der Mitglieder, insbes. bei Abweichungen vom Liberalisierungsprogramm.

Würdigung: Die Konvention der OEEC ist so gefaßt, daß den Mitgliedern bei der Gestaltung der Organisation weitgehende Freiheit blieb. Die Entwicklung führte zu einer Koordinierungsorganisation, obwohl auch Tendenzen zur Bildung einer Wirtschaftsunion zu verzeichnen waren, die zum engeren Zusammenschluß der 6 EWG-Staaten in EGKS und EWG führten, während die übrigen Mitglieder die EFTA bildeten.¹⁵⁹

Europäische Zahlungsunion: „Die Europäische Zahlungsunion (EZU) wurde im September 1950 gegründet, um die bis dahin einer lückenlosen Devisenbewirtschaftung unterworfenen Währungen Westeuropas zunächst untereinander übertragbar und sodann auch gegenüber dem US-Dollar und anderen Drittwährungen *konvertierbar* zu machen. Erfahrungen während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hatten gezeigt, daß es nur mit Hilfe eines multilateralen Abrechnungs- und Kreditsystems möglich sein würde, die Handelsschranken innerhalb Westeuropas schrittweise abzubauen und auf diese Weise der Rückkehr zu einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft einen entscheidenden Anstoß zu geben. Die EZU bildete damit einen wichtigen Stützpfiler des mit der amerikanischen Marshall-Hilfe geförderten *Europäischen Wiederaufbauprogramms*.

Die EZU war von Beginn an als Übergangslösung geschaffen worden; als sie Ende 1958 mit der Verwirklichung der Konvertierbarkeit der europäischen Währungen ihre Aufgabe erfolgreich erfüllt hatte, trat sie in Liquidation“.¹⁶⁰

„Durch Schaffung der EZU sind die Währungen aller ihrer Mitglieder untereinander frei austauschbar. Für die Handels- und Zahlungspolitik eines Mitglieds scheiden damit alle EZU-Länder aus der Gruppe der Clearingländer aus und bilden einen eigenen EZU-Raum. Da Großbritannien der EZU angehört, umfaßt der EZU-Raum auch alle Länder des Sterlinggebiets und reicht damit weit über Europa hinaus.

Zwischen dem EZU- und dem Dollarraum bestehen dagegen enge Beziehungen, da das EZU-Abkommen vorsieht, daß Verbindlichkeiten und Forderungen eines jeden Landes gegenüber der EZU zu einem Teil in freien Dollar ausgeglichen werden.¹⁶¹

¹⁵⁹ Sellien, R. / Sellien, H. (Hrsg.): Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, 1. Bd., A-K, 4. Aufl., Wiesbaden 1961, S. 405-407.

¹⁶⁰ Schleiminger, Günther: Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC / OECD), in: HdSW, 3. Bd. 1961, S. 392 ff.

¹⁶¹ Block, Fred L.: The Origins of International Economic Disorder, S. 109 f.

Es ist zu hoffen, daß Deutschland künftig die weitere Ausbreitung einer liberalen und multilateralen Handelspolitik fördert, die es in den vergangenen Jahren so tatkräftig unterstützt hat“.¹⁶²

Devisenkonvertierbarkeit bedeutet das Recht, einheimische oder fremde Währung frei und unbeschränkt zu einem festen Kurs (Paritätskurs) einzutauschen. Volle Konvertibilität bedeutet Abschaffung jeglicher Devisenzwangswirtschaft. *Der Übergang zur Konvertibilität.* Um die Jahreswende 1958/59 entschlossen sich die westeuropäischen Staaten, zur Konvertibilität überzugehen (EWZ, EZU), d. h., „die freie Austauschbarkeit ihrer Währung nicht nur im EZU-Raum, sondern vor allem auch gegenüber dem US-\$ zu gewähren. Wesentlicher als die Einführung der Ausländer-Konvertibilität für laufende Transaktionen (Wegfall der Beko-Mark-Regelungen) war, daß einzelne Länder die Konvertibilität ihrer Währungen auch für Inländer erheblich erweiterten und vor allem auf Kapitaltransaktionen ausdehnten (= Annäherung an den Stand der USA). Dadurch wurde die freie Devisenarbitrage auch gegenüber dem US-\$ möglich. – Wenn auch noch nicht alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs, insbesondere der Kapitaltransaktionen, gefallen sind, so wurde doch im wesentlichen die *freie Devisen-Konvertibilität* verwirklicht. Sie bedeutet, verbunden mit den weiter geltenden Liberalisierungsvorschriften der OEEC und den Bestimmungen des GATT (Diskriminierungsverbot) einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der weltweiten Außenhandelsfreiheit (Freihandel)“.¹⁶³

In seinem Gutachten zur „Europäischen Zahlungsunion“ vom 5. Februar 1950 nahm der wissenschaftliche Beirat beim Ministerium für Wirtschaft Stellung:

„1. Die weitgehende Aufhebung mengenmäßiger Kontrollen der deutschen Einfuhr hat die westdeutsche Wirtschaftspolitik vor allem dadurch in Schwierigkeiten gebracht, daß die deutsche Handelsbilanz auch gegenüber Europa passiv geworden ist. Trotzdem ist die Fortsetzung dieser Außenwirtschaftspolitik im dauernden Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu befürworten. Dabei wird unterstellt, daß auch die übrigen europäischen Staaten die mengenmäßige Kontrolle ihrer Einfuhren im gleichen Umfang abbauen und Diskriminierungen der deutschen Ausfuhr beseitigen.

2. Um das bisher Erreichte zu sichern und den Weg zum weiteren Abbau der Handelsschranken mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Integration Europas freizumachen, ist es unaufschieblich, auch den Zahlungsverkehr zwischen den europäischen Ländern von den ihm angelegten Fesseln zu befreien. Die Schaffung einer ‚Europäischen Zahlungsunion‘ wird daher als ein Schritt auf die wirtschaftliche Integration Europas hin begrüßt.

¹⁶² Möller, Hans: Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 68, Heft 2, Hamburg 1952, S. 203-259. Dr. Hans Möller war 1959 Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frankfurt a. M., z. Z. Paris.

¹⁶³ Konvertierbarkeit, in: Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, S. 1998 f.

3. Nur bei einer derartigen wirtschaftlichen Integration kann Europa auf die Dauer ohne fremde Hilfe lebensfähig werden und seinen Lebensstandard erhöhen. Die Schaffung größerer Märkte erlaubt die zweckmäßigste Ausnutzung der europäischen Produktionsmöglichkeiten, die bisher durch den ökonomischen Nationalismus behindert wurde.

4. Da Westdeutschland gegenwärtig zu etwa 50 % des Gesamtverbrauches an Nahrungsmitteln und Rohstoffen von der Einfuhr abhängig ist und nur etwa 10 % seiner Bezüge ans dem Dollarraum durch Export zu decken vermag, bietet seine Beteiligung an der Steigerung des westeuropäischen Handels die einzige Chance, um die mit dem Auslaufen des Marshallplans zu erwartenden Schwierigkeiten zu überwinden.

5. Eine echte Integration Westeuropas kann nur erreicht werden, wenn eine vollständige Transfermöglichkeit aller europäischen Währungen untereinander gewährleistet wird, so daß jedes Land nur noch seine Zahlungsbilanz gegenüber der Gruppe aller übrigen Teilnehmerländer zu beachten hat.

6. Dieses Ziel erfordert mindestens ein voll-multilaterales Abrechnungssystem. Das bedeutet, daß sämtliche Salden aus dem intraeuropäischen Zahlungsverkehr für die Abrechnung durch die europäische Zahlungsunion auf der Basis einer europäischen Verrechnungseinheit verfügbar sein müssen.

7. Die europäische Zahlungsunion allein genügt nicht für eine Integration der europäischen Volkswirtschaften. Dazu gehört, daß keine Zollerhöhungen mehr erfolgen, vielmehr ein koordinierter Abbau der intraeuropäischen Zollschränken vorgenommen wird. Dieser Abbau würde auf die Dauer wesentlich zur Steigerung des europäischen Realeinkommens beitragen. Wie groß die dadurch bedingten Umstellungsschwierigkeiten sein werden, läßt sich nicht voraussagen. Der Wissenschaftliche Beirat ist aber der Meinung, daß die von ihm oben vorgeschlagenen Konjunkturpolitik ein geeigneteres Mittel zur Überwindung der Übergangsschwierigkeiten ist als die von anderer Seite vorgeschlagene Konservierung der Zollpolitik. Der Beirat ist sich vor allem auch bewußt, daß die Kapitalarmut Deutschlands die Anpassung der deutschen Wirtschaftsstruktur an die Wirtschaftsstruktur Europas erschwert und eine Benachteiligung bedeutet gegenüber anderen beteiligten Ländern, die kapitalmäßig besser ausgestattet sind.

8. Neben dem vollständigen Abbau aller mengenmäßigen Einfuhrkontrollen verlangt das System eine Beseitigung oder wenigstens außerordentlich starke Einschränkung aller Subventionen und Regierungskäufe einzelner Länder.

9. Schließlich wäre das System durch eine intraeuropäische Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu ergänzen, die sich keineswegs in Massenwanderungen auszuwirken braucht. Durch die Freizügigkeit werden Verzerrungen der Lohnstruktur abgemildert und die Kapitalvernichtungen, die sich aus dem Umstellungsprozeß ergeben, teilweise vermieden. Nachteilige Folgen der Verschiebungen in der regionalen Struktur der Volkswirtschaften würden durch Produktivitätssteigerungen mehr als aufgewogen werden.

10. Eine solche Integration würde auch zu einer politischen Entspannung in Europa führen, deren wirtschaftliche Auswirkungen hoch zu veranschlagen sind. Die wirtschaftliche Integration Europas ist im übrigen kein Selbstzweck, vielmehr als Beitrag zum Neuaufbau der Weltwirtschaft zu würdigen“.¹⁶⁴

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion): Wolfgang Harbrecht hebt das Besondere am Schuman-Plan hervor: „Gemeinsames Kennzeichen aller nach 1945 ins Leben gerufenen internationalen Organisationen war jedoch, daß die Souveränität der Mitgliedsstaaten im Prinzip unangetastet blieb. Dieses Prinzip wurde erstmals in einem Plan des französischen Außenministers Robert Schuman durchbrochen, der vorsah, die gesamte Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs einer gemeinsamen ‚Hohen Behörde‘ zu unterstellen. Aus diesem Grunde wird heute von vielen Historikern der Beginn der europäischen Integration und die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft in der Verkündung des sog. *Schuman-Plans* am 9. Mai 1950 gesehen.

Das Ziel Schumans war klar formuliert. Durch die Zusammenfassung der kriegswichtigen Kohle- und Stahlproduktion und deren Unterstellung unter eine gemeinsame ‚Hohe Behörde‘ sollte ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich faktisch unmöglich gemacht werden“.¹⁶⁵

„Der Schuman-Plan entstammte dem Bemühen um eine neue Lösung für Deutschlands Schicksal in einer Zeit, in der die Bundesrepublik Deutschland ihre volle Souveränität noch nicht erlangt hatte. Die Kohleproduktion war der ‚internationalen Ruhrbehörde‘ unterstellt, die Stahlproduktion unterlag Kontrollen und Beschränkungen. Es handelte sich darum, an Stelle dieser diskriminierenden und auf die Dauer untragbaren Regelung Deutschland durch Schaffung einer europäischen Souveränität in ein größeres Ganzes einzugliedern. Die von Jean Monnet und einem kleinen Stab vorbereitete Deklaration, für die Robert Schuman die Verantwortung übernahm, wurde am 3.5.1950 redigiert, am 9.5.1950 vom Ministerrat angenommen und noch am selben Abend in einer Pressekonferenz veröffentlicht. Der darin enthaltene Vorschlag, in erster Linie Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zu einer neuen Einheit zusammenzufassen, der sich die anderen europäischen Länder anschließen sollten, hat nicht nur die französische Außenpolitik, sondern die gesamten internationalen Beziehungen umgewandelt. Kohle und Stahl wurden wegen ihrer in Krieg und Frieden symbolischen Bedeutung gewählt. Ihre Vergemeinschaftung bereitete die Grundlage für eine wirtschaftliche Integration auf erweiterter Basis. Die in diesen Industrien auftauchenden Probleme – die Tendenz zur Konzentration, die Konjunktorempfindlichkeit, der oft abrupte Übergang von Mangellagen zu Krisen, die schon traditionellen Preisdifferenzierungen zwischen Inlands- und Auslandsmärkten – rechtfertigten die Bildung von Überwachungseinrichtungen auf diesem Markt. Sie stellten so den ersten Ansatz zu einer zukünftigen europäischen Föderation dar, wie sie in der *Deklaration vom 9.5.1950 als Endziel*

¹⁶⁴ Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Der Wissenschaftliche Beirat beim Ministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948-1972, Göttingen 1973, S. 59-63.

¹⁶⁵ Harbrecht, Wolfgang: Die Europäische Gemeinschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1984, S. 10 f.

bezeichnet ist. Die damit skizzierte Wirtschaftspolitik bewirkt eine Synthese zwischen öffentlicher Verantwortlichkeit und privater Unternehmerinitiative“.

Der Plan wurde am 19.3.1951 paraphiert und am 18.4.1951 in Paris von den Außenministern unterzeichnet.

Die Hohe Behörde konnte ihre Tätigkeit unter dem Vorsitz von Monnet am 10.08.1952 aufnehmen. Mitglieder sind: Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Italien und die Bundesrepublik; die EGKS steht weiteren Staaten offen.

Von der Teilintegration zum umfassenden Gemeinsamen Markt: Versucht man eine Zusammenfassung der erreichten Resultate zu geben, so ist zunächst die rapide Steigerung der Stahlerzeugung zu vermerken. Zwar ist sie grundsätzlich der Hochkonjunktur und der Steigerungstendenz der allgemeinen Expansion zuzuschreiben, das Bestehen der Gemeinschaft aber gab Anlaß zu noch größeren Investitionen, wodurch Engpässe vermieden wurden, die sonst die Expansion der einzelnen Nationalwirtschaften hätten hemmen können. Der Güteraustausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft hat sich weiterentwickelt und durch die Herabsetzung der Zölle und Kontingente wurde eine rationellere Verteilung der Absatzgebiete ermöglicht. Der Güteraustausch mit dritten, nicht durch die Verträge liierten Ländern hat ebenfalls zugenommen. Auf's Ganze gesehen, haben sich die Unternehmungen an die neue Situation angepaßt.

Die historische Bedeutung der Montanunion ist es, einen Weg zur tatsächlichen Integration Europas zu eröffnen. Man mißversteht sie, wenn man sie als Modell einer sektorenweise fortschreitenden Integration auffaßt: Sie beabsichtigte, erstmalig die Grundregeln für eine gemeinsame Entwicklung zu schaffen – und in dieser Hinsicht stellte die Schaffung von Euratom ihre Fortsetzung dar – sowie eine begrenzte Erfahrung zu Lösung von der allgemeinen Integration zu liefern. Gerade Männer der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben die Initiative zur Schaffung der EWG ergriffen und ihre Grundzüge festgelegt [europäische Integration]“.¹⁶⁶

Der Wissenschaftliche Beirat beim Ministerium für Wirtschaft schrieb in seinem Gutachten vom 14. Dezember 1952: „Die europäische Integration eines einzelnen Wirtschaftszweiges wäre sinnlos, wenn die von ihr ausgehenden Wirkungen auf die Zahlungsbilanzen dahin führen würden, durch Rückfall in mengenmäßige Beschränkungen oder durch Währungsmanipulationen die Arbeitsteilung in anderen Sektoren wieder zu verschlechtern. Eine branchenmäßige Integration, selbst in einem für sich allein bereits so gewichtigen Wirtschaftszweig wie Kohle und Stahl, muß begleitet sein entweder von gleichzeitiger Integration möglichst zahlreicher anderer Wirtschaftszweige oder einer allgemein und gleichmäßig in allen Ländern fortschreitenden Liberalisierung“.¹⁶⁷

EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Gemeinsamer Markt). „Wirtschaftlicher Zusammenschluss der Staaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland,

¹⁶⁶ Uri, Pierre: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 369-371.

¹⁶⁷ Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Der Wissenschaftliche Beirat beim Ministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948-1972, Göttingen 1973, S. 165 f.

Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Italien, deren überseeische Gebiete assoziiert sind.

Entstehung: Die Mängel und Begrenzung der sektoralen Integration veranlaßten die Mitgliedsstaaten der EGKS eine umfassende Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen (Konferenz von Messina Juni 1955). Das Vertragswerk über die EWG (und EURATOM)¹⁶⁸ wurde am 25.03.1957 in Rom unterzeichnet und trat am 01.01.1958 in Kraft.

Ziele: „Schaffung einer Wirtschaftsunion auf der Grundlage einer Zollunion durch stufenweise Abschaffung aller Zölle und gleichartigen Abgaben, aller mengenmäßigen Handelsbeschränkungen und gleichwertigen Maßnahmen, die den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten hemmen, durch Gewährung freien Niederlassungsrechts und der Freizügigkeit der Arbeiter. Um die gewollte wirtschaftliche Integration der 6 Staaten zu erreichen, müssen und sollen ferner die Wirtschaft, insbesondere die Konjunktur- und Währungspolitik der Mitglieder koordiniert, gemeinsame Wettbewerbsregeln befolgt und für das Sondergebiet der Landwirtschaft eine gemeinsame Agrarpolitik und Marktordnung erreicht werden. Gegenüber dritten Ländern wird ein gemeinsamer Außenzolltarif (arithmetisches Mittel aus den am 1.1.57 in Kraft gewesenen nationalen Zollsätzen) angewandt und eine gemeinsame Handelspolitik betrieben werden. Diese Maßnahmen sollen die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft harmonisch fördern, den Lebensstandard heben, wobei die Mitglieder sich um einen hohen Beschäftigungsstand, stabile Preisniveaus und eine ausgeglichene Gesamtbilanz bemühen und die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten enger gestalten“.¹⁶⁹

Zur Frage der „wirtschaftlichen Integration Europas“ hatte der „Wissenschaftliche Beirat beim Ministerium für Wirtschaft“ bereits am 1. Mai 1953 Stellung genommen:

„Ziele der Integration

1. Wirtschaftliches Ziel aller freien Völker ist die nachhaltige Hebung des Lebensstandards. Dies bedeutet nicht nur eine Vergrößerung, sondern auch eine zweckmäßige Zusammensetzung des Sozialprodukts. Der Lebensstandard kann nur erhöht werden durch eine stetige Steigerung der Produktivität, d. h. der Leistung je Arbeitsstunde. In den gegebenen nationalen Räumen ist bei dem derzeitigen Stand der internationalen Arbeitsteilung eine solche Steigerung der Produktivität zwar auf sehr vielen Gebieten durchaus möglich, aber sie stößt auf wesentlich engere Grenzen, als sie in einem größeren Wirtschaftsgebiet gegeben sind.

¹⁶⁸ Haunschild, Hans-Hilger: Europäische Atomgemeinschaft, in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 359-361.

¹⁶⁹ Sellien, R. / Sellien, H. (Hrsg.): Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, Erster Band A-K, 4. Aufl., Wiesbaden 1961, S. 1126-1128. Möller, Hans: Europäische Gemeinschaften, in: HdWW, Bd. 2, 1988, S. 472-50. Hallstein, Walter: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 404-411. Predöhl, Andreas / Jürgensen, Harald: Europäische Integration, in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 371-386.

2. Die internationale Arbeitsteilung zwischen diesen nationalen Wirtschaftsräumen ist bisher durch starke Handelsschranken und durch mangelnde Freizügigkeit von Arbeitskräften und Kapital gehemmt. Infolgedessen ist der Außenhandel zwischen diesen Ländern auf den Austausch jener Güter und Leistungen beschränkt, die im Inland aus technischen, klimatischen und anderen Gründen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten erzeugt werden können. Demgegenüber spielt die Ausrichtung des Außenhandels an den komparativen Kostenunterschieden nur eine untergeordnete Rolle, ganz abgesehen davon, daß die tatsächlich bestehenden komparativen Kostenunterschiede bei den unrichtigen und für die Zukunft unsicheren Wechselkursen weder erkennbar noch ohne schwere Risiken ausnutzbar sind.

3. Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitsteilung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte, die deshalb vorteilhafter ist, weil wesentliche Gründe dafür wegfallen, daß man in einem Lande etwas unabhängig von der Kostenhöhe produziert, nur weil der historische Standort in dem betreffenden Gebiet liegt. Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komplementäre Teile auf getrennte Wirtschaftsgebiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsgebietes erhöht die Absatzmöglichkeiten für die einzelne Unternehmung und damit die Chance zur Produktion in größeren Serien mit allen Vorteilen, die sich für die Rationalisierung in Produktion und Handel ergeben.

4. In einem vergrößerten Wirtschaftsgebiet kann der Unternehmer eher damit rechnen, daß die Daten seiner Investitionsplanung längere Zeit bestehen bleiben. So fallen z. B. die Risiken von Wechselkursschwankungen und sonstige die Absatzlage ungünstig beeinflussende, insbesondere diskriminierende Faktoren weg. Aus den genannten Gründen würden sich zahlreiche neue Möglichkeiten für unternehmerische Initiative eröffnen.

5. Die verbreitete Ansicht, daß strukturell gleichartige Volkswirtschaften für die Herstellung eines größeren Wirtschaftsgebietes weniger geeignet seien, ist unzutreffend. Gerade in und zwischen ihnen ist eine Verbesserung der Arbeitsteilung besonders notwendig und erfolversprechend. Die Vorstellung, die Vereinheitlichung strukturell verschiedenartiger (komplementärer) Gebiete empfehle sich besonders, ist nur unter Autarkiegesichtspunkten richtig.

6. Man findet die Meinung vertreten, daß die genannten Vorteile im Rahmen einer internationalen Regelung erreicht werden könnten, welche die Konvertibilität der Währungen bei relativ stabilen Kursen gewährleistet und alle Handelshemmnisse abbaut. Ein solches System würde eine Geldpolitik voraussetzen, die ausschließlich an der Stabilität der Devisenkurse ausgerichtet ist, auch auf die Gefahr hin, dadurch Schwankungen der Beschäftigung zu verursachen oder hinzunehmen. Wenn vielfach geglaubt wird, daß eine solche Politik möglich sei, so zeigt die Erfahrung selbst der vergangenen Jahre, in denen eine Reihe von konjunkturell besonders günstigen Umständen wirksam war, daß auf eine aktive Konjunkturpolitik nicht verzichtet werden kann. Nichts indessen rechtfertigt die Annahme, daß solche

besonders günstigen Umstände dauernd vorliegen werden. Daher mag eine aktive Konjunkturpolitik noch dringlicher werden.

Die genannten Gründe für eine ökonomische Integration rechtfertigen diesen Prozeß für sich selbst. Im Zeichen der bereits anlaufenden politischen Bestrebungen wird er zur unabdingbaren Notwendigkeit, da eine politische Vereinheitlichung ohne ökonomische Integration undenkbar ist. Formen, Ausmaß und Ablauf der Integration auf politischem und ökonomischem Gebiet bedingen einander und müssen *pari passu* erfolgen. Eine vorausseilende oder nachhinkende politische Einheitsbildung läßt die Gefahr aufkommen, daß ökonomische Verlegenheitslösungen zustande kommen, deren Auswirkungen die Verwirklichung des gesteckten politischen Zieles ebenso in Frage stellen wie die der ökonomischen Integration.

Der Typus der Integration

1. Die Integration Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebilde erfordert die Schaffung eines europäischen *Binnenmarktes*. Je größer dieser sein wird, um so größer werden die Vorteile der Integration sein.

2. Die Binnenmärkte der einzelnen Volkswirtschaften sind gegenwärtig charakterisiert durch Freizügigkeit der Menschen, zoll- und kontingentsfreie Beweglichkeit der Güter und Kapitalien, einheitliche Währung, relativ einheitliche Verkehrstarife und einheitliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, außerdem durch im ganzen einheitliche Rechtsnormen und einen höheren Grad von Sicherheit beim Bezug von dauerhaften Gütern und Ersatzteilen. Unter Schaffung eines gemeinsamen Marktes sollte nur die Herstellung eines so gearteten Binnenmarktes verstanden werden.

3. Andere Vorstellungen vom künftigen europäischen Markt sind abwegig. Das gilt für den in Analogie zu den Märkten der Markenartikel entwickelten Gedanken einheitlicher Endabsatzpreise aller Produkte ebenso wie für die Idee einer Vereinheitlichung aller Ab-Werk-Preise. Bei beiden Formen entfallen ganz oder teilweise wichtige Voraussetzungen für eine rationelle Standortwahl. Gerade diese zu ermöglichen, ist aber Ziel einer echten Integration. Unrationelle Standorte erzwingen einen zusätzlichen Transportaufwand, der die gesamtwirtschaftlichen Kosten erhöht bzw. die volkswirtschaftliche Produktivität mindert.

Phasen des Integrationsprozesses

1. Die Integration Europas ist ein Prozeß. Dieser kann auch Vorstufen der Annäherung an den oben skizzierten europäischen Binnenmarkt durchlaufen. Alle Maßnahmen, die in der Richtung auf Schaffung eines Binnenmarktes wirken, auch wenn sie ihn noch nicht verwirklichen, sind daher zu begrüßen. Eine Serie von additiven Teilintegrationen einzelner Wirtschaftszweige kann dagegen nicht als in Richtung auf die Schaffung eines Binnenmarktes wirksam angesehen werden.

2. Ohne Konvertierbarkeit der Währungen sind wirkliche Kosten und deren Unterschiede innerhalb der und zwischen den Branchen nicht erkennbar. Damit

fehlt die Grundlage für eine ökonomische Wahl der Standorte und Produktionseinrichtungen, deren abgewogene Verteilung über den gesamten Integrationsraum den wirtschaftlichen Sinn aller Integrationen ausmacht.

Weltwirtschaftliche Probleme der europäischen Integration

1. Bei allen Maßnahmen zur Integration, mögen sie uno actu oder schrittweise erfolgen, ist stets im Auge zu behalten, daß die europäische Integration niemals die Eingliederung in die Weltwirtschaft beeinträchtigen darf, sondern sogar einen Beitrag zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu dritten Räumen leisten soll.

2. Mit dem Abbau der Zollschränken im Inneren des zu integrierenden Raumes wird zunächst eine sogenannte Freihandelszone geschaffen, solange nämlich die zollpolitische Autonomie der

3. Mitgliedsländer nach außen hin erhalten bleibt. Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß für diese ganze Freihandelszone die jeweils niedrigsten Eingangszollsätze eines Mitgliedslandes effektiv zu werden tendieren.

4. Gemäß den bestehenden internationalen Abmachungen (GATT usw.) und gemäß dem Sinn der Integrationsbemühungen, die Eingliederung in die Weltwirtschaft zu fördern, darf der gemeinsame Zolltarif keine höhere allgemeine Belastung mit sich bringen, als einem Durchschnitt der bisher bestehenden einzelnen Zollsätze entspricht. Unter diesen Voraussetzungen hat jede Freihandelszone die immanente Tendenz, die Zollsätze zu erniedrigen.

5. Werden wirtschaftliche Störungen durch die Steigerung der Produktivität im Inneren infolge der Integration sehr bald wettgemacht, so wird auch die Chance, infolge der europäischen Integration zur Konvertibilität auf Weltbasis zu gelangen, neue Impulse für die gesamte Europawirtschaft geben. Eigentlich müßte die europäische Integration von vornherein auf der Basis bereinigter Wechselkurse gegenüber dem Dollar-Raum vollzogen werden, um nicht erneute Fehlentwicklungen in der europäischen Standortwahl aufkommen zu lassen. Wenn aber eine solche Lösung sich nicht realisieren läßt, so sollte doch wenigstens die Herstellung der äußeren Konvertibilität der Herstellung der inneren so bald wie möglich folgen. Einer solchen Herstellung der *Konvertibilität auf Weltbasis* wird dann nicht mehr, wie das zur Zeit der Fall ist, das Argument entgegenstehen, daß zur Herstellung der Weltkonvertibilität eine Einigung über die einzuschlagende Konjunkturpolitik aller Länder auf Weltbasis notwendig sei, diese aber bei der Vielzahl der Partner nicht erreicht werden könne. Vielmehr wird nach Herstellung der europäischen Integration die dominante Entscheidung über die Entwicklung der Weltkonjunktur bei wenigen Währungsgebieten liegen, so daß es nunmehr nur noch der Einigung dieser wenigen Partner über die von ihnen einzuschlagende Geld- und Kreditpolitik sowohl im Hinblick auf die Erhaltung stabiler Wechselkurse als auch auf die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus bedarf.

Ausbau und Sicherung des europäischen Binnenmarktes

1. Zur Vorbereitung und parallel mit allen Integrationsbemühungen müssen mindestens die nachstehenden Maßnahmen möglichst frühzeitig eingeleitet und möglichst frühzeitig zu Ende geführt werden.

2. *Eine wesentliche Eigenschaft jedes entwickelten Binnenmarktes ist die Freizügigkeit der Menschen.* Mit der Herstellung eines europäischen Binnenmarktes müssen daher die Voraussetzungen für eine freie Beweglichkeit geschaffen werden. Je weniger die Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, um so größer ist die Gefahr, daß in stark bevölkerten Gebieten im Interesse der Beschäftigung der dort ansässigen Menschen Produktionen aufrechterhalten werden müssen, für die die Standortbedingungen dort an sich nicht günstig sind. In diesem Falle können sie nur durch ein verhältnismäßig niedriges Lohnniveau konkurrenzfähig bleiben. Dies gilt natürlich nicht für Gebiete, in denen eine besondere Qualifikation der Bevölkerung ihrerseits einen entscheidenden Standortvorteil darstellt oder herausbildet.

Die Wirtschaftspolitik sollte jedem Menschen in Europa die Wahl eröffnen, entweder bei geringerem Einkommen an seinem Standort zu verbleiben oder Plätze höheren Einkommens aufzusuchen. Dazu gehören positive Maßnahmen, welche die Arbeitsmarkt-Transparenz erhöhen und die Verwurzelung am neuen Ort erleichtern. Keinesfalls dürfen Bestrebungen unterstützt werden, Lohndifferenzen, die dadurch entstehen, daß die Menschen von der Möglichkeit zur Wanderung keinen Gebrauch machen, etwa durch Finanzausgleich auf Kosten anderer Gebiete auszugleichen, es sei denn, daß die Abwanderung aus anderen Gründen nicht wünschenswert ist.

3. Die Verschmelzung der volkswirtschaftlichen Einzelmärkte zu einem europäischen Gesamtmarkt wird um so vollkommener, je mehr Rechtsnormen und Handelsusancen einander angeglichen werden und je mehr die Markttransparenz verbessert wird. Demselben Ziel dient eine europäische *Standardisierung* und Typisierung der Güter aller Produktionsstufen, insbesondere der Produktionsmittel oder Produktionsmittelteile.

Da es Ziel aller Integrationsbemühungen ist, den Lebensstandard der europäischen Völker zu heben und zu sichern, ist nicht nur eine rationellere Verteilung der Produktionsstandorte notwendig, sondern auch eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Voraussetzungen für das weitere Wachstum des europäischen Gesamteinkommens schafft. Dazu gehören insbesondere eine richtige Abstimmung von Konsum und Investitionen sowie die Sorge für eine gerechte Verteilung des wachsenden Sozialprodukts. Über die Grundlinien der hierzu einzuschlagenden Politik werden die politischen Instanzen eines vereinigten Europas entscheiden¹⁷⁰.

¹⁷⁰ Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Der Wissenschaftliche Beirat beim Ministerium für Wirtschaft, Sammelband der Gutachten von 1948-1972, Göttingen 1973, S. 191 f.

Im Gutachten zu „Fragen des gemeinsamen Marktes“ vom 11. Oktober 1953 schildert der Wissenschaftliche Beirat die Vision einer vollständigen Integration:

„Der Sinn der vollständigen Integration der europäischen Wirtschaft liegt in der nachhaltigen Hebung des Lebensstandards der europäischen Völker in einem solchen Ausmaß, wie es innerhalb der Grenzen der einzelnen Volkswirtschaften nicht erreichbar ist. Dieses Ziel läßt sich nur durch die Schaffung eines *europäischen Binnenmarktes* verwirklichen, der jene charakteristischen Züge tragen muß, die heute den Binnenmärkten der einzelnen Volkswirtschaften grundsätzlich eigen sind. Sie bestehen in Freizügigkeit der Menschen, zoll- und kontingentfreier Beweglichkeit der Güter und Kapitalien, einheitlicher Währung, relativ einheitlichen Verkehrstarifen und einheitlicher Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie in weitgehend einheitlichen Rechtsnormen und einem höheren Grad von Sicherheit beim Bezug von dauerhaften Gütern und Ersatzteilen“.¹⁷¹

Die Bedeutung des Wissenschaftlichen Beirats vom Bundesministerium für Wirtschaft für die wissenschaftliche wirtschaftspolitische Beratung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Faktoren von internationaler Dimension haben für die junge Bundesrepublik eine große Rolle gespielt und der Beirat hat mit dazu beigetragen, daß wichtige Grundsatzentscheidungen ordnungspolitisch richtig entschieden werden konnten.

Hans Möller, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, schrieb im Vorwort des Sammelbandes der Gutachten von 1948-1972:

„Im schweren Winter 1947/1948, am 23. Januar 1948, trafen sich, eingeladen von der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 17 deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsjuristen in Königstein im Taunus. Sie beschlossen mit der Leitung dieser in der damaligen Zeit obersten deutschen Wirtschaftsbehörde, einen Beirat zu gründen, der zu wirtschaftspolitischen Fragen wissenschaftlich Stellung nehmen sollte. Dies war die erste von nunmehr rund 170 Beiratstagungen“.¹⁷²

„Die im Vergleich zu anderen Ländern tiefe Kluft zwischen Regierungs- und Verwaltungspraxis auf der einen der der Wirtschaftswissenschaft als Beruf auf der anderen Seite, die sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aufgetan hatte, sollte überbrückt werden. Als Sachverständiger für Geld und Kredit hat zunächst – bis zu seinem Tod – *Dr. Eduard Wolf und später Dr. Heinrich Irmeler (beide aus dem Direktorium der Deutschen Bundesbank)* an vielen Beiratssitzungen teilgenommen.

Die Arbeitsweise des Beirats läßt sich auf eine einfache Formel bringen. Er tritt regelmäßig zu Tagungen zusammen, diskutiert mit den zuständigen Vertretern des Ministeriums – häufig unter Hinzuziehung von wissenschaftlichen Experten für das jeweilige Thema – und legt seine Stellungnahmen in schriftlichen Gutachten fest. Die Leitung des Beirats liegt bei seinem Vorsitzenden, den er aus seiner Mitte wählt.

¹⁷¹ Ebd., S. 199.

¹⁷² Ebd., S. 199.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft

Name	Fachrichtung	Geburts- tag	Mitglieds- chaft von	bis
Professor Dr. <i>Franz Böhm</i>	Rechtswissenschaft	16.2.1895	23. 1. 1948	
Professor Dr. <i>Walter Eucken</i>	Volkswirtschaftslehre	17.1.1891		20. 3. 1950 †
Professor Dr. <i>Walther Gr. Hoffmann</i>	Volkswirtschaftslehre	8.2.1903		3. 9. 1969
Professor Dr. <i>Wilhelm Kromphardt</i>	Wirtschaftswissenschaft	30.5.1897		
Professor Dr. <i>Adolf Lampe</i>	Volkswirtschaftslehre	8.4.1897		9. 2. 1948 †
Professor Dr. <i>Elisabeth Liefmann-Keil</i>	Volkswirtschaftslehre	4.6.1908		
Professor Dr. <i>Alfred Müller-Armack</i>	Wirtschaftswissenschaft	21.1.1901		5. 8. 1966
Professor Dr. <i>Oswald Nell-Breuning</i>	Wirtschaftswissenschaft (Gesellschaftslehre)	8.3.1890		7. 3. 1965
Professor Dr. <i>Erik Nölting</i>	Wirtschaftswissenschaft	20.11.1892		4. 6. 1948
Professor Dr. <i>Hans Peter</i>	Volkswirtschaftslehre	17.5.1898		24. 6. 1959 †
Professor Dr. <i>Erich Preiser</i>	Wirtschaftswissenschaft	29.8.1900		16. 8. 1967 †
Professor Dr. <i>Ludwig Raiser</i>	Rechtswissenschaft	27.10.1904		28. 3. 1968
Professor Dr. <i>Heinz Sauermann</i>	Wirtschaftswissenschaft	17.3.1905		
Professor Dr. <i>Karl Schiller</i>	Volkswirtschaftslehre	24.4.1911		Ruhend: ab Dez. 1966
Professor Dr. <i>Otto Veit</i>	Wirtschaftswissenschaft	29.12.1898		
Professor Dr. <i>Gerhard Weisser</i>	Wirtschaftswissenschaft (Gesellschaftslehre)	9.2.1898		
Professor Dr. <i>Theodor Wessels</i>	Wirtschaftswissenschaft	6.5.1902		14. 8. 1972 †

Folgende Hochschullehrer nahmen als Angehörige der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes von der ersten Sitzung an bis zu ihrem Ausscheiden aus der Verwaltung an den Beratungen des Beirats teil:

Professor Dr. <i>Woldemar Koch</i>	(Mitglied ab 12.6.1948)
Professor Dr. <i>Helmut Meinhold</i>	(Mitglied ab 12.9.1952)
Professor Dr. <i>Leonard Miksch</i>	(Mitglied ab 11.6.1949)
Professor Dr. <i>Hans Möller</i>	(Mitglied ab 31.5.1950)

Professor Dr. *Heinrich Rittershausen*

Stand: 1973

Den Vorsitz der konstituierten Sitzung führte Franz Böhm. Am 29. Februar 1948 wurde Heinz Sauermann zum Vorsitzenden gewählt. Als dieser Mitte 1949 für längere Zeit nach Amerika ging, übernahm Erwin von Beckerath interimistisch die Leitung des Beirats, die ihm dann nach Sauermanns Rückkehr auf dessen Vorschlag ab 10. Juni 1950 endgültig übertragen wurde. Heinz Sauermann wurde gleichzeitig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Erwin von Beckerath hat während eines Zeitraums von gut 14 Jahren – bis zu seinem Tod am 23. November 1964 – den Beirat geleitet und durch seine Persönlichkeit mitgeprägt. Danach übernahm Heinz Sauermann wieder den Vorsitz, den er Mitte 1970 aus gesundheitlichen Gründen niederlegte.

Der Beirat hat sich in keiner Phase seiner Tätigkeit als geheimer Ratgeber verstanden. Zur Wissenschaftlichkeit seiner Betätigung gehörte die Publizität. Alle Beiratsgutachten wurden veröffentlicht, in der Regel kurz nach ihrer Abgabe. Sie sollten öffentlicher Kritik von jedermann unterliegen, insbesondere auch von im Beirat nicht vertretenen wissenschaftlichen Persönlichkeiten und Institutionen.

Von Anbeginn gehörte der Beirat zur Grundsatzabteilung des Ministeriums (bzw. der Verwaltung für Wirtschaft), deren Leiter fast an allen Sitzungen während ihrer Amtsperiode teilgenommen haben. Ihre Namen seien hier genannt, da der Beirat ihnen viel zu verdanken hat: Dr. Günter Kaiser, Dr. Wolfram Langer, Dr. Rolf Gocht und Dr. Otto Schlecht. Die beiden letztgenannten hatten bereits als Angehörige der Grundsatzabteilung an zahlreichen Sitzungen teilgenommen. Die wissenschaftliche und politische Bedeutung der Beiratsgutachten zu würdigen, ist die Aufgabe von Außenstehenden. Die Wirkungen der Beiratstätigkeit dürfen allerdings nicht nur in dem ohnehin schwer feststellbaren Einfluß der Gutachten auf bestimmte wirtschaftspolitische Entscheidungen oder auf die öffentliche Meinung als solche gesucht werden; sie sind vielmehr auch darin zu erblicken, daß die Beiratsmitglieder und die Vertreter des Ministeriums ständig voneinander gelernt haben, was sicherlich nicht ohne Einfluß sowohl auf Forschung und Lehre der Hochschullehrer als auch auf die Verwaltungspraxis der beteiligten Ministerialbeamten geblieben ist.

Aus dem Kontinuum der Beiratstätigkeit lassen sich einige Gutachten als Höhepunkte herausheben, gemessen hier allein an der intellektuellen Befriedigung, die sie den Beiratsmitgliedern selbst verschafft haben. Daß schon das allererste Gutachten über ‚Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform‘ zu einem solchen Höhepunkt führte, war sicherlich für die Zukunft des Beirats von großer Bedeutung. Es trug dazu bei, daß der Beirat sich schnell zu einem arbeitsfähigen Gremium entwickelte und die große Verantwortung zu spüren bekam, die mit jedem wirtschaftspolitischen Ratschlag verbunden ist.

Als weitere Höhepunkte in den Arbeiten des Beirats können bezeichnet werden die Gutachten zur Wettbewerbspolitik: Grundsatzfragen der Monopolgesetzgebung (1949), Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1962), Einführung einer Fusionskontrolle (1970); ferner die Gutachten über die Frage der wirtschaftlichen Integration Europas (1953), Instrumente der Konjunkturpolitik und

ihre rechtliche Institutionalisierung (1956), Probleme einer rationellen Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer unter Berücksichtigung der von der Bundesrepublik zu treffenden Maßnahmen (1960), wirtschaftliche Vorausschau auf mittlere Sicht (1963), Subventionen in der Marktwirtschaft (1967) und über Entwicklung der Wohnungsmieten und den geplanten Maßnahmen zur Begrenzung des Mietanstiegs (1970).

Die Gesamtzahl der Gutachten beläuft sich nunmehr auf 75. Sie sind in diesem Band in chronologischer Reihenfolge vollständig und ohne Änderungen wieder abgedruckt. Sie vermitteln einen lebendigen Eindruck von den wirtschaftspolitischen Fragen, die in der Bundesrepublik im Laufe der letzten 25 Jahre aktuell waren. Der Wandel in der vom Beirat gewählten Aufgabenstellung kommt schon rein äußerlich darin zum Ausdruck, daß die ersten 25 Gutachten in gut drei Jahren und die zweiten 25 Gutachten in den darauffolgenden sechs Jahren abgegeben wurden, während die letzten 25 Gutachten einen Zeitraum von mehr als fünfzehn Jahren beanspruchten.

Die Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik, zu der der Beirat beigetragen haben mag, führte dazu, daß wirtschaftspolitische Fragen zunehmend schon im Ministerium selbst und auch in der breiten Öffentlichkeit wissenschaftlich analysiert wurden; für den Beirat hatte dies zur Folge, daß er – wollte er Neues bieten – nunmehr sehr viel tiefer und grundsätzlicher in die Probleme eindringen mußte. Damit war zwangsläufig verbunden, daß er in den späteren Jahren seiner Tätigkeit weniger häufig zu aktuellen Kontroversen Stellung nahm. Dazu kam, daß im ersten Jahrzehnt des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft wichtige Grundsatzentscheidungen zu treffen waren, während es später mehr um detaillierte Einzelregelungen ging, bei denen auch die Koordinierung mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und mit der internationalen Entwicklung im Vordergrund stand.

Der Wandel in der Aufgabenstellung zeigt sich weiter auch darin, daß die Beurteilung der Wirtschaftslage und Wirtschaftsentwicklung unter mehr konjunkturpolitischen Aspekten, die anfangs jährlich ein bis zwei Gutachten beanspruchte, mehr und mehr in den Hintergrund trat. Bei seiner Arbeitsweise wäre der Beirat nicht in der Lage gewesen, das immer reichhaltiger werdende statistische Material sachgerecht auszuwerten. Diese Aufgabe wurde (ab 1950) von der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und später (ab 1964) vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung übernommen. Schon im Jahre 1954 hatte der Beirat in seinem Gutachten über ‚Probleme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und ihrer Auswertung‘ darauf hingewiesen, wie wichtig und dringlich die Vervollständigung des statistischen Materials und dessen schnelle und umfassende Analyse sei, gleichzeitig aber empfohlen, zu diesem Zweck eine mit Wissenschaftlern besetzte gesonderte Behörde zu schaffen.

Mit dem nach seinem Vorbild im Jahre 1949 gegründeten Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat sich eine nützliche Arbeitsteilung entwickelt, die durch Doppelmitgliedschaften (Fritz Neumark und Heinz Haller) und die Teilnahme der Vorsitzenden an den Sitzungen des anderen Beirats zwanglos gewährleistet wurde. Zu einigen Fragen haben die Beiräte ein gemeinsames Gutachten abgegeben (Einführung von direkten Tarifen im Bereich der Montan-

gemeinschaft 1954; Kapitalmarkt und Besteuerung im Jahre 1958); am Gutachten über Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen mitgewirkt.

Unter den vom Bundesministerium des Innern ermittelten über 3.000 bei Bundesbehörden tätigen Beiräten dürften der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und ähnlich auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Finanzen eine ziemlich einzigartige Stellung einnehmen. Mehrere Minister und eine große Behörde haben die öffentliche Beratung durch Wissenschaftler institutionalisiert und über 25 Jahre hinweg die Freiheit und Unabhängigkeit dieser Institution nicht angetastet, obwohl die Beratung doch vielfach auch zeitlich unlegen kam oder aus anderen Gründen unbequem war und zuweilen selbst offene Kritik implizierte.

Die Stellung des Beirats wurde auch nicht dadurch berührt, daß drei sich so unähnliche Minister wie der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard, Kurt Schmücker und Karl Schiller die Empfänger des Beiratsgutachten waren. Ludwig Erhard fand bei seinem Amtsantritt den Beirat bereits vor und war einer größeren Zahl von Mitgliedern persönlich und wissenschaftlich eng verbunden. Karl Schiller gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Ludwig Erhard verlieh dem Beirat aus Anlaß seines 10jährigen Bestehens die Satzung, die dessen Freiheit und Unabhängigkeit verankerte. Daß beides Wirklichkeit wurde und blieb, war aber letztlich dem tatsächlichen Verhalten zu danken, das alle drei Bundesminister ständig übten.

Die Besonderheiten dieser Beziehung zwischen Ministerium und Beirat hängen sicherlich auch mit dem Verhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft in unserer Zeit zusammen. Daß dieses Verhältnis vor dem letzten Weltkrieg in Deutschland gestört war, wurde schon erwähnt.¹⁷³ Daß es nunmehr in der Bundesrepublik besonders eng ist – enger wohl als in vielen anderen Ländern – wird keineswegs nur durch die Stellung des Beirats bestätigt.

Die Beiratstätigkeit in den vergangenen 25 Jahren wurde so mitgetragen von der Art und Weise wie beide Seiten, die Wirtschaftspolitiken und die Wirtschaftswissenschaftler, ihr gegenseitiges Verhältnis sahen und von den dadurch mitbestimmten gesellschaftlichen Rollen, die sie übernahmen. Beides mag sich unter dem Einfluß des gegenwärtig schnellen gesellschaftlichen Wandels ändern. Ob der Beirat seine bisherige Stellung auch künftig behält, wird die Zukunft lehren. Die Nutzung wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik muss und wird jedoch bleiben“.¹⁷⁴

Richard Büchner faßt die verschiedenen Integrationsstufen zusammen: „Besonders wirksam erwies sich die in Verbindung mit dem Europäischen Wirtschaftswiederaufbauprogramm entstandene ‚Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit‘ (1948), der es namentlich gelang, die Kontingente weitgehend zu

¹⁷³ Kromphardt, Wilhelm: Wissenschaftliche Beratung der Regierenden, in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 328-330.

¹⁷⁴ Möller, Hans: Vorwort des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Sammelband der Gutachten von 1948-1972, Göttingen 1973, S. XIV-XXIII.

beseitigen und den Zahlungsverkehr von vielen Schranken zu befreien (Europäischer Wirtschaftsrat). Eine noch stärkere gegenseitige Wirtschaftsverflechtung ist im engeren Rahmen der ‚Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl‘ (1952) entstanden, die als regionale Teilintegration über eine supranationale Behörde verfügt. Die sechs Gründerstaaten der Montanunion haben einen weiteren Schritt im Sinne der Integration mit der Schaffung der ‚Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft‘ (1958) getan, die die äußere und innere Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder koordinieren soll. Die Basis dieses gemeinsamen Marktes bildet eine Zollunion, die sowohl die stufenweise Beseitigung der Abgaben im Verkehr zwischen ihren Mitgliedern als auch die Errichtung eines einheitlichen Zolltarifs nach außen zum Gegenstand hat. Eine losere Form der Zusammenarbeit ist die ‚Europäische Freihandelsassoziation‘, die 1960 von sieben Ländern ins Leben gerufen wurde und ihre Mitglieder vor allem zu schrittweisem Zollabbau verpflichtet, ohne einen gemeinsamen Außentarif vorzusehen¹⁷⁵.

Aus dem empirischen Befund hat Paraskewopoulos 4 Integrationsstufen herausgearbeitet. „Bestrebungen von Nationalstaaten, sich im Interesse der Förderung wirtschaftlicher (und politischer) Beziehungen zusammenzuschließen, sind dem Leitbild des Freihandels zuzuordnen. Im Prozeß wirtschaftlicher Integration durchschreiten die beteiligten Staaten 4 *Integrationsstufen*.

1. Die *Präferenzzone* stellt die niedrigste Integrationsstufe dar.

2. Die zunächst höhere Form des Zusammenschlusses mehrerer Staaten mit dem Ziel, Zölle abzubauen, ist die *Freihandelszone* (Freihandelsassoziation), in die in der Regel der gesamte Güterverkehr einbezogen wird.

3. In einer *Zollunion* hingegen werden nicht nur die Zölle zwischen den beteiligten Ländern abgebaut, sondern es besteht auch eine gemeinsame Zollpolitik gegenüber Drittländern, und es werden zusätzlich andere protektionistische Maßnahmen ihnen gegenüber abgestimmt. Innerhalb der Zollunion wird der Handel liberalisiert und bisherige inländische Monopole durch vormals ausländische nun in die Zollunion integrierte Konkurrenz neutralisiert.

4. Die Zollunion kann, wie am Beispiel der Europäischen Gemeinschaft nachvollziehbar, in einen *Binnenmarkt* (Gemeinsamer Markt) gipfeln, in dem uneingeschränkte interne Mobilität für alle Produktionsfaktoren besteht, Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr völlig liberalisiert sind¹⁷⁶.

Der Wirtschaftshistoriker Gerold Ambrosius hat 1996 in einer wirtschaftswissenschaftlichen und historischen Analyse die westeuropäische Integration dargestellt. Ausgangspunkt ist der wirtschaftshistorische Hintergrund der Integration. Die wirtschaftliche Integration wird beim Austausch von Waren und Diensten sowie bei der Arbeit und beim Kapital untersucht. Die wirtschaftspolitische Integra-

¹⁷⁵ Büchner, Richard: Freihandel, in: HdSW, 4. Bd., 1965, S. 137.

¹⁷⁶ Paraskewopoulos, Spiridon (Hrsg.): Volkswirtschaftslehre. Grundriss für Studierende, Herne, Berlin 2004, S. 402 f.

tion wird auf dem Hintergrund der Desintegration in der Zwischenkriegszeit behandelt.¹⁷⁷ Die wirtschaftliche Integration bedeutet im Wirtschaftsraum Westeuropa das Ende der nationalen Ökonomien.¹⁷⁸

Eine uneingeschränkte interne Mobilität aller Produktionsfaktoren, eine völlige Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs wie in der Europäischen Gemeinschaft hat es im sozialistischen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nie gegeben.

6.2. Naturalhandel und keine integrierte internationale Wirtschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Der sowjetrussische Außenhandel war durch Dekret vom 24. April 1918 zum Staatsmonopol erklärt worden. Für den Ein- und Verkauf von Erzeugnissen jeder Art mit dem Ausland wurden spezielle Staatsorgane bevollmächtigt. Damit wurde das gesamte außenwirtschaftliche Potential des Landes von der arbeitsteiligen Weltwirtschaft gelöst und die Außenhandelspolitik besonderen wirtschaftlichen Zielsetzungen unterstellt. Die wichtigsten Aufgaben des Außenhandelsmonopols waren in der Stalinschen Verfassung von 1936 (Art. 14)¹⁷⁹ der Sowjetunion verankert:

„1. den Warenverkehr mit dem Ausland den jeweiligen Bedürfnissen der Volkswirtschaft anzupassen, um die Verwirklichung der Wirtschaftspläne zu beschleunigen und so die optimale Förderung der Produktivkräfte zu erreichen;

2. die Einflüsse aus dem konjunkturellen Verlauf der freien Weltwirtschaft (z. B. die Preisschwankungen auf den Weltmärkten) abzufangen. Da die sowjetische Ein- und Ausfuhr nicht durch die Gesetze der komparativen Kosten und überhaupt der Wirtschaftlichkeit, sondern einzig und allein durch die Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit des jeweiligen Planungsvorhabens bestimmt wird, können sowjetische Waren auf den Weltmärkten zu Unterpreisen angeboten (Dumpingverkäufe) oder Erzeugnisse des Auslandes zu Überpreisen aufgekauft werden;

3. alle Gewinne (,Akkumulationen‘ aus dem Außenhandelsgeschäft dem Staate zufließen zu lassen. Diese Gewinne bestehen aus den üblichen Handelsspannen sowie aus den Zolleinnahmen. Das zunächst abgeschaffte *Zollsystem* wurde im Februar 1921 wieder eingeführt. Die sowjetischen Zölle dienen vielfach als Kompensation beim Abschluß von Handelsverträgen, als fiskalische Einnahmequelle, ab technisches Preisausgleichsmittel, als Kontrollmittel und erst an letzter Stelle als Schutz der einheimischen Industrie und Landwirtschaft. Das protektionistische Instrument ist das Außenhandelsmonopol selbst.

¹⁷⁷ Schulz, Matthias: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925-1933, Hamburg 1997.

¹⁷⁸ Ambrosius, Gerold: Wirtschaftsraum Europa – Vom Ende der Nationalökonomien, Frankfurt a. M. 1996.

¹⁷⁹ Artikel 14: Zu der Zuständigkeit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Gestalt ihrer obersten Machtorgane der Staatsverwaltung gehören u. a. der Außenhandel auf der Grundlage des Staatsmonopols.

Die Außenhandelspolitik: In dem Bestreben, die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt ‚einzuholen und zu überholen‘, hat die SU eine kontinuierliche und konsequente Außenhandelspolitik betrieben, die gegenüber den *privatkapitalistischen Ländern* durch einen intensiven Warenverkehr mit dem Westen im Dienste der russischen Industrialisierung gekennzeichnet ist. Ohne die Warenbezüge aus dem Westen hätte die SU ihre 1928 einsetzenden Fünfjahrespläne nicht annähernd mit dem gleichen Erfolg realisieren können. Dem sowjetrussischen Außenhandelsmonopol gelang es, 1926 einen Warenkredit von 300 Mill. RU und 1931 eine Garantie von weiteren 300 Mill. RM von Deutschland sowie 1930 8,4 Mill. £ von England und 1 Mrd. Lire von Italien zu erhalten. Die starke Position des sowjetischen Außenhandelsmonopols gegenüber dem Westen erwies sich vor allem während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, als die SU die Absatzkrise der konkurrierenden Industrieländer ausnutzte und z. B. i. J. 1932 ein Drittel des Weltexports an Maschinen und Ausrüstungen und mehr als die Hälfte des Weltexports an elektrischen Maschinen aufnahm bei gleichzeitigen Dumpingverkäufen an Getreide und anderen Nahrungsmitteln. Die SU setzte ihre Politik, nur denjenigen Warenverkehr mit dem Westen aufrechtzuerhalten und auszubauen, der das sowjetrussische Wirtschafts- und Rüstungspotential stärkt und den Weg zur völligen Autarkie ebnet, auch nach dem 2. Weltkrieg fort. Die Weltwirtschaftskonferenz vom April 1952 in Moskau, das Proklamieren der Ziele des 5. Fünfjahresplans für 1951-55 (anlässlich des 19. Parteitages der KPdSU(B) im Oktober 1952), die von der neuen Sowjet-Regierung nach dem Tode Stalins eingeschlagene Politik, sowie die Teilnahme der SU an den West-Ost-Handelsbesprechungen in Genf im April 1953 standen im Zeichen dieser Bemühungen. Die fünfte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 5. bis 8. August 1953 gilt jedoch als der eigentliche Auftakt zum ‚Neuen Kurs‘ der Wirtschaftspolitik und darunter auch der Außenhandelspolitik des Landes, wobei erstmalig der Konsumgütersektor und die Landwirtschaft eine größere Beachtung finden und sich die SU auch bereiterklärt, aus den westlichen Ländern nicht nur – wie bisher – Produktionsgüter, sondern auch größere Mengen Verbrauchsgüter aller Art einzuführen.

Nach dem 2. Weltkrieg erweiterte sich die Zahl dieser Länder noch um die *kommunistisch regierten Länder*, die sich zum sowjetischen Wirtschaftssystem bekennen: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, die Ostzone Deutschlands, Nordkorea und China. Die SU strebt mit diesen Ländern wirtschaftliche Absprachen an.

Die Außenhandelsrechte und -interessen der SU im Ausland werden von den sowjetischen *Handelsvertretungen* in den einzelnen Ländern wahrgenommen. Die Vertretungen sorgen für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der SU und den betreffenden Ländern, sie kontrollieren, regeln und fördern den Warenverkehr, führen Marktforschungsarbeiten durch und unterstützen die Import- und Exportvereinbarungen bei ihren Geschäftsabschlüssen mit den ausländischen Firmen. Die Handelsvertretungen genießen exterritoriale Rechte.

Die sowjetrussischen Ein- und Ausfuhren erfolgen nach *Plänen*, die im gesamtwirtschaftlichen Plan verankert sind. Der *Importplan* richtet sich nach dem

Importbedarf, der für notwendig erachtet wird, um die Vorhaben des jeweiligen Volkswirtschaftsplans verwirklichen zu können. Der *Exportplan* hat im wesentlichen die Kosten des Imports zu decken. Die SU zieht daher den Abschluß langfristiger Außenhandelsabkommen für gegenseitige Warenlieferung vor; ein multilateraler Warenverkehr im Sinne der westlichen Weltwirtschaft ist für das sowjetrussische monopolistische Außenhandelssystem nicht geeignet

Struktur und Entwicklung des Außenhandels: Die SU exportierte vor dem Zweiten Weltkrieg in erste Linie landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und bergbauliche Erzeugnisse und importierte industrielle Halb- und Fertigwaren sowie einige Rohstoffe. Bei der *Einfuhr* von industriellen Fertigwaren handelte es sich in der Hauptsache um Investitionsmittel, während vor 1913 auch die Einfuhr an Verbrauchsgütern eine große Rolle spielte. Das Industrialisierungsprogramm ließ insbesondere während des 1. und 2. Fünfjahresplanes den Anteil der Maschineneinfuhr ansteigen.

Die wichtigsten *Handelspartner* der SU zwischen den beiden Weltkriegen waren die Industrieländer des Westens. Etwa vier Fünftel des sowjetrussischen Imports kamen aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten (Maschinen), wohin auch vier Fünftel des Exports gingen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind tiefgehende *strukturelle Veränderungen* im sowjetrussischen Außenhandel eingetreten:

Innerhalb der Länder des *Ostblocks* hat die SU als die führende politische und wirtschaftliche Macht vielfach (vor allem nach 1948) die früheren Warenlieferungen der westeuropäischen Industrieländer und der überseeischen Rohstoffländer übernommen. Der sowjetrussische Export nach Osteuropa und nach China besteht daher vorliegend aus Maschinen, Industrieausrüstung, Produktionsmitteln aller Art sowie Rohstoffen und Halbwaren für weitere industrielle Verarbeitung. Auch beträchtliche Nahrungsmittellieferungen, vor allem Getreide, erfolgten in verschiedenen Jahren, um aufkommende Hungersnöte in den einzelnen osteuropäischen Ländern (Kollektivierung und Dürren führten vielfach zu Mißernten) zu verhindern. Die SU hat auch die Rolle eines *Vermittlers* im Warenverkehr unter den einzelnen osteuropäischen Ländern übernommen: z. B. rumänisches Erdöl, bulgarischer Tabak, ungarischer Wein, chinesische Ölsaaten u. ä. finden über Geschäftsabschlüsse mit der SU ihren Absatz in der Tschechoslowakei, in Polen oder in Ostdeutschland. Dafür liefert die SU tschechoslowakische Maschinen, polnische Chemikalien oder ostdeutsche Textilien an die erstgenannten Länder. Beim sowjetrussischen Warenaustausch mit Osteuropa und China handelt es sich infolgedessen nicht vorwiegend um den Austausch von eigenen Überschüssen gegen fehlende Erzeugnisse, sondern um den Ansatz einer wirtschaftlichen Integration innerhalb des Ostblocks, bei der der SU u. a. auch die Rolle eines ‚Maklers‘ zufällt.

Die SU hat zwar bis zum Jahre 1952/53 das *Außenhandelsvolumen* gegenüber der Vorkriegszeit um etwa das Dreifache erhöht und damit bereits die höchsten Außenhandelsumsätze der 1930er Jahre um etwa ein Drittel überschritten, ihr Anteil

am Welthandelsvolumen blieb jedoch noch erheblich unter dem Anteil des Jahres 1913“.¹⁸⁰

Anteil des sowjetrussischen Außenhandels am Welthandel 1913-1951 (in %) *

	1913	1929	1932	1938	1951 a)	1952 a)
Einfuhr	3,6	1,3	2,6	1,1	2,5	2,7
Ausfuhr	4,2	1,4	2,3	1,2	2,9	2,9
Umsatz	3,9	1,4	2,5	1,1	2,7	2,8

a) geschätzt.

* Quelle: Vnešnjaja torgowlja SSSR sa 20 let 1918-1937. Moskwa 1939, S. 20, 21.

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Das sowjetische System des Außenhandelsmonopols wurde nach 1945 auf die sozialistischen Volksdemokratien und die DDR übertragen.¹⁸¹

„*Geschichte und Zielsetzung*: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), engl. Council of Mutual Economic Aid (C.M.E.A.; COMECON) ist eine der wenigen internationalen Organisationen im sowjetischen Einflusbereich. Sie dient in politischer Hinsicht der Stabilisierung der ‚sozialistischen Staatengemeinschaft‘ und der Führungsrolle der Sowjetunion innerhalb der Gemeinschaft sowie in ökonomischer Hinsicht der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der RGW wurde 1949 von der *Sowjetunion, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien* und *Ungarn* in Moskau gegründet. Vollmitglieder wurden *Albanien* noch 1949 (es nimmt seit 1962 an den Ratstagungen nicht mehr teil) und die *Deutsche Demokratische Republik* 1950; teilassoziertes Mitglied wurde 1964 *Jugoslawien*. Die Öffnung über die Grenzen Osteuropas und der UdSSR hinaus erfolgte mit dem Eintritt der *Mongolischen VR* (1962), *Kubas* (1972) und *Vietnams* (1978). Im Rat sind mit Beobachterstatus *Afghanistan, Angola, Äthiopien, die VR Jemen, Laos, Mosambik* und *Nicaragua* vertreten. Kooperationsabkommen schloß der RGW mit *Finnland, Irak, Mexiko* und *Nicaragua*.

Der Prozeß der Vergesellschaftung folgte in den europäischen Mitgliedsländern nach 1948 dem sowjetischen Entwicklungsweg der Kollektivierung, Urbanisierung, Industrialisierung und Modernisierung. Zwar wurden die zentrale Planung (Planwirtschaft) als Wirtschaftsmechanismus eingeführt und das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln abgeschafft, doch blieben die nationalen Grundformen der Rentabilitätsrechnung und der Arbeitsteilung unangetastet. Im RGW entstand keine integrierte internationale Wirtschaft. Es ist daher verständlich, wenn sich gemeinsame Regelungen der Zusammenarbeit nur sehr langsam und nur

¹⁸⁰ Zotschew, Theodor: Sowjetunion (III, 10) Außenhandel, in: HDSW, 9. Bd., 1956, S. 372-378.

¹⁸¹ Boettcher, Erik: Außenhandelsmonopole in: HDSW, 1. Bd., 1956, S. 477-479. Lenin, W.I.: O Monopolii vnesnej orgovli [Über das Außenhandelsmonopol]. Gesammelte Werke (russisch) XXVII. Baykov, A. M.: Soviet Foreign Trade, Princeton 1946. Jöhr, W. A.: Außenhandel und Außenhandelspolitik der Sowjetunion. Außenwirtschaft, Bern, 2 (1947). Graf, Willi: Der Außenhandel zwischen marktwirtschaftlich organisierten und zentral geleiteten Volkswirtschaften, Zürich / St. Gallen 1951. Werner, Georg M.: Außenhandelspolitik der UdSSR nach Stalin in Osteuropa. Stuttgart, 4 (1954).

auf einigen Gebieten durchsetzen konnten. War die Gründung des RGW noch primär politisch motiviert – als Gegenmaßnahme zum Marshallplan und zur OEEC (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) – so enthielt erstmals das Ende 1959 in Sofia unterzeichnete RGW-Statut eine Einigung auf die grundlegenden wirtschaftspolitischen Ziele: (1) planungsmäßige volkswirtschaftliche Entwicklung, (2) beschleunigter wirtschaftlicher und technischer Fortschritt, permanente Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Wohlstandes, (3) Angleichung der Industrialisierungs- wie des allgemeinen Entwicklungsniveaus der Volkswirtschaften (Art. I). Dem waren vorausgegangen die für die UdSSR bedeutsame Einigung darüber, wissenschaftlich-technische Dokumentationen grundsätzlich unentgeltlich auszutauschen („Sofioter Prinzip“) 1949, sowie die Eröffnung eines ständigen Ratsbüros (1949) bzw. des Ständigen Sekretariats (1954). N. Chruschtschows Versuch 1962, eine überstaatliche gemeinsame Wirtschaftsplanung einzuführen, scheiterte am Widerstand der Mitgliedsländer. Die 1962 beschlossenen „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ und das 1971 verabschiedete „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ enthielten deshalb nur allgemeine Rahmen- und Zielsetzungen. 1974 erhielt der RGW das Recht zu vertraglichen Beziehungen mit Staaten und internationalen Organisationen. Am 25.6.1988 wurde ein Kooperationsvertrag mit der EG unterzeichnet.

Organisation: Die nationalen Regierungen entsenden ihre Vertreter in die *Ratstagung* (Ministerpräsidenten) und in das *Exekutivkomitee* (stellvertretende Regierungschefs). In den *Fachkomitees* sowie in den über 20 *Ständigen Kommissionen* für einzelne Branchen und für allgemeine Aufgaben (z. B. Statistiken) beraten die jeweiligen Ressortchefs. Das *Sekretariat* mit etwa 650 Mitarbeitern leistet die Verwaltungsarbeit und hat für die Haupt- und Nebenorgane das Initiativrecht. Letztere werden von den Ratstagungen für begrenzte Aufgaben eingesetzt. Als Gremien, die in der Ratssatzung nicht erwähnt werden, spielten bisher Gipfelkonferenzen der Partei- und Regierungschefs eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung des RGW. Über ihre Ständigen Vertreter beeinflussen die Mitgliedsländer zudem direkt die laufende Arbeit.

Da der RGW keine supranationale, sondern eine zwischenstaatliche Organisation ist, stellen die Beschlüsse seiner Gremien lediglich Empfehlungen an die Mitgliedsländer dar. Jedes Mitgliedsland verfügt in den Gremien über eine Stimme. Das Prinzip der Einstimmigkeit der Beschlüsse sichert die Wahrnehmung der nationalen Interessen. Um die Beschlußfähigkeit der Gremien zu erhöhen, gilt dieses Prinzip seit 1907 nur noch für die an der jeweiligen Regelung „interessierten“ Länder. Die genannten Regelungen gelten auch für (1) die etwa 25 *zwischenstaatlichen Organisationen*, die der Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten der Forschung und Entwicklung, der Produktion, des Verkehrs und der Finanzierung dienen, (2) die von Betrieben und Industrieorganisationen vertraglich gebildeten *Internationalen Wirtschaftsorganisationen*, sowie (3) wenige bilateral geschaffene *Gemeinsame Betriebe*.

Intrablockhandel der RGW-Länder 1982 (Exporte)

Warengruppe	Insgesamt (in Mill. TRbl. ¹⁾)	davon Anteile in %						
		Bulgarien	ČSSR	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	Ungarn
Maschinen, Aus- rüstungen, Trans- portmittel	28.541	11,0	18,0	22,1	14,3	4,9	19,7	10,1
Brennstoffe, mi- neralische Roh- stoffe, Metalle	22.548	1,0	4,0	3,5	5,7	1,7	82,8	1,5
Sonstige industri- elle Rohstoffe, Baumaterialien	3.115	5,6	9,9	12,4	4,8	4,3	56,4	6,6
Chemische Pro- dukte, Dünger und Kautschuk	2.962	5,3	11,1	23,9	4,8	8,5	37,2	9,2
Landwirtschaftli- che Rohstoffe ² , Ernährungsgüter	4.888	29,6	4,3	2,3	3,0	9,2	13,4	38,3
Industrielle Kon- sumgüter	7.040	9,6	19,1	20,0	16,7	9,3	10,4	15,0
nicht ausgewie- sene Waren	2.780	0,6	0	3,3	0	0	94,2	1,8
Insgesamt	71.875	8,1	11,4	13,6	9,7	4,6	43,3	9,3

¹ Transfer-Rubel. – ² einschließlich Lebendvieh sowie Genußmittel

Quellen: Stat. Jbb. Des RGW und der einzelnen RGW-Länder; Außenhandels-Jbb. Der RGW-Länder; Berechnungen und Schätzungen des DIW; Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Hg. Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung. Köln 1987, 236 f.

Methoden und Formen der Zusammenarbeit: Methoden. Die wichtigste wirtschaftsorganisatorische Methode war die *Koordinierung der mittelfristigen Volkswirtschaftspläne* in Form der bilateralen Abstimmung des Austausches von Waren, Diensten – und am Rande – von Kapital und Wissen. Die Investitionspolitik wird nicht abgestimmt. Ein erster Schritt in diese Richtung könnten die 1976 vereinbarten *langfristigen Zielprogramme* gesamtwirtschaftlich wichtiger Bereiche, wie der Energie- und Rohstoffe, sein.

Intrablockhandel. Die weitaus wichtigere Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist der bilaterale Warenaustausch.

Über 60 % ihres Außenhandels wickeln die Mitgliedsländer untereinander ab. Auf die UdSSR entfällt über ein Drittel des Intrablockhandels. Trotzdem ist ihre Außenhandelsverflechtung relativ gering im Verhältnis zu derjenigen der Mitgliedsländer Ungarn, ČSSR, DDR und Bulgarien. Der Tendenz nach ist der sowjetische Außenhandel komplementär strukturiert. Während vor allem Rohstoffe ausgeführt werden, besteht die Einfuhr überwiegend aus Investitions- und industriellen Konsumgütern. Am weitesten ist die Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft vorangeschritten. Hier deckt die UdSSR den Primärenergieverbrauch der europäischen RGW-Länder zu einem Drittel.

**Anteil der Primärenergieimporte¹ aus der UdSSR am Inlandsverbrauch
der RGW-Länder (in %)**

	1965	1980	1982
Bulgarien	44,0	72,4	74,6
ČSSR	17,0	39,2	36,8
DDR	15,1	33,3	31,5
Polen	9,0	16,7	16,2
Rumänien	1,9	5,1	3,2
Ungarn	19,5	46,8	42,9
RGW ²	14,1	28,9	27,5

¹Kohle, Erdöl und Erdölprodukte, Erdgas, Strom. – ²nur Osteuropa

Quellen: Datenbank RGW-Energie des DIW; Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.
Hg. Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung. Köln 1987, 243.

Der Warenaustausch wird auf Regierungsebene vereinbart. Er ist mengen- oder wertmäßig kontingentiert. Die Preisbildung im Außen- wie im Binnenhandel stellt eines der ungelösten Probleme dar. Im Intra-blockhandel werden die Weltmarktpreise einer bestimmten Referenzperiode als Basis der Preisverhandlungen verwendet. Bis 1963 wurde der Warenaustausch nach einem Clearingverfahren verrechnet (Clearing-Rubel). Seitdem fungiert als Verrechnungsgröße der Transfer-Rubel, der ausschließlich bei der ebenfalls 1964 gegründeten Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ, Moskau) geführt wird und nicht konvertibel ist¹⁸².

Hannelore Hamel führt dazu aus: „Aufgrund der Planungshoheit der Mitgliedsländer und der Inkonvertibilität der Währungen wurden nahezu ausschließlich bilaterale und mengenbezogene Handelsverträge abgeschlossen. Auch die Vertragspreise, die im Intra-RGW-Handel an gleitende Fünfjahresdurchschnitte der Weltmarktpreise gekoppelt waren, wurden in bilateralen Verhandlungen auf Regierungsebene festgelegt. Daran hatte auch das 1964 eingeführte multilaterale Verrechnungssystem über die Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ) mit Hilfe des Transferrubel als künstlicher Verrechnungseinheit nichts geändert. Der Grund hierfür lag in der stark eingeschränkten Verwendungsmöglichkeit von Transfer-Rubel-Guthaben, die in der Regel von den Partnerländern nicht mit ‚volkswirtschaftlich wichtigen Gütern‘, sondern mit ‚weichen‘ Waren abgegolten wurden“¹⁸³.

¹⁸² Rytlewski, Ralf: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1995, Sp. 641 ff.

¹⁸³ Hamel, Hannelore: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), in: Eppelmann, Rainer / Möller, Horst / Nooze, Günter / Wilm, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2: N-Z. 2. Aufl. 1997, S. 648 f. „Weiche Waren“ waren Waren, die aufgrund ihrer minderwertigen Qualität im Westen nicht abgesetzt werden konnten.

Unabhängig von dem faktisch liberalen Verrechnungsverkehr tritt die IBWZ auf internationalen Märkten als selbständiger Kreditnehmer in konvertiblen Währungen auf. Als Ersatzstrategie für eine in den Ansätzen steckengebliebene multilaterale Währungspolitik strebt Ungarn als bisher einziges RGW-Land an, die eigene Binnenwährung zur Konvertibilität zu führen. Einen anderen Weg bietet die Abwicklung auf US-\$-Basis, die seit Mitte der 70er Jahre für bestimmte Waren möglich ist.

Produktionsspezialisierung. Aufgrund der gleichen Industrialisierungsstrategie und des binnenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsmechanismus der RGW-Länder ist die internationale Produktionsspezialisierung relativ schwach entwickelt. Vereinarbete Produktionseinstellungen oder -verlagerungen blieben bisher die Ausnahme. Ohnehin hat sich die UdSSR bestimmte rüstungssensible Produktionen – Luft- und Raumfahrt, Atom- und Raketentechnik – vorbehalten. Die zahlreichen in den 70er Jahren meistens bilateral geschlossenen Kooperations- und Spezialisierungsabkommen haben die historisch gewachsenen Fertigungsstrukturen bestätigt. Es dominiert die Zusammenarbeit bei Endprodukten des Maschinenbaus.

Die bisherige gemeinsame Investitionspolitik bezog sich (1) auf die Koordination einzelner Investitionen, (2) vor allem aber auf die Finanzierung von Projekten, die im Interesse mehrerer Länder lagen, (3) in wenigen Fällen auch auf Gemeinsame Betriebe. Die Investitionsbeteiligung kann unmittelbar als projekt- und liefergebundene Kredite aufgrund von bilateralen Regierungsabkommen oder mittelbar als Kreditzusage an die 1979 gegründete Internationale Investitionsbank in Moskau erfolgen. Die direkten Beteiligungen werden als zeitlich gestreckte Kompensationsgeschäfte praktiziert. Fast alle RGW-Länder beteiligen sich auf diese Weise an der Erschließung von sowjetischen Rohstoffvorkommen

Auswirkungen: Der RGW konnte dazu beitragen, die Makrostrukturen der Länder anzugleichen, die verarbeitende Industrie überall zum führenden Sektor auszubauen und die UdSSR mit den rohstoff- und energiearmen RGW-Ländern zu verflechten. Nicht verhindern konnte der RGW die enorme Verlangsamung des Wirtschaftswachstums seit den 70er Jahren.

Der Prozeß der Zusammenarbeit im RGW wurde bisher von zwei Widersprüchen bestimmt, deren Aufhebung nicht abzusehen ist: dem Widerspruch zwischen der Tendenz zur Internationalisierung der Wirtschaft und ihrer nationalstaatlichen Organisationen einerseits sowie dem zwischen der wirtschaftlichen und politischen Großmacht UdSSR und den kleineren bis mittleren Volkswirtschaften der verbündeten Länder andererseits. Vieles spricht dafür, daß das vielfältig erprobte Krisenmanagement des RGW die Gegensätze zu lindern half. Im gewissen Umfange konnte ein eigenes Rechtssystem entwickelt werden, wie dies für internationale Organisationen typisch ist. Der Bilateralismus kennzeichnet nach wie vor alle Beziehungen im RGW, dessen Mitgliedsstaaten souverän und als Wirtschaftseigentümer

auftraten. Das Übergewicht der UdSSR ist nicht rechtlich, sondern politisch, militärisch und wirtschaftlich fundiert“.¹⁸⁴

Staatliches Außenwirtschaftsmonopol als konstitutives Prinzip des DDR-Wirtschaftssystems: Die staatliche Außenwirtschaftsorganisation als Garant des Außenwirtschaftsmonopols: „Dem Prinzip der individuellen Außenhandelsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland steht in der DDR das staatliche Monopol in der Außenwirtschaft (Staatshandelsland) gegenüber. Unmittelbar nach dem Ende des II. Weltkrieges wurde im Zuge der Übertragung des sowjetischen Wirtschaftssystems auf die damalige SBZ auch das von Lenin als ‚eine Kommandohöhe der Wirtschaft‘ definierte staatliche Außenhandelsmonopol installiert. Es galt als ‚die spezifische Form absoluter Gewährleistung der Leitung und Planung des Außenhandels durch die sozialistische Staatsmacht‘.¹⁸⁵ Seine umfassende gesetzliche Regelung fand das Außenhandelsmonopol viel später im ‚Gesetz über den Außenhandel‘ von 1958, erst in der DDR-Verfassung von 1968¹⁸⁶ wurde es in Art. 9 Abs. 5 als staatliches Außenwirtschaftsmonopol verankert.

Preisbildung im Außenhandel: Die Marktpreisbildung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland: Der ordnungspolitischen Grundentscheidung für einen freiheitlichen Außenwirtschaftsverkehr entsprechend erfolgt auch die Koordination der auf den grenzüberschreitenden Handelsverkehr gerichteten Pläne der Einzelwirtschaften durch Marktpreise. In diesem Koordinationsprozeß sollen die Preise neben der Abstimmungsfunktion zwei weitere Funktionen erfüllen: die Information der Marktteilnehmer über die relative Knappheit der Güter und deren Veränderungen und die entsprechende Lenkung der knappen Ressourcen in optimale Verwendungen.

Gespaltene Parteiensysteme in der DDR: Typisches Merkmal des DDR-Außenwirtschaftssystems ist nicht nur durch die durch das staatliche Außenwirtschaftsmonopol bedingte – inzwischen zwar gelockerte – organisatorische Trennung von Produktion und Außenhandel, sondern auch die auf dem Binnencharakter der ‚Mark der DDR‘ basierende Trennung von Binnen- und Außenhandelspreisen.

Die Außenhandelspreisbildung: Im Handel mit ‚sozialistischen‘, d. h. vornehmlich mit den RGW-Ländern, und ‚nichtsozialistischen‘ Ländern gelten unterschiedliche Preisbildungsprinzipien.

Der Handel mit den RGW-Ländern wird zu Vertragspreisen abgewickelt. Aufgrund der fehlenden Konvertibilität aller RGW-Währungen ist die Festsetzung der Vertragspreise außerordentlich kompliziert. Deshalb wird der überwiegende Teil

¹⁸⁴ Rytlewski, Ralf: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, 7. Aufl. 4. Bd., 1995, S. 641-645. Ähnlich Knirsch, Peter: Comecon, in: HdWW, 2. Band, 1988, S. 81-85.

¹⁸⁵ Faude, Eugen / Grotel, Gerhard / Luft, Christa: Sozialistische Außenwirtschaft. Lehrbuch, Berlin (-Ost) 1984, S. 19.

¹⁸⁶ GBI I/1958, S. 69 und GBI II/1964, S. 287.

dieser Preise auf der Basis der Weltmarktpreise (Preise auf den jeweiligen Hauptwarenmärkten) gebildet. Bis 1975 galt dafür die sogenannte Bukarester Preisformel,¹⁸⁷ dabei wurden in der Regel konstante Preise für eine fünfjährige Periode festgelegt, die auf den Durchschnittsweltmarktpreisen der der Abkommenperiode vorangegangenen fünf Jahre basierten. Als Folge der Rohstoff- und insbesondere der Erdölpreisexplosionen wurde 1975 die Bukarester Preisformel abgelöst,¹⁸⁸ seither werden die Vertragspreise alljährlich verändert, und zwar ab 1976 auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise der dem jeweiligen Planungsjahr vorangegangenen fünf Jahre.¹⁸⁹ Durch diese gleitende alljährliche Preisanpassung im RGW wirken die raschen Weltmarktpreissteigerungen der 70er Jahre zwar verzögert auf den RGW-Außenhandel, das gleiche gilt aber auch für die Preissenkungen der 80er Jahre. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinken entsprechend nach. So setzten z. B. die rigorosen Energiesparmaßnahmen in der DDR erst 1981 ein.

Die Preise im Handel mit den übrigen ‚sozialistischen Ländern‘, das ist vor allem Jugoslawien, orientieren sich an den aktuellen Weltmarktpreisen. Für den Handel mit den ‚nichtsozialistischen‘ Ländern gilt die Marktpreisbildung. Im Handel mit diesen Ländern wird ein flexibles Reagieren auf die schnellen Veränderungen des internationalen Preisgefüges durch die systembedingte mangelhafte Preisorientierung der AHB [Außenhandelsbetriebe] erschwert. Das unter Wettbewerbsbedingungen selbstverständliche Verhalten, zu den günstigsten Preisen zu exportieren, muß in Staatshandelsländern wie der DDR erst von oben verordnet werden. So besteht seit dem X. Parteitag der SED die ausdrückliche Forderung: ‚[...] zu gewährleisten, daß die Exporterzeugnisse zu vorteilhaften Preisen und Bedingungen verkauft werden‘. Gerade hinsichtlich der sogenannten Auslandspreisarbeit und der bisher völlig unzulänglichen Marktforschungspraktiken wird von der produktionsorientierten Reformierung der Außenhandelsorganisation ab 1981 eine erhebliche Verbesserung erwartet.

Die inländische Verrechnung der Außenhandelspreise: Bis zur Reformperiode der 60er Jahre wurden jegliche Einflüsse von Außenhandelspreisen nicht nur auf das Binnenpreisniveau, sondern vor allem auch auf das Betriebsergebnis der Produktionsbetriebe automatisch ausgeschaltet. Der Produktionsbetrieb hatte seinen Plan durch Ablieferung geplanter Warenmengen zu Binnenpreisen an den AHB erfüllt. Der Ausgleich von Gewinn oder Verlust aus dem Export erfolgte für den AHB aus dem Staatshaushalt über das Preisausgleichskonto. Eine Messung der betrieblichen Exportrentabilität war nicht möglich. Die unter dem Slogan ‚Konfrontation der einheimischen Produzenten mit den Weltmarktbedingungen‘ durchgeführte

187 Auf der IX. Ratstagung des RGW 1958 in Bukarest festgesetzt.

188 Auf der 70. Tagung des Exekutivkomitees des RGW im Januar 1975 in Moskau festgelegt.

189 Für 1975 wurde um der schnelleren Anpassung willen eine dreijährige Durchschnittsperiode gewählt. Offenbar zur rascheren Anpassung an die zweite Erdölkrise von 1979 lässt sich zumindest bei Erdöl und Erdgas ab 1981 rechnerisch wiederum ein Dreijahresdurchschnitt nachweisen.

Außenhandelsreform der 60er Jahre brachte als wichtigstes Ergebnis die Einbeziehung der im Export erzielten Erlöse in die betriebliche Abrechnung, die Bildung des sogenannten einheitlichen Betriebsergebnisses. Voraussetzungen dafür waren die Erteilung von wertmäßigen Exportplanaufgaben nicht mehr zu Binnenpreisen, sondern zu Devisenverrechnungspreisen, den sogenannten Valutagegenwerten, und die Veränderung der rechtlichen Beziehungen zwischen AHB und Produktionsbetrieb. Wie bereits erwähnt, verkaufen diese seither auf der Basis von Exportkommissionsverträgen die Waren auf Rechnung des Produzenten im Ausland.

Bereits im Experimentierstadium der Reform stellte sich heraus, daß die ‚Exporterlöse‘ nicht ungefiltert in das Betriebssystem eingehen konnten. So ergaben sich vor allem aufgrund des gespaltenen Binnen- und Auslandspreisniveaus zu starke Verzerrungen für das einheitliche Betriebsergebnis. Deshalb werden seither regional und nach Währungen differenzierte Umrechnungskoeffizienten angewendet, die wiederum den Einfluß des tatsächlichen Exporterlöses auf das einheitliche Betriebsergebnis stark verwässern. Die Devisenverrechnungspreise werden ausschließlich im Export angewendet. Die Importe werden bei den Betrieben nach wie vor zu Inlandspreisen (Importabgabepreisen) verrechnet. Wurden diese Importabgabepreise bis in die 70er Jahre generell an das binnenländische Preisniveau (sogenannte Relationspreisbildung) angepasst, gilt heute grundsätzlich der Importaufwandspreis, um die internationale Preisentwicklung ‚sichtbar zu machen‘.¹⁹⁰

Die fehlende Konvertibilität der Mark der DDR und der dadurch notwendige komplizierte Verrechnungsmodus für Exporterlöse und Importaufwendungen in Verbindung mit dem ungelösten binnenländischen Preisproblem sind Ursache für schwere ökonomische Bewertungsmängel. So ist z. B. die Exportrentabilität der inländischen Produzenten ebensowenig exakt meßbar wie zweigspezifische Exportverflechtungen. Gravierende Mängel weist auch die DDR Außenhandelsstatistik auf, da die Exporterlöse und Importaufwendungen im Gegensatz zu allen anderen statistischen Ausweisen in einer fiktiven statistischen Recheneinheit, der Valutamark (VM), ausgedrückt werden. Die Relation dieser Valutamark zur Binnenmark war aber Staatsgeheimnis“.¹⁹¹

¹⁹⁰ Faude, Eugen / Grotel, Gerhard / Luft, Christa: Sozialistische Außenwirtschaft. Lehrbuch, Berlin (-Ost) 1984, S. 80, 204.

¹⁹¹ Derix, Hans-Heribert / Haendcke-Hoppe, Maria: Die Außenwirtschaftssysteme, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 209-213.

II. Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949: Die SBZ / DDR wird Teil der von der Sowjetunion dominierten Länder und die Westzonen / BRD Teil der von den Vereinigten Staaten geführten Welt

1. Alexander Fischers zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ / DDR

In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages stellte der Historiker Alexander Fischer 1992 zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ/DDR auf.

„Jede Erörterung kommunistischer bzw. stalinistischer Politik in Deutschland – und die Geschichte der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1991 gehört zu den inzwischen bilanzwürdigen Ergebnissen dieser Politik – hat eine unumstößliche Prämisse zu beachten: Es ist erst die von deutscher Seite in entscheidendem Maße zu verantwortende Auslösung des Zweiten Weltkrieges gewesen, die im Verlaufe einer kollektiven Kraftanstrengung der internationalen Staatengemeinschaft, namentlich der sog. Anti-Hitler-Koalition, die Voraussetzungen dafür schuf, daß ein anderer Hegemonialanspruch – der des bolschewistischen Rußland bzw. Stalins – in Deutschland derart virulent werden konnte, daß heute daran gegangen werden muß, die Geschichte der daraus entstandenen SED-Diktatur und ihrer Folgen aufzuarbeiten.

I.: Der in der Vorbemerkung genannte Faktor ‚Sowjetunion‘ spielt im Zusammenhang von Entstehen und Entwicklung sowie nicht zuletzt für das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine ausschlaggebende Rolle, jedoch ist zuvörderst festzuhalten: Die Errichtung einer deutschen demokratischen Republik ist eine deutsche Idee. Der 1949 geschaffene Staat DDR geht in wesentlichen Merkmalen auf Vorstellungen und Prinzipien der KPD aus den 30er Jahren zurück. Nachdem im Jahre 1935 mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die bis dahin gültige ultralinke Parteilinie der deutschen Kommunisten aufgegeben worden war, ließen taktische Überlegungen im Rahmen der eingeschlagenen Volks- und Einheitsfrontpolitik die Forderung nach einer großen Sowjetrepublik als unzeitgemäß erscheinen. Ohne das große Ziel eines ‚Sowjet-Deutschland‘ gänzlich aus den Augen zu verlieren, machten Äußerungen führender Funktionäre der KPD seinerzeit deutlich, daß die KPD in der zweiten Hälfte der 30er Jahre für ein Deutschland nach Hitler eine ‚demokratische Volksrepublik‘ (oder ‚Volksrepublik Deutschland‘) favorisierte.

II.: In seiner inhaltlichen Ausgestaltung sollte sich diese ‚demokratische Volksrepublik‘ von der Weimarer Republik deutlich unterscheiden. Dem Weimarer Staat – dessen entscheidendes Manko es nach einem Kommentar Anton Ackermanns war, nicht als ‚ein fortschrittlich revolutionäres Staatswesen‘ entstanden zu sein – wurde vorgeworfen, insbesondere die Zerschlagung des ‚reaktionären Staatsapparates‘ und die Vernichtung der ‚schlimmsten Reaktion der Monarchisten, Generäle, Junker und Großkapitalisten‘ versäumt zu haben. Demzufolge verordnete eine Ausarbeitung der KPD vom Juni 1936 einen neuen deutschen Staat nach Hitler die Auf-

lage, sich vor allem um die – im kommunistischen Verständnis – ‚feudalen Überreste‘ und die ‚kapitalistischen Säulen‘ der deutschen Gesellschaft zu kümmern: Für den agrarischen Bereich wurde eine Bodenreform angekündigt, und auch im industriellen Sektor wurden schwerwiegende Eingriffe in Aussicht gestellt. Darüber hinaus war die Rede davon, den Staatsapparat, aber auch Heer und Marine sowie alle öffentlichen Ämter von ‚volksfeindlichen, faschistischen Elementen‘ zu säubern. Bezieht man die bis zur sog. Berner Konferenz der KPD von 1939 gemachten Aussagen der deutschen Kommunisten über ein Volksfrontdeutschland mit ein, dann wurden mit diesem Staat u. a. die folgenden – auch für die spätere DDR relevanten – Merkmale verbunden:

- eine besondere außenpolitische Bindung an die Sowjetunion,
- drastische Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen (u. a. Enteignung ‚des faschistischen Trustkapitals‘ und Durchführung einer ‚demokratischen Bodenreform‘),
- die Schaffung eines verlässlichen Beamten- und Polizeiapparates sowie einer zuverlässigen Armee (‚Volksarmee‘),
- die Schaffung der ‚einigen Arbeiterklasse‘,
- das Fernhalten sog. bürgerlicher Kräfte von den Schaltstellen der politischen Macht (‚die einige Arbeiterklasse [...] wird das Schicksal des Landes bestimmen‘) und nicht zuletzt
- die Fortsetzung des Kampfes ‚um den Sozialismus‘ (‚die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel‘ gewinnen).

III.: Die Vorstellung von einer solchen deutschen demokratischen Republik ist offenbar auch in dem Moment präsent gewesen, als deutsche Truppen in den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einfielen. Offensichtlich von der Überzeugung getragen, daß die deutsche Arbeiterklasse mittels einer bewaffneten, revolutionären Erhebung dem nationalistischen Spuk in Deutschland ein Ende bereiten werde, richteten die Angehörigen der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und ihre zahlreichen deutschen Helfer – von Anton Ackermann bis Hedda Zinner – seinerzeit ihre Bemühungen darauf, diesen erwünschten revolutionären Prozeß in Deutschland zu beschleunigen und die – gelegentlich sogar als ‚Genossen‘ angesprochenen Soldaten der deutschen Angriffsdivisionen ‚in dutzendfacher Wiederholung‘ aufzufordern, zur Sowjetarmee überzulaufen, die Waffen umzukehren und für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Darüber hinaus ergingen an die Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie detaillierte Anweisungen, ‚was zu tun und zu lassen sei, damit die deutsche Kriegsmaschine zum Entgleisen gebracht wird, damit Räder und Getriebe stehen bleiben, Eisenbahnzüge zusammenstoßen und damit der Prozentsatz von Ausschuß und Blindgängern in der Rüstungsproduktion hoch ist‘. Mit dieser ‚politisch-moralischen Aktivierung‘ war die Erwartung verbunden, den – aus Moskauer Sicht – vermeintlich unmittelbar bevorstehenden ‚Volkskampf‘ so zu unterstützen, daß nicht nur die Ablösung Hitlers erreicht, sondern zugleich ‚die Umstrukturierung des politisch-sozialen System in Deutschland‘ eingeleitet werden könne.

IV.: Erst die im Laufe des Herbstes 1941 unter den kommunistischen Funktionären der Moskauer Emigration um sich greifende Erkenntnis, daß es Hitler gelungen sein könnte, ‚das Klassenbewußtsein der [deutschen] Arbeiter auszulöschen‘ (K. L. Selesnjow), nicht zuletzt aber auch das spezielle – an der Existenzsicherung des Sowjetstaates orientierte – Interesse Stalins führten zu einer taktischen Variante im Vorfeld eines neuen Deutschland, die später immer wieder einmal als eine Keimzelle der DDR bezeichnet worden ist und in der Aufwertung einer – auf sowjetische Initiative hin gegründeten – nationalen Sammlungsbewegung deutscher Hitlergegner bestand: Die Rede ist vom Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘. Diese ‚deutsche Anti-Hitler-Koalition‘ widersprach der in Casablanca verkündeten deutschlandpolitischen Standardformel des alliierten Bündnisses gegen Hitler, der Übereinkunft über eine ‚bedingungslose Kapitulation‘, und hat zunächst eher den Eindruck erweckt, als habe es sich um ein Druckmittel der sowjetischen Politik gegenüber den westlichen Alliierten gehandelt. Indessen gibt es ernsthafte Anzeichen dafür, daß mit dem Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ in erster Linie die deutsche Wehrmachtführung und eine – vermeintlich vorhandene – innerdeutsche Opposition endlich dazu veranlaßt werden sollten, zu dem – immer noch erwarteten – Schlag gegen Hitler auszuholen. Es hat den Anschein, als habe die Sowjetunion als einzige der gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Mächte dem innerdeutschen Widerstand – gemeint ist der kommunistische – ‚einen deutlichen Hinweis‘ geben wollen, dazu bereit zu sein, ‚mit einer deutschen Widerstandsregierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln‘.

V.: Die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ blieb zwar gegenüber der Wehrmacht und gegenüber innerdeutschen Widerstandsgruppen ohne Resonanz, löste jedoch einen Effekt aus, der eine Intensivierung der anglo-amerikanischen Bemühungen um eine Erörterung der Neuordnung Europas – und damit Deutschlands – nach dem Kriege zur Folge hatte. Das führte zu einer kurzfristigen, in der Folgezeit, d. h. in den folgenden fünfzig Jahren, nicht wieder erreichten Phase der interalliierten Kooperation. In dieser Phase einer bemerkenswerten Solidarität zwischen Moskau einerseits sowie London und Washington andererseits sind – nach einer wichtigen Vorentscheidung im Hinblick auf die Festlegung der künftigen deutschen Ostgrenze im Verlaufe der Konferenz von Teheran im Herbst 1943 – wichtige Abmachungen in der ‚deutschen Frage‘ erfolgt: zum ersten die Festlegung des Kapitulationsvorganges, zum zweiten das Abkommen über die Einzelheiten der militärischen Besetzung Deutschlands (u. a. Festlegung der Besatzungszonen, Art und Weise der Durchführung der Besetzung) und zum dritten die Vereinbarung über die alliierten Kontrollrichtungen. Es muß hervorgehoben werden, daß die sowjetische Seite diese eher technischen Rahmenvereinbarungen zwar akzeptierte, aber – und das ist für den weiteren Gang der Dinge in Deutschland maßgeblich geworden – nicht bereit war, Maßnahmen von politischer Tragweite – wie z.B. die Erörterung oder gar Festlegung der Prinzipien einer gemeinsamen Besatzungspolitik für Deutschland – ernsthaft zu diskutieren, geschweige denn zu entscheiden.

VI.: Diese – frühe – sowjetische Verweigerungshaltung hängt mit der um die Jahreswende 1944/45 immer deutlicher erkennbar werdenden Absicht Stalins zusammen, in Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Europa wie des neuen Deutschland freie Hand zu behalten, konkreter gesprochen: auch in Deutschland den Kräften ‚der Demokratie, des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts zum Durchbruch zu verhelfen‘. Immer noch auf eine innerdeutsche Erhebung fixiert, bereiteten sowjetische Funktionäre zusammen mit der Moskauer Parteiführung der KPD um Wilhelm Pieck den Weg aus der ‚deutschen Misere‘ (A. Abusch). Wenn man den Aufzeichnungen des Parteivorsitzenden Pieck aus seiner Moskauer Emigrationszeit folgt, dann sollte sich der Neuaufbau in Deutschland nach dogmatisierten Grundsätzen vollziehen, die er und seine Genossen aus Lenins Schrift ‚Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution‘ bezogen. Die deutschen Kommunisten identifizierten sich unter Anleitung Georgi Dimitroffs, damals Leiter der Abteilung für internationale Information beim ZK der KPdSU, vorbehaltlos mit den taktischen Ratschlägen, die Lenin im Sommer 1905 seinen bolschewistischen Anhängern in den sozialdemokratischen Gruppen und Zirkeln des zaristischen Rußlands erteilt hatte, weil sie sich in einer vergleichbaren Situation wähnten: nämlich am Vorabend einer ‚demokratischen Revolution‘.

Pieck hob besonders hervor, daß Lenin seinerzeit den Rat erteilt habe, ein Aktionsprogramm aufzustellen, das ‚den objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks und den Aufgaben der proletarischen Demokratie‘ entspreche. Unter diesem ‚Minimalprogramm‘ hatte der Führer der Bolschewiki seinerzeit ‚das Programm der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltungen‘ verstanden, ‚die einerseits auf dem Boden der jetzigen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und andererseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die Verwirklichung des Sozialismus, notwendig sind‘.

VII.: Als ‚Minimalprogramm‘ des Jahres 1944 im Hinblick auf Deutschland erarbeitete eine zwanzigköpfige Arbeitskommission – der das Gros der führenden Funktionäre der Moskauer Emigration der KPD von Pieck, Ulbricht, Ackermann, Florin über Becher, Hernstadt und Hoernle bis hin zu Wandel, Weinert und Winzer angehörte – ein ‚Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie‘, das für den ‚Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung‘ in Deutschland unmißverständlich klar machte, daß die KPD – und damit selbstverständlich auch die sie stützende sowjetische Führung – beim Neuaufbau eines deutschen Staates nichts dem Zufall überlassen wollte und – vor allem – unter Berufung auf ihre Analysen der Lage im Lande einen politischen Führungsanspruch erhob. Jetzt bestehe die Chance, so hat Walter Ulbricht seinen Genossen in Moskau die sich aus dieser Sicht abzeichnende besondere Situation in Deutschland kurz vor dem Ende des Krieges beschrieben, nicht nur mit Hilfe der Sowjetunion und der Roten Armee wieder auf die Beine kommen, sondern auch die Führung der Nation übernehmen zu können.

VIII.: Die Auffassung, daß die Kader der deutschen Kommunisten die maßgebliche Rolle bei der staatlichen Neugestaltung Deutschlands zu spielen hätten, wäre ohne Auswirkungen geblieben, wenn sie nicht von Stalin geteilt und unterstützt

worden wäre. Diese Haltung ist frühzeitig zu erkennen gewesen. In der Situation des Jahres 1945 fiel es zudem besonders ins Gewicht, wenn Moskau seinerzeit den Anspruch erhob, mit seiner Auslegung der Beschlüsse der alliierten Gipfelkonferenzen und mit den programmatischen Ausarbeitungen der Moskauer Führungsspitze der KPD den einzig gangbaren Weg in der deutschen Frage weisen zu können. Für Stalin gehörte es in diesem Zusammenhang offenbar zu den unverzichtbaren Zielsetzungen, die deutsche Reichshauptstadt von Truppen der Roten Armee erobern zu lassen. Für ihn war die Einnahme der Hauptstadt des ‚Dritten Reiches‘ zweifellos ‚eines der wichtigsten Ziele der letzten Etappe des Krieges in Europa‘, weil aus seiner Sicht mit der Berliner Operation ‚die wichtigsten militärischen und politischen Fragen‘ entschieden werden konnten, ‚von denen die Struktur Deutschlands nach dem Krieg und die politische Stellung dieses Landes innerhalb Europas‘ abhingen (G. K. Schukow). Für ihn, der in der Tradition eines von seinen jeweiligen Hauptstädten nachhaltig geprägten Imperiums lebte, stand fest, daß von den ersten politischen Maßnahmen der Eroberer der deutschen Reichshauptstadt ‚in vielem die Nachkriegsentwicklung mit bestimmt‘ (Kutschinskaja) werden würde.

IX.: Für die deutschen wie für die sowjetischen Kommunisten dürfte es zu den größten Enttäuschungen ihrer politischen Laufbahn gehört haben, im Frühjahr aus der Ferne zusehen zu müssen, wie das Ringen um Deutschland im harten Kampf gegen das deutsche Volk erfolgte. Die seit Kriegsbeginn immer wieder gehegten Hoffnungen auf einen innerdeutschen Volksaufstand erwiesen sich nunmehr endgültig als Illusion – was Anton Ackermann in einem Zeitschriftenartikel unmittelbar nach der Konferenz von Jalta heftig beklagte. Während die Moskauer Emigranten im Falle eines gewaltsamen Umsturzes im ‚Dritten Reich‘ davon ausgegangen wären, einer ‚revolutionär-demokratischen Volksmacht‘ (Günter Benser) die Schlüsselstellungen in Staat und Gesellschaft sichern zu können, komplizierte die Zerschlagung des Hitlerreiches durch die Truppen der sog. Anti-Hitler-Koalition die Lage kurzfristig beträchtlich. Im Blick auf das erforderlich werdende Arrangement mit den westlichen Besatzungsmächten mußten die Funktionäre der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und der Parteiführung der KPD all ihre detaillierten Pläne und Vorstellungen von einer revolutionären Umgestaltung Deutschlands zurücknehmen und sich vorerst mit kleineren Schritten sowie mit einem eingeschränkten Territorium, der sowjetischen Besatzungszone begnügen. Kurzfristig konzentrierte sich der Aufbau einer ‚antifaschistisch-demokratischen Ordnung‘ sogar nur auf die Bildung ‚zuverlässiger‘ örtlicher Verwaltungen. Die bei dieser Gelegenheit von vornherein geübte Praxis warf freilich ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der neuen Ordnung. In jedem Falle sollten nämlich die Schlüsselpositionen, z. B. die Dezernate für Personalfragen, für Volksbildung und für den Aufbau der Polizei, zuverlässigen kommunistischen Funktionären vorbehalten bleiben. ‚Es ist doch ganz klar‘, so hat Walter Ulbricht die politische Maxime in dieser Phase des Neubeginns erläutert, ‚es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten‘.

X.: Der sowjetischen Besatzungsmacht ist es vorbehalten geblieben, in enger Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Funktionären der KPD den Zeitpunkt festzulegen, ab dem die ersten Maßnahmen für eine ‚antifaschistisch-demokratische Umwälzung‘ in der sowjetischen Besatzungszone, stets gedacht als Vorbild für ganz Deutschland, eingeleitet wurden. Es versteht sich von selbst, daß bei dieser Gelegenheit in den Jahren 1945 bis 1949 Stichworte wie ‚Demokratisierung Deutschlands‘, ‚Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus‘, ‚Liquidierung der deutschen Rüstungsindustrie‘, ‚Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands‘ oder ‚Verhinderung neuer Aggressionen von Seiten Deutschlands‘ aus den Diskussionen und Beschlüssen der Gipfelkonferenzen von Jalta und Potsdam durchaus Berücksichtigung fanden – freilich in ihrer sowjetischen Interpretation. Mit dem Aufbau eines straff kontrollierten Parteiensystems (Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945), der Gründung kommunistisch kontrollierter Massenorganisationen, der Verstaatlichung von Banken und Versicherungen, dem Aufbau deutscher Zentralverwaltungen (Befehl Nr. 17 der SMAD vom 25. Juli 1945), der Durchsetzung einer ‚demokratischen Bodenreform‘ (Motto: ‚Junkerland in Bauernhand!‘), der Industrieenteignung (‚Volksentscheid‘ 1946 in Sachsen) und der ‚Demokratisierung‘ des Schulwesens bis hin zur Ausarbeitung einer Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik im Jahre 1946 schälte sich im Rahmen der sowjetischen Besatzungszone alsbald jenes Deutschland-Modell heraus, das den deutschen Kommunisten Moskauer Prägung und ihren sowjetischen Vorbildern schon lange vorgeschwebt hatte. Die anderen Besatzungsmächte scheinen in diesem Zusammenhang als lösbares Problem empfunden worden zu sein: ‚Wir werden den Anglo-Amerikanern zusammen mit den Truppen der Sowjetarmee ein derartiges Dünkirchen bereiten‘, so erklärte der brandenburgische Innenminister Bechler (SED), ein ehemaliger Wehrmachtsmajor, im Sommer 1949 vor dem Offiziersnachwuchs in der Polizeischule Frankfurt an der Oder, ‚daß ihnen die Lust und das Interesse an Deutschland ein für allemal vergeht‘.

XI.: Dieses – in den Grundzügen also bereits in den Jahren 1945 bis 1949 ausgeprägte – Deutschland-Modell erfuhr am 7. Oktober 1949 seine staatliche Aufwertung in Form der DDR. Nicht ohne Grund schrieb Stalin in seinem vielzitierten Grußtelegramm vom 13. Oktober 1949 anlässlich dieser Gründung nicht nur von der DDR als dem ‚Wendepunkt in der Geschichte Europas‘, sondern auch davon, daß die DDR der ‚Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland‘ sei. In der Gründung der DDR, so präziserte es ein enger Vertrauter Stalins, der stellvertretende Ministerpräsident Malenkow, komme der Prozeß ‚des Zusammenschlusses der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zum Ausdruck‘. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß mit diesen ‚demokratischen Kräften‘ Funktionäre wie Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gemeint waren, nicht aber westdeutsche Politiker wie Konrad Adenauer und Kurt Schumacher. Wenn Pieck am 11. Oktober 1949 nach seiner Wahl zum Präsidenten der DDR von den ‚Brüdern und Schwestern‘ sprach, die in den Westzonen unter dem entwürdigenden Druck eines der deutschen Bevölkerung von den westlichen Besatzungsmächten

aufgezwungenen Besatzungsstatus lebten, oder Grotewohl einen Tag später in seiner Regierungserklärung die Bundesrepublik Deutschland als einen Staat zu disqualifizieren trachtete, der schon in seiner Geburtsstunde ‚alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges‘ aufweise, dann wurde damit nur der Anspruch verdeutlicht, daß die DDR von ihren Funktionären und nicht zuletzt aus Moskauer Sicht als ‚deutsches Kerngebiet‘ (W. Pieck), als deutsches Piemont verstanden wurde.

XII.: Für die Gründung wie für die weitere Entwicklung des ersten ‚Arbeiter- und Bauernstaates‘ auf deutschem Boden, wie die DDR von ihren Befürwortern in Ost und West gerne verstanden werden wollte, sind zwei Faktoren ausschlaggebend gewesen: zum einen die Turbulenzen des nach 1947 offen ausbrechenden Kalten Krieges, zum anderen die Sowjetunion mit ihrem – nicht zuletzt aus der Autorität des Sieges ‚über den Faschismus‘ hergeleiteten – Anspruch, an der Neugestaltung Europas entscheidend beteiligt zu werden. Diesem Interesse Moskaus kam entgegen, daß es sich mit den Kadern der KPD bzw. SED auf eine skrupellose Machtelite stützen konnte, für die der Sowjetstaat unbedingten Vorbildcharakter besaß. Die ‚bewußten Antifaschisten‘ um Ulbricht und Honecker, die sich stets auch von den Grundsätzen ihrer ‚sozialistischen demokratischen Weltanschauung‘ leiten ließen, haben – mit der DDR als Kernstaat – über vier Jahrzehnte hinweg die Weichen in Deutschland in Richtung auf eine Auffassung von Demokratie zu stellen versucht, von der ein ‚Aktivist der ersten Stunde‘ wie der Liberaldemokrat Johannes Dieckmann, der spätere langjährige Präsident der Volkskammer der DDR, schon 1945 zu sagen wußte, daß sie, wenn sie sich gestalten kann und gestaltet hat, vermutlich der russischen Auffassung näher verwandt sein [werde] als der des Westens‘.

Wer die Frühgeschichte des Sowjetstaates, etwa die Jahre zwischen 1918 und 1932, kennt, der würde bestätigen müssen, daß die KPD bzw. SED alles getan haben, um diesem bolschewistischen Vorbild nachzueifern. Maßnahmen oder Vorgänge wie beispielsweise die Einführung der staatlichen Handelsorganisation, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Durchsetzung handwerklicher Produktionsgenossenschaften, der ‚Sturm auf die Festung Wissenschaft‘, die Gleichschaltung der Gewerkschaften oder der Kampf gegen die Kirche im Zeichen eines militanten Atheismus hatten alle ihr Vorbild im frühen Sowjetrußland. Die Renommiertruppe des Ostberliner Wachregiments trug nicht ohne Grund den Namen Feliks Dzierzynskis, des Begründers der ‚Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage‘, der sog. Tscheka. Und um den Faktor ‚Kalter Krieg‘ nicht zu vergessen: Natürlich hat die DDR an der Seite Moskaus auch eine zentrale, bisher eher verkannte Rolle in der Ost-West-Auseinandersetzung gespielt. Diese bedingungslose Bindung an den Sowjetstaat hat freilich – Ironie des ‚unverbrüderlichen‘ Bruderbundes DDR/UdSSR – auch das Ende des deutschen ‚Friedensstaates‘ herbeigeführt und damit dessen brüchige Fundamente offengelegt. Als nämlich die polnische Solinardosc Anfang der 80er Jahre den Ostblock aufzusprengen begann und auf diese Weise den Anfang vom Ende des Kalten Krieges markierte, sich in der Folge zudem die Sowjetunion – wie der Zarenstaat des 19. Jahrhunderts – als ein ‚Koloss auf tönernen Füßen‘ erwies, war

das Schicksal des ‚real existierenden Sozialismus‘ auf deutschem Boden besiegelt, das Ende der DDR geradezu zwangsläufig¹.

2. Deutschland unter alliierter Besatzung nach der Kapitulation am 7./9. Mai 1945 und Aufteilung in vier Besatzungszonen

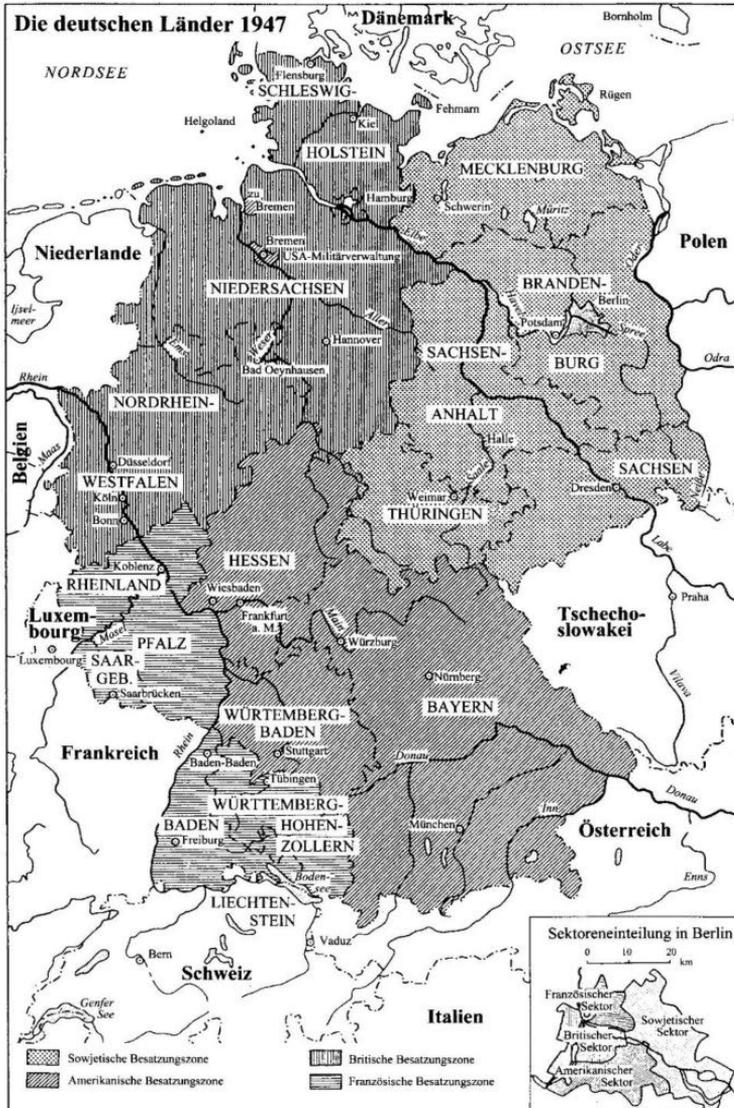
Schon vor der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 hatten Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Konferenz von Jalta (4. – 11.2.1945)² die Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und die gemeinsame Verwaltung durch eine Zentralkommission nach dem Sieg der Alliierten beschlossen. Frankreich wurde als vierte Macht zur Mitarbeit geladen und trat am 1. Mai 1945 dem alliierten Abkommen über das Kontrollsystem bei.

Am 5. Juni 1945 erfolgte die Berliner Deklaration, d. h. die Übernahme der „obersten Regierungsgewalt“ in Deutschland durch die Regierungen der vier Mächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich.

¹ Fischer, Alexander: Zwölf Thesen zur Geschichte der SBZ/DDR. Vortrag in der unveröffentlichten – 5. – Sitzung am 8.5.1992, in: Deutscher Bundestag (12. Wahlperiode) (Hrsg.): Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. 2/4, S. 2994 ff.

² Hälg, Antje: Jalta (4. – 11.2.1945), in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945 – 1949/55, Berlin 1999, S. 212 f. Gramel, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941 – 1948, Frankfurt/M. 1985. Backer, John H.: Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943–1948, München 1978.

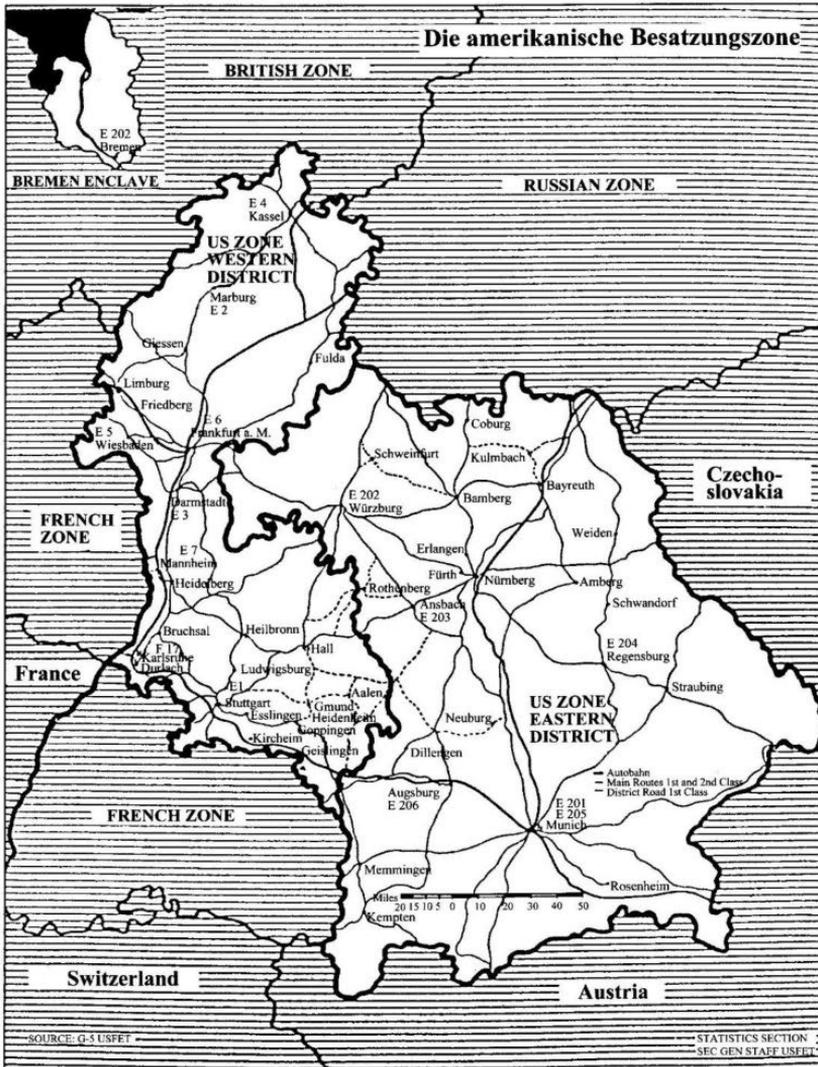
Das deutsche Besatzungsgebiet mit Zonen und Ländern



Quelle: Deutsche Geschichte in drei Bänden, hrsg. von einem Autorenkollektiv, Bd. 3: Von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost): VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1968, S. 393.



Quelle: F. S. V. Donnison, Civil Affairs and Military Government North-West Europe 1944–1946 (History of the Second World War, United Kingdom Military Series, ed. by Sir James Butler), London: Her Majesty's Stationary Office, 1961, zwischen S. 226 und 227.



Quelle: Reinhard Heydenreuter, Office of Military Government for Bavaria, in: Christoph Weisz (Hrsg.), *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 35)*, München: Oldenbourg, 1994, S. 159.



Quelle: Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 14), Wiesbaden: Steiner, 1983, S. 9.



3. Der „Eiserne Vorhang“ trennt die bi-polare Welt von 1945 bis 1990:
Die SBZ / DDR wird Teil der von der Sowjetunion dominierten
sozialistischen Länder und die Westzonen / BRD Teil der
von den Vereinigten Staaten von Amerika geführten Welt

Als „*eiserner Vorhang*“ wird im Theater ein Vorhang zwischen Bühne und Zuschauerraum bezeichnet. Er besteht aus einer mit Blech verkleideten Eisenkonstruktion mit Berieselungsanlage. Das feuersichere Verschlussmittel ist meist aus gewelltem Blech, um das Bühnenhaus im Theatergebäude gegen den Zuschauerraum abzuschließen. Er wurde nach dem Brand des Ringtheaters in Wien 1881 in Deutschland 1889 gesetzlich vorgeschrieben.

Beunruhigt durch Stalins Eroberungspolitik in Ost- und Südosteuropa telegraphierte Premierminister Churchill an den eben erst ins Amt gekommenen US-Präsidenten Truman:

Telegramm des Premierministers Churchill an Präsident Truman, 12. Mai 1945³

Streng geheim, London, 12. Mai 1945

Premierminister an Präsident Truman. Persönlich und streng geheim. Nummer 44.

Ich bin zutiefst beunruhigt über die europäische Lage, wie ich sie in meiner Nr. 41 umrissen habe. Wie ich erfahre, haben die amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa bereits zur Hälfte mit der Verlegung auf den Kriegsschauplatz im Pazifik begonnen. Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über die umfangreichen Verlegungen der amerikanischen Armeen aus Europa. Auch unsere Armeen dürften aufgrund früherer Vereinbarungen wesentlich reduziert werden. Die kanadische Armee zieht bestimmt ab. Die Franzosen sind schwach und schwer zu behandeln. Jedermann sieht, daß unsere bewaffnete Macht auf dem Kontinent in sehr kurzer Zeit verschwunden sein wird bis auf eine geringe Zahl von Streitkräften zur Niederhaltung Deutschlands.

Was aber soll währenddessen in bezug auf Rußland geschehen? Ich habe mich stets für die Freundschaft mit den Russen eingesetzt; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse (Februar 1945), ihre Haltung gegenüber Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan, mit Ausnahme von Griechenland, die Schwierigkeiten, die sie wegen Wien machen, die Verbindung russischer Macht mit den ihrer Kontrolle unterstehenden und von ihnen besetzten Gebieten, zusammen mit der kommunistischen Taktik in so vielen anderen Ländern, und vor allem ihre Fähigkeit, sehr große Armeen über lange Zeit im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich ebenso sehr wie Sie. Wie wird die Lage in ein bis zwei Jahren sein, wenn die britischen und amerikanischen Armeen dahingeschmolzen sind und die Franzosen noch keine nennenswerte Armee aufgebaut haben, und wenn wir nur über eine Handvoll Divisionen, davon die Mehrzahl französische, verfügen, während Rußland vielleicht beschließt, zwei- bis dreihundert Divisionen im aktiven Dienst zu behalten?

Ein Eiserner Vorhang ist vor der russischen Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht. (Hervorhebung J. S.) Es ist kaum zu bezweifeln, daß die gesamten Gebiete östlich der Linie Lübeck-Triest-Korfu binnen kurzem völlig

³ Roller, Walter: Stunde Null? Die Lage 1945, in: Weber, Jürgen: Auf dem Weg zur Republik 1945-1947, 4. Aufl., München 1994, S. 28 f.

in der Hand der Russen sein werden. Dazu muß außerdem das riesige Gebiet, das die amerikanischen Armeen zwischen Eisenach und der Elbe erobert haben, hinzuge-rechnet werden, das aber, wie ich annehme, in ein paar Wochen, wenn die Amerika-ner sich daraus zurückziehen, von der russischen Macht besetzt wird. General Eisen-hower wird alle möglichen Vorkehrungen treffen müssen, um eine zweite Massen-flucht der deutschen Bevölkerung nach Westen zu verhindern, wenn dieser unge-heure moskowitzische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. Und dann wird der Vor-hang von neuem sehr weit, wenn nicht sogar ganz niedergehen. Damit wird uns ein breites Band von vielen hundert Meilen russisch besetzten Gebiets von Polen ab-schneiden.

Inzwischen wird die Aufmerksamkeit unserer Völker ganz davon in Anspruch genommen sein, Deutschland, das zerstört darniederliegt, strenge Strafen aufzuerle-gen, und den Russen stände es in sehr kurzer Zeit frei, wenn sie wollten, bis an die Küsten der Nordsee und des Atlantiks weiter vorzudringen.

Es ist jetzt wirklich lebenswichtig, zu einer Verständigung mit Rußland zu kom-men, beziehungsweise zu sehen, woran wir mit Rußland sind, ehe wir unsere Armeen bis zur Ohnmacht schwächen und uns auf unsere Besatzungszonen zurückziehen. Das läßt sich nur in einer persönlichen Begegnung erreichen. Ich wäre für Ihre Beur-teilung und Ihren Rat sehr dankbar. Wir können uns natürlich auf den Standpunkt stellen, daß sich Rußland tadellos verhalten wird, was zweifellos die bequemste Lö-sung bietet. Um zusammenzufassen: dieses Problem, mit Rußland zu einer Regelung zu kommen, ehe unsere Kraft geschwunden ist, schein mir alle anderen in den Schat-ten zu stellen.⁴

„Churchill hatte am 5. März 1946 in Fulton eine weit verbreitete und viel be-achtete Rede gehalten, in der er die westliche Welt vor dem Vorrücken des Kom-munismus in Ost- und Mitteleuropa warnte, den Begriff des ‚Eisernen Vorhangs‘ wieder benutzte und eine ‚Politik der Stärke‘ gegenüber der UdSSR forderte. Zuvor hatte Stalin am 9. Februar 1946 in Moskau öffentlich erklärt, dass zwischen Sozial-ismus und Kapitalismus ein Verhältnis dauernder Feindschaft (‚Antagonismus‘) bestehe und dass es so lange Krieg geben werde, bis der Kapitalismus abgelöst sei (Abdruck der Rede in: Pravda vom 10.2.1946).

Am 9. März 1946 hatte sich Stalin in einem Interview mit einem ‚Pravda‘-Kor-respondenten gegen die Ausführungen Churchills gewandt“.⁵

Der eiserne Vorhang wurde schon frühzeitig niedergelassen, wie der Befehl Nr. 034 des Obersten Chefs der SMAD und Oberbefehlshabers der GSBSD „Über die Organisation des Dienstes der Kontroll-Grenz-Passierstellen“ vom 12. Februar 1946 zeigt:

„Zur Kontrolle des Übergangs von Personen über die Grenze zwischen der sowjetischen und den alliierten Besatzungszonen Deutschlands sowie für den Wa-rentransport im interzonalen Handel befehle ich:

⁴ Dokumente zur Deutschlandpolitik II. Reihe/Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam, bearb. von Gisela Biewer, Kriftel 1992, S. 9 f. Roller, S. 45 f.

⁵ Wettig, G. (Hrsg.): Der Tjulpanow-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012, S. 153; J. W. Stalin, Werke, hrsg. vom ZK der KPD – ML Dortmund, Bd. 14, S. 64-72.

Der Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der ‚Gruppe der Sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland‘ (GSBSD) hat bis zum 25. Februar 1946 den Dienst von Kontroll-Passierstellen an folgenden Punkten zu organisieren:

Bahnhof Hernburg / östlich von Lübeck

Bahnhof Bergen an der Dumme / westlich von Salzwedel

Bahnhof Hörschel / westlich von Eisenach

Oebisfelde, Alleringsleben / östlich von Helmstedt, Nordheim [Thüringen], Probstzella, Gutenfürst.

Der Übergang und die Durchfahrt von Personen sowie der Warentransport an anderen Stellen der Berührungslinie zwischen der sowjetischen und den alliierten Zonen ist verboten.

Die Chefs der Kontroll-Passierstellen sind dem Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD unterstellt.

Der Übergang von Personen aus einer Zone in die andere ist mit Passierscheinen gestattet, die vom Passierscheinbüro des Interalliierten *Kontrollrats* in Deutschland ausgegeben werden.

Die Ausfuhr von Waren aus der SBZ in die alliierten Zonen sowie die Einfuhr von Waren aus den alliierten Besatzungszonen Deutschlands in die sowjetische Zone ist mit Passierscheinen gestattet, die von der Verwaltung Außenhandel der SMA[D] ausgegeben werden.

Der Chef der Kontroll-Passierstelle hat sich in seiner Tätigkeit von der beige-fügten Instruktion leiten zu lassen.

Zu organisieren ist das Zusammenwirken des Dienstes der Kontroll-Passierstellen mit den Truppenteilen der Roten Armee, denen der Schutz der SBZ übertragen wurde.

Der Chef des Stabes der SMAD hat die Kontroll-Passierstellen mit Kontrolleuren, Warensachverständigen und Dolmetschern zu besetzen.

Zu bestätigen sind *folgende Anlagen*:

Instruktion für den Chef der Kontroll-Passierstellen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Waren,

der vorläufige Stellenplan einer Kontroll-Passierstelle,

die Formblätter Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13.

Der oberste Chef der SMAD und Oberbefehlshaber der GSBSD Marschall der Sowjetunion *Schukow*

Das Mitglied des Kriegsrates der SMAD Generalleutnant *Bokow*

Der Chef des Stabes der SMAD Generalleutnant *M. Dratwin*

Der Chef der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der GSBSD Generalmajor *Simin*

Der Chef der Verwaltung Außenhandel der SMAD Ingenieur-Oberst⁶ *Michin*.

⁶ Foitzik, Jan: Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente. Herausgegeben und eingeleitet von, München 2012, S. 241-245.

Provisorischer Stellenplan einer Kontroll-Passierstelle

Bezeichnung der Planstelle	Militärischer Dienstgrad	Anzahl der Stellen	BWS-Nr.	Dienst-bezüge
Chef der Kontroll-Passierstelle	Hauptmann	1		
Stellvertreter des Chefs	Hauptmann	1		
Operativbevollmächtigter	Hauptmann	1		
Stellvertreter des Chefs für die SMA		1		
Oberkontrolleur	Hauptfeldwebel	2		
Kontrolleur für die SMA	Hauptfeldwebel	2		
Gruppenführer	Sergeant	1		
Rotarmist	Soldat	8		
Dolmetscher		3		
Fahrer	Soldat	1		
Insgesamt		21		
Pkw 1				

4. Die Wirtschaftssysteme:

Das deutsche Wirtschaftschaos (1945-1948) – Diagnose und Therapie Von Walter Eucken

Mit der Devisenzwangswirtschaft wurde in der nationalsozialistischen Wirtschaft die Binnenwirtschaft von der Außenwirtschaft getrennt. Der Preisstopp 1936 und der Lohnstopp von 1938 schalteten den Preismechanismus aus und führten zur güterwirtschaftlich gelenkten Wirtschaft. Mit Kriegsbeginn 1939 wurden die Güter des täglichen Bedarfs zwangsbewirtschaftet. Das in die Rüstung gepumpte Geld ergab 1944 einen Gesamtbestand von 298 Milliarden RM an liquiden Mitteln. „Ein sofortiger Kollaps der Reichsmarkwährung konnte nur dadurch abgewendet werden, daß die Siegermächte die grundlegenden Bausteine des Rationierungs- und Bewirtschaftungssystems von 1939 in allen Zonen übernahmen“.⁷

Walter Eucken⁸ analysierte das deutsche Wirtschaftschaos (1945 – Juli 1948) vor und nach der Währungsreform.⁹ Nach der Schilderung der Tatsachen im deutschen Wirtschaftschaos interpretiert Eucken in einer wirtschaftswissenschaftlichen

⁷ Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank. Zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/Juli 1948), Stuttgart 2000 S. 60 f.

⁸ Müller, J. Heinz: Walter Eucken (1891-1950), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon. 7. Aufl., 2. Bd., 1995, S. 414.

⁹ Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Schneider, Jürgen / Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 327-360.

Analyse diese Fakten. Bis zur Währungsreform in den Westzonen war die Zuweisung der Bewirtschaftungsstellen an die Betriebe „ganz unzureichend“. Wenn die Betriebe zusätzliche Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe benötigten, mußten sie ihre Fertigprodukte gegen diese Güter eintauschen, d. h. es wurden Güter gegen Güter getauscht. Es gab dafür Fachleute: die Kompensatoren. „Für eine Kanne Speziallack z. B. macht ein Kompensator vier bis fünf lange Reisen. Früher genügte eine Postkarte. Schon aus diesen Gründen – sehr hohe Kosten des Tausches – sind die Kosten des Betriebes heraufgeschnellert. Trotz aller Bemühungen gelingt es der energischen Geschäftsleitung nicht, genügend Materialien heranzuschaffen, und der Betrieb könnte 30 % mehr erzeugen, wenn keine Materialschwierigkeiten beständen.

Und nun die Arbeiter: Im Betriebe sieht man heute hauptsächlich alte Arbeiter; die jüngeren sind zum erheblichen Teil gefallen, verwundet oder gefangen. Doch fehlen auch viele Frauen, die früher dort arbeiteten. Der Betrieb leidet an Arbeitermangel in einer dichtbevölkerten Gegend; und die Arbeiter arbeiten nur 35 Stunden wöchentlich statt früher 48. Wie kommt das? – In einem Arbeiterhaushalt werden wir die Antwort finden. Früher arbeiteten der Vater – ein Feinmechaniker – und zwei Töchter ganztägig in der Firma; die Frau, die das Haus besorgte, arbeitete nur vormittags. Heute erzwingt die wirtschaftliche Situation eine ganz andere Verteilung der Kräfte. Der Vater muß am Wochenende Bäume schlagen und das Holz aufbereiten, damit die Wohnung im Winter geheizt werden kann. Im Übrigen ist er infolge des Hungers zu schwach, um mehr als 35 Stunden wöchentlich zu arbeiten. Die eine Tochter ‚hamstert‘. Sie tauscht auf dem Land sogenannte Kompensationsgüter, die der Betrieb an die Arbeiter ausgibt – Töpfe, Nadeln, Eisenteile – gegen Lebensmittel. Die andere Tochter muß in den Ämtern und Läden Schlange stehen, was sieben Achtel ihrer Zeit beansprucht. (Die Schlange, dieses Kennzeichen eines gleichgewichtslosen Marktes, ist zum typischen Bild in Deutschland geworden.) Die Frau bearbeitet den kleinen Garten intensiver als früher, um fehlende Lebensmittel zu gewinnen; oder sie flickt alte Wäschestücke zusammen. Alle vier Menschen sind angestrengt tätig, aber der Ertrag ist minimal. Jetzt wissen wir, warum der Betrieb an Arbeitermangel leidet. Schon in diesem kleinen Haushalt eines Arbeiters blitzt ein allgemeiner Zusammenhang auf: Der *Einzelne* handelt *richtig* – aber die Ordnung der Wirtschaft ist *verfehlt*. Mit den schwächlichen und alten Arbeitern produziert der Betrieb pro Kopf und Woche nur 30 % der Wochenleistung von ehemals.¹⁰ Die zunehmende Aktivität der deutschen Bevölkerung zeigte sich auch in ihrer Mobilität.

¹⁰ Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, S. 328.

Der größte Teil der Eisenbahnreisenden fährt zu Tauschzwecken über größere Strecken.¹¹ „Die deutsche Bevölkerung muß rastlos tätig sein, um nicht zu verhungern“.¹²

Bei der wirtschaftlichen Analyse dieser Fakten hebt Eucken hervor, daß Deutschland früher ein „hochindustrialisiertes Land mit entwickelter Arbeitsteilung und großem Außenhandel war“.¹³ Die Kriegszerstörungen und die Verluste an Arbeitskräften minderten die Produktivität. „Die vorhandenen Menschen arbeiten weitgehend vergeblich, obwohl sie rastlos tätig sind. Wer – so wie wir es taten¹⁴ – durch deutsche Betriebe und Haushalte wandert und die Frage nach dem Warum stellt, stößt vor allem auf drei Ursachenkomplexe.“ Überall stellen wir den Abbruch alter Geschäftsverbindungen mit den Firmen in anderen Zonen und mit dem Ausland fest: *Eine Desintegration*, eine Zerstückelung eines großen arbeitsteilig zusammengeschlossenen Gebietes in viele kleine Räume hat sich vollzogen.

Ein akuter *Kapitalmangel* macht es unmöglich, den Aufbau und die Reparatur der Häuser und Fabriken in Gang zu setzen oder Rohstoffe und Maschinen zu beschaffen.¹⁵

Es fehlt an einer „zureichenden *Lenkung* des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses. Statt eines zweckmäßigen Ineinanders besteht ein Nebeneinander der Wirtschaftspläne und Tätigkeiten“.¹⁶

Das zentrale Problem für Eucken ist die *Lenkung* der Wirtschaft. Mit dem Preisstop von 1936 wurde der Lenkungsmechanismus der Preise überhaupt stillgelegt. Deutschland trat in das Stadium der „zurückgestauten Inflation“ ein, die Preise brachten nicht mehr die Knappheitsrelationen der Güter zum Ausdruck, d. h. die Preise versagten als Lenkungsinstrument überhaupt.

„Da aber die Zuteilungen der Konsumsphäre sowie die Zuweisungen an Rohstoffen und Materialien an die Betriebe so gering wurden, daß niemand bei diesen

11 Ebd., S. 329: „Davon bekommen wir einen Eindruck, wenn wir am Sonnabend oder Sonntag aufs Land gehen oder wenn wir mit der Bahn fahren. Der größte Teil der Reisenden fährt zu Tauschzwecken. In der Eisenbahn erkennen wir deutlich gewisse Ströme. So ergießt sich Tag für Tag ein Strom von Menschen aus der Pfalz in die Gegend des Bodensees und bringt dorthin Schuhe, Textilwaren, Bügeleisen, Gold- und Silberwaren, um Kartoffeln einzutauschen; ebenso vom Rheinland nach Hessen. Die Züge sind voll von Hunderten und Tausenden dieser Menschen, die oft nur wenige Pfund Kartoffeln Hunderte von Kilometern schleppen. Wir könnten auch sagen, es werde bilateral, nicht multilateral getauscht. – Wer von Frankfurt nach Bremen fährt, stößt auf den sogenannten „Heringszug“. Das sind Tausende von Menschen, die aus Sachsen und Thüringen kommen, über die Sowjetgrenze zu Fuß gehen, um in Wesermünde und anderen Fischerstädten Heringe gegen Haushaltsgegenstände zu tauschen und wegen einiger Pfund Heringe Hunderte von Kilometern durchmessen, wobei sie schwere Gefahren auf sich nehmen“.

12 Ebd., S. 330.

13 Ebd., S. 331.

14 Ebd.

15 Ebd., S. 332.

16 Ebd., S. 332 f.

Rationen leben und kein Betrieb produzieren konnte, entthronte diese ‚Planwirtschaft‘ sich selbst. Jeder Betrieb und jeder Haushalt mußte – wie wir es beschrieben haben – versuchen, außerhalb des Röhrensystems der zentralverwaltungswirtschaftlichen Beschlagnahmen und Zuweisungen, Güter herzustellen oder einzutauschen. Und so vollzog sich vor unseren Augen eine erschreckende Primitivisierung der Wirtschaft: Ein Nebeneinander von zentralen Zuteilungen, Preisen auf dem Schwarzmarkt, Tauschwerten und subjektiven Bewertungen in den Haushalten und Betrieben entstand. Es fehlt an einer *einheitlichen Rechenskala*, wie es in den USA der Dollar ist. Man rechnet in Zigaretten oder Kaffee oder Branntwein oder auch in Mark, um nur einige Rechenskalen zu nennen, und diese Rechenskalen besaßen keine feste Verbindung. So hat sich eine ‚Spaltung‘ des Wirtschaftsprozesses in unabsehbar viele Teile und Teilchen vollzogen. Aber ein großer industrialisierter Wirtschaftsprozess wie der deutsche kann nur als Einheit Bestandbild haben. Man klage nicht den Einzelnen an, etwa den einzelnen Haushalt oder den einzelnen Betrieb. Er muß so handeln, wie er handelt, wenn er nicht zugrundegehen soll. In der *Ordnung* fehlen die *einheitliche Rechenskala und die zureichende Lenkung*.¹⁷

Die Aufgabe – die Diagnose ist nach Eucken die Grundlage der Therapie – besteht darin, welcher Weg aus dem deutschen Wirtschaftschaos führt. Der Weg der Zentralverwaltungswirtschaft ist zur Lösung dieser Aufgabe verbaut, da die Zentralverwaltungswirtschaft in Deutschland keine zureichende Lenkung des Wirtschaftsprozesses erzielen kann. „*In Deutschland sind alle Methoden zentraler Wirtschaftslenkung versucht worden; aber alle sind gescheitert. [...] Zentrale Planstellen besitzen keine Mittel, um eine sinnvolle Lenkung des Wirtschaftsprozesses in der einzelnen Maschinenfabrik oder Weberei oder im einzelnen Bauernhof und in allen übrigen Betrieben zu bewirken. Und sie können die Produktionsprozesse in den einzelnen Betrieben nicht zureichend miteinander verbinden*“.¹⁸

Wenn Deutschland einen Weg aus dem Wirtschaftschaos heraus finden will, dann gibt es nach Eucken nur einen einzigen Weg, die Rückkehr zur geldgesteuerten Lenkung: „Wenn aber die Methoden der Zentralverwaltungswirtschaft versagen, bleibt nur *ein* Weg: Preise – und zwar Wettbewerbspreise – sind das einzige Mittel, um die unabsehbar vielen Pläne und Entscheidungen der Millionen von Haushalten und Betrieben aufeinander abzustimmen und sinnvoll zu einem Gesamtprozeß zu verbinden. Der Preismechanismus ist das einzige Instrument, das in Deutschland zur Lösung der zentralen Aufgabe der Wirtschaftspolitik zur Verfügung steht; es ist das Preissystem, das die Knappheitsrelationen der Güter zum Ausdruck bringt. Dadurch ist eine Wirtschaftsrechnung der einzelnen Betriebe und Haushalte wieder möglich. Die Kostenrechnung, die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen, an denen sich die Betriebe in ihren Plänen und Entscheidungen ausrichten, führen dahin, daß die Teilstücke des gesamten Wirtschaftsprozesses, die sich im einzelnen Betrieb – z. B. im einzelnen Bauernhof oder in der Maschinenfabrik – vollziehen, ineinandergreifen. Und zwar geschieht dies so, daß die starken

¹⁷ Ebd., S. 337.

¹⁸ Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, S. 340 f.

individuellen Kräfte, welche in frei planenden und handelnden Haushalten und Betrieben lebendig sind, wirksam werden“.¹⁹

Es muß eine Geldordnung hergestellt werden, in deren Rahmen *Preise* den Wirtschaftsprozeß lenken.²⁰ Immer wieder hebt Eucken hervor, daß eine Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft unmöglich ist.

Im Vorwort zu seiner Studie „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ schrieb der Nationalökonom und Soziologe Alfred Müller Armack²¹ im Dezember 1946: „Die völlige Ausschaltung der Marktwirtschaft muß als die tiefste Ursache unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten gelten“.²² Mit der „Wirtschaftslenkung“ war die gütergelenkte nationalsozialistische Wirtschaft gemeint, in der durch den Preisstop von 1936 der Preismechanismus und damit die Marktwirtschaft ausgeschaltet worden war.²³ Müller-Armack zog eine Bilanz der politisch natural gesteuerten nationalsozialistischen Wirtschaft und die Ergebnisse gelten auch ohne Einschränkung für die politisch natural gesteuerte sozialistische Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR (1945-1989/90):

„Die marktwirtschaftliche Ordnung ist ferner durch ihre gegenüber anderen Wirtschaftsordnungen verschiedene Orientierung am Konsumenten bestimmt. [...] Der Wirtschaftslenkung fehlt jegliches Kriterium für die Übereinstimmung von Bedarf und Produktion. [...] Die Ausschaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung schafft so unweigerlich eine Situation, in der die Produktion die eigentliche Richtung des Bedarfs gar nicht mehr kennt. [...] Es ist so der klare Tatbestand gegeben, daß bei Einführung eines Lenkungssystems der Betrieb einem positiven Zwang zu

¹⁹ Ebd., S. 341 f.

²⁰ Ebd., S. 341.

²¹ Müller-Armack, Alfred, Nationalökonom, Soziologe, * 28.6.1901 Essen, † 16.3.1978 Köln. Das Studium der Nationalökonomie in Gießen, Freiburg/Breisgau, München und Köln schloß Müller-Armack 1923 mit der Promotion zum Dr. rer. pol. ab, habilitierte sich 1926 in Köln und wurde hier 1934 a. o. Professor. 1938 ging er als a. o. Prof. der Nationalökonomie und Soziologie nach Münster, wurde 1940 Ordinarius und gründete die Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft. Seit 1950 war er o. Professor in Köln. Müller-Armack, der der Freiburger Schule angehörte, befaßte sich vor allem mit Problemen der Wirtschaftssystem- und Wirtschaftsstilforschung sowie mit anthropologischen und religionssoziologischen Fragen. 1952 wurde Müller-Armack als Ministerialdirektor mit der Leitung der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft unter Ludwig Erhard betraut, 1958 zum beamteten Staatssekretär ernannt und war seit 1960 Vorsitzender des Konjunkturpolitischen Ausschusses der EWG. Er prägte den Begriff soziale Marktwirtschaft, zuerst in seiner Schrift *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (1947). Er schrieb auch *Studien zur sozialen Marktwirtschaft* (1960) und *Auf dem Weg nach Europa* (1971). In: Walter Killy et al., Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Bd. 7, 2001, S. 284; Starbatty, Joachim: Staatslexikon, 7. Aufl., 3. Bd., 1995, Sp. 1238-1240.

²² Müller-Armack, Alfred: *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, 2. Aufl., Hamburg 1947, S. 6.

²³ Diehl, Markus Albert: *Von der Marktwirtschaft zur nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Die Transformation der deutschen Wirtschaftsordnung 1933-1945*, Stuttgart 2005, S. 110 ff.

wirtschaftlicher Fortschrittlichkeit nicht mehr unterliegt. [...] Die eigentliche ökonomische Gefahr des Lenkungssystems liegt im Fehlen jeglichen Kriteriums und jeglicher Kontrolle darüber, ob der angesetzte Dringlichkeitsplan der Güter

- a) der Dringlichkeit der Bedürfnisse,
- b) der Knappheit der wirtschaftlichen Güter

entspricht und ob die gewählten Produktionsmethoden auch die ökonomischsten sind. [...] In der schnellen Durchsetzung des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts erwies sich die freie marktwirtschaftliche Ordnung durchaus überlegen. [...] Die Frage der Wirtschaftsordnung steht in unlösbarem Zusammenhange mit der politischen und Gesamtlebensordnung, die wir erstreben. Es gilt heute Klarheit darüber zu gewinnen, wie wenig es möglich ist, die Ideale menschlicher Freiheit und persönlicher Würde zu verwirklichen, sofern die wirtschaftliche Ordnung, die wir wählen, dem widerspricht. Es ist kein Zufall gewesen, wenn in der Vergangenheit alle politischen Systeme, die die Menschenwürde verachteten und die geistige Freiheit mit Füßen traten, auch wirtschaftlich den Hang zu stärksten Eingriffen verrieten. [...] Ein Verzicht auf die marktwirtschaftliche Rechnungsform bedeutet daher nicht etwa den Übergang zu einer verwaltungswirtschaftlichen Rechnungsweise, sondern den Verzicht auf rechenhaftes Wirtschaften überhaupt. [...] Die Wahl einer marktwirtschaftlichen Organisation kann gegenwärtig (1946) als wesentliches Mittel begriffen werden, unsere geistige Freiheit, die des einzelnen wie die unseres ganzen Volkes, zu sichern. Die Lenkungswirtschaft ist gegenwärtig ein formales Instrument, jedem, der es in die Hand bekommt, die Verfügung über die nationalen Produktivkräfte zu überantworten. Es diente schon in Zeiten der Freiheit dazu, Unfreiheit zu verbreiten und den Lebensstandard breitester Schichten herabzudrücken“.²⁴

5. Aufwendungen für die Besatzungsmächte, öffentliche Haushalte und Sozialprodukt in den einzelnen Zonen 1946/47

Für das Haushaltsjahr 1946/47 analysierte Eduard Wolf die Aufwendungen für die Besatzungsmächte und deren Anteil an den öffentlichen Haushalten und dem Sozialprodukt in Berlin und der russischen, der US-, der britischen und der französischen Zone.

Die anerkannten budgetmäßigen Aufwendungen für die Besatzungsmächte. Die Tabelle „Anerkannte budgetmäßigen Aufwendungen für die Besatzungsmächte“ zeigt „welche Ausgaben über die deutschen Länder- und Zonenhaushalte sowie über den Berliner Etat und in zweiter Linie eventuell auch über eigene Haushalte der Besatzungsmächte für die in diesem Sinne abgegrenzten Zwangsleistungen im Haushaltsjahr 1946/47 getätigt und als Besatzungsleistungen anerkannt wurden.

²⁴ Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg, Dez. 1946, 2. Aufl., S. 13, 21, 26, 28, 50, 62, 91. Wieder abgedruckt in: Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., 1976.

Die Gesamtsumme ergibt rund 11,9 Mrd. RM, wobei schätzungsweise 5,5 Mrd. RM auf den laufenden Unterhalt der Besatzungstruppen und ihrer Einrichtungen (die eigentlichen Besatzungskosten), 2,5 Mrd. RM auf verschiedene sonstige Güter- und Dienstleistungen (hauptsächlich Reparationen) und 3,9 Mrd. RM auf Geldzuwendungen aus laufenden öffentlichen Einnahmen entfallen, die in ihrer Verwendung nur teilweise substantiiert werden können und zu einem beträchtliche Prozentsatz wahrscheinlich überhaupt nicht verausgabt wurden“.²⁵

**Anerkannte budgetmäßige Aufwendungen
für die Besatzungsmächte**²⁶
Haushaltsjahr 1946/47

Zonen	Besatzungs- unter- halt	Repara- tionen	Resti- tutionen	DP's und Bezah- lung deut- scher Kriegsge- fangener	Demilita- risierung	Geldzu- wendungen	Gesamt	
							Mill. RM	RM je Kopf der Bevölke- rung
Berlin	363	-	-	2	-	-	370	116
Sowj. Zone	1.500	1.600	-	-	-	3.300	6.400	369
US-Zone	1.379	24	3	270	-	-	1.650	96
Brit. Zone	1.465	44	-	236	68	563	2.376	107
Franz. Zone	775	10	-	100	65	-	950	160
Gesamt	5.500			2.500		3.900	11.900	180

Die anerkannten und versteckten Aufwendungen für die Besatzungsmächte. Die anerkannten budgetmäßigen Aufwendungen für die Besatzungsmächte stellen nur einen Teil des Gesamtaufwandes für die betreffenden Zwecke dar. Die versteckten Aufwendungen kommen hinzu.

„Fast für den gesamten Bereich der „versteckten“ Besatzungslasten mußten daher für die vorliegende Untersuchung eigene Schätzungen gewagt werden. Die versteckten „Besatzungskosten im engeren Sinne“ sind dabei für Berlin und die britische Zone in ungefähr der gleichen relativen Höhe angenommen worden wie für die US-Zone, für die zu der offiziellen amerikanischen Schätzung noch ein kleiner Zuschlag für die in dieser nicht berücksichtigten Leistungen gemacht wurde. Auf die Einsetzung eines Betrages für die Nutzung des öffentlichen Eigentums wurde jedoch hier ebenso wie in den übrigen Zonen im Hinblick auf die besonderen Schwierigkeiten einer solchen Schätzung verzichtet. Für die französische Zone sind

²⁵ Wolf, Eduard: Aufwendungen für die Besatzungsmächte, öffentliche Haushalte und Sozialprodukt in den einzelnen Zonen, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 118 f.

²⁶ Ebd., S. 120.

die versteckten Besatzungskosten etwas kleiner veranschlagt worden, da nach einer Erklärung der französischen Militärregierung die Kosten der Inanspruchnahme von Reichsbahn und Post in dieser Zone im Gegensatz zu der Praxis der übrigen Besatzungsmächte vergütet worden sind. Für die russische Zone dagegen schien umgekehrt ein wesentlich höherer Zuschlag gerechtfertigt, da hier die nicht oder nur unzureichend vergüteten Leistungen allen Anzeichen nach eine ungleich größere Rolle spielen als in den übrigen Zonen und 1946/47 überdies ein erheblicher Teil der Besatzungskosten noch durch Ausgabe von Militärmark gedeckt worden ist. Das letztere gilt vor allem für die Truppenbesoldung, die bei der sowjetischen Besatzungsarmee im Unterschied zu den anderen Mächten überwiegend in Reichsmark, und zwar unter Ausschluß des Rechtes zur Konvertierung in Rubel erfolgt).²⁷ Für die Bemessung des Zuschlages sind namentlich Angaben über die Höhe der industriellen Warenlieferungen an die Besatzungsarmee (allerdings unter Einschluß gewisser sowjetischer Einkaufsgesellschaften sowie Schätzungen über die Höhe der wichtigsten sonstigen Leistungen maßgebend gewesen. Als Anhaltspunkte dienten dabei die entsprechenden Aufwendungen für die US-Armee (wobei die Abweichungen in der Versorgungsstruktur der Sowjetarmee nach Möglichkeit berücksichtigt wurden, die mutmaßliche Stärke der sowjetischen Besatzungstruppen und Teilangaben über die Höhe der Soldzahlungen. Es wurde z. B. angenommen, daß die Sowjetarmee (einschließlich der gelegentlich zwangsweise und ohne Entgelt herangezogenen deutschen Arbeitskräfte) nur ein Viertel soviel deutsche Arbeitskraft beanspruchte wie die US-Armee, von deren innerdeutschen Unterhaltungskosten mehr als die Hälfte auf die Bezahlung einheimischer Arbeitskräfte entfiel. Der sich im ganzen gegenüber der US-Armee ergebende Mehraufwand erklärt sich vor allem aus der weitgehenden Entlohnung der Truppe mittels deutscher, nicht in Rubel konvertierbarer Zahlungsmittel sowie aus der Tatsache, daß die Sowjetarmee zum großen Teil aus der Zone verpflegt und equipiert wird.

Die versteckten *sonstigen* Aufwendungen aus der laufenden Produktion sind für die amerikanische und britische Zone sowie für Berlin pauschal mit etwa 20-35 v. H. der anerkannten budgetmäßigen Ausgaben für die betreffenden Zwecke angenommen worden. Dabei wurde davon ausgegangen daß etwaige Verkehrsleistungen, die den wichtigsten Posten der versteckten Besatzungskosten dieser Gebiete bilden, schon in der Besatzungskostensumme berücksichtigt sind. Im übrigen kann eine etwaige Fehleinschätzung an dieser Stelle das Gesamtergebnis für die betreffenden Zonen nicht wesentlich verändern, da es sich bei den betreffenden Posten sowohl in der britischen und amerikanischen Zone als erst recht in Berlin um relativ geringe Beträge handelt. Für die französische und die russische Zone sind die versteckten sonstigen Leistungen aus der laufenden Produktion dagegen z. T. bedeutend höher veranschlagt worden. In der Hauptsache handelt es sich dabei um budgetmäßig nicht in Erscheinung tretende Reparationskosten aus der laufenden

²⁷ Für den sowjetischen Sektor Berlins mußten aus Etatmitteln der Stadt erstmalig im 1. Vierteljahr 1947 Mittel für die Truppenbesoldung bereitgestellt werden. Die Neuausgabe alliierter Marknoten ist einer offiziellen Erklärung der SMA zufolge am 30. Juni 1946, also erst nach Ablauf des ersten Viertels des Haushaltsjahres 1946/47, eingestellt worden.

Produktion, wobei in beiden Zonen besonders an die Minderbewertung der Reparationsleistungen durch viel zu niedrige Stoppreise [...]“.²⁸

**Budgetmäßig anerkannte und versteckte Aufwendungen
für die Besatzungsmächte**
Haushaltsjahr 1946/47

Zone	Besatzungsunterhalt	Verschiedene andere Leistungen aus der laufenden Produktion	Geldleistungen (soweit nicht bereits für die vorstehenden Zwecke verwendet)	Gesamt	
				in Mill. RM	je Kopf der Bevölkerung RM
Berlin	450	10	-	460	145
Russische Zone	2.400	1.900	3.300	7.600	438
U.S.-Zone	1.750	350	-	2.100	122
Britische Zone	1.800	400	563	2.775	124
Französische Zone	350	300	-	1.150	194
Zusammen	rd. 7.250	rd. 3.000	rd. 3.850	rd. 14.100	214

Die anerkannten budgetmäßigen Besatzungslasten im Vergleich zu den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben. Über die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Leistungen für die Besatzungsmächte informiert die Tabelle über „Die budgetmäßigen Besatzungsmächte im Vergleich zu den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben“.

²⁸ Ebd., S. 124 ff.

**Die anerkannten budgetmäßigen Besetzungslasten im Vergleich
zu den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben**²⁹
Haushaltsjahr 1946/47

Einnahmen und Ausgaben bzw. Besetzungslasten	Berlin	Russ. Zone	U.S.- Zone	Brit. Zone	Franz. Zone	Alle Zonen
I. Einnahmen und Ausgaben Insges., in Mill. RM						
Einnahmen	{ 1.876 1.590	11.045	5.836	8.813	1.418	{ 28.988 18.702
dar. Reichssteuern	1.183	8.117	4.688	6.146	1.189	21.323
Ausgaben	1.476	10.825	4.632	9.445	1.849	28.227
Je Kopf der Bevölkerung in RM						
Einnahmen	{ 590 500	637	340	395	239	{ 440 445
dar. Reichssteuern	372	468	273	276	200	323
Ausgaben	464	625	270	423	311	428
II. Besetzungslasten Insges., in Mill. RM	370	6.400	1.650	2.376	950	11.900
In v. H. der Gesamteinnahmen	{ 19,7 23,3	57,9	28,3	27,0	67,0	41,1
Einnahmen aus Reichssteuern	31,3	78,8	35,2	38,7	79,9	55,8
Ausgaben	25,1	59,1	35,6	25,2	51,4	42,2

„Die Einnahme- als auch die Ausgabenziffern der russischen Zone waren erstaunlich hoch. [...] Aber auch die Einnahmen aus ehemaligen Reichssteuern waren in der sowjetischen Zone pro Kopf der Bevölkerung um fast ein Drittel höher als im Durchschnitt aller Zonen, da die Sowjetzone in der – schon 1946/47 um mehr als das Zwanzigfache erhöhten – Branntweinsteuer eine einzigartige Einnahmequelle besitzt, die mit etwa 3,1 Mrd. RM im Haushaltsjahr 1946/47 fast 40 v. H. des Aufkommens an Reichssteuern erbrachte, während in den übrigen Zonen die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nur rund 200 Mill. RM, d. h. nur etwa 1,5 v. H. der ‚Reichsteuer‘einnahmen ausmachten. Die Hauptquelle hierfür bildete selbstverständlich nicht das produzierte Einkommen, sondern der ‚Geldüberhang‘, und zwar nicht nur der der Sowjetzone selbst, sondern auch der der übrigen Zonen einschließlich Berlins. Denn in dem Maße, in dem der in der Ostzone erzeugte Schnaps im Westen oder in Berlin abgesetzt wird (und der Anteil dieses ‚äußeren‘ Absatzes ist sicher beträchtlich), tragen auch die dortigen Abnehmer zu den Steuereinnahmen der Ostzone und damit zur Finanzierung der dortigen Besetzungslasten bei. Die Sowjetzone ist also die einzige Zone, die nicht nur bewußt den ‚Geldüberhang‘ zu einem wichtigen Steuerreservoir gemacht, sondern über die verschlungenen Pfade des Branntweinhandels dabei auch einen nennenswerten Prozentsatz ihres Steueraufkommens aus anderen Zonen bezogen hat. Hätte sie über

²⁹ Ebd., S. 128.

diese ungewöhnliche Einnahme nicht verfügt, so wären Zwangsleistungen in der Höhe von 1946/47 finanziell einfach untragbar gewesen.

Das Gleichgewicht der Haushalte hätte sich jedenfalls schon damals nur aufrechterhalten lassen, wenn zumindest auf den Teil der Geldzuwendungen, der nicht für laufende Besatzungszwecke und Reparationen verausgabt wurde, verzichtet worden wäre. Dabei ist aber zu bedenken, daß dieser Teil nur deshalb verhältnismäßig groß war (und deshalb anscheinend einen weiten Spielraum für Einsparungen bietet), weil ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz zumindest der Besatzungskosten 1946/47 noch mit anderen Mitteln als regulären Steuereinnahmen (nämlich mit Militärmark, beschlagnahmten Reichsmarkbeständen usw.) gedeckt werden konnte.

Seit Anfang 1947 hat übrigens die sowjetische Besatzungsmacht begonnen, außer über das Branntweinmonopol auch durch umfangreiche Verkäufe von Zigaretten und andern knappen Waren (über die dem sowjetischen Außenhandelskommissariat unterstehende ‚Rasno-Export-Agentur‘) Mittel des ‚Geldüberhangs‘ an sich zu ziehen, um mit ihnen Gold, Silber und andere devisaähnliche Werte zu erwerben, sofern der Verkauf nicht direkt gegen solche Werte erfolgte. Die Zigarettenherstellung für diese Zwecke ist im Herbst 1947 auf etwa 13 Millionen pro Tag geschätzt worden. Davon soll die Hälfte exportiert und die andere Hälfte auf dem deutschen Markt abgesetzt worden sein. Der Verkaufspreis betrug im Großhandel durchschnittlich etwas über 1 RM je Zigarette, die Herstellungskosten wurden auf 5 RM je 1000 Stück geschätzt. Ende 1947 ist der Verkauf anscheinend beschränkt, ja teilweise sogar eingestellt worden³⁰.

Aufwendungen für die Besatzungsmächte und Sozialprodukte. „Die Angaben über das Sozialprodukt sind das Ergebnis neuerer Berechnungen, die im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung hauptsächlich von F. Grünig durchgeführt wurden. Es wird überraschen, daß die Ziffern wesentlich höher sind als üblicherweise angenommen wird. In der Regel ist das Sozialprodukt für 1946/47 bisher auf kaum mehr als 36 Mrd. RM geschätzt worden; einzelne Schätzungen kamen sogar zu noch niedrigeren Beträgen. Demgegenüber hat das Institut bereits im Frühjahr 1947 darauf hingewiesen, daß nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik das Sozialprodukt schon im Kalenderjahr 1946 kaum weniger als 48 Mrd. RM betragen haben müsse.³¹ Etwa gleichzeitig gelangte eine im Rahmen der Finance Division des OMGUS von Otto R. Donner in Anlehnung an die Methoden des Statistischen Reichsamts durchgeführte Berechnung zu annähernd demselben Resultat.³² Neues Material hat nun ergeben, daß selbst diese Schätzungen noch zu niedrig waren

³⁰ Ebd., S. 130, 132 f.

³¹ Grünig, F.: „Die Wirtschaftstätigkeit nach dem Zusammenbruch im Vergleich zur Vorkriegszeit (Statistischer Bericht)“, in der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung herausgegebenen Schrift: „Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch“. Berlin 1947, S. 70.

³² Donner, Otto R.: „Das Volkseinkommen Deutschlands 1946“ (nur als Manuskript vorliegend; datiert: 12. März 1947).

und für das Haushaltsjahr 1946/47 mit einem Sozialprodukt von rund 55 Mrd. RM (in Zeitwerten) gerechnet werden kann.³³

[...] Vergleicht man das Verhältnis der Besatzungslasten zum Sozialprodukt, so sollte immer im Auge behalten werden, daß das Sozialprodukt seinem Realwert nach heute außerordentlich niedrig ist. Selbst wenn nur die offizielle Preissteigerung berücksichtigt wird, betrug es 1946/47 pro Kopf der Bevölkerung höchstens 50 RM gegen 700 RM im Jahre 1932 und 1000 RM im Jahre 1936 („Altreichsgrenzen“). Unter Berücksichtigung der Qualitätsverschlechterung vieler Waren und versteckter Preiserhöhungen war der Rückgang der Realeinkommen aber sicher noch viel stärker. An Industriewaren jedenfalls wurden 1946/47 pro Kopf der Bevölkerung nur etwa ein Drittel so viel erzeugt wie 1936. Je niedriger das Einkommen ist, eine um so empfindlichere Belastung aber bedeutet ein bestimmter prozentualer Abzug“.³⁴

6. Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in den Westzonen / BRD (1939 bis 1950) und in der SBZ / DDR (1939 bis 1958)

6.1. Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter in den Westzonen / BRD (1939-1950)

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen. In der Bewirtschaftung sind zeitlich drei Abschnitte erkennbar:

- a) Kriegszeit (1939 bis 1945)
- b) Zusammenbruch bis Währungsschnitt (1945 bis 1948)
- c) Derationierung in den Westzonen (1948 bis 1950), Derationierung in der Sowjetisch besetzten Zone (1948 bis 1958)

„Damals wie heute ging es darum, eine Regelung des Verkehrs vom Erzeuger über Groß-, Mittel und Kleinhändler bis zum letzten Verbraucher zu schaffen, wozu man der Lebensmittelbedarfsnachweise bedurfte. Die Einzelabschnitte glichen kleinen Schecks, die statt auf Geld auf Lebensmittel oder andere Waren lauteten. Obwohl zum Erwerb der Güter zusätzlich Geld benötigt wurde, wohnte ihnen ein eigener Geldwert inne, wie es die Vorgänge am Schwarzen Markt bewiesen haben. Mit einer Eintragung in Kundenlisten kam man nicht aus, weil eine Kontrolle von erhaltener und abgegebener Ware nicht möglich war und neben anderen Nachteilen der Kunde unter Umständen der Willkür des Lieferanten ausgesetzt gewesen wäre.

Die Grundlage der Bewirtschaftung bildete die ‚Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse‘ vom 27. August 1939. Sie regelte im ersten Teil Organisation und Zuständigkeit der Behörden, während der zweite Teil sich mit dem Kartenwesen, den Selbstversorgern, der Versorgung der

³³ H. Strathus soll in einer dem Verfasser nicht zugänglich gewesenem Arbeit das Volkseinkommen für 1946 und 1947 sogar auf 63 Mrd. RM geschätzt haben.

³⁴ Wolf, Eduard: Aufwendungen, S. 137.

Wehrmacht, des Arbeitsdienstes und anderer Einheiten, der Beschlagnahme aller bewirtschafteten Nahrungsmittel sowie den Rechten und Pflichten der Erzeuger, der be- und verarbeitenden Betriebe und den Verbrauchern befaßt. Vom gleichen Tage war die ‚Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung‘. Diese bis ins Einzelne gehenden Verordnungen fanden ihre Ergänzung in der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 und der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung mit ihren Ergänzungen.

Die Versorgungsregelung für die Übergangszeit der ersten vier Wochen war in der ‚Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des Lebensbedarfs des Deutschen Volkes‘ vom 27. August 1939 festgelegt, die am 25. September 1939 wieder außer Kraft trat und durch endgültige Maßnahmen vom 7. September 1939 ersetzt wurde“.³⁵

Im Frühjahr 1945 kam es zum Zusammenbruch der Lebensmittelbewirtschaftung, der Kürzung der Lebensmittelrationen und dem Aufblühen des Schwarzmarktes.³⁶

Nach der Kapitulation am 7./9. Mai 1945 kam die zentrale Reichsstelle für die Bewirtschaftung in Berlin in Fortfall.

Die *englische* und die *amerikanische Militärregierung* übertrugen schon frühzeitig die Aufgaben der Zentralbehörde auf die Länder, so daß sich in der US-Zone ein Länderrat bildete.

„Der Ende 1946 zustande gekommene Zusammenschluß der englischen und amerikanischen Besatzungszone unter gemeinsamer Verwaltung entsprach wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Auf Anregung der USA kam es am 5. September 1946 zu amerikanisch-britischen Vereinbarungen über die Wirtschaftliche Vereinigung der beiden Besatzungszonen ab 1. Januar 1947: Vereinigte US- und britische Besatzungszone = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (VWG). Durch ein von den beiden Militärregierungen in Kraft gesetztes Abkommen zwischen den Ländern der amerikanischen Zone und den wirtschaftlichen Zonenämtern der britischen Zone wurden im Herbst 1946 u. a. der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat (ebenso auch der Verwaltungsrat für Wirtschaft) errichtet.

Die Währungsreform in den 3 Westzonen am 20. Juni 1948 leitete einen neuen Abschnitt ein. Die Ernährungslage änderte sich allmählich im positiven Sinne. Das EA (Ernährungsamt) konnte mit mehr Sicherheit arbeiten, da die dekadentweise zum Aufruf kommenden Lebensmittel auch restlos ausgeliefert werden konnten und die früher fast täglich notwendigen Umdisponierungen im Aufruf fortfielen. Diese Änderung der Situation war selbst von den größten Optimisten nicht erwartet worden. Im Juni 1948 kam endlich das seit Monaten erwartete Gemüse aus Holland, und zwar in solch reichlichem Maße, daß sogar vorübergehend ein freier Verkauf wegen der Verderbgefahr stattfinden mußte. Auch inländische Gartenbauerzeugnisse einschl. Edलगemüse wurden angeboten. In den Lebensmittelgeschäften waren

³⁵ Schmitz, Hubert: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939-1950. Dargestellt an Beispielen der Stadt Essen, Essen 1956, S. 3.

³⁶ Ebd., S. 228.